

AUS DER REGIERUNGSZEIT KAISER FRANZ JOSEPH I.

VON

DR. HANNS SCHLITTER

WIEN, 1919

DRUCK UND VERLAG VON ADOLF HOLZHAUSEN

Aus den
ersten Regierungsjahren Kaiser Franz Joseph I.

Franz und Joseph, zwei Namen, die in ihrer Verbindung allein schon ein Programm bedeuten; ihren Träger zeichneten frühzeitig die Eigenschaften aus, durch welche die beiden volkstümlichen Kaiser geglänzt hatten: Festigkeit des Charakters und Pflichtgefühl. Franz Joseph flößte daher schon als Knabe Achtung ein; auch Sicherheit im Verkehr war ihm eigen. Er zeigte sie bereits bei seinem ersten öffentlichen Auftreten am 1. Oktober 1844, als er in Proßnitz das seinen Namen führende 3. Dragonerregiment inspizierte. Bei diesem Anlaß äußerte sich Erzherzog Albrecht, damals Kommandierender in Mähren, folgendermaßen über den vierzehnjährigen Prinzen: „Er wußte bei den Vorstellungen der Behörden und höheren Offiziere jeden etwas zu fragen oder zu sagen und verband mit natürlicher Freundlichkeit einen Anstand und eine gewisse Würde, wie ich sie in seinem Alter noch nicht gesehen. Beim Regimentsexerzieren ritt er sehr hübsch und rasch und führte zum Schluß sein Regiment bei der Defilierung im Schritt, Trab und Galopp vor, mit einem Anstand und Aplomb wie ein alter Stabsoffizier und zum Erstaunen aller Generale und Stabsoffiziere. Wie er vor der Defilierung an die Front galoppierte und den Säbel aus der Scheide riß, da sagten die Dragoner leise untereinander: Už mà sábel ven . . .“ [1])

Drei Jahre später, am 16. Oktober 1847, nahm Franz Joseph als Stellvertreter des Kaisers die Einsetzung des Erzherzogs Stephan Viktor zum Obergespan des Pester Komitates vor. Er entledigte sich seiner Aufgabe „ganz meisterhaft“, sprach das Ungarische ohne den geringsten Akzent und seine Inaugurationsrede fand den ungeteilten Beifall der Versammlung. Die Begeisterung, die er geweckt hatte, hallte in der berühmten Rede Ludwig Kossuths vom

---

[1]) An den Erzherzog Franz Karl, ddo. Weilburg, 3. Oktober 1844. (Archiv weiland Sr. k. u. k. Hoheit Erzherzog Ludwig Viktor.)

3. März 1848 nach, worin der Erzherzog prophetischen Blickes als „der zweite Gründer" des Hauses Habsburg gefeiert wurde.

Schon nannte man Franz Joseph, in Ungarn sowohl wie in Österreich, nicht anders als „den Kronprinzen", obwohl sein Vater Franz Karl der nächstberufene Thronerbe war. Und gern schenkte das Publikum dem Gerücht Glauben, daß die Mutter des kaiserlichen Prinzen, Erzherzogin Sophie, die Anschauungen der leitenden Minister nicht immer teile; man folgerte daraus, daß Franz Joseph, als unter ihrem Einfluß stehend, sich dereinst von liberalen Grundsätzen werde leiten lassen.

Erzherzogin Sophie neigte in der Tat zu der Partei, die mit der Notwendigkeit gemäßigt-konstitutioneller Zugeständnisse rechnete; sie hielt es ferner für unerläßlich, daß die schwache Regierung beizeiten einem zielbewußten, kräftigen Regime weiche, dem nichts abgetrotzt werden könne. Die Erzherzogin erkannte aber auch, daß nicht ihr Gemahl, sondern vielmehr ihr erstgeborener Sohn, der freie Hand habe und den Dingen unbefangen gegenüberstehe, zur Leitung der Monarchie zu berufen sei.

Kaiserin Maria Anna teilte diese Ansicht und sie war es zugleich, die — um Unheil vorzubeugen — die Abdankung des Kaisers beschleunigen wollte. So konnte sie in der Nacht von dem 13. auf den 14. März 1848 nur mit harter Mühe von dem Entschluß abgebracht werden, noch im Laufe des nächsten Tages die Thronentsagung Ferdinands zu veranlassen.

Der Plan wurde im Familienrat besprochen: Ferdinand der Gütige, der regierungsmüde Kaiser, zeigte sich gesonnen, jederzeit aus freien Stücken die Krone niederzulegen; Franz Karl gab die Erklärung ab, seinen Ansprüchen zugunsten des ältesten Sohnes entsagen zu wollen.

Die Unerschrockenheit, die Franz Joseph in jenen stürmischen Tagen zeigte, die richtige Beurteilung von Menschen und Dingen, die Ratschläge, die er gab, all dies festigte in der kaiserlichen Familie die Überzeugung, daß der noch nicht achtzehnjährige Prinz in der Tat die notwendigen Eigenschaften besitze, „um allen Schicksalswendungen gewachsen zu sein".[2]) Ja, es hieß sogar von ihm,

---

[2]) Vgl. das Schreiben, das Erzherzogin Sophie am 23. März 1848 dem Fürsten Metternich in die Verbannung nachgeschickt hat. (Metternich VIII, 11, Anm. **)

daß er am 15. März, dank seiner Geistesgegenwart, die Monarchie vor großem Unheil bewahrt habe.[3])

Angesichts der energischen Haltung Franz Josephs unterbreitete Fürst Windischgrätz dem Monarchen die Bitte, den Erzherzog nach Prag zu schicken, denn seine bloße Erscheinung würde die aufgeregten Gemüter beruhigen.[4]) Die Minister, denen dieser Vorschlag nicht unbekannt blieb, gingen noch weiter als der Fürst: sie bezeichneten es als wünschenswert, daß ein Mitglied der kaiserlichen Familie an die Spitze der böhmischen Landesverwaltung trete; davon erwarteten sich die Gutgesinnten „ein Niederdrücken der Separations- und Selbständigkeitstendenzen" sowie die Beseitigung der Frage „eines eigenen verantwortlichen Ministeriums".[5]) Man brachte bloß einen einzigen Kandidaten in Vorschlag: Franz Joseph, „dem reifer, männlicher Sinn und eine große

---

[3]) „Er holte an jenem Tage" — so wird uns von Rechberg berichtet — „den Fürsten Windischgrätz ab und sagte ihm: ‚Kommen Sie schnell mit mir. Es geht beim Kaiser etwas vor, was verhindert werden muß: man will ihn zwingen, ein Papier zu unterzeichnen, das er nicht unterschreiben darf.' Als Fürst Windischgrätz mit dem jungen Erzherzog das Zimmer des Kaisers betrat, fand er die ganze Familie vereint. Die Kaiserin kam mit dem vom Kaiser schon unterschriebenen Papier auf ihn zu und sagte ihm: ‚Lesen und sagen Sie, ob der Kaiser das unterschreiben darf: ich verstehe nicht deutsch.' Fürst Windischgrätz antwortete: ‚Es ist unmöglich, das Papier muß vernichtet werden.' Die Kaiserin nahm es ihm hierauf aus der Hand und zerriß es in Stücke; die kaiserliche Familie aber umringte den Fürsten Windischgrätz und bestürmte ihn mit der Frage: ‚Stehen Sie uns für unser Leben?' Er antwortete: ‚Die Truppen werden ihre Pflicht erfüllen.' Zwischen dem 14. und 15. sollen drei ähnliche Auftritte in der Burg stattgehabt haben. Die Erzherzogin Sophie sagte mir selbst, daß ihr Sohn sie alle gerettet und er allein die Lage richtig beurteilt habe. Für die Burg war wirklich Gefahr. Die republikanische Partei hatte im Einvernehmen mit dem Zuckerbäcker Dehna (?) eine große Masse Pechkränze und Brandmaterial in dessen Haus gesammelt, die von da auf das Burgtheater und in die Burg geworfen werden sollten. Gleichzeitig hatte sie sich durch die k. k. Bibliothek Zugang zur Burg zu verschaffen gewußt, um von dieser Seite Feuer zu legen und in die Burg zu dringen . . ." (Graf Rechberg an Fürst Metternich, 25. April 1848. Fürstl. Metternichsches Archiv zu Plaß.)

[4]) Über die Stimmung in Prag und die Absendung einer Deputation vgl. Helfert, Geschichte der österreichischen Revolution I, 236 ff., und Hartig 117 ff., 192 ff.

[5]) Die tschechisch-demokratische Partei hatte in ihrer Petition vom 11. März 1848 unter anderem die staatsrechtliche Einigung Böhmens, Mährens und Schlesiens sowie die Errichtung eigener verantwortlicher Zentralstellen für Böhmen gefordert.

Sprachfertigkeit zur Zierde gereichen". Auch Erzherzog Johann machte seinen Einfluß geltend und so erfolgte, am 6. April 1848, die Ernennung Franz Josephs zum Statthalter von Böhmen. Sie wurde unverzüglich nach Prag telegraphiert, damit sie nicht „als ein von der sogenannten Volksdeputation erwirktes Zugeständnis" erscheine.

Andererseits jedoch wurde die Anschauung vertreten, daß man sich mit der Sendung des Erzherzogs nicht allzusehr beeilen, sondern zunächst die Wirkung abwarten solle, die die Erledigung der zweiten Prager Petition hervorrufen werde.[6]) Der Bescheid erfolgte am 8. April und lautete, was die wichtigsten Fragen betraf, im Sinne der Partei.[7])

Freude herrschte im Königreich und dieser Umschwung der Dinge ließ die Sendung Franz Josephs als nicht mehr notwendig erscheinen. Noch ein anderer und wohl der wichtigste Grund sprach gegen sie: die Furcht, den Thronfolger zu kompromittieren. Als Vorwand, die Mission Franz Josephs zu verzögern, diente der Umstand, daß Graf Leo Thun, der neu ernannte böhmische Gubernialpräsident, seinen Posten noch nicht antreten konnte. Die „Wiener Zeitung" kündigte am 29. April dem Publikum an, daß sich der Erzherzog die Erlaubnis erwirkt habe, „in der Zwischenzeit" den italienischen Kriegsschauplatz zu besuchen.

Am Tage vorher hatte Franz Joseph bei Pastengo die Feuertaufe empfangen. Auch in den nächsten Kämpfen legte er Proben kaltblütiger Unerschrockenheit ab, so bei Crocebianca, wo er dem ärgsten Kugelregen ausgesetzt war. Eingedenk dieser heldenmütigen Haltung des Erzherzogs tat der „österreichische Veteran" folgenden Ausspruch: „In der Zeit, in der wir lebten, fühlten wir so lebhaft den hohen Wert eines kriegerischen Monarchen; was Wunder, wenn uns in der glänzenden Erscheinung des Thronerben auf dem Totenfelde von Santa Lucia ein Hoffnungsstern aufging?!"

Die Minister hingegen beurteilten die Dinge etwas nüchterner; die Anwesenheit mehrerer Erzherzoge bei der Armee [8]) war keines-

[6]) Der Bescheid auf die erste Petition hatte den Wünschen der Partei keineswegs entsprochen, denn er stellte eine spätere Lösung in Aussicht. Es ward daher, am 28. März, die Abfassung einer zweiten Petition beschlossen.

[7]) Helfert I, 425.

[8]) Im italienischen Feldlager befanden sich nebst dem Thronfolger die Erzherzoge Albrecht, Wilhelm, Leopold, Ernst und Sigismund.

wegs nach ihrem Sinn und insbesondere tadelten sie es, daß man das Leben des Thronfolgers gefährde. Die Minister forderten daher die Zurückberufung Franz Josephs, die auch Franz Karl als wünschenswert erachtete; denn dieser hatte nur mit äußerstem Widerstreben und von der Erzherzogin Sophie hiezu gedrängt, dem glühenden Wunsche seines Sohnes willfahrt.

Im Hinblick auf die große Verantwortlichkeit empfand wohl Graf Radetzky die meiste Sorge, aus der ihn erst — so sehr es auch verklausuliert war — ein kaiserliches Handschreiben erlöste. Am 8. Juni traf Franz Joseph in Innsbruck ein, wohin sich die kaiserliche Familie in der Zwischenzeit geflüchtet hatte.

Kaiserin Maria Anna und Erzherzogin Sophie verabredeten damals miteinander, daß der Thronwechsel am Tage der Großjährigkeit Franz Josephs, am 18. August, stattfinden solle. Das entscheidende Wort hatte der Mann ihres Vertrauens, Fürst Windischgrätz, zu sprechen, der sich jedoch — wie gleich zu allem Anfang — mit dem Gedanken einer Abdankung Ferdinands nicht befreunden konnte. Nach der Rückkehr der kaiserlichen Familie nach Wien und unter dem Eindruck der Ereignisse, die eine nochmalige Flucht des Monarchen notwendig machten, änderte er zwar seine Anschauung; als er aber den Hof in Sicherheit wußte, äußerte er neuerdings Bedenken. Nur mit Mühe konnte er von seinem Schwager Felix Schwarzenberg, dem präsumtiven Ministerpräsidenten, wieder umgestimmt werden. Am 19. Oktober verließ er Olmütz, um die Truppen gegen Wien zu führen, und am selben Tage wurde Felix Schwarzenberg mit der Kabinettsbildung betraut.

Der Feldmarschall baute auf die politischen Grundsätze seines Schwagers und er hatte ihn daher der Kaiserin Maria Anna als seinen Alter Ego empfohlen. Aufs tiefste über die Wiener Greuelszenen empört und vor der Möglichkeit zurückschreckend, es könnte die Güte des Monarchen auch zum Schaden der Religion mißbraucht werden, sehnte die unglückliche Fürstin den Tag der Thronentsagung herbei. Ihr war es vor allem um die Würde des Kaisers und um die Rettung der Monarchie zu tun. Ihr Gemahl, so forderte sie, dürfe nur mit der Begründung abdanken, daß man seine Autorität und seine Rechte verletzt und ihm Zugeständnisse abgerungen habe, die nicht im entferntesten das Heil seiner Völker verbürgten. Die Kaiserin verlangte ferner, daß die Akte der Thronentsagung

dem neuen Monarchen die Möglichkeit gewähre, in seinem Gewissen keineswegs an die früheren Konzessionen gebunden zu sein.

Der Entwurf des Manifests Ferdinands wurde sowohl von der Kaiserin wie von den übrigen maßgebenden Persönlichkeiten genehmigt. Es sollte die Grundlage der neuen Regierung bilden und dieser der Revolution gegenüber Ziel und Richtung geben. Allerdings durfte Fürst Schwarzenberg, seit dem 21. November Ministerpräsident und Minister des Äußern, einige Modifikationen vornehmen, aber die wesentlichsten Punkte des Schriftstückes zu ändern, war er nicht ermächtigt.[9])

Das Ministerium flößte der Kaiserin Maria Anna lebhafte Befürchtungen ein und insbesondere vor dem Grafen Stadion, dem doktrinären Revolutionär, empfand sie ein geheimes Grauen. Sie wollte kein konstitutionelles Österreich, wogegen Fürst Schwarzenberg damals ein solches für notwendig erachtete, so wenig er auch in seinem Innern die liberalen Anschauungen Stadions teilte. Das Manifest bereitete ihm, wie er selbst gestand, viele unangenehme Stunden. Er trat für die ursprüngliche Fassung ein, die jedoch von den übrigen Ministern mißbilligt wurde. Diese machten geltend, „daß der Monarch weder grollend noch klagend scheiden dürfe". Schweren Herzens ließ Schwarzenberg schließlich das „Sündenregister" fallen, auf das auch Fürst Windischgrätz großes Gewicht gelegt hatte.

Der umgearbeiteten Akte der Thronentsagung gemäß schien sonach Kaiser Ferdinand lediglich aus Gesundheitsrücksichten und mit derartiger Schonung der liberalen Partei abgetreten zu sein, „daß die Revolution mit dem neuen Regnum wie auf ebenbürtigem Felde zu stehen kam". Auch das Manifest Franz Josephs wurde anders gefaßt, weil man darin den konstitutionellen Ton nicht missen wollte.

In der fürsterzbischöflichen Residenz der mährischen Hauptstadt entsagte Kaiser Ferdinand am 2. Dezember 1848 zugunsten seines Neffen der Krone. Er schied als der letzte Vertreter des patriarchalischen Regimes. Franz Joseph aber, der achtzehnjährige Herrscher, kündigte seinen Völkern den Bruch mit der Vergangen-

---

[9]) Näheres darüber in einer Denkschrift Hummelauers (Anhang). Vgl. Helfert, Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktober-Aufstandes 1848, Bd. III, 340 ff., und 22 ff. und 58 ff. des Anhanges.

heit und den Eintritt einer neuen Ära an, indem er ihnen folgendes verhieß: „Das Bedürfnis und den hohen Wert freier und zeitgemäßer Institutionen aus eigener Überzeugung erkennend, betreten Wir mit Zuversicht die Bahn, welche Uns zu einer heilbringenden Umgestaltung und Verjüngung der Gesamtmonarchie führen soll. Auf den Grundlagen der wahren Freiheit, auf den Grundlagen der Gleichberechtigung aller Völker des Reiches und der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze sowie der Teilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung, wird das Vaterland neu erstehen, in alter Größe, aber mit verjüngter Kraft, ein unerschütterlicher Bau in den Stürmen der Zeit, ein geräumiges Wohnhaus für die Stämme verschiedener Zunge, welche unter dem Szepter Unserer Väter ein brüderliches Band seit Jahrhunderten umfangen hält. Fest entschlossen, den Glanz der Krone ungetrübt und die Gesamtmonarchie ungeschmälert zu erhalten, aber bereit, Unsere Rechte mit den Vertretern Unserer Völker zu teilen, rechnen Wir darauf, daß es mit Gottes Beistand und im Einverständnis mit den Völkern gelingen werde, alle Lande und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper zu vereinigen.“

Kaiser Franz Joseph hatte somit die Gleichberechtigung aller Völker der Monarchie als den leitenden Gedanken seiner Regierung anerkannt und ausgesprochen. Diesem Grundsatz gemäß sollten die verschiedenen und oft sich widerstrebenden Elemente, die in dem Kaiserreich vorhanden waren, zu einem harmonischen Zusammenwirken vermocht werden, damit sich der Gesamtstaat kräftig entwickle. Franz Joseph entschloß sich daher, auf Rat des Fürsten Schwarzenberg, zu der Annahme des Wahlspruches „Viribus unitis“.

Der Gedanke, alle Länder des Kaiserreiches in einen Einheitsstaat zu verschmelzen, fand seinen Ausdruck in der Verfassung vom 4. März 1849. Autonomie der Kronländer, Gleichberechtigung der Nationalitäten und zugleich Zentralisation nach französischem Muster, dies alles sollte miteinander in Einklang gebracht werden! Es war ein Problem, das viele Politiker für ausgeschlossen erklärten. So legte Wessenberg der Verfassung bloß den Wert einer „Improvisation“ bei, die dem Ministerium die Möglichkeit bieten sollte, sich aus augenblicklicher Verlegenheit zu befreien. In der Tat war solches der Fall und Fürst Schwarzenberg sah die liberale Verfassung, obwohl sie ihm gründlich widerstrebte, als eine politi-

sche Notwendigkeit und als ein Auskunftsmittel an. Er konnte sich des unbequemen Kremsierer Reichstages entledigen und ihm brauchte nicht um die Machtstellung Österreichs in Frankfurt bange zu sein. Auch mit Rücksicht auf Ungarn, das noch nicht pazifiziert war, schien ihm ein vorzeitiges Einlenken in die Bahn des Absolutismus nicht rätlich zu sein. Wie weit er, durch die Verhältnisse gezwungen, der öffentlichen Meinung Rechnung trug, bewies allein schon der Umstand, daß sogar die Armee den Eid auf die Verfassung leisten mußte.

Dies fiel um so schwerer in die Wagschale, als Schwarzenberg die Überzeugung hegte, daß die Verfassung, wie sie auf dem Papier stand, nicht durchführbar sei. „Es wird eine Konstitution zusammenkommen, aber eine ganz andere", so äußerte er sich in den ersten Novembertagen des Jahres 1849. Er wußte gar wohl, daß er „Komödie" — „und noch dazu eine recht gefährliche" — spiele. Befragt, warum er die Verfassung gegeben und nicht gleich „mit dem Dreinschlagen" angefangen habe, antwortete er: „Weil wir damals nicht die Armee zu unseren Diensten hatten, die wir jetzt haben, und die Russen auch nicht vor den Toren Wiens standen, um uns zu helfen. Meine feste Überzeugung ist, daß nur auf diese Art die Dynastie gerettet werden konnte." [10])

Schwarzenberg wollte die Staatsgewalt genügend erstarkt sehen, um dann mit Hilfe der Armee und der Bureaukratie das Reich zusammenzuhalten. Da wußte er sich eines Sinnes mit seinem kaiserlichen Herrn, den er „das beste und kräftigste Regierungselement" nannte.

„Der Kaiser" — so charakterisierte ihn Schwarzenberg eines Tages — „erkennt die Größe und die Schwierigkeit seiner Aufgabe und hat den festen Willen, sie zu lösen. Sein Verstand ist scharf, sein Fleiß in Geschäften, besonders in seinem Alter, bewunderungs-

---

[10]) Leontine Gräfin Sándor an Fürst Metternich, Wien, 8. November 1849. (Fürstl. Metternichsches Familienarchiv in Plaß.) Fürst Schwarzenberg wäre nötigenfalls zum ‚Dreinschlagen' bereit gewesen: ‚Weit entfernt, aus der Revolution heraus zu sein, stehen wir' — so äußerte er sich gegenüber der Gräfin L. Sándor — ‚noch mitten drin. Wien ist ruhig, weil wir im Belagerungszustand sind; der Geist aber ist ebenso schlecht, als er war. Das einzige, was bis jetzt feststeht, ist des Kaisers und mein Entschluß, uns nicht zu verlassen. Muß noch Blut fließen, ihn durchzuführen, so wird es geschehen; in jetziger Zeit darf man ein Blutbad nicht scheuen.' (Ibid.)

würdig. Er arbeitet ernstlich wenigstens zehn Stunden im Tage, und wie viele Vorträge der Minister, von ihm sebst bemängelt, unerledigt zurückkommen, weiß niemand besser als ich. Sein Anstand ist würdevoll, sein Benehmen gegen alle Leute überaus höflich, aber etwas trocken. Die Gefühlsmenschen — und in Wien machen viele Leute Anspruch auf Gemütlichkeit — sagen, er habe wenig Herz. Von der gewissen wahren und falschen Gutherzigkeit mancher Erzherzoge, von dem bayrisch-sentimentalen Anstrich hat er nichts; von dem Wunsche, zu gefallen, persönlich einzunehmen und zu gewinnen, findet man in ihm keine Spur. Er ist aber allgemein zugänglich, geduldig, und hat den guten Willen, allen gerecht zu sein. Er hat einen gründlichen Abscheu vor jeder Lüge und ist vollkommen verschwiegen. Die Eigenschaft, die ihm aber, besonders in der jetzigen Zeit, in seiner Stellung zustatten kommt, ist sein Mut. Ich habe ihn unter den schwierigsten Umständen, deren Gefahren er genau und richtig beurteilte, auch nie einen Augenblick verzagt gesehen. Er ist physisch und moralisch ein furchtloser Charakter und ich glaube, daß er hauptsächlich deshalb jede Wahrheit, auch die bitterste, verträgt, weil sie ihn nicht erschreckt. Die Zeit wird ihn noch selbständiger machen, wozu ich das meinige gewissenhaft beitrage, und das Reich in ihm das haben, was es vor allem braucht — e i n e n H e r r n!“ [11])

*

Am 27. März 1849, um 11 Uhr vormittags, trat Kaiser Franz Joseph eiligen Schrittes — wie er immer zu tun pflegte, wenn es die Überbringung einer guten Botschaft galt — in das Zimmer seiner Mutter und rief ihr freudestrahlend die Worte zu: „Die Piemontesen sind ganz geschlagen.“ [12]) Vier Tage vorher, am 23. März, hatte Radetzky die italienische Armee bei Novara vernichtet. In der Nacht auf den 24. entsagte Karl Albert dem Throne zugunsten seines Sohnes Viktor Emanuel, der am 26. März mit dem Feldmarschall einen Waffenstillstand als Vorbereitung zum Frieden abschloß.[12a])

[11]) Schreiben des Fürsten Felix Schwarzenberg an Fürst Metternich, ddo. Wien, 24. Juli 1850 (Fürstl. Metternichsches Familienarchiv in Plaß).

[12]) Aus dem Tagebuch der Erzherzogin Sophie (Archiv weiland Sr. k. u. k. Hoheit Erzherzogs Ludwig Viktor).

[12a]) S. den Artikel ‚Italienisches — allzu Italienisches‘ (Das neue Österreich, Monatsschrift für Politik und Kultur. Herausgeber R. Hornich, III. Jahrgang, Augustheft).

Düster lauteten hingegen die Nachrichten aus Ungarn, und die Hoffnung, es habe mit dem Siege der kaiserlichen Waffen bei Kapolna der Aufstand sein Ende erreicht, erwies sich als trügerisch. Der Krieg dauerte fort. Er war nicht von Österreich heraufbeschworen worden, denn das Ministerium hatte im Jahre 1848 das Möglichste getan, ihn zu verhüten. Er war kein gewöhnlicher Aufstand, dem demokratische Tendenzen zugrunde lagen; sein Ursprung leitete sich vielmehr von den separatistischen Bestrebungen der radikalen Partei ab. Eine gefährliche Wendung trat seit dem Erscheinen der Märzverfassung ein: der Gedanke, das alte, fast selbständige Königreich bald in eine einfache Provinz der Gesamtmonarchie verwandelt zu sehen, erregte die Gemüter aufs äußerste, und Kossuth wußte diese Stimmung mit ungeheurem Erfolg seinen Zwecken nutzbar zu machen. Der Aufstand — bisher das Unternehmen einer Partei — nahm nun den Charakter einer Nationalerhebung an. Der Reichstag, der den gesetzlichen Verband gebrochen, vom Gesetz sich losgelöst und den Krieg gegen den rechtmäßigen König begonnen hatte, krönte schließlich sein aufrührerisches Werk mit der Absetzung der Dynastie.

Indessen hatten sich die kaiserlichen Streitkräfte als derart unzureichend erwiesen, daß Windischgrätz den Beistand Rußlands für unerläßlich hielt, führte nicht binnen kürzester Frist der Fall von Komorn einen günstigen Umschwung herbei. Im Ministerrat erhoben sich Stimmen gegen ein Einschreiten des Nachbarstaates und es wurde zugleich die Meinung ausgesprochen, daß die Leitung der militärischen Operationen fehlerhaft sei und die schlimme Lage der Dinge verschuldet habe. Das war auch die Ansicht des Kaisers, der daher am 12. April erklärte, es müsse „ein entscheidender Schritt“ getan und eine gründliche Veränderung im Oberkommando sowohl wie in der Zivilverwaltung vorgenommen werden. „Halbe Maßregeln“ — so sagte der Monarch — „würden wenig oder gar nichts helfen, und das Wohl des Kaiserreiches erheische es gebieterisch, bei den jetzt zu fassenden Beschlüssen von den Rücksichten auf übrigens hochachtbare Personen abzusehen und nur den so wichtigen Zweck, um den es sich handelt, vor Augen zu behalten.“

Am Heiligen Abend des verhängnisvollen Jahres 1848 waren Franz Joseph als Geschenk seiner Eltern die von Kriehuber gemalten Porträts der drei Feldherren Radetzky, Windischgrätz und Jellačić beschert worden. Beim Anblick der Bilder dieser Männer,

die den Thron gerettet hatten, erglühte das Antlitz des jungen Kaisers in heller Freude. Und nun sah sich Franz Joseph durch die bedrohliche Gestaltung der Dinge in Ungarn gezwungen, den einen von ihnen des Kommandos zu entheben. „Ich habe beschlossen," — so schrieb er dem Fürsten Windischgrätz — „den Oberbefehl Meiner Truppen in Ungarn und Siebenbürgen dem Feldzeugmeister Freiherrn von Welden zu übertragen, und erwarte von Ihrem erprobten Patriotismus und von Ihrer aufopfernden Hingebung für Mein Haus und für Österreich, daß sie diesen Schritt, der Meinem Herzen unendlich schwer fällt, als das betrachten, was er wirklich ist, nämlich als eine unerläßliche Forderung der gebieterischen Nothwendigkeit und Meiner Regentenpflicht, welche das Wohl des Vaterlandes über alle andern Betrachtungen stellen muß." Zugleich wurde Fürst Windischgrätz, „damit jede nur einigermaßen vermeidliche Kränkung des hochverdienten Feldmarschalls unterbleibe", nach Olmütz berufen, um „in wichtigen Angelegenheiten" seine Stimme abzugeben.

Gar bald zeigte es sich aber, daß trotz Wechsel im Oberbefehl die Intervention Rußlands angerufen werden müsse. Denn auch Welden hielt sie für notwendig. Sein Antrag fiel um so schwerer ins Gewicht, als er noch vor kurzem folgendes erklärt hatte: „Die Hilfe Rußlands, von der österreichischen Regierung selbst erbeten, würde eine vollkommene moralische Niederlage der letzteren, das Bekenntnis der Ohnmacht vor ganz Europa sein, und könnte nur im alleräußersten Falle, wenn nämlich der Bestand der Monarchie auf dem Spiele stände, sich rechtfertigen lassen." Nun hegte er, vor der Übermacht der Insurgenten zurückweichend, nicht die geringste Hoffnung mehr, es könnte Österreich allein die Revolution bewältigen.

Fürst Schwarzenberg verhehlte es sich keineswegs, daß jener Schritt den Erfolg der Friedensunterhandlung mit Sardinien lähmen und auch dem Einfluß Österreichs auf die deutschen Angelegenheiten „in dem gegenwärtigen, überaus wichtigen Augenblick" ungemein abträglich sein würde. Es standen aber die höchsten Interessen der Monarchie auf dem Spiele und er sah sich daher verpflichtet, ohne Verzug die Hilfe Rußlands in Anspruch zu nehmen. Ebenso dachte Franz Joseph. Er kannte Schwarzenbergs „persönliche Gefühle" und ließ ihm durch den Grafen Grünne

sagen, er wisse gar wohl, „daß er nicht zu diesem Mittel greifen würde, wenn unsere eigene Kraft ausreichte".

Nach der Anschauung Franz Josephs und seines Ministers handelte es sich nicht mehr ausschließlich um die Bekämpfung des ungarischen Aufstandes, sondern um die einer weitverzweigten internationalen Revolution. Dies wurde in dem Schreiben an den Zaren ganz besonders hervorgehoben, um ihn — „die festeste Stütze des monarchischen Prinzips" — zu rascher Hilfeleistung zu vermögen.[12b])

Ohne Zögern erklärte sich Nikolaus zur Waffenhilfe bereit; ihn leitete nicht allein der Umstand, daß er dem jungen Kaiser bei dessen Thronbesteigung versprochen hatte, früheren Gelöbnissen treu zu bleiben; er wußte, daß mehrere tausend Polen im ungarischen Heere dienten, und schon dieser „Soldaten der Anarchie" halber zog er den Degen. Denn siegten die ungarischen Rebellen, dann drohte auch Polens Abfall von Rußland.[12c])

Im Mai 1849 trafen sich beide Kaiser zu Warschau, wo sie den Feldzugsplan besprachen. Sie schieden mit der Überzeugung voneinander, daß ihre innige Freundschaft den Triumph „der heiligen Sache" verbürge, und Zar Nikolaus äußerte damals, daß er in seinem Bundesgenossen „die Hoffnung ganz Europas" erblicke.

Am 25. Mai kehrte Franz Joseph nach Wien zurück.[13]) Nicht lange duldete es ihn in der Hauptstadt. Seit den letzten Apriltagen trug er sich, mißmutig und ungeduldig über den Verlauf des Krieges, mit der Absicht, auf den Kriegsschauplatz zu eilen, um die Truppen anzueifern und ihren gesunkenen Mut zu beleben. Der Verlust Ofens, der langsame Anmarsch der russischen Streitkräfte, die Demission Weldens, an dessen Stelle Feldmarschalleutnant Baron Haynau berufen wurde, der Aufschub der Offensive, dies alles veranlaßte den Kaiser, nun selbst einzugreifen. Am 26. Juni war er im Hauptquartier zu Ungarisch-Altenburg; zwei Tage danach wohnte er im heftigsten Geschützfeuer dem Angriff auf Raab bei und zog an der Spitze der Brigade Benedek über eine brennende

---

[12b]) Kaiser Franz Joseph an Zar Nikolaus, ddo. Olmütz, 1. Mai 1849. (Staatsarchiv Wien.)

[12c]) Schreiben des Zaren, ddo. Petersburg, 28. April 1849 (Ibid.).

[13]) Der Kaiser hatte seit dem 6. desselben Monats seine Residenz nach Wien verlegt.

Brücke in die Festung ein.[14]) In gleicher Weise zeichnete sich der Kaiser in den Gefechten bei Ács aus.

Am 5. Juli verließ Franz Joseph die Armee, die er von kühnem Geiste erfüllt sah. In selbst beseelte die Hoffnung, daß die Waffenbrüderschaft gar bald die Entscheidung herbeiführen werde. Mochten auch die Nachrichten vom Kriegsschauplatz nicht immer erfreulich lauten, sie brachten seine Siegeszuversicht nicht mehr ins Wanken. Die Offensive erfuhr keine Unterbrechung, es folgten die entscheidenden Schläge bei Komorn, Szegedin, Temesvár — und am 13. August streckte Görgey in der Ebene von Szöllös, unweit Világos vor dem russischen General Rüdiger die Waffen. Als diese Nachricht einlief, war die kaiserliche Familie in Ischl versammelt und feierte den Geburtstag Franz Josephs. „Le bon aide-camp Mueller apporta tremblant de joie la dépêche télégraphique à l'empereur. Joie bruyante et générale. Nous bûmes une seconde fois à la santé de l'empereur." So wird uns von Erzherzogin Sophie erzählt.

Zar Nikolaus riet dem Kaiser, er solle gegen die Rädelsführer zwar Strenge, für die Verirrten aber Milde walten lassen.[14a]) Seine Fürsprache galt insbesondere dem „Diktator" Görgey, der durch seine bedingungslose Unterwerfung dem Aufstand den Todesstoß versetzt hatte, und Nikolaus war bereit, ihm ein Asyl in Rußland zu gewähren. Görgey wurde begnadigt und in Klagenfurt interniert. Dem Monarchen blieb es jedoch versagt, dieselbe Großmut gegenüber den übrigen Offizieren zu üben, die vorher gleichfalls unter den kaiserlichen Fahnen gedient hatten. Man nötigte den jungen Kaiser, sich „über Schafotte und Blutgerüste" den Weg zur Macht zu bahnen, statt ihm die Möglichkeit zu bieten, daß er „mit dem Ölzweig in der Hand" und mit dem Geiste der Versöhnung, der gewiß seinem Herzen eigen war, einen dauerhaften Frieden begründe.[15])

Ungarn wurde, da man seine Verfassung als verwirkt ansah, den Einrichtungen gemäß regiert, die für die übrigen Reichsteile galten. Der Grundsatz der Einheit und Unteilbarkeit des Landes

---

[14]) Vitzthum schilderte die Heldentat in einer Ballade: „Die Brücke von Raab, 28. Juni 1849."

[14a]) Zar Nikolaus an Kaiser Franz Joseph, ddo. Warschau, 19./31. August und 4./16. August 1849. (Staatsarchiv.)

[15]) Wessenberg.

fand keine Anerkennung mehr und er fiel dem Gedanken zum Opfer, Ungarn mit der Monarchie zu verschmelzen. Das magyarische Idiom büßte seine Vorherrschaft ein, denn an die Spitze der Verwaltung traten deutsche Beamte. Die Einwendungen, die von konservativer Seite gegen das Vorgehen der Regierung erhoben wurden und in dem Fürsten Windischgrätz einen beredten Verteidiger fanden, blieben völlig unbeachtet. Fürst Schwarzenberg hatte alles Vertrauen zu dieser Partei verloren: „Sie habe es in Händen gehabt“, so äußerte er sich eines Tages, „die Monarchie zu retten, und der König von Ungarn wäre nur nebstbei auch Kaiser von Österreich gewesen.“

Immerhin handelte es sich bei allen Maßregeln um ein bloßes „Provisorium“. Noch war die Verfassung vom 4. März nicht aufgehoben und sie stellte einen Reichstag in Aussicht, von dessen Entscheidung die endgültige Ordnung abhing.

*

Der Versuch des Frankfurter Parlaments, an Stelle des Bundes einen Einheitsstaat aufzurichten, war kläglich gescheitert, und Friedrich Wilhelm IV. hatte die ihm angebotene Kaiserkrone abgelehnt. In anderer Weise dachte nun die preußische Regierung dem eigenen Reiche zur Hegemonie zu verhelfen: durch Bildung eines engeren Bundes, der das außerösterreichische Deutschland umfassen und Preußen an der Spitze haben solle. Zugleich faßte man die Herstellung des Staatenbundes mit Einschluß Österreichs ins Auge.

Österreich stand auf dem Boden der Verträge von 1815. Gelähmt jedoch durch die Kriege, die es zu führen hatte, konnte es sich nur abmahnend äußern. Es sah ein, daß bei ihm noch kein Schutz zu suchen sei. Sämtliche Regierungen der deutschen Kleinstaaten waren infolge der demokratischen Bewegung entmutigt und moralisch machtlos; als die einzige Zuflucht bot sich ihnen der preußische Bundesstaat an und so kamen unter Auspizien, die für Preußen die denkbar günstigsten waren, im Mai 1849 das Dreikönigsbündnis und die Reichsverfassung zustande.

Nach Verlauf einiger Monate ging Österreich siegreich aus den blutigen Kämpfen in Italien und Ungarn hervor und dieser Umschwung der Dinge blieb nicht ohne Wirkung auf Deutschland: man wandte sich ab von Preußen und die Regierungen suchten ihre Selbständigkeit durch einen engen Anschluß an Österreich zu retten.

Immer bestimmter lautete die Sprache des Wiener Kabinetts — ein Armeekorps von 30.000 Mann an der böhmisch-sächsischen und ein zweites von 40.000 Mann in Vorarlberg zeugten von dem festen Entschluß des Kaisers, seine Bundesgenossen vor äußeren und inneren Gefahren zu schützen. Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg rüsteten nun selbst, um sowohl der Demokratie als dem drohenden preußischen Nachbar Widerstand zu leisten.

Franz Joseph wollte aber nichts unversucht lassen, den Bruch zu vermeiden, und er richtete daher folgendes Schreiben an den König: „Euer Majestät haben nichts gegen Österreich. Das weiß ich, und wie sollte ich, wenn auch jung, nicht gelernt haben und nicht wissen, daß Preußen, auf einer langen Strecke, Deutschlands wehrhafter Schild ist und daß ohne einem starken Preußen die Dinge 1813 anders gegangen wären als sie glücklicherweise gegangen sind? Fände unter solchen Verhältnissen Verständigung nicht statt, so müßte sicherlich auf der einen oder anderen Seite die Schuld eine schwere sein; ich meinerseits möchte nicht, daß sie vor der Geschichte auf mir haften bliebe . . . Kein Leuthen mehr und kein Collin! und Leipzig sei der Wahlspruch gegen die inneren Feinde des Gemeinsamen Vaterlands wie gegen die äußern!“ [15a])

Die Mobilmachung war nicht gleichbedeutend mit dem Kriege, aber notwendig, um Preußen in die ihm gebührende Stellung zurückzudrängen. Allerdings stand die Aufrechterhaltung des Friedens in Frage, als Radowitz die deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV. unumschränkt leitete. Eine Wendung zum Bessern schien sich erst zu vollziehen, als Manteuffel an seine Stelle trat; dieser sprach einem friedlichen Ausgleich das Wort.

Fürst Schwarzenberg nahm zunächst den Standpunkt eines Beobachters ein. Er traute den Dingen nicht, seitdem sich die Könige von Preußen und Sardinien zu Schildträgern der Revolution herabgewürdigt hatten. Mochte Friedrich Wilhelm immerhin die Absicht bekunden, die seit zwei Jahren eingehaltene Politik fallen zu lassen, er mußte zeigen, daß er und sein neuer Minister auch stark genug seien, den von Radowitz heraufbeschworenen Sturm zu beschwichtigen; im andern Falle sollte das Schwert entscheiden. So dachte Fürst Schwarzenberg auch dann, als ihm Man-

---

15a) Schreiben vom 26. April 1850 (Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv).

teuffel eine Zusammenkunft vorschlug. Wie ungern er dieser Einladung Folge leistete und sich, dem ausdrücklichen Wunsche des Kaisers gemäß, zur Reise nach Olmütz entschloß, erhellt aus einer späteren Äußerung dem Grafen Beust gegenüber. „Sie hätten lieber gewollt," — so lautete sie — „wir hätten gerauft; ich auch." [15b])

Kaiser Franz Joseph hegte keine Kriegsgelüste und nur „mit blutendem Herzen" — so schrieb er in der Folge dem König von Preußen — hatte er, durch die Umstände gezwungen, die Rüstungen angeordnet.[16]) Er wollte den Frieden, da er ihn als „eine Notwendigkeit für seine Völker" ansah. Dies bedeutete er eines Tages dem Grafen Radetzky, und selbst der alte, immer kriegslustige und siegeszuversichtliche Feldmarschall zeigte nicht das geringste Verlangen, sich neue Lorbeeren auf dem Schlachtfelde zu erringen.

Mit den Waffen der Diplomatie wurde Preußen niedergerungen; es mußte kraft der Olmützer Punktationen dem engeren Bunde entsagen und die Hegemonie Österreichs in Deutschland anerkennen.

Freudig begrüßte Franz Joseph diesen unblutigen Ausgang der Dinge und nochmals suchte er Friedrich Wilhelm IV. von seinen friedlichen Absichten zu überzeugen. „Ich bitte Sie, mein gütiger Onkel, und beschwöre Sie," — so schrieb er dem König — „nun und nimmermehr dem Glauben Raum zu geben, als umgebe mich eine kleine, preußenfeindliche, kriegwollende Parthei, die mich zum Kriege herandränge. Abgesehen davon, daß es nicht in meiner Art liegt, m i c h d r ä n g e n z u l a s s e n, kann ich Sie versichern, daß alle Männer meines Vertrauens — und andere kommen hier nicht in Anschlag — wie ich denken und daß keiner unter ihnen ist, der nicht einen Krieg mit Preußen als e i n e m o r a l i s c h e C a l a m i t ä t s o n d e r G l e i c h e n ansehen, gewiß daher keiner, der ihn gern provociren würde, wann gleich sie natürlich mit mir darüber einig sind, daß. wann uns der Krieg von anderer Seite notgedrungen auferlegt werden wollte, er mannhaft anzunehmen und kräftig durchzuführen sein würde." [17])

[15b]) H. Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860, Bd. II, 124.

[16]) Schreiben vom 1. Dezember 1850 (Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv).

[17]) Schreiben vom 1. Dezember 1850 (Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv).

*

Die Erfolge der Waffen und der Diplomatie bahnten den Weg zur Aufhebung des Provisoriums. Schon im Mai 1850, bei der Begegnung mit dem Zaren Nikolaus zu Warschau, hatten Kaiser Franz Joseph und seine Minister auf das bestimmteste die Absicht ausgesprochen, mit Hilfe der Armee und der Bureaukratie die Neugestaltung Österreichs zu bewerkstelligen. Einige Monate später schlug Schwarzenberg dem König Friedrich Wilhelm vor, es sollten in Preußen sowohl wie in Österreich Verfassung und Geschwornengerichte abgeschafft werden. Denn es war seine Überzeugung, „daß es unmöglich sei, mit jenen unheilvollen Theorien der Neuzeit, mit jenem französischen Konstitutionalismus und allen seinen Mißgeburten von Volksvertretung, Preßfreiheit, Geschwornengerichten, Vereinsrechten u. dgl. mehr zu regieren. Die Gesellschaft muß, wenn nicht bald Abhilfe wird, an diesen Geißeln verbluten“. [17a])

So schrieb er am 16. November 1850 dem Freiherrn von Prokesch, mit der Versicherung jedoch, daß man „weit entfernt“ davon sei, „dem Absolutismus zu huldigen und ihn wieder herstellen zu wollen“. (!) Der Absolutismus bestand jedoch in der Tat und Schwarzenberg setzte ihn stillschweigend fort, solange er sich nicht offen von der Märzverfassung lossagen konnte. Es war allerdings kein leichtes Unternehmen, die Forderungen des Konstitutionalismus, die man in Olmütz feierlich anerkannt hatte, ohneweiters mit dem absolutistischen Prinzip zu vertauschen. Schwarzenberg sah, daß er dabei um so weniger auf die Hilfe seiner Ministerkollegen zählen dürfe, als die meisten von ihnen die Einberufung des allgemeinen österreichischen Reichstages empfahlen. In dem Tasten nach der lösenden Formel bediente sich Schwarzenberg der Verfassung selbst, um seinen Plan zu verwirklichen; bot sie ihm doch die Handhabe, den Streich gegen den Parlamentarismus zu führen, da außer dem Reichstag auch ein Reichsrat als Berater der Krone gebildet werden sollte. Noch bevor diese Körperschaft ins Leben trat, erfolgte die Ernennung Kübecks zu ihrem Präsidenten, eines Mannes streng absolutistischer Richtung, von dem sich Fürst Schwarzenberg die entscheidenden Schläge erwartete.

Nun zeigte sich aber, daß auch Kübeck die Macht anstrebte: er allein wollte der berufene Ratgeber der Krone sein. Schon bei

[17a]) H. Friedjung, II/1, S. 528.

Erörterung der Reichsratsstatuten prallten die Gegensätze hart aneinander. So stellte Fürst Schwarzenberg den Antrag, man solle die ganz allgemeine Bestimmung, wonach der Reichsrat in allen legislativen Fragen zu hören sei, „durch eine Ausnahme bei Dringlichkeitsfällen beschränken". Die Minister Bach und Krauß äußerten sich in gleichem Sinne, wogegen Kübeck ganz entschieden für die ursprüngliche Fassung eintrat. Auch Franz Joseph wollte keine andere gelten lassen. Denn er legte einen „besonderen Wert" darauf, „daß alle Gesetzentwürfe der Prüfung des Reichsrates unterzogen werden, weil man dadurch unter allen Umständen eine Bürgschaft mehr für allseitige reife Erwägung derjenigen Bestimmungen erhalte, welche zu Gesetzen erhoben werden". Diese Erklärung gab der Kaiser in der Sitzung des Ministerrates vom 3. März 1851 ab, die er selbst angeordnet hatte.

Das langwierige Provisorium verdroß den Kaiser. Er drang daher auf Änderung der politischen Zustände und betraute Kübeck mit der Abfassung eines grundlegenden Programms.

Freudig ergriff Kübeck diesen Anlaß, um sich noch deutlicher und schärfer, als er es mündlich getan hatte, über die Regierungsmethode des Ministeriums zu äußern. Er stellte ferner den Widerruf der Verfassung, deren Unausführbarkeit und Unhaltbarkeit niemand bestreite, als ein Gebot der Notwendigkeit hin und riet zugleich davon ab, irgendeine politische Institution, ob sie nun eine modifizierte Wiederherstellung der Provinzialstände oder die Einsetzung einer Zentralrepräsentation sei, schon jetzt ins Leben zu rufen.

Wohl stand die Märzverfassung bloß auf dem Papier, aber ihre wichtigste Bestimmung hatte volle Geltung: das Prinzip der Ministerverantwortlichkeit gegenüber dem einzuberufenden Reichstag. Damit war der Begriff der Volkssouveränität, wenn auch nicht ausgesprochen, so doch gegeben und stets lebendig erhalten — eine Doktrin, die nach Kübecks Ansicht eine fortschreitende Schwächung der monarchischen Autorität zur Folge haben mußte. Auf diese Frage kam Kübeck in einer zweiten Denkschrift zurück: das Prinzip der konstitutionellen Ministerverantwortlichkeit solle förmlich aufgehoben und zugleich erklärt werden, daß die Minister fortan gehalten seien, die Weisungen der Krone zu vollziehen. Dies hieß mit anderen Worten, daß der Kaiser die Regierung nun selbst in die Hand nehme. Dieser Rat mußte Franz Joseph bestechen, der

sich über die Erhebung Louis Napoleons zum Präsidenten der Republik folgendermaßen geäußert hatte: „Er hat vollkommen recht; der, der die Zügel der Regierung in Händen hat, muß auch die Verantwortlichkeit auf sich nehmen können. Ein unverantwortlicher Souverän sind für mich Worte ohne Sinn; ein ähnliches Wesen sollte man eher eine Druckmaschine für Unterschriften nennen.“ [17b])

Baron Kübeck war ein Gegner der Verfassung und des mit ihr verknüpften Parlamentarismus; er huldigte daher dem absolutistischen Regime. Seine Anschauungen schienen sich sonach mit denen des Fürsten Schwarzenberg zu decken, und doch hatte sich zwischen beiden Männern eine tiefe Kluft aufgetan. Denn der eine vertrat den ministeriellen Absolutismus, wogegen der andere ausschließlich den Absolutismus der von dem Reichsrat beratenen Krone zur Geltung bringen wollte. Für diesen entschied sich Kaiser Franz Joseph. Er fürchtete zwar, daß Schwarzenberg seinen Austritt erklären werde, aber selbst in diesem Falle war er zur Annahme der Vorschläge Kübecks bereit. Schwarzenberg beugte sich dem Willen des Monarchen.

Am 20. August 1851 unterschrieb Franz Joseph die von Kübeck entworfenen Erlasse, welche den neuen Kurs in der inneren Politik ankündeten; die Ministerregierung erlosch; der Kaiser hatte endgültig mit der Revolution gebrochen; dies bewies er auch dadurch, daß er dem Fürsten Metternich die Rückkehr nach Wien gestattete und in der Folge sich seines Rates bediente.

Der Staatsstreich Napoleons vom 2. Dezember veranlaßte Franz Joseph zu rascher Vervollständigung des begonnenen Werkes. Noch lag ihm das Votum des Ministerrates über die Reformpläne des Komitees nicht vor, das er im Oktober zur Revision der Verfassung eingesetzt hatte. Nun griff er selbst ein, um den langwierigen Verhandlungen ein Ende zu machen. Er sandte das Elaborat dem Fürsten Metternich, der sich darüber äußern sollte. Der Kaiser wartete jedoch auch dieses Gutachten nicht ab, sondern ordnete eine Konferenz des Kabinetts und des Reichsrates an, die am 29. Dezember unter seinem Vorsitz stattfand; sie brachte die Entscheidung: das Patent vom 1. desselben Monats hob die Verfassung auf, die sich infolge der Haltung Ungarns als unmöglich erwiesen hatte, und gleichzeitig

---

17b) Gräfin Leontine Sándor an Fürst Metternich, ddo. Wien, 13. November 1849 (Plaß).

wurden die Grundzüge erlassen, welche der Gesetzgebung des absoluten, zentralisierten Einheitsstaates fortan als Richtschnur dienen sollten.

Nicht bloß die Armee und die Bureaukratie, auch die Kirche sollte dem absolutistischen Regime als Stütze dienen. Der Staat hatte bereits im Jahre 1850 zu ihren Gunsten manchen wichtigen Vorrechten entsagt und ihr unter anderem das Placetum regium preisgegeben. Sie verdankte diese Errungenschaften einzig und allein der entschiedenen Haltung des Kaisers gegenüber der von josephinischem Geiste erfüllten Mehrheit seiner Minister.[18])

Ein weiterer Schritt wurde angesichts der Notwendigkeit getan, mit dem päpstlichen Stuhle eine Vereinbarung über die Ehe zu treffen; denn die österreichische Gesetzgebung stand in dieser Frage mit den Vorschriften der Kirche in Widerspruch, welchen Übelstand der Kaiser beseitigt wissen wollte. Es erfolgte daher, am 18. August 1855, der Abschluß des Konkordats, kraft dessen in das neue Ehegesetz die Bestimmungen des kanonischen Rechtes aufgenommen wurden, nach denen die geistlichen Gerichte über Schließung, Trennung und Ungültigkeitserklärung der Ehe zu entscheiden hatten. Der Staat behielt sich bloß die Gerichtsbarkeit über den Klerus in bürgerlichen und Strafsachen vor. Durch das Konkordat wurde ferner der Einfluß der Kirchengewalt auf Erziehung und religiösen Unterricht der katholischen Jugend in seinem ganzen Umfang wiederhergestellt und die Schule unter geistliche Überwachung gebracht.

„Durch die Vereinbarung, welche ich mit dem Heiligen Stuhle schloß,“ — so ließ sich der Kaiser damals vernehmen — „habe ich eine Pflicht als Herrscher und Christ erfüllt . . . Mein Wunsch und Streben geht dahin, daß die mir anvertrauten Völker die Güter des zeitlichen Lebens genießen, ohne die ewigen zu verlieren.“

Beseelt von dem Gedanken, daß er „eine providentielle Mission“ zu erfüllen habe, sah Kaiser Franz Joseph die gänzliche Niederwerfung und Ausrottung der Revolution als die Hauptaufgabe seiner Regierung an; schon deshalb hatte er den Bund mit der Kirche geschlossen.

Indem der Monarch zum a b s o l u t i s t i s c h e n Regierungsprinzip zurückgriff, legte er gerade damals den Grund zur Ver-

[18]) Graf Leo Thun, der Urheber der Verordnungen vom 18. und 23. April 1850, hatte erklärt, daß er um seine Enthebung ansuchen werde, wenn seine Vorschläge nicht durchdringen sollten.

wandlung Österreichs in einen modernen Staat. Er brach mit dem Prinzip kollegialer Organisation der Hofstellen und setzte, zur Leitung der einzelnen Zweige der Staatsverwaltung, Ressortministerien ein. Es erfolgte, wenigstens in den obersten Instanzen, Trennung der Justiz von der Verwaltung, überall galt Gleichheit vor dem Gesetz. Die Frondienste wurden aufgehoben, ebenso die Patrimonialgerichte, an deren Stelle kaiserliche Bezirksämter traten. Die Grundentlastung bildete gleichsam den sozialen und wirtschaftlichen Unterbau des durch Kaiser Franz Joseph gegründeten modernen Staates. Das politische Fundament wäre die neue Gemeindeordnung gewesen, deren Grundsätze zwar festgestellt wurden, allein nie zur Durchführung gelangten.

Auch in der Handels- und Wirtschaftspolitik schlug man neue Bahnen ein: es erfolgte Organisierung der Handelsgerichte, der Handels- und Gewerbekammern, einer Zentral-Seebehörde, weiter Einführung eines einheitlichen Maß- und Münzsystems, einer neuen Wechselordnung, eines neuen Gebührengesetzes und Vorbereitung eines neuen Handelsgesetzbuches. Die Zollschranke gegen Ungarn fiel und zugleich wurde mit dem bisherigen Prohibitivsystem gebrochen. An seine Stelle trat ein mäßiger Schutzzoll, der eine freiere Bewegung ermöglichte.

Der frischere Luftzug machte sich auch auf geistigem Gebiet bemerkbar. Gleichzeitig mit dem Vorsatz, das Prohibitivsystem zu beseitigen, faßte Franz Joseph den Entschluß, Schulen für gewerbliche Zwecke zu gründen. Denn infolge der größeren Ansprüche, die an die Gewerbe gestellt werden mußten, ergab sich für diese die Notwendigkeit eines höheren Bildungsniveaus, das sie befähigte, den Wettkampf mit dem Ausland aufzunehmen. Ebenso reformierend griff der Monarch in das übrige Unterrichtswesen ein. Er gestaltete die Gymnasien aus, errichtete Realschulen und organisierte die akademischen Behörden. Als Zweck der Universität bezeichnete er „die Pflege echter Wissenschaft, die wahre Charakterbildung“, als Bedingung kräftiger Entwicklung der Wissenschaft aber die Lern- und Lehrfreiheit.

Insgesamt Errungenschaften, die den Gesichtskreis der Völker erweiterten und deren politische Reife förderten. Immer mehr machte sich daher das Bedürfnis geltend, daß der Kaiser trotz segensreicher Tätigkeit im Zeichen des Absolutismus dieses Regierungssystem verlasse. Da waren es wiederum die äußeren Verhältnisse, die den Umschwung in der inneren Politik herbeiführten.

ANHANG.

Hummelauers Denkschrift über die Abdankung Kaiser Ferdinands (s. d.[19]).

(Fürstl. Metternichsches Archiv zu Plaß.)

. . . vier Individualitäten haben die Hauptrollen in diesem Zeitabschnitt[20]) gespielt: die Kaiserin Maria Anna, der Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz, der Fürst Felix Schwarzenberg, der Graf Franz von Stadion. Diese Individualitäten standen auf dem nachfolgenden Standpunkt: Die Persönlichkeit der Kaiserin Maria Anna belebt ein seltener Geist religiösen und weltlichen Rechtsgefühles. Jedem Einfluß leidenschaftlicher Anschauung und Anregung entrückt, geht ihr Streben stets ungetrübt in der Richtung des Wahren und Nützlichen. Streng gegen sich selbst, ist ihr Urteil über andere stets mit Milde gepaart; des ausgedehntesten Vertrauens fähig, wenn sie in denen, deren Geist feste Prinzipien zur Grundlage dienen, erkennt, weiß sie ihres Vertrauens nicht Würdige einfach zur Seite zu stellen (sic!). Die Kaiserin stund in Anbetracht der Regierungsunfähigkeit ihres Gemahls in keiner Illusion. Nach den Nachteilen, welche diese Lage dem Reiche bot, wirkte auf die vortreffliche Frau die Furcht, daß sich Fälle ergeben könnten, in denen die Unfähigkeit des Regenten auf das Individuum — den Menschen, Kaiser — zurückfallen könnte. Ihr Drang ging sonach stets nach der Abdikation. Wäre der Ersatz für die Stelle dagewesen, so würde ich der erste nach dem Mittel gegriffen haben. Die Zeit allein konnte hier Rat schaffen: die Erreichung der Majo-

---

[19]) Original von Hummelauers Hand (Fürstl. Metternichsches Familienarchiv zu Plaß). Die Beilage hiezu von anderer Hand. Vgl. hiezu: J. Loserth, Zur Abdankung Kaiser Ferdinands I. und zur Thronbesteigung Franz Josephs I. (Österreich. Zeitschrift für Geschichte. Herausgegeben von Wilhelm Bauer, I, 475 ff. Verlag W. Seidel und Sohn.)

[20]) Einnahme Wiens; Märzverfassung.

rennität des zweiten Thronfolgers konnte allein Hilfe in der Not bieten. Als ich nach meinem Rücktritt aus den Geschäften in der Nacht vom 13. auf den 14. März 1848 ein paar Stunden im Gespräch mit der Kaiserin zubrachte, ist es mir nur mit harter Mühe gelungen, sie von dem Entschluß, den Kaiser Ferdinand die Krone im Laufe des morgigen Tages ablegen zu lassen und zu der Verschiebung der Maßregel bis nach dem Eintreten (sic!) des Erzherzogs Franz Joseph zu bewegen. Nur nach dem erhaltenen Versprechen, daß die Sache nicht übereilt werden würde, nahm ich Abschied von der Kaiserin.

Diese gedrängte Darstellung des Ganges des Geistes der Kaiserin Maria Anna genügt, um die Abdikation des Kaisers Ferdinand im November (sic!) desselben Jahres auf einfachem Wege zu erklären und um diesem Akt den moralischen Wert beizulegen, den er in den Augen der Kaiserin hatte, und welcher mit der Beförderung irgend revolutionärer Gelüste nichts gemein hatte.

Beilage.

Als nach der Ankunft des Hofes in Olmütz es sich darum handelte, dort eine Regierung zu bilden, ward das allerhöchste Vertrauen dem Fürsten von Schwarzenberg und dem Grafen von Stadion zugewendet. Diese beiden Herren wollten dem Kaiser Ferdinand nicht länger dienen. Sie wollten seine Entfernung vom Throne sowie auch die Beseitigung Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzogs Franz Karl. Sie hielten sich für vorzugsweise geeignet, zwischen der alten Monarchie und der neuen Zeit das Richteramt zu übernehmen, und gingen von der Annahme aus, daß der Streit zwischen beiden in der von ihnen gedachten Weise geschlichtet zu werden habe.

Graf von Stadion war ein vollkommener doktrinärer Revolutionär, wollte nicht nur zeitgemäße, notwendige Veränderungen, sondern eine Revolution, die alles anders schaffen sollte, und zwar auf demokratischen Grundlagen.

Fürst von Schwarzenberg wollte zwar anfangs nicht so weit gehen als Graf von Stadion, hielt aber doch die moderne konstitutionelle Regierungsform für eine Notwendigkeit der Zeit und für ausführbar in Österreich. Beide Herren waren in nichts gründlich, über nichts klar, vollkommen einig aber in der Sucht, alles neu

zu machen, und in dem Entschluß, nichts früher Bestandenes zu achten.

Das Vertrauen, welches der Fürst von Schwarzenberg von seiten I. M. der Kaiserin erhielt, verdankte er ausschließlich der Fürsprache des Fürsten von Windischgrätz, welcher ihn I. M. Vertrauen empfahl.

Die Kaiserin, tief empört über die Wiener Schandszenen und in sehr leidendem Gesundheitszustand, wünschte die Thronentsagung des Kaisers. Ihr Gewissen gebot ihr jedoch, dem Kaiser selbe nur für den Fall anzuraten, wo hiedurch die Gewißheit erhalten würde, der Revolution gegenüber eine die Rettung der Monarchie verbürgende Stellung zu erzielen, eine Stellung, genommen zu energischer Bekämpfung der revolutionären Tendenzen und Übergriffe. Diese conditio sine qua non legte die Kaiserin in die Hände des Fürsten Windischgrätz, welcher allein ihr unbedingtes Vertrauen besaß.

Gleichwie die Thronentsagung des Kaisers nur durch die Kaiserin erhalten werden konnte, konnte auch die Entsagung des Erzherzogs Franz Karl nur mit der Einwilligung der Frau Erzherzogin Sophie erhalten werden, da ihr hiebei das Opfer zugemutet wurde, dem Rechte, den Thron als regierende Kaiserin zu besteigen, zu entsagen. Die peinliche Aufgabe, dies zu beantragen, übernahm gleichfalls der Fürst von Windischgrätz.

Die politischen Ansichten der beiden Herren, welchen die Geschicke der Monarchie übergeben werden sollten, standen nicht im Einklang mit den Absichten der Kaiserin. Sie wollten Österreich konstitutionalisieren — die Kaiserin wollte keinen konstitutionellen Thron, die Kaiserin war daher ein Hindernis, welches zwar durch die Thronentsagung beseitigt werden sollte; da es sich aber vor allem darum handelte, das Ministerium noch unter dem Namen Kaiser Ferdinands zu bilden, so räumte man die Kaiserin einstweilen politisch aus dem Wege, indem man ihr vorstellte, sie müsse, da sie in die Thronentsagung gewilligt habe, von nun an sich auch alles Einflusses auf die Geschäfte enthalten, was sie auch gewissenhaft tat. In dieser Weise und bei dem Umstand, daß der Fürst von Windischgrätz genötigt war, seine Truppen gegen Wien zu führen, gerieten die Geschicke der Monarchie vor der Thronentsagung ausschließlich in die Hände des Fürsten von Schwarzenberg und des Grafen von Stadion.

Die Kaiserin sowohl als der Fürst von Windischgrätz sahen in den Tendenzen des Grafen von Stadion die augenscheinlichste Gefahr für Reich und Thron. Man sagte beiden, es sei nicht möglich, eine Regierung ohne den Grafen von Stadion zu bilden, und zugleich unterließ man, irgend Personen nach Olmütz zu berufen, von welchen zu erwarten war, daß sie Meinungen abgeben würden, welche mit den Ansichten des Grafen von Stadion nicht in Einklang zu bringen gewesen wären. Ich selbst habe dem Fürsten von Schwarzenberg in den ersteren Tagen nach der Ankunft des Hofes in Olmütz den Vorschlag gemacht, den Freiherrn von Kübeck, welcher auf seinem Gute Lechwitz bei Znaim war, nach Olmütz zu berufen, um sich mit ihm über zu nehmende Maßregeln zu besprechen. Der Fürst antwortete mir, er halte dies nicht für wichtig. — Eine Unmöglichkeit, eine nicht aus den Reihen der Revolution zu nehmende Regierung zu bilden, bestand selbst in dem damaligen Augenblick nicht, wenn man sich sogleich an den Beistand Rußlands wenden wollte: dies aber wollte man nicht und ebensowenig wollte man irgend jemand hören, der eine andere als aus Leuten der Revolution zu bildende Regierung angeraten haben würde.

Als der Fürst von Windischgrätz die kaiserlichen Truppen gegen Wien führte, empfahl er den Fürsten von Schwarzenberg dem Vertrauen der Kaiserin. Er glaubte, auf die politischen Grundsätze seines Schwagers rechnen zu können, und er zählte auf seine Redlichkeit gegen ihn und gegen die Kaiserin. In dem zu bildenden Ministerium vertraute die Kaiserin ausschließlich nur auf den Fürsten von Schwarzenberg, und dies lediglich infolge des Vertrauens, welches der Fürst von Windischgrätz in diesen letzteren setzte, und weil er ihn ihrem Vertrauen empfohlen hatte.

Die Kaiserin bestand darauf, in die Thronentsagung des Kaisers nur unter der Bedingung zu willigen, daß dieser Akt seinen Nachfolger in eine von dem seinem erlauchten Oheim abgedrungenen, mit dem Wohle der Monarchie und mit den Rechten des Thrones unverträglichen Zugeständnissen freie Stellung versetze, daß diese Stellung dann zur Rettung der Monarchie und des Thrones benützt werde und daß der Kaiser dem Throne entsage, weil die ihm in Wien entrissenen Zusagen ihm selbst hiezu nicht mehr die Möglichkeit ließen.

Die Kaiserin gebrauchte in dieser Beziehung alle ihr zu Gebote stehenden Vorsichten. Sie ließ den Entsagungsakt durch den

Freiherrn von Kübeck in Lechwitz entwerfen, an welchen eine vertraute Person gesendet werden mußte, da er unwohl war. In diesem Entwurf sagte der Kaiser, nachdem er in kurzen Zügen den Gang seines Regnums bezeichnet hatte:

„Da traten in den Märztagen 1848 stürmische Bewegungen in Wien auf, welche politische Reformen bezweckten, und deren Begehren im Namen aller Völker des Reiches gestellt wurden.

„In der Voraussetzung, daß diese Begehren wirklich von der Gesamtheit der Völker getheilt und in der Hoffnung, daß diese Gewährung derselben das Glück und Heil des Reiches auf neuen Grundlagen befestigen und fördern können, nahm Ich keinen Anstand, jenem damaligen Begehren zu willfahren.

„Ich bin Meinerseits weder in der Sache noch in der Zeit zurückgeblieben, alle Maßregeln zur Vollziehung der gegebenen Zusagen zu ergreifen.

„Ich habe insbesondere schon am 25. April die Konstitutions-Urkunde der Monarchie proklamirt, in welcher Ich absichtlich und ausdrücklich den Volksvertretern die angemessenen Wege offen ließ, alle Verbesserungen, welche die Umstände und die Lage der Zeiten wünschenswerth machen könnten, in legalen Formen zu bewirken.

„Da bemächtigte sich eine kühne Parthei, welche nicht angemessene politische Reformen, sondern s o c i a l e, a n a r c h i s c h e Umwälzungen erstrebt. eines Theiles der Bevölkerung Wiens und begehrte in einer Sturmpetition die Zusammenberufung eines constituirenden Reichstags in e i n e r Kammer, welchem Begehren Ich gerne nachgab, aber tief verletzt von den rohen Ausbrüchen der Gewaltthätigkeiten des 15. Mai 1848, die Residenz verließ und Mich in die Mitte Meines treuen Tiroler Bergvolkes begab.

„Ohne irgend eine zureichende Veranlassung, ja ohne scheinbaren Gegenstand, brach am 26. Mai 1848 ein Barrikaden-Aufstand in Wien aus, der zur Bildung einer revolutionären Behörde führte, die unter dem Titel der Wahrung der Sicherheit und der Rechte des Volkes sich der Regierung bemächtigte und ihren unverantwortlichen Wirkungskreis immer mehr und mehr auszudehnen suchte.

„Im Julius trat der constituirende Reichstag zusammen, der leider bald seinen eigentlichen Beruf in den Hintergrund stellend, sich der gesetzgebenden und controllirenden administrativen Gewalt

bemächtigte und verschiedene Versuche machte, auch die executive Gewalt an sich zu reißen und alle Souverainetäts-Rechte um so unbeschränkter auszuüben, als dessen Functionen durch kein Staatsgrundgesetz formulirt werden konnten, weil dieser Reichstag eben nur zur Entwerfung einer Constitution von Wien berufen und von seinen Wählern bevollmächtigt ist.

„Gleichwohl hielt ich es den Umständen angemessen, so viel als möglich mit dem Reichstage im Einklange voranzugehen, um bis zur Feststellung der neuen Constitution die Regierung zu befestigen und der anbrechenden Anarchie entgegen zu wirken.

„Diese Rücksicht war es auch, welche Mich bewog, dem Ansinnen des Reichstages zu Meiner Rückkehr nach Wien Folge zu geben, obschon die Art und Weise, in welcher dieses Ansinnen gestellt wurde, besonders aber die im Reichstage darüber stattgefundenen Verhandlungen, der Würde der Krone nicht angemessen war, welche in letzter Auflösung die Hoheit und Größe der Nationen darstellt, unter welcher sie vereinigt sind, und deren Entwürdigung die größte Verletzung der heiligen Rechte der Völker selbst ist, deren Schutz, Schirm und Einheit eben die Krone symbolisch darstellt.

„Seit Meiner Rückkehr in die Residenzstadt Wien haben sich, ungeachtet Ich von Meiner Seite nicht den entferntesten Anlaß zu irgend einem Mißtrauen in die Erfüllung meiner Versprechungen gegeben habe, fortan die anarchischen Bestrebungen zur Untergrabung aller Autorität und Gesetzlichkeit und die völlig auflösenden socialen Umwälzungen immer mehr und mehr verbreitet und endlich am 6. Oct. zu den blutigen Scenen geführet, welche jedes fühlende Herz erschüttern und auf das innerste empören mußten.

„Obschon es leider nur zu bekannt ist, daß die Bevölkerung von Wien, durch listige Verführer getäuscht, in selbstmörderischer Wuth alle Bedingnisse ihres Wohlstandes, welche eben nur in einem einigen Österreich bestehen, seit längerer Zeit niederzureißen wahnsinnig bemüht ist, so waren doch die Frevelthaten des 6. October 1848 zu himmelschreiend, um einen ernsten letzten Entschluß hervorzurufen.

„Meine abermalige Entfernung von Wien war durch solche Gräuel unvermeidlich geworden, und Ich berufe mich auf die Maßregeln, welche Ich immer im Einklange mit Meinen Versprechun-

gen zur Wahrung der Interessen der Monarchie und der gesetzmäßigen Freiheit getroffen habe.

„Alle Meine Hoffnungen, durch die von mir gewährten Zugeständnisse das Glück Meiner Völker zu befestigen und zu steigern, sind getäuscht worden. Anarchie und Bürgerkrieg sind entfesselt, die Ruhe der friedlichen Landbewohner ist durch Aufreizungen aller Art gestört, die Gewerbe liegen darnieder, der Handel stockt und der Privat- wie der öffentliche Credit unterliegen den Angriffen, welche die Ignoranz eitler Anmaßung gegen die ewigen Grundsätze des gesellschaftlichen Verkehrs mit Erfolg zu erheben nicht unterläßt.

„Unter solchen Umständen halte ich es nicht mehr für möglich, auf der von Mir eingeschlagenen Bahn für das Heil Meiner Völker wirksam zu sein.

„Ich habe daher beschlossen und verkünde es hiemit feierlich, dem österreichischen Kaiserthrone zu entsagen.“

*

Dieser Akt war bestimmt, der Ausgangspunkt des neuen Regnums zu sein und demselben der Revolution gegenüber Stellung und Richtung zu geben. Der Kaiser entsagte in demselben dem Throne ausschließlich aus Beweggründen des Gewissens höherer Art.

Der Entwurf wurde von allen intervenierenden Faktoren genehmigt und bildete somit die Grundlage der Thronentsagung. — Dem Fürsten von Schwarzenberg mußte allerdings die Freiheit gewährt werden, in den Wendungen der Abfassung jene Modifikationen zu machen, welche er dienlich erachtet haben würde; die wesentliche Natur des Aktes zu ändern, ward er jedoch nicht ermächtigt.

Der Fürst von Windischgrätz hatte bei seiner Abreise nach Wien bei der Kaiserin seinen Schwager als seinen Vertreter beglaubigt. Als jedoch der Augenblick der Thronentsagung herankam, fühlte sich die Kaiserin dennoch beunruhigt durch die Abwesenheit des Fürsten von Windischgrätz, und in den letzten Tagen schrieb sie noch einmal an den Feldmarschall und fragte ihn, ob sie den Kaiser wirklich zur Thronentsagung vermögen solle, indem — wie sie ausdrücklich sagte — sie sich ausschließlich nur nach des Feldmarschalls Rat zu benehmen gesonnen sei.

Von diesem Schreiben der Kaiserin hat der Fürst von Windischgrätz mir in Schönbrunn, als ich im Begriff war, nach Olmütz abzugehen, gesprochen und mir sein an I. M. gerichtetes Antwortschreiben vorgelesen. Der Feldmarschall antwortete der Kaiserin: „Sie können ohne Bedenken den Kaiser zur Thronentsagung vermögen", und er wiederholte ihr in seinem und der Minister Namen die Versicherungen, welche die Minister in Betreff der Richtung, in welcher die Angelegenheiten des Reiches geführt werden würden, gegeben hatten. mit dem Beisatz: „daß weder er selbst, noch sein Schwager Männer seien, die von ihrem gegebenen Worte weichen würden".

Die Thronentsagung wurde daher nur erhalten, indem der Fürst von Windischgrätz der Kaiserin gegenüber sich förmlich für seinen Schwager verbürgte; denn das Ministerium flößte der Kaiserin nur die lebhaftesten Befürchtungen ein, während sie selbst dem Fürsten von Schwarzenberg nur insofern Vertrauen gewährte, als der Feldmarschall für ihn bürgte.

Aus sicherer Quelle weiß ich, daß die Kaiserin, immer noch nicht beruhigt, an dem Tage vor der wirklichen Thronentsagung zu wiederholten Malen die für den folgenden Morgen bestimmte gedruckte Entsagungsproklamation verlangen ließ, um sich von deren Inhalt zu überzeugen, daß ihrem Verlangen aber unter verschiedenen Vorwänden nicht Folge geleistet wurde.

An demselben Vorabend der Thronentsagung fand in Olmütz in Gegenwart des Fürsten von Windischgrätz eine letzte Beratung unter Voraussetzung des übereingekommenen Proklamationsentwurfes statt.

Unterdessen wurde die übereingekommene Proklamation unterschlagen und eine falsche unterschoben. Der oben angezeigte Teil des ursprünglichen Entwurfes, der wesentlichste desselben, die Bedingung, unter welcher allein die Thronentsagung zugestanden worden war, ward unterschlagen.

Mit dem richtigen Gefühl, welches die Kaiserin Maria Anna ausgezeichnet, hatte sie vor allem die Würde des Kaisers und die Rettung der Monarchie im Auge gehabt. Sie wollte, der Kaiser solle erklären, er trete ab, weil in seiner Würde und seinen Rechten verletzt und durch die ihm entrissenen Zugeständnisse in seinem Gewissen der Möglichkeit beraubt, die Monarchie von der betretenen Bahn zurückzuziehen. Unter dieser Bedingung allein hatte sie

eingewilligt, den Kaiser zur Thronentsagung zu vermögen, und um diese Bedingung wurde sie betrogen; denn nach dem Entsagungsakt, welcher veröffentlicht wurde, schien der Kaiser lediglich abgetreten zu sein, weil er sich nicht stark genug an Gesundheit fühlte, und mit so offenbarer Schonung gegen die revolutionäre Partei, daß die Revolution mit dem neuen Regnum wie auf ebenbürtigem Felde zu stehen kam.

Auf dieselbe Bedingung hin hatte der Fürst von Windischgrätz sich bei der Kaiserin für das Ministerium verbürgt. Man hat sich seiner damals allmächtigen Stellung bedient, um von der Kaiserin die Thronentsagung des Kaisers, von der Frau Erzherzogin ihre Einwilligung in die Entsagung ihres Gemahls zu erhalten, und in dem Augenblick, wo man beides durch ihn erreichte, hat man ihn um sein verpfändetes Wort betrogen.

Die Minister sahen daher unbedingt jedes Mittel als erlaubt an, um sich der Zügel der Regierung unter den ihnen beliebigen Modalitäten zu bemächtigen. Ihrem Herrn und Kaiser zogen sie die Krone durch Betrug vom Haupte; denn sie wußten sehr wohl, daß die Kaiserin nicht in die Thronentsagung gewilligt haben würde, hätte sie eine Ahnung des Vorhabens gehabt, mit welchem man umging.

Dieser Vorgang fand statt in dem Moment, wo S. M. der Kaiser Ferdinand vom Throne herabstieg und wo sein Nachfolger den Thron noch nicht bestiegen hatte. Die schmähliche Szene spielte in dem Zwischenmoment zwischen beiden Kaisern.

Untertanspflicht, gewöhnliches Gewissen und Ehre mußten genügen, um von einem solchen Vorgang abzuhalten; und hiezu bot ein Mann die Hand, der überdies im Fahneneid stand, dies taten Minister, welche wenige Tage vorher dem Kaiser den Eid als Minister geleistet hatten. Nur durch Bürgschaft hatte der Fürst von Schwarzenberg das Vertrauen der Kaiserin erhalten. Das Vertrauen ward verraten, der Bürge um sein verpfändetes Wort betrogen und an der Kaiserin wurden Gaunerkniffe geübt. Es ist offenbar, daß diejenigen, welche da handelten, jede Achtung für die Person und die Rechte ihres Herrn abgelegt hatten, und sie handelten so, weil die Kaiserin die Rettung der Monarchie mit monarchischen Mitteln bewerkstelligt sehen wollte, die Herren von Schwarzenberg und Stadion es aber geratener fanden, eine gänzliche Neugestaltung des Kaiserstaates auf revolutionärem Felde einzuleiten.

Kempens Denkschrift über die Auffindung der Stephanskrone.

(24. April 1854.)

Die heilige Stephanskrone besteht schon längst nicht mehr in ihrer ursprünglichen Gestalt, sondern aus zwei verschiedenen Teilen; der obere stellt die Krone dar, die Papst Sylvester II. dem ersten König von Ungarn gesandt hatte,[1]) während das untere Stück der dem König Géza I. (1075) von dem griechischen Kaiser Michael Dukas VII. geschenkten Krone entstammt. Noch ist man im Unklaren über den Zeitpunkt der Vereinigung beider Kleinodien, die im Jahre 1272 noch genannt wurden, wogegen 1437 — unter König Albrecht — bloß von einer Krone die Rede war.[2])

Dem Träger dieser Krone kamen nach Anschauung der Nation dieselben Machtbefugnisse zu, wie Stephan sie ausgeübt hatte, der 1001 mit der heiligen Krone zum ersten Apostolischen König gekrönt worden war. Daher festigten und vertieften sich im Volke königstreue Anhänglichkeit und religiöse Gesinnung, was nicht ohne Einfluß auf die Ausgestaltung des Begriffes der heiligen Krone blieb. Seit Ludwig dem Großen pflegten die Könige alle ihre Hoheitsrechte von der Krone Stephans abzuleiten, wogegen in der Folge die Stände es waren, die sich als die berufenen Träger der Staatsgewalt ansahen. Der König erhielt, um diese Gewalt ausüben zu können, von der Nation (den privilegierten Ständen) das Symbol allen Rechtes, die heilige Krone; er übte sonach seine sou-

---

[1]) Der ungarische Geschichtschreiber Julius von Pauler und der französische Archäolog Jean de Bonnefon bezeichneten diesen oberen Teil als Fälschung, gegen welche Annahme Johann Karácsony (1907) entschieden Stellung nahm und für die Echtheit des Stückes eintrat.

[2]) Eduard von Wertheimer, Die heilige Stephanskrone („Neue Freie Presse" vom 28. Dezember 1916, Nr. 18.805).

veränen Rechte lediglich als Vertreter der Stephanskrone, und zwar im Auftrag der Nation aus, der er die Krone zu verdanken hatte.[3]) So verkörperte sich, und zwar seit Sigismund (1387—1437) die höchste Gewalt nicht mehr, wie im Zeitalter der von Stephan dem Heiligen begründeten Verfassung, in der Person des Königs, sondern sie galt ausschließlich als Obrigkeit der heiligen Krone und ging erst von dieser auf den König über.[4])

Diese Lehre von der heiligen Krone wurde zu einer Zeit in eine bestimmte Formel gebracht, wo die königliche Gewalt ihren Tiefstand erreicht hatte: „Du bist unser König, wir sind Deine Herren", so lautete das Spottwort der ungarischen Großen, als das Werk des Protonotars Werböczy: „Tripartitum opus juris consuetudinarii inclyti regni Hungariae" in den Druck gelangte (1517). Nur hat der berüchtigte Autor die von ihm formulierte Lehre auch auf frühere Jahrhunderte angewandt, welcher falschen Fährte die neueren ungarischen Rechtslehrer (Timon u. a.) folgten.

Was aber die Bezeichnung „heilig" betrifft, so findet sie ihr älteres Gegenstück im heiligen römischen Reiche deutscher Nation und im Königreich Böhmen; hier wie dort durfte die Krönung nur mit der rechtmäßigen Krone erfolgen. Dieselbe Forderung erhoben seit Jahrhunderten die ungarischen Stände,[5]) weshalb das Kleinod zu wiederholten Malen, in Zeiten politischer Gärung, verborgen wurde, um es ja nicht in die Hände der Gegenpartei fallen zu lassen. Bei einer dieser Verschleppungen wurde das Kreuz angeblich verbogen,[6]) wodurch die Stephanskrone ihr so charakteristisches Aussehen erhielt.

---

[3]) J. Szekfü, Der Staat Ungarn (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin 1918). S. 59 ff. Ein lehrreiches und zugleich fesselnd geschriebenes Buch, das daher nicht bloß von Historikern studiert und benützt, sondern auch von Nicht-Fachgenossen gelesen werden sollte.

[4]) Luschin von Ebengreuth, Die heilige Krone Ungarns („Österreichische Rundschau", Bd. XV., S. 4 ff.). Dieser scharfsinnige Forscher hat die schier mystische Bedeutung, die man der Stephanskrone zuschrieb, auf ihr richtiges Maß herabgedrückt.

[5]) Schließlich bestimmte der Gesetzartikel 3 vom Jahre 1791, daß die Krönung nur dann als rechtskräftig anzusehen sei, wenn sie mit der Krone Stephans des Heiligen erfolge; sie allein verleihe dem Monarchen königliche Befugnisse (jus sacrae regni coronae) und verpflichte ihn zugleich zur Beobachtung der verfassungsmäßigen Freiheiten der Nation (diploma inaugurale).

[6]) Im Jahre 1305, als der siebenbürgische Woiwode Apor dem Bayernherzog Otto die Krone (in der Gegend von Fischamend) geraubt hatte.

Der Aufbewahrungsort des kostbaren Kleinods wechselte seit der Mohácser Schlacht (1526) zu wiederholten Malen. Verschiedene Städte nicht bloß Ungarns, auch Wien und Prag boten ihr Unterkunft. Nach dem Tode Josephs II. aus Wien nach Ofen zurückgebracht, befand sie sich 1805 in Munkács, 1809 in Erlau, von wo sie nach Gyöngyös und später wieder nach Ofen gelangte. Zur Zeit des ungarischen Aufstandes wurde sie in Pest, Szegedin, Großwardein und Debreczin verwahrt, bis sie schließlich der flüchtige Ministerpräsident Bartholomäus Szemere, im August 1849, bei Orsowa am Fuße des Allionberges vergrub.

Über ihre Auffindung hat der damalige Chef der obersten Polizeibehörde, Feldmarschalleutnant von Kempen, eine Denkschrift verfaßt,[7]) die im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv erliegt und alle früheren Darstellungen teils ergänzt, teils widerlegt.[8])

[7]) Anhang. Vgl. Eduard von Wertheimer, Das ungarische Krönungsjubiläum (8. Juni 1867). Mit Benützung ungedruckter Schriftstücke („Neue Freie Presse" vom 7. Juni 1907, Nr. 15.370).

[8]) Kempen hatte, nach eigener Aussage, die Leitung der ganzen Angelegenheit übernommen, als die bisherigen Auffindungsversuche ergebnislos geblieben waren, und sich des Spions Stephan Vargha als Spürhundes bedient. In London traf Vargha den ungarischen Flüchtling Szücs, der ihm gegen die Zusage einer größeren Belohnung das Geheimnis verriet und zugleich eine Abschrift der Beschreibung des Versteckortes einhändigte. Denn Szücs hatte sich im Auftrag Szemeres an der Bergung der Kiste beteiligt, die die Reichskleinodien enthielt. In der Folge wurde der Hauptmann-Auditor Titus Karger mit der Auffindung der Krone betraut, da er über die im Jahre 1849 gemachten Versuche, die Kroninsignien wieder ans Tageslicht zu fördern, Bescheid zu geben wußte. Seine Mission wäre jedoch gescheitert, wenn Kempen sich nicht entschlossen hätte, dem inzwischen verhafteten Vargha die Freiheit zu schenken und ihn nach Orsowa zu senden, um gemeinsam mit Karger die richtige Fährte ausfindig zu machen. Dieser schrieb sich sonach ganz mit Unrecht das Verdienst der Entdeckung zu („Temesvarer Zeitung" vom 14. September 1853, Nr. 216). Ebensowenig stichhältig ist die im „Österreichischen Soldatenfreund" damals aufgestellte Behauptung, es habe Szemere, aus Haß gegen Kossuth, dem Feldmarschalleutnant von Kempen den Ort des Versteckes bekanntgegeben. Franz Pulszky kam da der Wahrheit schon näher, indem er in seinem Werke „Mein Leben und meine Zeit" Vargha als Denunzianten brandmarkte, der in der Tat auch der „Kronen-Vargha" hieß. Ebenso wies Szemere in einem von Wertheimer benützten Memoire über „Die ungarische Emigration" (Mai 1857) auf Vargha als den Verräter hin. Der eigentliche Angeber jedoch war Szücs, der ehemalige Honvedoberleutnant in der ungarischen Revolutionsarmee. Mit gleicher Sicherheit darf, entgegen den Ausführungen Wertheimers, behauptet werden, daß Kossuth nicht

Wohl jeder, ob Österreicher oder Ungar, wird beim Lesen dieser spannenden dramatischen Schilderung die Stephanskrone erst recht lieb gewinnen und sich gestehen, daß damals in der Tat ein heiliges Kleinod gerettet worden sei. Gar mancher Ungar aber, den nicht der wilde Drang nach Zerstörung packt, sondern echter Patriotismus durchglüht, wird weinen und weinen über den nun fast sicheren Verlust des Heiligtums der Nation. Entweiht ist Stephans Krone, verblichen ihr Glanz, und ihr heutiges Schicksal weit tragischer als zur Zeit, da Gegner des Hauses Österreich in immerhin pietätvollem Empfinden den kostbaren Schatz der Mutter Erde anvertraut haben.

Der Mißbrauch, der vor 1848 mit der Bezeichnung „Volk“ getrieben ward, das ja doch nur aus Privilegierten bestand; das fadenscheinige demokratische Kleid, das die Welt auch in der Folge über das eigentliche Wesen der angeblich tausendjährigen Verfassung hinwegtäuschen sollte; der Schacher mit Staatsnotwendigkeiten, der vor jedem „Ausgleich“ gang und gebe war; die Mißachtung und Zurücksetzung, die jeder anderssprachige Volksstamm des Königreiches in hohem Maße erfuhr — all dies trug mit dazu bei, daß schließlich „Catilina“ Michael Károlyi den völligen Zusammenbruch bewerkstelligen und die Krone Stephans des Heiligen zerschlagen konnte.

---

nur den Ort des Versteckes genau gekannt, sondern sich auch mit der Absicht getragen habe, die Kroninsignien anderswo zu verbergen.

ANHANG.

Kempens Denkschrift über die Auffindung der Stephanskrone.

(Wien, 24. April 1854 [Original].)

Einleitung.[9])

Unter den Verbrechen und Schandthaten, welche die Revolution in Ungarn vom Jahr 1849 in ihrem Gefolge hatte, dürfte keine an Größe und Eigenthümlichkeit des Frevels mehr hervorstechen, keine für den Geist der Revolutionsmänner bezeichnender seyn, als der Raub und die Entheiligung der ungarischen Kron-Insignien.

Die Krone des heiligen Stephan, des ersten christlichen Herrschers und ersten Königs von Ungarn, wurde stets als der kostbarste Schatz des Landes, als gemeinsames theures Besitzthum des Volkes und seines rechtmäßigen Königs, als echtes Nationalheiligthum angesehen, das von Herrscher und Volk mit allen äußeren Zeichen der Verehrung umgeben und mit gewissenhafter Sorgfalt bewahrt und gehütet wurde. Ehrwürdig schon als wohlerhaltenes Denkmal aus früheren Jahrhunderten, als Erinnerungszeichen der Einführung des Christenthums und der Erhebung des Landes zum Rang eines Königreiches, bedeutungsvoll als Sinnbild der innigen Verbindung des Volkes mit seinem legitimen Fürsten, geweiht durch das Oberhaupt der Kirche und insbesondere verehrt im religiösen Sinn des Volkes als Reliquie eines Heiligen, übte die Krone des heiligen Stephan auf die Gemüther aller Stämme und Volksklassen in Ungarn einen mächtigen Zauber und war der Gegenstand eines begeisterten Cultus, wie ein ähnliches Beispiel kaum in einem andern europäischen Lande zu finden seyn möchte.

---

[9]) Dieses nur im Entwurf vorliegende Schriftstück ist derart gehalten, daß man vermuten könnte, es habe sich Kempen mit der Absicht getragen, seine Denkschrift zu veröffentlichen.

Es kann die Rücksichtslosigkeit und Verworfenheit der ungarischen Revolutionshäupter durch nichts in grelleres Licht gestellt werden, als durch die Art und Weise, wie sie mit jenem Landeskleinod schalteten. Sie, die im Namen und im Sinne der Nation zu handeln vorgaben, nahmen keinen Anstand, dasjenige mit frevelnder Hand anzutasten und zu rauben, was der Nation stets als theuerstes Besitzthum und unantastbares Heiligthum gegolten hatte.

Als sie nämlich vor dem anrückenden kaiserlichen Heere aus Pesth zu fliehen sich genöthigt sahen, rissen sie die Krone mit den übrigen Insignien aus der königlichen Schatzkammer in der Burg zu Ofen heraus und führten ihren Raub mit sich nach Debreczin. Das altehrwürdige Institut der Kronwächter wurde beseitigt. Obgleich infolge des bis in seine letzten Consequenzen vollendeten Hochverraths, mit der Ausrufung der Republik, die Kroninsignien für die Zwecke der Rebellen bedeutungslos geworden waren, ließen die letztern doch das geraubte Gut nicht los, ja schleppten es zugleich mit der Banknotenpresse und den sonstigen Rüstzeugen ihrer Verbrechen, zur weiteren Flucht gedrängt, mit sich von Ort zu Ort bis an die Landesgränze bei Orsowa, von wo Kossuth mit seinem Gefolge auf türkisches Gebiet flüchtete. Die weitern Erlebnisse der flüchtigen Rebellen blieben fortwährend Gegenstand der öffentlichen Kunde; über das Schicksal der geraubten Krone hingegen waltete von nun an das tiefste Dunkel; jede Spur derselben schien verschwunden.

Die kaiserlichen Behörden, kaum in den Besitz des Landes gelangt, unterließen nicht, zur Wiederauffindung der ungarischen Krone Schritte einzuleiten. Allein, sey es, daß dabei nicht planmäßig und umsichtig genug vorgegangen oder die Sache nicht mit der nöthigen Beharrlichkeit betrieben wurde, alle Versuche blieben ohne Erfolg und wurden endlich, als fruchtlos, nicht weiter fortgesetzt.

In diesem Zustande der Hoffnungslosigkeit befand sich die Angelegenheit, als im April 1852 FML. von Kempen durch das Vertrauen S. M. des Kaisers zur Leitung der neu errichteten Obersten Polizeibehörde berufen wurde.

FML. von Kempen, die hohe Bedeutung des Gegenstandes erfassend, erachtete es als eine seiner ersten und schönsten Aufgaben, die Nachforschungen zur Auffindung der ungarischen Krone wieder

aufzunehmen, um dieses edle Kleinod in den Besitz seines kaiserlichen Herrn zurückzuführen. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß nur ein Vorgehen nach einem umsichtig entworfenen und in der Ausführung vorsichtig und einheitlich geleiteten Plane zum Ziele führen könne, und belebt von der Zuversicht, daß ungeschwächte Ausdauer im begonnenen Werke zu einem bestimmten Erfolge führen müsse, entwarf FML. von Kempen nun ein umfassendes, wohl berechnetes System der Ausmittlung und nahm die oberste Leitung des Ganzen ausschließlich in die eigene Hand.

Wie die Sache stand, mußte vor allem erst über die Thatsache Gewißheit geschafft werden, ob die Krone von den Rebellen über die Gränze ins Ausland gebracht wurde, oder ob sie noch innerhalb des Umfangs der Monarchie irgendwo verborgen liege. Nach Sicherstellung des letzten Punktes wurde es möglich, die weitgespannten Kreise der Nachforschung immer enger um den eigentlichen Gegenstand zusammenzuziehen und endlich beim gewünschten Ziele anzulangen.

Der Erfolg dieser Bemühungen ist allgemein bekannt, nicht so die Mittel und Wege, welche zum Gelingen führten. Die folgende einfache, auf streng authentische Behelfe gestützte Darstellung des inneren Triebwerks und des Ganges dieser Operation dürfte schon an und für sich, dann mit Rücksicht auf die historische Wichtigkeit des Gegenstandes von Interesse und ein nicht zur Unzeit kommender Beitrag zur Sicherstellung der Wahrheit seyn.

*

Der Griffel der Geschichte wird in den Jahren 1848 und 1849 die Verirrungen bethörter, undankbarer Völker und die Verbrechen ihrer Verführer mit düsteren Tinten zu verzeichnen haben; aber glänzen sollen die Treue, der Muth und die Tapferkeit der Heere, mit denen diese den Aufruhr besiegten.

Im August-Monate 1849 war in Ungarn die Macht des rechtmäßigen Herrschers wieder hergestellt; nur das Symbol derselben fehlte.

Kossuth, dessen frevelnder Sinn sein Vaterland zur Empörung gebracht, hatte auch die ruchlose Hand an jene Reichskleinodien gelegt, welche einst der heilige Stefan getragen; und als der Hochverräther, von der göttlichen Gerechtigkeit ereilt, den Schauplatz seiner Schandthaten fliehen und bey den Ungläubi-

gen Schutz suchen mußte, waren jene Kleinodien auch verschwunden.

Wohin selbe gekommen, darüber gab es nur, und zwar die mannigfaltigsten Vermuthungen.

Im Spätherbste des Jahres 1849 wurde von Seite der k. k. Regierung eine Commission nach Orsowa delegirt, deren Präses der damalige Major im 13. Grenz-Infanterie-Regimente, nunmehrige Oberstlieutenant und Kommandant des 5ten Gendarmerie-Regimentes, von Gabler war, und wobei auch der Hauptmann Auditor Titus Karger fungirte.

Die gepflogenen Erhebungen stellten als sicher dar, daß die ungarischen Reichskleinodien die letzten Tage vor dem Uebertritte Kossuths auf türkisches Gebiéth (Ende August 1849) unter Verwahrung des Rebellen-Ministers Szemere durch einige Zeit in dem Wirthshause zum weißen Lamm zu Alt-Orsowa untergebracht waren [10]) und daß dieselben einmal Nachts von mehreren mit Grabwerkzeugen versehenen Leuten, welche bald darauf wieder rückkehrten, auf einem Wagen weggeführt wurden.

Mannigfaltige Nachgrabungen fanden statt; in und um Orsowa, in und um Mehadia, in der Veteranischen- und in der Hercules-Höhle; selbst die Pfarrkirche zu Orsowa wurde mit höherer geistlicher Bewilligung genauestens durchforscht, doch konnte kein günstiges Resultat gewonnen werden.

Die Wiederauffindungs-Commission, namentlich der Hauptmann-Auditor Karger, hegte die durch nichts begründete Hoffnung, daß die gesuchten Insignien in dem Kirchhofe zu Alt-Orsowa verborgen sein dürften; aus Sanitäts- und Frömmigkeits-Rücksichten

---

[10]) Die Vergrabung der Kiste mit den ungarischen Kroninsignien fällt in den Zeitraum vom 19. bis 25. August 1849. In den amtlichen Berichten heißt es, „daß der Rebellen-Exminister Szemere in Begleitung des gewesenen Regierungs-Commissairs Füllep in den letzten Tagen vor dem Übertritt auf türkisches Gebieth eine werthvolle Kiste, welche die Form einer Geldtrube hatte und die Kiste der ungarischen Krone seyn konnte, in und um Orsowa herumgeführt, auf- und abgeladen habe. Am Tage vor dem Wegführen dieser Kiste aus dem Gasthause zum weißen Lamm in Orsowa entfernten sich Szemere und Füllöp auf eine Stunde, gefolgt von einem Bedienten, der eine Krampe und eine Schaufel getragen hat.“

„Am 19. August ist Kossuth bey Orsowa auf türkisches Gebiet übergetreten. Am 26. August trafen Szemere, Graf Casimir Batthyány und Füllöp in Widdin ein, wo Kossuth bereits sich befand.“ (Beilage ddo. Wien, 28. März 1854 des Entwurfs der Kempenschen Denkschrift.)

war jedoch die Bewilligung zu Nachgrabungen an jener Ruhestätte nicht zu erlangen, und so schnitt sich die Commission selbst den gewonnenen Leitungsfaden ab.

Nachdem inzwischen der Winter mit besonderer Rauheit eingetreten war, mußte die Commission aufgelöst werden.

Dieser vergeblichen Forschung folgten mehrere andere ähnlicher Art; denn Eigennutz und Märchen machten sich geltend.

Man suchte die Kron-Insignien in den Bergen zwischen Szasska und Orawitza, in der Gegend zwischen Debreczin und Großwardein und auch bei Arad.

Eine von dem ehemaligen Insurgenten Obersten Kollmann unterm 8ten September 1851 an den k. k. Consul zu Damascus Pfaffinger gegebene Andeutung, daß die ungarischen Kron-Insignien auf einem Berge bei dem Dorfe Xupanek nächst Alt-Orsowa vergraben seyen, war nur geeignet, von der wahren Spur abzulenken.

Als in Mitte des Jahres 1852 das Allerhöchste Vertrauen Seiner k. k. apostolischen Majestät, meines allergnädigsten Kaisers, mich an die Spitze der Staats-Polizey-Verwaltung gestellt, mußte ich sehr bald ersehen, in welch' gefährlicher Art die Umsturz-Parthey es verstand, das Absein der ungarischen Reichs-Insignien — die als vom Haupte eines heiligen Königs stammend, wahre Reliquien sind — zu ihren verwerflichen Zwecken auszubeuten, und welches Gewicht der muthmaßliche Besitz der ungarischen Krone in Kossuth's Händen, diesem Hochverräther, in den Augen eines leicht erregbaren Volkes verlieh.

Diese Betrachtungen legten mir neben den vielfälltigen offenen Pflichten auch eine geheime, nur vom Gewissen allein überwachte, auf.

Die ungarische Krone mußte aus dem Dunkel ihres Aufenthaltes an das Licht und auf das Haupt ihres rechtmäßigen Herrn gefördert werden.

Der Schatz, der aus so räthselhafter Verborgenheit gehoben werden sollte, erschien mir so groß, die Pfade, die zu ihm führten, erschienen so eng und düster, daß nur Einer den Gang unternehmen durfte, mit leisem vorsichtigen Schritte; denn ein Mißlingen dießmahl würde das Ziel auf Jahre hinausgedrückt, vielleicht vernichtet haben. Ich nahm sonach die Leitung des ganzen Unternehmens in die eigene Hand.

Nach genauer Würdigung aller Verhältnisse schien jedenfalls London der Ort, wo der Ariadne-Faden zur Leitung bei dem Unternehmen aufgegriffen werden mußte.

Haupterforderniß war vor allem, ein zur Mission nach London, zur Ausforschung des Geheimnisses vollkommen taugliches Organ zu finden. Der Emissair mußte ein Mann sein, welcher dem Kronen-Räuber Kossuth näher bekannt, bei diesem, so wie bei dessen Anhange in einigem Ansehen stand; er mußte aber auch für seine Vertrauenswürdigkeit als Agent die möglichste Bürgschaft biethen.

Meine Aufmerksamkeit wendete sich hiernach auf Stefan von Wargha.

Stefan von Wargha, Hof-Conzipist der bestandenen ungarischen Hofkammer, hatte an der ungarischen Revolution als höherer Beamte des Rebellen-Ministeriums besonderen Antheil genommen und war mit den Coryphäen der Rebellion, namentlich mit Kossúth und Pulszky, in näherer Berührung.

Später und bis zum Anfange des Jahres 1853, ließ er bei dem ungarischen Militär-Gouvernement zu konfidentiellen Diensten sich benützen, die in ihrer Ausbeute sehr ersprießlich waren und ihm ein unbedingtes Vertrauen erwarben.

Wargha wurde demnach ohngefähr um die Mitte des April-Monates von Pesth nach Wien berufen; und weil die nähere Rücksprache mit demselben das vorgefaßte Vertrauen noch mehr befestigte, wurde er wirklich mit der geheimen Mission nach London betraut.

Als ostensible Aufgabe wurde ihm die Ausforschung und Aufhellung der Flüchtlings-Verhältnisse empfohlen; überdieß aber erhielt er von mir die eindringliche Weisung, hauptsächlich nach dem Versteckorte der ungarischen Reichskleinodien zu forschen.[11])

Wargha ging am 28. April 1853 von Wien nach London ab; nach zwanzig Tagen kehrte er wieder hieher zurück.

Er brachte ziemlich erhebliche Nachrichten über die Agitationen Kossuth's und über dessen weitverzweigte Verbindungen.

Diese Nachrichten in die Form eines konfidentiellen Rapportes gebracht, wurden dem betreffenden Departement der obersten

---

[11]) Stephan Wargha verfaßte über seinen Anteil an der Auffindung der Krone eine Denkschrift, deren Original ebenfalls im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv erliegt. Kempen entnahm ihr die einschlägigen Daten. (Beilage 1.)

Polizey-Behörde zur entsprechenden Benützung übergeben; die Erhebungen in Bezug auf den Versteck der ungarischen Reichs-Kleinodien aber nahm ich in einer dem Wargha am 22. Mai 1853 gewährten Besprechung von ihm selbst zur Kenntniß.

Wargha hatte seine kurze Anwesenheit in London sehr glücklich verwerthet.

Von Kossuth, mit welchem er persönlich sehr vertraut konferirte, konnte er ungeachtet der vorsichtigsten Umfragen nur so viel erfahren, daß die ungarischen Kroninsignien bei Gelegenheit der Flucht der Rebellen vom k. k. Gebiethe rückgelassen worden sind, daß um deren Sicherheit Besorgniß gehegt werde, daß aber Kossuth auch bereits Einleitungen getroffen habe, um selbe ihrem dermaligen Verstecke möglichst bald zu entnehmen und gesicherter unterzubringen.

Diese hingeworfenen Andeutungen hatten wohl keinen besonderen Werth, doch waren sie in so ferne wichtig, als hierin die positive Bestättigung lag, daß die gesuchten Reichskleinodien nicht, wie stets befürchtet werden mußte, bereits in das Ausland verschleppt worden waren, sondern daß dieselben noch auf österreichischem Gebiethe sich befanden.

Auch lag in Kossuth's Äußerungen eine Mahnung, daß der Gang des Unternehmens keinerley Zögerung gestatte.

Was Wargha's unmittelbaren Bemühungen nicht gelang, dieß both sich in einer günstigen sichtlichen Fügung der Vorsehung ihm dar.

Wargha, noch immer mit Kossuth Conferenzen pflegend, traf zufällig auf dem Trafalgar Square einen ihm sonst nicht näher bekannten Mann, welcher, da er den Wargha als Ungarn erkannte, eine besondere Freude äußernd, ihm eröffnete, daß er Szücs heiße, ein Siebenbürger von Geburt, früher Wirthschaftsbeamter, während der ungarischen Revolution aber Honved-Oberlieutenant gewesen sey und dermalen als politischer Flüchtling in London sich befinde.

Wargha lud den neuen Bekannten zu sich ein, in der Hoffnung, über die Flüchtlings-Verhältnisse Näheres von ihm zu erfahren.

Szücs, allem Ansehen nach, in bedrängten pekuniären Verhältnissen, klagte bitterlich über den Egoismus des Kossuth und Pulszky, welche den Zufluß der Unterstützungsgelder für die ungarischen Flüchtlinge zu leiten haben und für die Subsistenz-Verbesserung dieser Flüchtlinge so wenig thäten. Deßhalb wünschte

Szücs nach Amerika überzuschiffen und dort, wenn auch nur mit Handarbeit, sich erhalten zu wollen, und schloß im Redefluße mit der vertraulichen Äußerung: „er selbst wäre wohl berechtigt, von Kossuth eine regere Theilnahme anzusprechen, da er um das Geheimniß des Versteckortes der ungarischen Krone wisse."

Wargha ließ diese Äußerung nicht ungenützt. Er wandte alle Mühe auf, den Szücs, welcher anfänglich jede nähere Mittheilung verweigerte, dahin zu vermögen, sein Geheimniß der k. k. Regierung bekannt zu geben und durch die hiefür zu erlangende Geldbelohnung eine sorgenfreie Zukunft sich zu sichern.

Nach längerem Bedenken willigte endlich Szücs in die Enthüllung des Geheimnisses unter der Bedingung, daß vor allem seine Beiwirkung zur Entdeckung der Kroninsignien vor der Welt geheim gehalten und ihm eine Belohnung von 6000 Stück Guineen zugesichert werde. Hiebei erklärte er, von diesem Gelde an Wargha für dessen Vermittlung den sechsten Theil abtreten zu wollen.

Wargha versprach, alle Mühe anzuwenden, um die Zufriedenstellung des Szücs zu bewirken, und erfuhr sonach von diesem letzteren Nachfolgendes:

In den lezten Tagen des Monates August 1849 befand sich der damalige Honved-Oberlieutenant Szücs, mit einer Truppen-Abtheilung von ohngefähr 120 Mann auf der Flucht begriffen, zu Alt-Orsowa.

Dortselbst befand sich auch der Rebellen-Minister Szemere.

Eines Abends erhielt Szücs von Szemere den Auftrag, er solle mit etwa 25 bis 30 erprobt verläßlichen Leuten bereit sich halten, um die Begleitung einiger notablen Flüchtlinge, welche demnächst in Orsowa erwartet werden, zu besorgen.

Die nähere Disposition des Aufbruches werde er bei einbrechender Nacht erhalten. Diese Disposition erfolgte gegen 11 Uhr Nachts (wahrscheinlich die Nacht vom 24. auf den 25. August) und bestand vorläufig bloß darin, daß Szücs mit seiner Mannschaft sogleich zu dem Mauthhause an der Cserna sich begeben und dort die weiteren Befehle abwarten solle.

Kaum war Szücs mit seiner Abtheilung, welche aus einem Wachtmeister, einem Korporal und 26 Mann bestand, am Bestimmungsorte angelangt, als ein Leiterwagen mit zwei Pferden bespannt anfuhr, auf welchem Szemere, der Rebellen-Polizey-Minister

Hajnik, dann Grimm,[12]) Fülöp und noch ein Mann unbekannten Namens sich befanden. Hajnik selbst lenkte die Pferde. — Das ganze Gespann ward nämlich, wie später in Erfahrung gebracht wurde, von einem Insassen aus Orsowa um 400 Fl. unter der Bedingung gekauft, daß, wenn man selbes den folgenden Tag rückstelle, der Verkäufer als Miethslohn die Hälfte des Kaufpreises erhalte. So geschah es. Pferde und Wagen wurden rückgestellt und der Verkäufer zahlte 200 Fl. zurück.

Als das Gespann beim Mauthhause angelangt war, beauftragte Szemere den Szücs, er möge das Commando über seine Abtheilung dem Wachtmeister übergeben und diesen anweisen, auf das erste Hilfegeschrei im schnellsten Tempo dem Wagen nachzukommen, sonst aber dürfe Niemand, unter schwerster Verantwortung, von der Stelle sich rühren.

Hienach wurde Szücs aufgefordert, den Wagen zu besteigen und mitzufahren.

Diese Einladung erfolgte, wie Szücs später erfuhr, über Einrathen des ihm persönlich bekannten Fülöp, damit die beabsichtigte Arbeit schneller gefördert werde.

Die Aufstellung der Honved-Mannschaft bey dem Mauthhause, welche immer noch die angekündigten notablen Flüchtlinge abwarten zu müssen glaubte, sollte eigentlich den Rücken der mit dem Schatze Vorangefahrenen decken.

Die Nacht war ohngeachtet des trüben Himmels ruhig und warm.

Als der Wagen hinter dem Mauthhause drei Brücken passirt hatte, lenkte Hajnik die Pferde auf einen verlassenen Weg links.

Da fuhren sie einige Minuten und hielten.

Rechts an dem verlassenen Wege und beinahe an selben anstoßend, befand sich ein Gebüsch.

Szücs, Hajnik, Fülöp und Grimm hoben die am Wagen befindliche Kiste, worin die ungarischen Reichskleinodien sich befanden, herab und trugen selbe dem Szemere nach, welcher in das vorbesagte Gebüsch eingetreten war. Szemere zeigte dort den Punkt, wo die Eingrabung stattfinden solle.

---

[12]) Graveur Wilhelm Grimm, den Kossuth bei der Anfertigung der sogenannten Kossuth-Banknoten verwendet hatte.

Sie wurde mittelst der beihabenden Grabwerkzeuge bis auf ohngefähr 5 Schuh Tiefe vollführt, hierauf die Kiste eingesenkt und wieder mit Erde bedeckt.

Als dieser Akt vollbracht, schwuren die sämmtlichen sechs Frevler nach der Vorsprache des Szemere einen feierlichen Eid, das Geheimniß nicht zu verrathen und selbst mit Aufopferung des eigenen Lebens dahin zu wirken, daß die ungarische Krone nur in den Besitz jenes Mannes gelange, den die Nation einst freiwillig zu ihrem Oberhaupte wählet.

Hierauf wurden die Merkmahle, an welchen man den Versteckort der ungarischen Reichsinsignien selbst nach einem längeren Zeitraume wieder erkennen könne, genau verzeichnet und, als dieß geschehen, die Rückfahrt angetreten.

Dem noch immer harrenden Honved-Kommando wurde angedeutet, daß die erwarteten Flüchtlinge, nachdem sie bis nunzu nicht erschienen, auch nicht mehr anlangen würden, daher die Mannschaft nur in ihre Quartiere rückzukehren habe.

Am nächstfolgenden Morgen wurde die Bezeichnung des Versteckortes zu Papier gebracht und dem Szücs als Kommandanten der Bedeckungs-Mannschaft übergeben, welcher dieses wichtige, in Chiffern abgefaßte Dokument in dem Schirme seines Czako's verbarg und so dieselbe bei dem später erfolgtem Übertritte der Flüchtlinge in die Türkei unbemerkt mit sich nahm. — In Widdin wurden späterhin 6 Copien dieser Beschreibung gemacht und eine davon durch eine von Grimm verfertigte Brouillon-Zeichnung des Versteckortes, näher instruirt an Kossuth übergeben.

Szücs ging von Widdin aus nach Malta und später, als Kossuth aus der Internirung zu Kiutahia befreit wurde, nach Paris.

Hier wurde demselben von Szemere, angeblich auf Befehl des Kossuth, die Beschreibung des Versteckortes der ungarischen Kroninsignien abverlangt. Szücs gab dieselbe wohl ab, war aber so klug, eine Abschrift hievon für sich rückzubehalten.

So weit ging die mündliche Darstellung des Szücs, welcher sonach dem Wargha, der ihm nochmals die heiligsten Versprechungen der Nutzanwendung seines Geheimnißes machen mußte, die chiffrirte Ortsbeschreibung sammt dem zur Auflösung dienlichen Schlüssel übergab.

Diese wichtigen Papiere wurden von Wargha in der erwähnten Besprechung am 22. May v. J. mir eingehändigt.

Da ich bereits im Besitze der Allerhöchsten mündlichen Zustimmung rücksichtlich der von Wargha angesprochenen Geld-Summe, im Falle eines aus dessen Angaben resultirenden glücklichen Erfolges, mich befand, so hielt ich mich nach denen von Wargha erhaltenen Daten, welche nunmehr an Wahrscheinlichkeit sehr gewannen, berechtiget, dem genannten Agenten die Erfolglassung der von Szücs beanspruchten Geldsumme zuzusichern, wenn nämlich dessen Angabe ein glückliches Resultat ergäbe.

Hierauf wurde Wargha unter Auferlegung des strengsten und unbedingtesten Stillschweigens über seine Mission und deren Folgen entlassen.

Inzwischen hatte der Prozeß gegen den späterhin zu Preßburg wegen Hochverrathes justifizirten Franziskanermönch Gasparics solche Complizitäts-Inzichten gegen Stefan Wargha, welcher in seiner Eigenschaft als geheimer Agent viel mit den Übelgesinnten verkehren mußte, entstehen lassen, daß dessen kriegsrechtliche Untersuchung gebothen erschien.

Wargha wurde demgemäß bereits am 24. May verhaftet und in dem hiesigen Polizeyhause verwahrt.

Dieser Umstand war in so ferne der Angelegenheit wegen Wiederauffindung der ungarischen Kroninsignien günstig, als einestheils hiedurch die Verschwiegenheit des Wargha gegenüber des Publikums (sic!) gewährleistet, anderntheils aber ein etwaiges Mißtrauen der Umsturzparthey gegen denselben abgelenkt wurde.

Auch bei den Polizey-Organen zu Wien so wie bey jenen der hiesigen Kriegsgerichte ließ die rücksichtslose Behandlung Wargha's keinen Verdacht über das Resultat dessen lezter Mission entkeimen.

Nachdem nun nach allen Seiten für die Wahrung des so nöthigen Geheimnißes in der Angelegenheit fürgesorgt war, schritt ich zur Benützung der durch Wargha aus London mitgebrachten Daten.

Die chiffrirte Andeutung, welche Szücs über den Versteckort der ungarischen Reichskleinodien geliefert, bestand in der abschriftlich hier beigebogenen Aufzeichnung.[13])

Als Schlüssel hiezu sollte das ebenfalls in Abschrift hier anruhende, in ungarischer Sprache abgefaßte Gedicht dienen.[14])

---

[13]) Beilage II.

[14]) Beilage III.

Die obere Zahl in den Brüchen der chiffrirten Andeutung bezeichnete die Reihenzahl der Zeile in dem als Schlüssel dienenden Gedichte, aus welchem nach Anhandgabe der unteren Bruchzahl der Buchstabe aus der Zeile entnommen werden sollte. Die Aneinanderreihung der in solcher Weise entnommenen Buchstaben sollte die eigentliche Andeutung des Versteckortes, und zwar in ungarischer Sprache, geben.

Um nun eine genaue Entzifferung zu erhalten, namentlich aber, um eine unzweifelhafte Uebersetzung des ungarischen Urtextes zu erlangen, wurde Herr Hofrath von Schweiger als Vorstand des im Ministerium des Äußeren befindlichen Dechiffrir-Kabinets in Anspruch genommen.

Was dieser geliefert, ist aus der Anlage zu entnehmen.[15])

Ehevor ein weiterer Schritt gethan wurde, hielt ich es für nöthig, zu erproben, in wie ferne die nun zwar enträthselte, jedoch immer noch nicht ganz klare Angabe Szücs's mit den topografischen Örtlichkeiten um Alt-Orsowa übereinstimme.

Um dieß unauffälligst zu erfahren, wurde der Gouverneur der serbischen Woiwodschaft, Feldmarschall-Lieutenant Graf Coronini, unterm 28. Mai mittelst einer in Chiffern verfaßten telegrafischen Depesche kurzwegs um ein Croquis jener Örtlichkeiten bei Orsowa ersucht, wo im Jahre 1849 Nachgrabungen nach den ungarischen Kron-Insignien stattgefunden haben.

Noch am selben Tage Abends langte die Antwort zurück: „die Akten bezüglich der Nachgrabungen bei Orsowa befänden sich im Ministerium des Äußeren; Auskünfte über die fraglichen Örtlichkeiten aber könne nur der in Triest befindliche Marine-Auditor Karger geben.“

Diese Antwort gab den Anlaß zu einer unterm 29. Mai an den Herrn Militär-Gouverneur zu Triest, Feldmarschall-Lieutenant Graf Wimpffen, mittelst des Telegrafen abgesendeten chiffrirten Depesche, worin unter Hindeutung auf Hauptmann-Auditor Karger das Ersuchen um die Übersendung eines Croquis der betreffenden Örtlichkeiten um Orsowa ausgesprochen wurde.

Am 31. Mai langte, vom Feldmarschall-Lieutenant Graf Wimpffen übersendet, eine Äußerung des Hauptmann-Auditors Karger über die im Jahre 1849 gemachten Versuche zur Wieder-

---

[15]) Beilage IV.

auffindung der ungarischen Kroninsignien, belegt mit einem aus dem Gedächtnisse entworfenen Croquis der Gegend von Orsowa, bei mir an.

Das Croquis in seiner mangelhaften Ausführung ließ nicht viel entnehmen.

Die vom Hauptmann-Auditor Karger in seiner Äußerung angeführten Daten in Bezug auf die Umstände, unter denen erhobener Maßen die Verbergung der ungarischen Krone Statt fand, stimmten jedoch so sehr mit den dießfälligen Andeutungen des Szües zusammen, daß das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Enthüllungen dieses letzteren überhaupt fester sich stellte.

Ich folgerte ferners, daß der genannte Hauptmann-Auditor besser als sonst Jemand geeignet sein dürfte, die örtliche Forschung nach den Angaben des Szües zu unternehmen.

Karger wurde demgemäß mittelst telegrafischer Weisung, am 2. Juny 1853, von Triest nach Wien berufen, wo er am 5. Juny eintraf und in einer späten Abendstunde in meiner Wohnung die nöthigen Informationen empfing.

Es wurde nebst der schriftlichen Andeutung des Ortes, wo die ungarischen Kroninsignien zu suchen seyen, demselben der Auftrag ertheilt, bei dem Militär- und Civil-Gouverneur der serbischen Woiwodschaft, Feldmarschall-Lieutenant Grafen Coronini, in Temesvar sich vorzustellen und diesen um seinen Schutz und etwaige Beihilfe bei der im allgemeinen anzudeutenden Mission zu bitten.

Zur geheimen Correspondenz mit mir wurde ein eigener, auf die Örtlichkeiten von Orsowa Bezug nehmender Chiffern-Schlüssel festgestellt.

Am 5. Juny 1853, Abends 11 Uhr, hatte Hauptmann-Auditor Karger noch eine letzte Besprechung mit mir; es wurde ihm hiebey nochmals die ausführlichste Belehrung über sein einzuschlagendes Benehmen zu Theil.

Er legte Civil-Kleider an und bediente sich zur vorgeblichen Badereise nach Mehadia eines Civil-Passes auf den Namen Füller.

Am 7. Juny 1853 reiste Hauptmann-Auditor Karger von Wien mittelst des Donau-Dampfbootes ab, fuhr, mit selbem bis Titel und sonach zu Lande nach Temesvar.

Hier am 10. Juny angelangt, stellte sich derselbe dem Herrn Feldmarschall-Lieutenant Grafen Coronini vor, welcher nach Anhörung des Berichtes über den durchzuführenden Auftrag dem

Hauptmann-Auditor Karger einen Befehl an den Cordons-Commandanten, Major Imbrissevics zu Orsowa übergab, worin dieser ohne nähere Aufklärung über Kargers Mission beauftragt wurde, die Unternehmungen dieses letzteren nach Bedarf kräftigst zu unterstützen.

Abends am 10. Juny von Temesvar abgereist, langte Hauptmann-Auditor Karger am 12. Morgens zu Mehadia an, wo er, nur dem Curgebrauche sich widmend, alle Aufmerksamkeit von sich abzulenken bemüht war.

Am 13. Juny 1853 fand die Zusammenkunft mit Major Imbrissevics in Mehadia statt. Dieser empfing den Hauptmann-Auditor kalt und errieth auch bald seine dermalige Aufgabe, da ihm jene vom Jahre 1849 her nicht ganz unbekannt war.

Durch die anhaltenden Regengüsse, welche bereits im Anfange des Juny-Monates begonnen hatten, waren sowohl die Donau als auch die Czerna aus ihren Betten getreten, was Major Jmbrissević dem Hauptmann-Auditor Karger mit dem Bedeuten kund gab, daß die ganze Umgebung von Orsowa unter Wasser stehe.

Nach eigener Ueberzeugung von der Sachlage wurde vom Hauptmann-Auditor Karger nachfolgender, in Chiffernschrift verfaßter erster Bericht im Wege des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Coronini an mich eingesendet:

„Die Bodenverhältnisse und Wasserergießungen sind beinahe unüberwindbar, die verfallene Holzbrücke vom Wasser fortgerissen, derzeit von der hohen Fluth. Sowohl der Seitenweg als die verfallene Holzbrücke, dann der Feldweg ebendaselbst unter Wasser. Die Spuren von der verfallenen Holzbrücke gefunden, den Maulbeerbaum unentschieden. — Regengüsse in Strömen fort und fort. — Schlamm. — Die Holzbrücke zum Einstürzen — mindestens 8 Tage warten.“

Eine zweite, ebenfalls in Chiffern abgefaßte Depesche, lautete:

„Ist das Wort Eperfá mit Maulbeerbaum richtig übersetzt? ist kein Zweifel über den Ausdruck? die Spezies?

Auf diese Anfrage wurde nach Einvernahme mit Hofrath von Schweiger, unterm 22. Juny, die abschriftlich hier anruhende Aufklärung dem Hauptmann-Auditor Karger übersendet.[16])

[16]) Beilage V.

Nachdem er in der Schwankung seiner Nachforschungen wieder zu der im Jahre 1849 festgehaltenen Meinung zurückging, daß die Kron-Insignien auf dem rechten und nicht auf dem linken Ufer der Czerna aufzusuchen seyen, so nahm er sich vor, die ganze Gegend von Mehadia bis Orsowa zu rekognosziren.

Wegen fortwährender Regengüsse konnte diese Rekognoszirung erst am 20. Juny, dem ersten heiteren Tage, vorgenommen werden.

Die bei dem türkischen Rastellarm (siehe im anruhenden Plane die Skela)[16a]) befindlichen hölzernen, 3 Schuh hohen Schranken brachten den Hauptmann-Auditor Karger auf die Idee, ob solche nicht vielleicht mit der Bezeichnung „Sorompos" gemeint sein sollen.

Einige andere, zufällig mit der Andeutung des Szücs übereinstimmende Merkmale im Terrain führten den Ideengang weiters dahin, daß der Fundort in Orsowa selbst, und zwar zwischen der Skela, welche sonach als das in der Londoner Andeutung angeführte Zollhaus angenommen wurde, und einer in der Nähe des Cordons-Commando-Gebäudes im Orte selbst vorhandenen hölzernen Brücke liegen dürfte.

Es wurde demgemäß diese Örtlichkeit, sowie überhaupt der Zug der Wege und die ganze Gegend am rechten Czerna-Ufer aufmerksam und Punkt für Punkt durch längere Zeit geprüft.

Dieß geschah mit umsomehr Vorliebe, als einestheils die, wie schon erwähnt, von Karger schon in früherer Epoche vorgefaßte Meinung, als wären die Kron-Insignien am rechten Ufer der Czerna verborgen, immer festere Wurzel gefaßt hatte, anderntheils aber auch am linken Czerna-Ufer wegen der dortselbst statthabenden Überschwemmung vorläufig jede Nachforschung unmöglich war.

Wenn nun aber auch hie und da einzelne Merkmale der Andeutung des Szücs bei diesen Nachsuchungen als wirklich vorhanden aufzutauchen schienen, so fehlte doch der Zusammenhang eines leitenden Fadens.

Nach vielen nutzlosen Versuchen, die betretene Bahn als die richtige ansehen zu können, trat die Gewißheit klar hervor, daß nur am linken Czerna-Ufer ein günstiges Forschungsresultat zu erreichen sey.

16a) Beilage VI.

Vorläufig war wegen des noch fortwährend sehr hohen Wasserstandes eine Untersuchung am jenseitigen Czerna-Ufer noch nicht thunlich.

Die über das dortige Terrain eingezogenen Erkundigungen ließen entnehmen, daß über der Czerna-Brücke, beim Mauthhause, in der Entfernung von ohngefähr 150 bis 200 Schritten eine zweite, und dann auf weitere 70 bis 100 Schritte eine dritte Brücke sich befinde. Gleich über der ersten Brücke führe ein Seitenweg nach links, ebenso einer nach der dritten Brücke, und diese beiden Wege ständen mit der ehemaligen, nun aufgelassenen und verfallenen alten Czerna-Brücke in Verbindung.

Vor der Hand war nichts weiter zu entdecken, nachdem, wie schon wiederholt erwähnt, alles im Wasser und Schlamme, und zwar derart stand, daß selbst die zu näheren Anhaltspunkten der Forschung zu benützenden Baumgruppen (Bosquets) und einzelne Bäume nicht genauer in Betracht genommen werden konnten.

Es mußte demnach noch weiter zugewartet werden, bis das Wasser falle.

Hauptmann-Auditor Karger setzte sich demnach vorläufig mit Major Imbrissević in das nöthige Einvernehmen, um seinerzeit anstandslos die Czerna-Brücke passiren und den jenseits derselben liegenden sogenannten neutralen Grund, welcher von der Cordons-Mannschaft streng beobachtet wird, anstandslos betreten zu können.

Am 27. Juny hatte die Witterung endlich etwas besser sich gestaltet und Hauptmann-Auditor Karger benützte diesen Umstand zu einer mit Major Imbrissevics unternommenen Fahrt von Orsowa gegen den an der walachischen Grenze liegenden Ort Vertschowa. Bei dieser Gelegenheit wurde das Terrain, soweit dieß wegen des noch immer in ziemlicher Menge vorhandenen Wassers und Schlammes möglich war, rekognoszirt.

Hiebei wurde wahrgenommen, daß wirklich zwei Seitenwege, einer gleich über der ersten, der zweite hinter der dritten Czerna-Brücke nach links führen, beide Wege vereinigen sich und ziehen dann in einem im Thale aufwärts nach Toffier.

Weiter konnte an diesem Tage nichts entdeckt werden. Karger kehrte demnach nach Mehadia zurück.

Es lag ihm daran, die wahre Uebersetzung des Wortes „S o r o m p o s“ zu erfahren.weßhalb ihm solche nach gepflogener Korre-

spondenz und nach Einvernehmen mit Hofrath von Schweiger, wie die abschriftlich anruhende Antwort zeiget, zugesendet wurde.[17])

Um, wenn das Hochwasser, welches noch immer die ganze Niederung um Orsowa bedeckte, abgenommen sein wird, die Rekognoszirungen leichter bewirken zu können, übersiedelte Hauptmann-Auditor Karger im Anfange des July-Monates von Mehadia nach Alt-Orsowa.

Am 4. July erst unternahm Hauptmann-Auditor Karger mit Major Imbrissevics eine neuerliche Rekognoszirung am linken Ufer der Czerna; hiebei konnten Beobachtungen schon schärfer erfolgen, weil die Höhe der Anschwemmung geringer geworden war.

Die Richtung der Rekognoszirung ging über die Czerna-Brücken hinaus, jenseits der dritten auf dem Wege links gegen Toffier (Plan a c d).

Nach $^3/_4$ Stunden von Orsowa stieß man beydan dem Rinnsale des Stotnika-Baches auf eine starke Brücke, welche nunmehr wohl durch die Einwirkung der Zeit zerstört, doch aber in ihrer Form noch kennbar war.

Hauptmann-Auditor Karger war der festen Meinung, daß dieß die in der Andeutung bezeichnete verfallene Brücke sein müsse, von welcher aus, auf 65 bis 68 Schritte zurück gegen die Stadt, das Grab der ungarischen Kroninsignien sich befinden solle.

Von dieser verfallenen Brücke zurück gegen die Stadt auf 68 Schritte genau gezählt ist rechts ein Gestrüpp, links ein Weg auf einen höheren Berg zum Allion hinauf.

An jenem Wege sind viele Gestrüppe, Gesträuche und junge Bäume, doch sind diese derart durcheinander gewachsen, daß man sich nicht näher orientiren kann.

Angeschnittenes und abgesägtes Holz ist ziemlich viel wahrzunehmen.

Rechts ohngefähr auf 300 Schritte befindet sich wohl ein Baum, jedoch kein Maulbeerbaum, ein solcher konnte überhaupt nicht wahrgenommen werden.

Hauptmann-Auditor Karger fuhr einstweilen wieder nach Mehadia zurück und verfaßte über die gemachten neuen Wahrnehmungen einen in Chiffern verfaßten Bericht, den er an General Sockcevio nach Semlin zur Weiterbeförderung mittelst des Telegrafen an mich übersandte.

---

[17]) Beilage VII.

Dieser Bericht gelangte am 7. July Nachts nach Wien.

Trotz der Unbestimmtheit der vorhandenen Anhaltspunkte beschloß Karger, den durch Auffindung der vorerwähnten verfallenen Brücke erlangten Knoten nunmehr auf das eifrigste zu benützen.

Allein sein düsteres, argwöhnisches Gemüth trat diesem Vorsatze hindernd in den Weg.

Es wäre dieß sehr zu bedauern, ja bleibend zu tadeln gewesen, wenn an diesen moralischen Stillstand der Thätigkeit nicht eine neue Richtung aller Maßregeln sich geheftet hätte. Diese Wendung schützte offenbar eine höhere unsichtbare Macht!

Der Umstand, daß Major Imbrissević, obgleich er seinem späteren Geständnisse nach, die beim Punkte d des Planes befindliche verfallene Brücke bereits seit längerer Zeit gekannt und doch dem Hauptmann-Auditor Karger, welcher wiederholt nach einer solchen Brücke ihn gefragt, hierüber nicht nur keine Aufklärung gegeben, sondern anscheinend Karger's Aufmerksamkeit von jener Gegend abzuleiten suchte, sowie die positive Wahrnehmung, daß in der Nähe dieser Brücke der Boden infolge kürzlich erst vorgenommener Nachgrabungen an verschiedenen Stellen aufgewühlt schien, führten auf den Gedanken, es treibe Major Imbrissević ein verdecktes Spiel und, indem er Kargers Mission errieth, wolle er durch heimliche selbstständige Nachforschungen das Verdienst der Kronauffindung sich zueignen.

Durch diesen Gedanken auf das höchste aufgeregt, sah Hauptmann-Auditor Karger den Zweck seiner Mission gefährdet.

Obgleich ihm der besagte Major, mit dem er dießfalls eine ernste Zwiesprache hielt, alle nur denkbaren Versicherungen von loyaler Beiwirkung zu seinen wie immer gearteten, auf höheren Befehl begonnenen Unternehmen gab, konnte er doch von dem einmal rege gewordenen Verdachte nicht sich trennen.

Er hielt die Ueberzeugung fest, daß bei so bewandten Umständen das ganze Unternehmen scheitern müsse, und schrieb in diesem Sinne unterm 8. July einen von der höchsten Aufregung und Empfindlichkeit zeigenden Bericht, worin er seinen Verdacht gegen Major Imbrissević offen aussprach und zum Schlusse die Bitte stellte, es möge hinfür diesem Major die Leitung des ganzen Unternehmens übertragen werden.

Es bleibt dahingestellt, ob dieses, wie ich glaube, unmotivirte Benehmen nicht die eigene Muthlosigkeit des Hauptmann-Auditor

Karger hätte bemänteln sollen, die ihn über das Gelingen seiner Aufgabe beschlich, denn ohne die Antwort auf das vorerwähnte Berichtschreiben abzuwarten, begab er sich schon am 10. July nach Orsowa, bestieg dortselbst das Dampfschiff und reiste mit selbem unaufgehalten nach Wien, indem er den Major Imbrissieviċ die Sorge übertrug, die nöthigen Maßregeln wegen Sicherung der Gegend vor fremden Unternehmungen daselbst zu treffen.

In Wien angelangt, stellte sich Hauptmann-Auditor Karger mir vor, schilderte die bis nun gemachten Wahrnehmungen, erging sich sodann über seine Verdachtsgründe bezüglich eines hinterlistigen Fürgehens von Seite des Major Imbrisseviċ, und kam endlich wieder auf seine schon früher ausgesprochene Bitte zurück, dem besagten Major die Leitung des Unternehmens zu übergeben.

Über diesen Mangel an Selbstvertrauen und diese Muthlosigkeit ungehalten, verwies ich dem Bittsteller die unangemessene Bitte sowohl, als seine eigenmächtige Entfernung von Orsowa.

Er war, wie aus seinen Berichten erhellte, über die Terrain-Verhältnisse bei Orsowa jedenfalls sehr gut unterrichtet; es wäre demnach ganz unzweckmäßig, ja bedenklich erschienen, hätte man einem aus Mißtrauen und Kleinmuth entstandenen Antrage dieses Offiziers irgend eine Folge gegeben und das Geheimniß der Londoner Andeutung an irgend eine zweite Person übertragen.

Hauptmann-Auditor Karger wurde demnach in Bezug auf das Benehmen des Major Imbrisseviċ für die Folgezeit beruhigt, es wurde ihm erneuert über die Art der weiter fortzusetzenden Nachforschungen eine genaue Instruktion ertheilt und er angewiesen, sogleich nach Orsowa rückzukehren.

Als Stephan Wargha die schriftlichen Andeutungen über den Versteck der ungarischen Kroninsignien mir geliefert, drängte er mich ungemein, ihm zu gestatten, an den Forschungen faktischen Antheil zu nehmen.

Daß ihm solches nicht zugestanden werden konnte, lag schon überhaupt in der Nothwendigkeit, diesen Mann jeder Wahrnehmung seiner Anwesenheit zu entziehen.

Soviel war jedoch gewiß, daß, abgesehen von der chiffrirten Mittheilung des Szües an Warga, dieser auch noch mündliche Informationen über die Örtlichkeit von Szües empfangen haben mußte.

Um hierüber mir Gewißheit zu verschaffen, forderte ich den verhafteten Warga im geheimen Wege auf, mir jene Anschauung

der Örtlichkeit des Kronen-Versteckes mittelst Zeichnung zu liefern, wie er dieselben nach Erzählungen des Szücs seinem Gedächtnisse eingeprägt habe.

Hiernach gelangte ich in den Besitz einer Skizze, die flüchtig besehen, ganz werthlos zu sein schien.

Nachdem ich bei der letzten mit Hauptmann-Auditor Karger gehabten Besprechung nochmals alle Elemente seiner Aufgabe ihm in Erinnerung gebracht, glaubte ich auch jene scheinbar werthlose Zeichnung Warga's mit ihm zergliedernd durchsehen zu müssen, um nichts von Allem dem, was ich selbst gewußt oder besaß, unbenützt zu lassen.

Zwei Resultate ergaben sich hiedurch bey abermaliger Anschauung der vorhandenen Faktoren:

1. nur das linke Ufer der Czerna ist der Raum, der in Betracht kommt, und:

2. der Punkt d, nehmlich die dortige verfallene Brücke, ist keineswegs der Ausganspunkt zur weiteren Forschung.

Ermuthigt und belehrt verließ Hauptmann-Auditor Karger am 16. July Wien und traf am 21. wieder in Orsowa ein.

Schon am 23. July waren die neuerlichen Nachforschungen von günstigem Resultate.

Das durch die Überschwemmung früher noch vorhanden gewesene Wasser war während der mittlerweile eingetretenen großen Sommerhitze größtentheils verdunstet.

So wurde nun ein früher nicht sichtbar gewesener, im Sommer und Herbst immer fahrbarer, verlassener Weg sichtbar, welcher gleich hinter der dritten Brücke von Orsowa aus nach links, und zwar ziemlich paralell mit der Straße nach Tschernetz in der Wallachey, geradezu gegen das Gebirge führte. Auch die Spuren einer, ehemals über einen Wasserriß führenden Brücke, kamen auf diesem Wege zum Vorschein (im Plane a b).

Hiedurch stellten miteinander auch alle andern in der Londoner Andeutung enthaltenen Merkmale sich dar.

Insbesondere war der Maulbeerbaum, zwei junge Laubbäume, dann junge Gebüsche, Baumgruppen — ein wahres Bosquet — schwer zugänglich, vorhanden. Auch wurden einige niedergesägte Stämme wahrgenommen.

Es war beinahe kein Zweifel mehr, daß dieß der in der Andeutung des Szücs gemeinte Punkt sein müsse.

Hauptmann-Auditor Karger berichtete diese Wahrnehmung sogleich an mich nach Wien und sprach hiebei die feste Überzeugung aus, daß, wenn überhaupt die immerhin mystisch gehaltene Andeutung auf Wahrheit sich basire, der Versteckort der Kroninsignien im Allgemeinen wirklich gefunden sein dürfte.

Um nunmehr aber auch diesen Punkt vor jedem etwaigen unberufenen und verbrecherischen Angriffe zu sichern, wurden unter dem Vorwande der Verhinderung einer voraus gesehenen Schmuggelung die umsichtigsten Bewachungsmaßregeln von Seite des Cordons-Kommandanten Major Imbrissević eingeleitet und namentlich in der Nähe der verfallenen Brücke ein aus zwei Sereschanern bestehender Hinterhalts-Posten aufgestellt, welcher das Betreten dieses Terrains durch wen immer zu verhindern hatte.

Die von Hauptmann-Auditor Karger fortwährend angestellten Beobachtungen und Combinationen ließen keinen Zweifel mehr aufkommen, daß der Bereich des Vergrabungsortes der ungarischen Krone entdeckt sey, — nur über die genaue Bezeichnung der Stelle, wo mit Hoffnung auf günstigen Erfolg nachgegraben werden könnte, herrschte noch Zweifel, und es schien überhaupt nicht räthlich, Nachgrabungen in einem weiten Umfange zu beginnen und die Aufmerksamkeit dahin zu ziehen.

Über eine vom Hauptmann-Auditor Karger an mich gestellte Anfrage, ob er durch Probenachgrabungen Gewißheit sich verschaffen dürfe, glaubte ich, die Ermächtigung hiezu ihm versagen zu müssen, hielt es dagegen endlich an der Zeit, den FeldmarschallLieutenant Grafen Coronini, unterm 28. July, im Wege des Telegrafen zu ersuchen, daß er nunmehr, da die Combinationen bereits so günstig sich gestaltet, die Leitung der Detailforschungen übernehme.

Die Nichtertheilung der Ermächtigung zu Nachgrabungen rechtfertigte sich sehr bald.

Hauptmann-Auditor Karger berichtete nähmlich bereits unterm 28. July an mich, wie schwer es ihm werde, mit Bestimmtheit jenen Punkt zu entdecken, wo mit positiver Hoffnung auf günstigen Erfolg eine Nachgrabung vorgenommen werden könnte.

Die Sondirungen mit dem inzwischen von Temeswar über meine Verfügung angelangten Erdbohrer hatten an keiner Stelle, obgleich selbe bis auf eine Tiefe von 6 Schuhen vorgenommen wurden, einen festeren Widerstand finden lassen.

Der Flächenraum, auf welchem aller Muthmaßung nach die Kroninsignien verborgen sein mußten, war immerhin noch bei 6 Quadratklafter groß, der Boden dieses Raumes von Gestrüppe, das anscheinend durch Menschenhand gepflegt worden war, dicht verschlungen, war übrigens so fest, daß jedes Eindringen in selben durch Grabwerkzeuge nur sehr schwierig und langsam vor sich gehen mußte.

Hauptmann-Auditor Karger machte nun den Vorschlag, es solle an jener Stelle unter dem Vorwande des Baues einer Verschanzung oder eines Blockhauses, der ganze Boden aufgegraben werden, wodurch man in unauffälliger Weise über das Vorhandensein der Kroninsignien die Gewißheit sich verschaffen könne.

Die plötzliche Aufführung einer Verschanzung oder eines Blockhauses an der abseits gelegenen Stelle war jedoch keineswegs durch einen plausiblen Grund zu motiviren und hätte nur die Augen der Bewohner, sowie der Grenz-Nachbaren dahin gelenkt. Wurden die Kron-Insignien nicht gefunden, hatte man durch zweckwidrige Anfertigung eines Vertheidigungswerkes sich nur compromittirt; fand man jedoch bei der Nachgrabung die gesuchten Kleinodien, so nahm der Fund den Charakter der Zufälligkeit an und es ging jener wohlthätige Eindruck verloren, welcher bei dem Volke durch die über positive Anordnung der Regierung erfolgte Aushebung der Kroninsignien aus ihrem Grabe hervorgerufen werden mußte.

Der Vorschlag Karger's durfte daher meine Zustimmung nicht erhalten.

Die am 5. August 1853 erfolgte Arretirung eines sehr bedenklichen jungen Israeliten, Bernhard Zucker, welcher am besagten Tage von Giurgievo mit dem Dampfboote in Orsowa angelangt, am Abende die Czerna bei ihrem Einflusse in die Donau durchschwommen und in der Nähe des bewußten Punktes, wo er allem Anschein nach im Boden gewühlt, am neutralen Boden getroffen wurde, mußte als ein Wink gelten, daß die größte Vorsicht zu beobachten sey, nachdem die Umsturzparthei gewiß schon über die bis nun bewirkten Nachforschungen Kenntniß habe und Alles versuchen werde, um die Kroninsignien wo möglich früher noch aus ihrem Versteckorte zu entnehmen, als sie in rechtmäßige Hände gelangen.

So nahe dem Ziele dennoch den entscheidenden sicheren Schlag nicht führen zu können, war allerdings peinlich; allein Vorsicht geboth nunmehr, jeden Fehlgriff zu vermeiden.

Noch zwei Mittel, wenn auch etwas ferne liegend, standen für ein sicheres Gelingen mir zu Gebote; ich durfte sie nicht übersehen.

Eines bestand darin, den Wargha, wenn auch nicht gerne, doch aus den früher angeführten Ursachen nach Orsowa zu entsenden, um den vom Hauptmann-Auditor Karger ins Auge gefaßten Ort zu konstatieren.[18]) Blieb auch dieses Mittel ohne Erfolg, so konnte noch Szücs aus London herbeigeschafft werden, um selbst die Wünschelruthe zur Hebung des verborgenen Schatzes zu führen.

Ich zögerte nicht weiters und hob die gefängliche Verwahrung Warga's unterm 1. September auf.

Der Absendung desselben nach Orsowa stand mithin kein weiteres Hinderniß entgegen und es wurde solche auch am 2. September mittelst Eildampfbootes bewirkt, nachdem hievon sowohl Feldmarschall-Lieutenant Graf Coronini, als auch der in der Zwischenzeit zum Major-Auditor anvanzirte Karger verständigt worden waren. Weil jedoch dem Wargha keineswegs ein unbedingtes Vertrauen geschenkt werden konnte, so wurde ihm als Begleiter und zur sorgfältigsten Bewachung der k. k. Dollmetsch Iassmagy beigegeben.

Wargha langte am 4. September Abends in Orsowa an.

Anfänglich wurde es ihm anheimgestellt, den fraglichen Ort nach den bewußten Merkmalen selbst aufzusuchen.

In der Gegend gar nicht orientirt, schlug er anfänglich die von Orsowa nach Mehadia führende Straße ein und kehrte trostlos zurück.

Major-Auditor Karger ließ ihn jedoch nicht lange der falschen Fährte folgen und hiedurch die Zeit vergeuden, sondern führte ihn bereits am 5. September Früh, jedoch ohne nähere Andeutung, auf den nach den Merkmahlen selbst aufgefundenen Punkt.

Wargha, kaum dortselbst angelangt, war im höchsten Grade aufgeregt und überrascht.

Er verglich sorgsam die Merkmale und schwur, daß hier, zwischen den zwei Laubbäumen, der Punkt sein müsse. Es möge nur sogleich zur Nachgrabung geschritten werden.

---

[18]) Wargha hatte inzwischen an Feldmarschalleutnant von Kempen ein Schreiben gerichtet, worin er um Enthaftung bat und zugleich versicherte, er würde ihm im Falle seiner Freilassung binnen acht Tagen zur Auffindung der Krone verhelfen. (Beilage VIII.)

Hiebei gab Wargha noch mit Bestimmtheit die höchst zweckmäßige Art an, in welcher die Nachgrabung stattfinden müsse.

Es sollten nähmlich auf einer angedeuteten, nicht unbedeutenden Kreisfläche, paralelle Gräben von ohngefähr 5 Schuh Tiefe mit einem Zwischenraume von $1^1/_2$ Schuhen unter sich ausgehoben werden.

Wargha kannte die Ausmaß der Kiste, in welcher die Kroninsignien verborgen waren, und wußte demnach auch, daß diese Kiste bei der Nachgrabung nach seiner Angabe jedenfalls über den $1^1/_2$ Schuh breiten, zur Arbeits-Ersparung stehen gelassenen Erdkörper, in einem der gezogenen Gräben hervorragen werde.

Nachdem Wargha nochmals die Richtigkeit seiner Angaben betheuert und zum Beginnen des Werkes aufgefordert hatte, reiste er, der von mir empfangenen Weisung gemäß, sogleich wieder mit dem Dampfboote nach Wien zurück, um ja nicht durch längeres Verweilen in Orsowa die Aufmerksamkeit und somit auch die mögliche Rache der Umsturzparthei auf sich zu lenken.

Obgleich Major-Auditor Karger gegen Warghas Behauptung Mißtrauen hegte, schritt er doch, nach Beischaffung von Grab-Werkzeugen und von 31 Mann, welche bis nach Beendigung der Arbeit den Ort nicht verlassen durften, am 6. September Abends zum Werke.

Als Radius der zu durchgrabenden Kreisfläche, deren Mittelpunkt in jenem des Bosquets angenommen wurde, galten vorläufig 30 Schritte. Sollte man innerhalb dieses Raumes keinen Erfolg erringen, so würde man ihn erweitern.

Das wild verwachsene Gestrippe ließ kein rasches Fortschreiten der Arbeit zu; doch waren am 7. September bereits einige Paralellen ausgehoben.

Am 8. September 1853 Morgens $8^1/_4$ Uhr, rief der greise Insasse von Toffier, Johann Morosina, „Ferro“ — denn seine Haue erklang an einem metallischen Widerstande.

Eine eiserne Kiste wurde sichtbar.

Die Einwohner von Orsowa hatten von der begonnenen Nachgrabung noch keine Ahnung.

Die Kiste, der Erde enthoben, mit Schilf bedeckt, wurde auf einem Bauernwagen nach Orsowa in das Cordons-Commando-Gebäude ganz unbemerkt überführt und dortselbst mit Gewalt geöffnet.

Zu oberst in der Kiste fand sich nun der Mantel des heiligen Stefan, mit der Stickerei nach Außen zusammengelegt und von Wasser triefend, darunter ein seidenes Umschlagtuch des Mantels, dann zwei sammtene Krönungspolster und unter diesen das in einer sammtenen Scheide verwahrte, ganz verrostete Krönungsschwert.

In der rechtsseitigen unteren Ecke der Kiste befand sich die heilige Krone in einem mit Leder überzogenen Futterale, welches durch die Nässe verdorben, in Stücke zerfiel.

Die Krone selbst war mit Ausnahme von einigen abgebrochenen Steinen ganz unversehrt. In derselben lag ein durchnäßtes und angefaultes Ausfüllungs-Käpchen.

Nächst dem Kronfutterale befand sich der Szepter und der Reichsapfel, beide in nassen sammtenen Säckchen.

Weiters waren in der Kiste mehrere seidene, mit Siegeln versehene, durchnäßte Krönungstücher, ein Pack halbverfaulter Urkunden, dann ein Paar Schuhe und Sandalen, sämmtlich von Fäulniß angegriffen.

Ganz am Boden der Kiste lag ein dritter sammtener Polster und in einem eisernen, besonders verschlossenem Seitenbehältniß fanden sich zwei altartige Steigbügel, nebst dazugehörigen Bändern vor.

Sämmtliche Umschläge der einzelnen Stücke waren durch die Nässe zu Brei geworden und füllten die Zwischenräume der Insignien aus.

Bei Sonderung dieser Masse gelang es, noch zwei von der Krone abgebrochene Rubinen, dann ein goldenes Kettchen mit einem dreifachen Rubinenschmuck, ebenfalls zur Krone gehörig, sowie das kleine vom Reichsapfel abgefallene Burgunderkreuz zu finden.

Die Nachricht von dem geschehenen höchst beglückenden Funde wurde vom Major-Auditor Karger mittelst Estaffette sogleich nach Temesvar an Feldmarschall-Lieutenant Grafen Coronini und von diesem am 9. September mittelst chiffrirter telegrafischer Depesche weiter an mich berichtet.

Diese Depesche langte hier am erwähnten Tage Abends nach 6 Uhr an und wurde sonach eiligst Seiner k. k. apostolischen Majestät mündlich zur Allerhöchsten Kenntniß gebracht, wozu ich mich nach Schönbrunn verfügte.

Zu Orsowa hatte die Kunde von der glücklichen Auffindung der ungarischen Kroninsignien bald unter der Bevölkerung sich verbreitet und es verlangte das Volk stürmisch den Anblick dieser heiligen Kleinodien, welcher ihm auch unter gehöriger Vorsicht gewährt wurde.

Seine königliche Hoheit der Herr Herzog von Nemours und Seine Hoheit Prinz Sachsen-Coburg-Gotha, eben auf der Durchreise durch Orsowa begriffen, befanden sich unter den ersten Personen, welche das Verlangen, die heiligen Kleinodien zu sehen, ausgesprochen haben.

Der Herzog namentlich erschien sehr gerührt, zeigte viel Pietät, ließ zu dem Fundorte[19]) . . . sich geleiten und nahm Zweige der dortselbst stehenden Bäume und Erde aus der Grube, wo die Kroninsignien gelegen, mit sich.

Am 10. September Abends traf Feldmarschall-Lieutenant Graf Coronini von Temesvar zu Orsowa ein, wo bald darauf auch der k. k. Donau-Kriegs-Dampfer „Erzherzog Albrecht" Anker warf.

Am 11. September Vormittags wurde unter Begleitung einer Compagnie vom Wallachisch-Banater-Grenz-Infanterie-Regimente und einer Abtheilung Sereschaner die Abführung der Kroninsignien auf dem benannten Dampfer gegen Wien bewerkstelliget.

Über inzwischen mittelst des Telegrafen ertheilte Allerhöchste Weisung mußte das Dampfschiff am 15. September bei Promontor nächst Ofen landen, woselbst eine unter Vortritt Seiner k. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Militär- und Civil-Gouverneurs, Erzherzog Albrecht, aus den höchsten geistlichen und weltlichen Notabilitäten bestehende Commission die Verifikation der Kroninsignien vornahm. Über diesen feierlichen und wichtigen Akt sowie über die hierauf stattgehabten Feierlichkeiten bis zur Übergabe der Kroninsignien an Seine k. k. apostolische Majestät, entwirft die anruhende Beilage ein in enggefaßten Umrissen entworfenes Bild.[20])

Am 16. September steuerte der Dampfer nach Pesth, wo die Kroninsignien aus dem Schiffe entnommen und im feierlichen Zuge in die königliche Burg nach Ofen überbracht, sonach durch drei

---

[19]) Der Denkschrift liegt auch eine Skizze bei, die der „des Zeichnens nicht besonders kundige" Major-Auditor Karger entworfen hatte.

[20]) Beilage IX.

Tage in der Schloßkirche zur öffentlichen Schau ausgestellt worden sind.

Am 19. Früh geschah die Überführung derselben mittelst der Eisenbahn nach Wien; sie langten hier gegen 5 Uhr Nachmittags an, wurden im feierlichen Zuge in die k. k. Hofkapelle gebracht und dortselbst einstweilen aufbewahrt.

Seine k. k. apostolische Majestät, eben bei den Truppenübungen im Lager bei Olmütz befindlich, reisten am 19. September Nachmittags eigens auf der Nordbahn nach Wien, um am 20. Vormittags in feierlicher Weise die Kroninsignien von Seiner kaiserlichen Hoheit dem Herrn Erzherzoge Albrecht zu übernehmen.

Der feierliche Akt ging im Ceremonial-Saale vor sich.

Am 21. September früh wurden die Insignien wieder mittelst Eisenbahn nach Ofen geführt, woselbst sie Nachmittags 4 Uhr anlangten und in festlichem Zuge in die königliche Burg übertragen wurden, woselbst sie fortan aufbewahrt werden sollen.

Möge nie wieder eine frevlerische Hand dieselben zu berühren wagen!

*

Der Eindruck, den die Auffindung der ungarischen Kroninsignien auf die Bevölkerung Ungarns, namentlich auf das Landvolk gemacht, war jedenfalls ein tiefer; es war die Hand der Vorsehung, welche die Geschicke der Völker leitet, sichtbar, sie zerriß das vierjährige dunkle Geheimniß und bewahrte noch im letzten Augenblicke den Schatz gegen eine weitere Verschleppung.

Kossuth, seit einiger Zeit um die Sicherheit des Aufbewahrungsortes der Kroninsignien besorgt, war Willens, die letzteren aus ihrem Verstecke zu heben und aufs neue zu verbergen.

Auffallend und mit dieser Absicht vielleicht im Zusammenhange bleibt der Umstand, daß der — wie bereits erwähnt — zu Orsowa am 5. August verhaftete Israelite Bernhard Zucker hierorts in Wien, wohin er zur kriegsrechtlichen Behandlung eingeliefert wurde, am 9. Oktober 1853, einem Arrestgenossen vertraute, er habe wirklich im Auftrage der Umsturzparthey gegen das Versprechen von 300 Stück Dukaten und der freien Überfahrt nach Amerika den neutralen Boden bei Orsowa besucht, um nachzuforschen, ob dortselbst bereits etwa nach der ungarischen Krone Nachgrabungen geschehen.

Die Nachricht sollte er nach Neu-Orsowa abgeben, wohin ein türkischer Offizier, der am Donau-Ufer mit einem Kahne harrte, ihn überführen sollte.

Zucker wurde an Vollbringung dieser Mission bloß durch seine Arretirung verhindert.

Über die Art, in welcher die Auffindung der ungarischen Kroninsignien erfolgte, cirkulirten sowohl in Zeitungsblättern, als unter dem Publikum durch einige Zeit verschiedene Versionen.

So viel ist gewiß, daß die wahre Geschichte der Leitung und der Begebnisse bey Ausforschung der Kroninsignien von keiner dieser Versionen getroffen worden ist, und daß der absichtlich ausgestreute Verdacht, es habe Szemere in Paris, aus Rachsucht gegen Kossuth, das Geheimniß an die k. k. Regierung verrathen, im großen Publikum und selbst bey der revolutionären Emigration, den größten Eingang fand.[21])

Der dem Szücs zugesagte Lohn von 60.000 Fl. C. M. wurde dem Stefan Warga ausgefolgt, der unverzüglich mit diesem Gelde nach London abgieng und so wenig den Verdacht seines Verrathes auf sich zog, daß er noch in diesem Augenblicke Kossuth's Vertrauen genießt.

Major-Auditor Titus Karger wurde für seine verdienstlichen Leistungen mit dem Ritterkreuze des St. Stefan's Ordens Allerhöchst dekorirt und demselben eine Remuneration von 1000 Stück Dukaten allergnädigst angewiesen.

Major Martin Imbrissević des Romanen-Banater-Grenz-Infanterie-Regimentes wurde für seine ersprießliche Beiwirkung bei Karger's Unternehmungen von Seiner k. k. apostolischen Majestät durch allergnädigste Verleihung des Ordens der eisernen Krone 3ter Klasse ausgezeichnet.

Ferners geruhten Seine k. k. apostolische Majestät mittelst Allerhöchster Entschließung vom 27. November 1853 dem Hauptmanne Peter Popovic, Oberlieutenant Georg Trapscha und Unterlieutenant Johann Bistrian, welche im Stande des 13. Grenz-Infanterie-Regimentes befindlich, den Ueberwachungsdienst gelegenheitlich der Nachforschungen nach den Kroninsignien mit besonderem Eifer gehandhabt hatten, den Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit allergnädigst bekannt geben zu lassen.

[21]) Beilage X.

Die Sereschaner Paul Marischesko und Abraham Trumosu, dann der Administrations-Korporal, Georg Barna, des 13. Grenz-Infanterie-Regimentes erhielten für ihre besonders angerühmte Thätigkeit nebst einem Allerhöchsten Gnadengeschenke in Gold, das silberne Verdienstkreuz.

Der Offiziersdiener Luka Shojal wurde aus gleichem Anlasse gleichfalls mit einem Geschenke in Gold allergnädigst bedacht, nebstdem aber auch noch mit dem Verdienstkreuze mit der Krone Allerhöchst dekorirt.

Der greise Grenzer John Moroschina, der zuerst auf den verborgenen Schatz der ungarischen Reichskleinodien stieß, erhielt ein allerhöchstes Gnadengeschenk von 15 Dukaten.

Außerdem aber bewilligte die allerhöchste Munifizenz Seiner k. k. apostolischen Majestät noch ein ansehnliches Geldgeschenk in Gold für jene Grenzer, welche bei Hebung und Bewachung der Kronkleinodien sich betheiligen zu können, so glücklich waren.

Wien, am 24. April 1854.

Kempen, FML.

BEILAGE I.

(Ad Seite 42, Anm. 11.)

PROMEMORIA

betreffend die Auffindung der ungarischen Krone und Reichsinsignien.

Die unbedingte Treue für das allerhöchste Haus S. M. meines Monarchen — das traurige Bild meines Vaterlandes, welches durch die fortwährende Unterwühlung eines gewissenlosen Agitators verzährt wird — und das Bewußtsein meiner Fähigkeit trieben mich zu dem Entschlusse, meine Bereitwilligkeit dem obersten Polizei-Chefe, S. E. dem k. k. FML. von Kempen anzubieten und eine Reisebewilligung nach London zu erbitten, um die Fäden der Kossuthschen Agitation kennen zu lernen, selbe in die Hände der hohen Regierung meines angebeteten Monarchen über zu liefern und wo möglich das Geheimniß des Versteckortes der Krone und Reichsinsignien Ungarns zu erforschen, damit diese heilige Kleinodien endlich in die Hände des rechtmäßigen Eigenthümers — Seiner Majestät nehmlich — gelangen.

Mein Anerbieten wurde angenommen, ich erhielt einen Paß und begab mich auf die Reise von Wien am 27. April l. J. mit dem Auftrage S. E. des obersten Polizei-Chefs, möglichst genau die Fäden der Kossuthschen Agitation zu erforschen, besonders aber hinsichtlich der Krone Ungarns irgend einen sicheren Leitfaden zur Auffindung zu entdecken.

Ich kam am 2. May in London an und hielt mich theils, um meine Mission vor dem Agitator zu maskiren, teils auch dem ausdrücklichen Wunsche S. E., nicht lange auszubleiben, nachzukommen, nur acht Tage in London auf.

Das Resultat meines obwohl kurzen Aufenthaltes war doch über alle Erwartung befriedigend, um so mehr, da ich, mir die Möglichkeit zu weiteren Erforschungen zu sichern, die Gelegenheit hatte. Kossuth theilte mir die geheimsten Daten seiner Umtriebe

mit, er lies mich lesen seine bedeutendste Correspondenzen mit Persigny, Morny, Maupas, Mazzini und dem Präsidenten der Nord-Amerikanischen Staaten Pierce, er theilte mir mit seine wichtigste Memoranda an die Pforte und an die Tuillerien, theilte mir seine Pläne unverhehlt mit, was ich alles bei meiner Rückkehr nach Wien in einem ausführlichen Rapport zusammenfaßte und S. E. dem k. k. Herrn FML. v. Kempen treuherzig einhändigte.

Die Daten sind mehr als wichtig.

Über die Umtriebe in Ungarn konnte ich von dem Agitator fast nichts erfahren, denn er sagte mir: „ich bin froh, daß Sie als mein alter Freund, aber in Ungarn jetzt wegen der Verfolgung der Regierung sowohl unmöglich, als auch einer immerwährenden Gefahr ausgesetzt, nicht in das Netz meiner Agitation mit eingeflochten sind, denn ihr alle meine Freunde von alten Zeiten her könntet mir wenig behülflich sein; mir ist jetzt ein schwarzgelber Beamter nützlicher, als ihr alle." Dennoch hatte ich Einiges mitgebracht, was aber weiterer Erforschung bedürftig ist, welche ich zu machen sicher hoffe, und es ist rathsam, daß die Regierung meine weitere Nachforschungen abwarte, denn ein voreiliges Eingreifen könnte nur das Resultat wenn nicht unmöglich machen, sicher erschweren.

Hinsichtlich meiner zweiten Aufgabe war ich glücklicher. Durch Zufall, welchen mir die geheime Waltung der Vorsehung, die ober dem heiligen Haupte meines Monarchen stets wacht, darbot, begegnete mir am Trafalgar Square (dieser Ort ist schon ein günstiges Omen für meinen angebeteten Monarchen) ein Mann, der mich ansprach, ob ich kein Ungar wäre. Ich bejaete es. Er sagte mir gleich seinen Name und äußerte die Freude, wieder einen Landsmann zu finden. Ich mußte mich natürlich sehr behuthsam benehmen und daher verschwieg ich ihm auch meinen Name, bis wir nach unserem national Temperamente, als er zu mir kam und wir mehre Stunden miteinander waren, wärmer wurden. Er klagte bitterlich über den Egoismus des Agitators und des Pulszky, welche den Zufluß der Unterstützungen für die ungarischen Flüchtlinge zu leiten haben, und äußerte den Wunsch, nach Amerika zu gehen, wenn er nur eine geringe Hoffnung hätte, dort, wenn auch durch eine Handarbeit, fortkommen zu können. Und, sagte er ganz vertraulich, er ist doch einer jener, welche eine nahmhaftere Theilnahme verdienen und in Anspruch zu nehmen berechtiget sind, denn er wisse das Geheimniß des Versteckortes der Krone. Nach

dieser Äußerung ließ ich meinen neuen Bekannten nicht mehr aus und nahm mir vor. ihn möglichst zu utilisiren. Ich führte das Gespräch über die Krone fort, fand ihn aber durchaus nicht geneigt, weitere Mittheilungen zu machen. Auf Mittag lud ich meinen Mann zu mir zum Diner, und als wir noch wärmer wurden und ich ihm sogar meinen Name als Geheimniß anvertraute, machte ihm die Proposition seines Geheimnißes unter einem sehr klugen Arrangement im Interesse des rechtmäßigen Königs Gebrauch zu machen. (sic!) Meine ihm beigebrachte Beweggründe waren die undankbare Behandlung, welche ihm zu Theil wird, dann das Interesse unseres gemeinsamen Vaterlandes, welches sich nach Ruhe sehnt, und endlich der materielle Vortheil, den er aus dem klugen Gebrauche ziehen kan. Ich, sagte ich ihm, würde an seiner Stelle keinen Augenblick zögern, denn er könne sich seine Zukunft ohne aller Gefahr einer Verrathung hiedurch begründen. Ich drang in ihm, ich beschwor ihn, ich schwörte ihm, ich werde dafür sorgen, daß ihm keine Compromission oder Gefahr zustossen könne. Er wollte dennoch sich nicht ergeben und so trennten wir uns, und mir blieb nur die Hoffnung für den künftigen Tag. für welchen ich ihn wieder zum Diner lud.

Dieser Conversation zu Folge schrieb ich gleich aus London an S. E. und sprach die freudige Hoffnung aus wegen des Geheimnisses der Krone.

Der nächste Tag wurde mir, wie ich es ahnte, der theuerste meines Lebens.

Szücs, dies ist der Nahme des Ehrenmannes, der ein Siebenbürger von Geburt, bei 32—36 Jahren alt, früher ein Wirtschaftbeamter, im Jahre 1849 ein Honvéd-Oberlieutenant war, kam wirklich zu mir. Er erschien zur bestimmten Zeit und endlich lies sich bewegen. Ich mußte ihm förmlich ein Eid schwören, daß sein Nahme verschwiegen bleibt, und daß ich sein Geheimniß nur unter der Bedingung mittheile, höchstens einem treuen Manne S. kaiserlichen Majestät, wenn ihm nächst der Verschwiegenheit 6000 Ginees dafür zugesichert werden, wovon er mir für die Vermittlung 1000 Ginees überlassen will. Ich versprach ihm alles, was die Behuthsamkeit erheischt, und um ihm die Versicherung meines Hoffens an das Gelingen zu verschaffen, übergab ich ihm zugleich 100 Stück kaiserliche Dukaten, welche ich als mein schwer ersparrtes Eigenthum, um den etwaigen Beschwerden der Reise begegnen zu kön-

nen, mitnahm, und sagte ihm, er solle sich auch bis zum Resultate unserer Ausführung damit seine Lage erleichtern; denn ich war sicher, daß in Anbetracht der hohen politischen Wichtigkeit dieses Fundes die Gnade S. M., dies Verlangen zu erfüllen, nicht abgeneigt sein könne. Was auch der Fall war; denn als ich S. E., der mir den Auftrag gab, das Geheimniß mittheilte, hochdieselben mir für den Fall des Gelingens das Wort gaben zur vollständigen Befriedigung dieses Verlangens.

Szües erzählte also, daß er im Jahre 1849 in den ersten Tagen des Monats September in Orsova sich auf der Flucht mit seiner Truppen-Abtheilung von 120 Mann befand. Da war auch Szemere. Einen Abend ließ ihn Szemere zu sich kommen und sagte ihm, er solle sich mit etwa 25—30 Mann mit ausgesucht verläßlichen Leuten bereit halten, denn es kommen aus Mehadia einige notable Flüchtlinge, deren Ankommen nach Orsova über weglose Berge zu bedecken sein wird. Übrigens das Aufbrechen nach hinaus aus dem Orte wird ihm schon bei der Nacht mitgetheilt. Um beiläufig 11 Uhr bei der Nacht erhielt er den Befehl, sich mit der besagten Mannschaft zu dem Mauthhause hinaus zu begeben. Kaum langte er dort mit 26 Mann, einem Wachtmeister und Corporalen an, kam Szemere, Fülöp, Hajnik, Grimm und noch einer, dessen Nahme mir entfallen ist, gefahren in einem Leiterwagen. Hajnik kutschirte. Die Pferde und Wagen wurden von einem Orsovaer Inwohner um 400 fl. unter der Bedingung gekauft, daß, wenn man es den nächsten Tag zurückgibt, er für den Gebrauch 200 fl. behalten kann. So geschah es auch; Pferde und Wagen wurden zurückgegeben und der Eigenthümer zahlte 200 fl. zurück. Als diese bei dem Mauthhause, wo Szücs den Posten faßte, ankamen, sagte Szemere zu Szües, er solle das Commando seinem Wachtmeister übergeben, der wohl aufpassen soll und auf das erste Hülfe Geschrei mit der Mannschaft en carrière nachkommen, sonst aber soll sich Niemand von der Stelle trauen zu entfernen. Szücs aber solle sich auf den Wagen begeben, um mit zu fahren. Dieser erfuhr erst später, daß dieser Befehl hinsichtlich des Hülferufes nur eine Maske war, und daß er zum Zeugen des Geheimnisses auf das Anrathen des Fülöp, der ihn schon lange kannte, mitgerufen wurde, um die Arbeit um so schneller zu verrichten. Während des kurzen Fahrens hat man ihm das Vorhaben mitgetheilt. Die Nacht war trotz dem trüben Himmel ruhig und warm. Als sie von dem Mauthhause die 3 Brücken

passirten, lenkte Hajnik die Pferde auf einen verlassenen Weg linkswärts. Da fuhren sie einige Minuten und machten Halt. Rechts an dem verlassenen Wege, fast knapp an, war ein Gebüsch; sie hoben die Kiste vom Wagen herab (Szücs, Hajnik, Fülöp und Grimm). Szemere mit dem sechsten, dessen Name mir entfallen ist, ging in das Gebüsch hinein und die vier trugen ihm die Kiste nach. Szemere zeigte an den Punkt und sie gruben etwa bis 5 Fuß und legten die Kiste hinein und deckten sie zu.

Da schworen sie alle auf das Vorsagen des Szemere Eid, das Geheimniß gegen das Interesse des Vaterlandes nicht zu verrathen und ihre persönliche Mitwirkung mit aller Aufopferung, selbst des Lebens, dahin zu richten, daß die Krone nur in den Besitz des durch die Nation zu erwählenden Oberhauptes komme. Dann beratheten sie, auf was für eine Art der Ort deutlich zu merken sei. Während des Grabens machte Szücs die Bemerkung, daß viel mehr geeignet wäre ein Ort in den nächsten Gebirgen, als in diesem sumpfigen Platze; Szemere erwiederte aber, daß dieser Ort in der ganzen Gegend schon wegen der leichten Zugänglichkeit der geeignetste wäre. Woraus zu schließen ist, daß er mit Hajnik nach einer mehrtägigen Rekognoszirung der Gegend diesen Ort hiezu bestimmt habe. Da stellten sie also die Merkmale des Ortes zusammen, einer rieth dieses, ein anderer was Anderes, bis sie endlich überein kamen.

Nach Beendigung fuhren sie zurück, die Mannschaft, der sie mitgetheilt haben, daß die Flüchtlinge, wenn sie bis jetzt nicht kamen, schon nicht kommen werden, ritt auf ihre Quartire. Den nächsten Morgen wurde die Bezeichnung des Ortes zu Papier gebracht und in den Csákóschirm des Szücs als Militär-Bedeckungs-Commendanten verborgen. In Widdin dann wurden 6 Originale geschrieben, wovon eines dem Kossuth eingehändigt wurde, nebst einer Contour-Zeichnung der Lage, welche Grimm verfertigte.

Szücs begab sich dann nach Malta und zur Zeit der Befreiung Kossuths aus der Internirung nach Paris, wo ihm Szemere, wie er sagte, auf den Befehl Kossuths die Beschreibung des Versteckortes der Krone abverlangte — er aber war klug und schrieb sich es zuerst ab.

Aus diesen Daten machte er mir also in London die mündliche Mittheilung, wie man über die drei Brücken zu gehen, dann auf den linkswärts sich abneigenden verlassenen Weg bis zu einer verfallenen Brücke zu schreiten, von da sich umkehrend auf denselben Fuß-

stapfen zurück 60—65 Schritte zu machen habe, wie man dann, wenn man halblinks macht, das Gebüsch vor sich und über das Gebüsch zwischen zwei Baumgruppen einen Berg hat u. s. w. Auf meine Einwendungen, daß seit den 4 Jahren in vieler Hinsicht dort eine Veränderung eingetreten sein kan, sagte er mir zu, auch die Nähere Beschreibung zu geben, und dis that er mit meinem Einverstehen in Chiffern, deren Inhalt und die mündliche Mittheilung wirklich auch zum glücklichen Resultate führten. Hinsichtlich der Schritte, welche den Hauptleitfaden bildeten, ging er mit mir öfter in London in dem Tempo und Maße, welche man zu beobachten hat.

Als ich mit Kossuth in London einigemal sprach, konnte ich von ihm über die Krone nur so viel entnehmen, daß er darum sehr beängstiget ist, denn wie er sagte, es wissen das Geheimniß einige, denen er die Verschwiegenheit nicht zumuthet, übrigens er habe schon Anstalten getroffen, daß das Kleinod aus dem Orte weggenommen und anderwo aufbewahrt werde, damit es nicht (wie er sich ausdrückte) in die Hände der Deutschen gerathe. Ich brach diesen Gegenstand mit ihm absichtlich ab, denn Szücs machte mir damals schon seine Mittheilung und es war in meinem Inneren wie durch eine höhere Inspiration ein deutliches Vorgefühl des Erfolges erweckt, und nahm in jedem Momente an Kraft mehr und mehr zu.

Dem Szücs gab ich die heilige Versicherung, dieser Angelegenheit mit angemessener Klugheit sogleich nach meinem Anlangen in Wien nach zu gehen, ja mit umso mehr Klugheit, je mehr uns der Fanatismus vieler gefährlicher Menschen bekannt ist. Ich versprach ihm auch, das verlangte Honorar, welches ich zu vermitteln hoffte, sogleich nach der Auffindung persönlich nach London zu bringen, zu welchem Zwecke wir uns den Platz bestimmten, wo wir uns in London zu treffen haben werden. Er sagte mir, sein Vorsatz ist, mit dem Gelde nach Amerika auszuwandern.

Ich kam von meiner Reise am 19. May in Wien an. Verfertigte das obenerwähnte Document eines Rapports, welches die wichtigste und auch geheimste Fäden der Kossuthschen Umtriebe enthält, und welche die wachsamste Acht der Regierung S. M. erheischen, damit der Segen der Vorsehung, der nach meiner vollen Überzeigung von dem heiligen Haupte meines angebeteten Monarchen sich nie abwenden wird, nicht gestört und nicht bekämpft werde. Gleich bei meinem Eintreffen in Wien begab ich mich — noch bevor ich

zum Aufsatze meines schriftlichen Rapports geschritten bin — zum Herrn Regierungs-Rathe von Clannern, um meine Ankunft zu melden und ihm meinen Wunsch, S. E. einen schriftlichen Rapport aufzusetzen, zu äußern, mit der Bitte, diesen Rapport S. E. persönlich überreichen zu dürfen. Der Herr Regierungs-Rath versprach mir die gütige Vermittlung. Als ich mit dem Rapporte fertig wurde, ging damit zu dem genannten hochverehrten Herrn Regierungs-Rathe, welcher mir erklärte, der Wille S. E. sei, den Rapport bei dem H. Regierungs-Rathe abzugeben. Hirauf bat ich den H. Regierungs-Rath, mir jedenfalls eine Audienz bei S. E. auszuwirken, denn ich habe noch außerdem eine mündliche Mittheilung S. E. persönlich zu machen und Manches zu übergeben. Ich bat den Herrn Regierungs-Rath um Verzeihung wegen dieser Belästigung und versicherte ihn, diesen meinen Wunsch ja nicht als Vertrauenslosigkeit zu nehmen, aber ich wünschte sowohl das Geheimniß über die Krone nur allein S. E. persönlich mitzutheilen, als auch manche Documente bezüglich auf die Kossuthsche Umtriebe eigenhändig über zu reichen. Der Herr Regierungsrath billigte den Grund meiner Bitte und versicherte mich auch der mir zu Theil werdenden Ehre einer Audienz, deren Zeit ich den darauffolgenden Tag zu erfragen hatte. Es war der 24. May; der Herr Regierungsrath theilte mit auf mein Anfragen um 9 Uhr Morgens, ich werde das Glück haben, um 11 Uhr bei S. E. vorgelassen zu werden. Ich erschien zur benannten Stunde, wurde aber zu meinem tiefsten Leidwesen zum Polizey-Ober-Kommissär Podolszky gewiesen, der mich arretirte. Meine geheime Mission, die ich nach dem besten Gewissen von meiner unbedingten Treue gegen meinen Monarchen geleitet, mit vielem Erfolge zum Theile vollendete, wurde zum Gegenstande einer harten kriegsgerichtlichen Untersuchung gemacht, welche bis an den 1. September, folglich fast vier Monate dauerte. Ich duldete die harte Behandlung trotz meiner bedeutend zerrütteten Gesundheit und der traurigen Lage meiner armen Familie, welche einer väterlichen Sorge höchst bedürftig ist, im Bewußtsein meiner Unschuld mit männlicher Fassung. Endlich kam der glückliche Tag, welcher mir die Gelegenheit darbot, durch That meine Treue und meine Anhänglichkeit an die allerhöchste Dynastie beweisen zu können. Am besagten Tage, am 1. September, ertheilte mir S. E., der Herr k. k. FML. von Kempen, den mir höchst erfreulichen Befehl, im Sinne meiner von

Szücs erhaltenen Mittheilungen die Aufsuchung der Krone zu tentiren, wozu S. E. wenig oder gar keine Hoffnung zu haben schien. Ich wurde unter Aufsicht eines ehrenwerthen Herrn aus dem Kerker auf ein Dampfschiff begleitet, welches uns den nächst folgenden Tag von Wien wegführte. Ich langte am 4. September, wie gesagt unter Aufsicht meines ehrenwerthen Begleiters, Herrn von Gasmagy, nach Mittags 4 Uhr in Orsova an. Meine merkwürdig kraftvolle Ahnung eines glücklichen Resultates erfüllte meine ganze Seele, ich fühlte mich glücklich sowohl darum, weil ich hoffte, den Zweifel S. E. zerstreuen zu können, wie auch darum, weil ich, der Sache sicher, das Bewußtsein hochzuschätzen wußte, daß aus den beiläufig vierzig Millionen Unterthanen S. M. mir die Vorsehung das Glück zudachte, diese bedeutungsvolle Unternehmung mit Erfolge vollführen zu können.

Den nächst folgenden Tag, am 5. September, führte mich der k. k. Oberstwachtmeister von Karger, der hiezu von S. E. beauftragt war, in die Gegend, wo er nach meiner Angabe die Lokalität zu sein glaubte.[21a]) Ich fing an, die Gegend zu recognosciren, ging nach der dritten Brücke . . . den verlassenen Weg linkswärts von der Strasse bis zur verfallenen Brücke; von diesem Punkte machte ich zurück die angezeigte 65 Schritte, machte halblinks, und vollkommen richtig nach der Angabe des Szücs hatte ich hinter mir den besagten einsam stehenden Maulbeerbaum beiläufig auf 40 Schritte, vor mir das Gebüsch und über dieses zwischen den zwei und zwei nebeneinander stehende junge Bäume den hersehenden Berg. Als ich alle Merkmale ohne der geringsten Abweichung zusammen treffend fand, wurde meine kraftvolle Ahnung zur Überzeigung und das Wohlgefühl meines nur für das glorreiche Regieren meines Herrn und Kaisers pochenden Herzens ist unbeschreiblich; wir sahen uns mit dem benannten Herrn Oberstwachtmeister gegenseitig mit einer namenlosen Freude an und ich, meiner Seits, war schon des Erfolges sicher — er aber schien es auch zu sein. Das Gebüsch, welches in der sumpfigen Gegend allein stehet, kam uns wie ein Altar vor, an welchem die Vorsehung ein Kleinod eines heiligen Monarchen für das heilige Haupt eines glorreichen Landes-Vater aufzubewahren vermittelte. Die Gruppe des Gebüsches schien durch Menschenhände gepflegt zu sein, denn sie ist mit schlingen-

[21a]) Am Rande Bleistiftnotiz Kempens: vergeblich gesucht.

den Pflanzen fast undurchdringlich vorgewölbt; doch gab das Gedeihen eine höhere Hand dessen dazu, dessen Vertreter auf Erden der ist, dem das heilige Kleinod als rechtmäßige Erbschaft gebührt. Ein sonderbares und überraschendes Zeichen einer Obwaltung der höheren Macht ist auch jener Umstand, daß sogar die Äste, welche die Vergräber von den oft erwähnten jungen Bäumen zum Zeichen abhackten und auf den Stamm hinlegten, noch immer vorhanden waren, obwohl derlei trockenes Feuerungs-Material gewöhnlich von den Bewohnern aufgesucht und weggetragen zu werden pflegt — und daß die Abschälung der jungen Bäume in der Form einer sonderbar schönen Vernarbung ganz deutlich auch als eines der angedeuteten Zeichen zu sehen war.

Der benannte Herr Oberstwachtmeister von Karger, als er mir die Überzeigung über die Identität der heiligen Stätte aus den Augen las, verlangte meine Ansicht über die Bewerkstelligung der zu veranstaltenden Grabung; ich zeichnete ihm in sein Portfeuille . . . mein Anrathen, welches er auch ohne aller Einwendung annahm und durchzuführen versprach. Mir aber deutete er an, mich möglichst bald aus dem Orte Orsova wegzubegeben, um nicht meine Möglichkeit für das Fernere ans Spiel zu setzen. Ich sah hiebei nicht nur die Richtigkeit des Grundes ein, sondern auch, was mir viel mehr erfreulich war, seine Überzeigung über die wirkliche Auffindung.

Der Erfolg rechtfertigte Alles.

Es möge der heilige Fund lange und unverdunkelbar auf dem heiligen Haupte unseres allergnädigsten Herrn und Monarchen glänzen in einer mächtigen Glorie! und die heiligen Strahlen dieser Glorie mögen das Glück und den Segen der Völker S. M. ununterbrochen fördern! und nie mehr erfreche sich eine sündige frevelhafte Hand, das heilige Kleinod mit profaner Berührung zu entheiligen!

einer der treuesten der treuen Unterthanen

Stephan Wargha.

$\frac{13}{9}$ 53 (Bleistiftvermerk von anderer Hand.)

BEILAGE II.

(Ad Seite 47.)

$\frac{8}{1}$ $\frac{9}{9}$ $\frac{11}{2}$ $\frac{13}{4}$ $\frac{12}{3}$ $\frac{1}{9}$ $\frac{1}{14}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{8}{2}$ $\frac{14}{2}$ $\frac{13}{3}$ $\frac{6}{17}$ $\frac{3}{2}$ $\frac{7}{4}$ $\frac{1}{5}$ $\frac{1}{6}$ $\frac{1}{11}$ $\frac{1}{19}$ $\frac{5}{9}$ $\frac{11}{1}$ $\frac{4}{6}$ $\frac{3}{3}$ $\frac{1}{7}$

$\frac{4}{12}$ $\frac{3}{15}$ $\frac{15}{2}$ $\frac{4}{3}$ $\frac{12}{4}$ $\frac{10}{8}$ $\frac{10}{3}$ $\frac{6}{3}$ $\frac{6}{2}$ $\frac{2}{4}$ $\frac{4}{3}$ $\frac{7}{2}$ $\frac{6}{4}$ $\frac{9}{2}$ $\frac{10}{3}$ $\frac{5}{7}$ $\frac{7}{7}$ $\frac{2}{3}$ $\frac{14}{3}$ $\frac{12}{4}$ $\frac{7}{12}$ $\frac{9}{4}$ $\frac{2}{4}$

$\frac{8}{3}$ $\frac{14}{2}$ $\frac{2}{2}$ $\frac{8}{2}$ $\frac{5}{2}$ $\frac{6}{3}$ p $\frac{5}{15}$ $\frac{5}{4}$ $\frac{4}{28}$ $\frac{1}{4}$ $\frac{4}{4}$, $\frac{1}{12}$ $\frac{1}{13}$ $\frac{1}{17}$ $\frac{4}{15}$ $\frac{3}{13}$ $\frac{6}{20}$ $\frac{2}{8}$ $\frac{12}{7}$ $\frac{2}{16}$ $\frac{10}{10}$ $\frac{11}{9}$

$\frac{13}{3}$ $\frac{4}{4}$ $\frac{2}{11}$ $\frac{5}{19}$, $\frac{3}{2}$ $\frac{11}{13}$ $\frac{5}{9}$ $\frac{10}{6}$ $\frac{9}{19}$ $\frac{7}{7}$ $\frac{13}{13}$ $\frac{6}{11}$ $\frac{2}{10}$, $\frac{3}{3}$ $\frac{8}{9}$ $\frac{14}{8}$ $\frac{13}{8}$ $\frac{11}{19}$ $\frac{14}{23}$ $\frac{1}{17}$ $\frac{1}{21}$ $\frac{4}{14}$ $\frac{1}{18}$

$\frac{2}{3}$ $\frac{6}{3}$ $\frac{6}{20}$ $\frac{5}{4}$ $\frac{5}{7}$ $\frac{5}{11}$ $\frac{3}{12}$, $\frac{2}{21}$ $\frac{1}{17}$ $\frac{1}{18}$ $\frac{1}{19}$ $\frac{3}{13}$ $\frac{15}{4}$ $\frac{7}{10}$ $\frac{4}{10}$ $\frac{3}{11}$ $\frac{6}{19}$ $\frac{9}{16}$ $\frac{1}{9}$ $\frac{6}{17}$ $\frac{3}{2}$ $\frac{4}{3}$ $\frac{3}{6}$

$\frac{8}{4}$ $\frac{6}{3}$ $\frac{3}{6}$ $\frac{4}{13}$ $\frac{4}{14}$ $\frac{4}{22}$ $\frac{4}{17}$ $\frac{5}{5}$ $\frac{12}{3}$ $\frac{13}{3}$ $\frac{6}{5}$ $\frac{8}{10}$ $\frac{11}{3}$ $\frac{14}{27}$ $\frac{15}{8}$ $\frac{6}{8}$ $\frac{3}{8}$ $\frac{3}{9}$ $\frac{2}{10}$ $\frac{4}{11}$ $\frac{2}{12}$ $\frac{2}{13}$ $\frac{2}{8}$

$\frac{3}{18}$ $\frac{12}{10}$ $\frac{1}{10}$ $\frac{14}{17}$ $\frac{14}{18}$ $\frac{14}{8}$ $\frac{14}{3}$ $\frac{14}{7}$ $\frac{10}{14}$ $\frac{8}{15}$ $\frac{6}{6}$ $\frac{6}{7}$ $\frac{14}{27}$ $\frac{6}{17}$ $\frac{6}{5}$ $\frac{1}{14}$ $\frac{1}{21}$ $\frac{5}{6}$ $\frac{4}{11}$ $\frac{12}{16}$ $\frac{5}{14}$ $\frac{5}{11}$ $\frac{3}{3}$

$\frac{11}{3}$ $\frac{15}{2}$ $\frac{5}{6}$ $\frac{1}{6}$ $\frac{10}{4}$ $\frac{13}{6}$ $\frac{1}{7}$ $\frac{7}{4}$ $\frac{4}{4}$ $\frac{5}{7}$ $\frac{5}{2}$ $\frac{3}{15}$. $\frac{2}{21}$ $\frac{11}{14}$ $\frac{6}{16}$ $\frac{11}{13}$ $\frac{11}{2}$ $\frac{10}{21}$ $\frac{8}{19}$ $\frac{5}{15}$ $\frac{12}{5}$ $\frac{5}{19}$ $\frac{3}{18}$.

$\frac{4}{21}$ $\frac{4}{18}$ $\frac{9}{14}$ $\frac{15}{4}$ $\frac{10}{9}$ $\frac{6}{17}$ $\frac{4}{8}$ $\frac{7}{12}$ $\frac{4}{2}$ $\frac{3}{8}$ $\frac{1}{9}$ $\frac{4}{8}$ $\frac{11}{1}$ $\frac{10}{2}$, $\frac{8}{2}$ $\frac{8}{5}$ $\frac{14}{2}$, $\frac{9}{8}$ $\frac{5}{3}$, $\frac{8}{3}$ $\frac{11}{13}$ $\frac{2}{5}$ $\frac{5}{16}$

$\frac{5}{9}$ $\frac{5}{19}$ $\frac{11}{14}$ $\frac{11}{17}$ $\frac{11}{3}$ $\frac{11}{15}$, $\frac{3}{8}$ $\frac{5}{18}$ $\frac{3}{3}$ $\frac{2}{11}$ $\frac{1}{6}$ $\frac{13}{15}$ $\frac{6}{20}$ $\frac{4}{9}$ $\frac{1}{7}$ $\frac{1}{9}$ $\frac{1}{6}$ $\frac{6}{17}$ $\frac{1}{13}$ $\frac{1}{19}$ $\frac{14}{23}$ $\frac{1}{15}$ - $\frac{11}{13}$

$\frac{11}{20}$ $\frac{11}{12}$ $\frac{7}{12}$ $\frac{11}{24}$ $\frac{12}{12}$ $\frac{11}{16}$ $\frac{11}{5}$ $\frac{9}{5}$ $\frac{9}{12}$ $\frac{6}{6}$ $\frac{3}{4}$ p $\frac{10}{18}$ $\frac{5}{3}$ $\frac{5}{6}$ ($\frac{5}{7}$ $\frac{4}{6}$ $\frac{2}{12}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{3}{3}$ $\frac{11}{4}$ $\frac{4}{22}$ p

$\frac{8}{21}$ $\frac{1}{3}$ $\frac{6}{2}$ $\frac{3}{7}$ $\frac{14}{23}$ $\frac{4}{13}$) $\frac{1}{10}$ $\frac{1}{11}$ $\frac{4}{10}$ $\frac{4}{10}$ $\frac{2}{12}$ $\frac{1}{13}$ $\frac{13}{2}$ $\frac{3}{2}$ $\frac{2}{4}$ $\frac{3}{6}$ $\frac{6}{12}$ $\frac{2}{9}$ p $\frac{2}{13}$ $\frac{2}{12}$ $\frac{11}{14}$ $\frac{14}{3}$

$\frac{4}{10}$ $\frac{12}{7}$ $\frac{8}{10}$ $\frac{15}{3}$ $\frac{3}{2}$ $\frac{4}{4}$ $\frac{7}{2}$ $\frac{6}{4}$ $\frac{7}{4}$ $\frac{5}{4}$ $\frac{5}{3}$ $\frac{3}{4}$ $\frac{15}{3}$ $\frac{10}{12}$ $\frac{1}{3}$ $\frac{1}{5}$ $\frac{1}{6}$ $\frac{1}{18}$ $\frac{8}{4}$ $\frac{13}{7}$ $\frac{12}{7}$ $\frac{7}{3}$ $\frac{8}{3}$

$\frac{14}{2}$ $\frac{4}{10}$ $\frac{1}{7}$ $\frac{14}{9}$ $\frac{2}{3}$ $\frac{4}{2}$ $\frac{8}{2}$ $\frac{12}{2}$ $\frac{10}{2}$ $\frac{11}{16}$ $\frac{12}{4}$ $\frac{4}{10}$ $\frac{1}{9}$ $\frac{7}{12}$ $\frac{2}{2}$ $\frac{4}{3}$ $\frac{6}{17}$ $\frac{13}{6}$ $\frac{13}{15}$ $\frac{10}{5}$ $\frac{2}{4}$ $\frac{7}{7}$ $\frac{9}{5}$

$\frac{1}{13}$ $\frac{1}{15}$ $\frac{3}{11}$ $\frac{3}{12}$ $\frac{11}{11}$ $\frac{11}{12}$ $\frac{12}{2}$ $\frac{14}{21}$ $\frac{7}{10}$ $\frac{4}{10}$ $\frac{2}{9}$ $\frac{10}{4}$ $\frac{6}{2}$ $\frac{9}{5}$ $\frac{3}{4}$ $\frac{12}{3}$ $\frac{11}{2}$ $\frac{12}{8}$ - $\frac{1}{6}$ $\frac{2}{5}$ $\frac{1}{14}$ $\frac{1}{18}$ $\frac{2}{18}$

$\frac{14}{23}$ $\frac{5}{6}$ $\frac{4}{13}$ $\frac{8}{21}$ p $\frac{9}{18}$ $\frac{5}{12}$ $\frac{11}{16}$ $\frac{5}{13}$ $\frac{12}{2}$ $\frac{15}{8}$ $\frac{5}{19}$ $\frac{10}{15}$ $\frac{10}{17}$ $\frac{10}{4}$ $\frac{11}{2}$ $\frac{3}{2}$ $\frac{9}{11}$ $\frac{8}{3}$ $\frac{6}{6}$ $\frac{5}{2}$ $\frac{5}{3}$ $\frac{11}{14}$

$\frac{1}{9}$ $\frac{4}{10}$ $\frac{11}{5}$ $\frac{2}{10}$ $\frac{5}{2}$ $\frac{2}{12}$, $\frac{2}{16}$ $\frac{2}{11}$ $\frac{2}{8}$ $\frac{4}{4}$ $\frac{4}{17}$ $\frac{4}{19}$ $\frac{3}{13}$ $\frac{1}{15}$ $\frac{7}{8}$ $\frac{14}{4}$ $\frac{14}{23}$ $\frac{4}{13}$ p $\frac{4}{12}$ $\frac{7}{5}$ $\frac{10}{4}$ $\frac{15}{6}$

$\frac{14}{3}$ $\frac{11}{3}$ $\frac{11}{4}$ $\frac{9}{6}$ $\frac{7}{9}$ $\frac{3}{3}$ $\frac{3}{6}$ $\frac{3}{5}$ $\frac{6}{17}$ $\frac{6}{16}$ $\frac{7}{3}$ $\frac{5}{16}$ $\frac{12}{7}$ $\frac{4}{14}$ $\frac{7}{12}$ $\frac{3}{11}$ $\frac{9}{2}$ $\frac{2}{10}$ $\frac{2}{9}$ $\frac{1}{15}$ $\frac{1}{20}$ $\frac{7}{8}$ $\frac{14}{7}$

$\frac{14}{23}$ $\frac{12}{8}$ $\frac{1}{6}$ $\frac{13}{15}$ $\frac{4}{8}$ $\frac{4}{3}$

BEILAGE III.

(Ad Seite 47.)

Kossuth Lajos azt üzente
hogy nincs neki regementje
ha még egyszer azt üzeni
Mindnyájan beállnak neki éljen a hazá!
Kossuth Lajos iro diák
nem kell neki gyertya világ
megirja ö a levelet
a rag yogó csillag mellett, eljen a nemzet
meg allj — czudar —
Pulfordulas ér még teged;
Villog a fenyes kardja
ört áll az isten angyala, eljen a hazá!
Quoniam dux Ludovicus nec Xerxes timendus.
Zsarnok nem lesz sem árúlo Görgey
Borúra derü! —

Deutsche Übersetzung.

Kossuth Ludwig hat berichtet, daß er kein Regiment habe, wenn er noch einmal dieses sagen läßt, stehen wir alle bei ihm ein, es lebe das Vaterland!
Kossuth Lajos der Kanzlist,
er braucht kein Kerzenlicht, er wird den Brief schon schreiben. —
Neben dem glänzenden Stern, es lebe die Nation.
Halt, Elender!
Dich wird der Sturz ereilen,
Mit glänzendem Schwerte beschützt uns der Engel Gottes, es lebe das Vaterland!
Es ist weder Fürst Ludwig noch Xerxes zu fürchten.
Es wird keine Tyrannen mehr geben, noch Verräther wie Görgey.
Es kömmt zum Durchbruche. —

BEILAGE IV.

(Ad Seite 48.)

Az irt az Orsovai uton a vámhazon ^{a}al (sic!) mennek elhagyatván a sorompos fat (sic!) 's azutan a masadik, a harmadik mind's . . . (sic!) egyegymáshoz. Czentul batra van egy mellékut, mellyen, szekeren is jarnak, melly vezt egy romlott fa hidhoz; e fahidtól kündulván visza a városi f (sic!) a hidak felé szamitvan hatvan öt — hatvan nyolcz lépést (harom lépés egy öl) jobbra van egy eperfa, balza de kissérés (sic!) ut egy magasb hegy irra (sic!) nyába vonva vonolat az utrol belelé tiztizenöt tepesnyiré fiatalos fábokor mind köttöröl par fa allá (sic!) meg vagdalva, e kettö közt van. —

Übersetzung.

Der Gefertigte (Schreiber dieses?) ging auf der Orsowaer Strasse, über das Zollhaus hinaus, nachdem er den Sperrschranken passirt (liegen gelassen) und darauf der zweite und der dritte, alle einer nach dem andern. Sodann (darüber hinaus) zur Linken ist ein Seitenweg, auf welchen man auch mit Wägen fährt, welcher zu einer verfallenen Holzbrücke führt; von dieser Holzbrücke ausgehend zurück gegen die Holzbrücke (sic!) der Stadt gerechnet, fünf und sechzig — acht und sechzig Schritte (drei Schritte auf die Klafter) ist zur Rechten ein Maulbeerbaum, zur Linken aber ein Feld-/Seiten-Weg auf einen höheren Berg. Wenn man von dem Wege eine Linie auf (ein)wärts zieht, sind auf zehn bis fünfzehn Schritte zwei junge Laubbäume (buschige Bäume). Von allen beiden sind ein Paar Stücke abgesägt. Zwischen diesen beiden ist es.

— sind auf zehn bis fünfzehn Schritte zwei junge Gebüsche (Baumgruppen, Bosquets), von beiden sind einige Stämme niedergesägt. Zwischen diesen beiden ist es.

BEILAGE V.

(Ad Seite 50.)

Eperfa

zur Rechten						ist			ein	
j	o	b	b	r	a	v	a	n	e	gy
$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{11}$	$\frac{4}{10}$	$\frac{4}{10}$	$\frac{2}{12}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{13}{2}$	$\frac{3}{2}$	$\frac{2}{4}$	$\frac{3}{6}$	$\frac{6}{12}$

e		e	r	f	a
$\frac{2}{9}$	p	$\frac{2}{13}$	$\frac{2}{12}$	$\frac{11}{14}$	$\frac{14}{3}$

Das p ist in der ganzen Pièce nirgends durch eine Ziffer ausgedrückt, gilt folglich (so wie in dem Worte $\overset{l}{\frac{11}{4}}\ \overset{e}{\frac{4}{22}}$ p $\overset{e}{\frac{8}{21}}\ \overset{s}{\frac{1}{3}}$, lepes, Schritt) als p. Das Wort heißt mithin eperfá.

Blochs Wörterbuch 2ter Theil, gibt an: Eper die Erdbeere, Eperfá der Maulbeerbaum. Fabokor: Fa = baum, Bokor = Busch, Gesträuch, Stock. Das Wörterbuch führt diese Zusammensetzung fabokor nicht auf, jedoch die umgekehrte bokorfa mit der Erklärung: Buschbaum, Buschholz, Unterholz. Megvadalva. Megvagdal, frequentativum von megvag, hauen, schneiden — vielleicht „angesägt“ statt „abgesägt“.

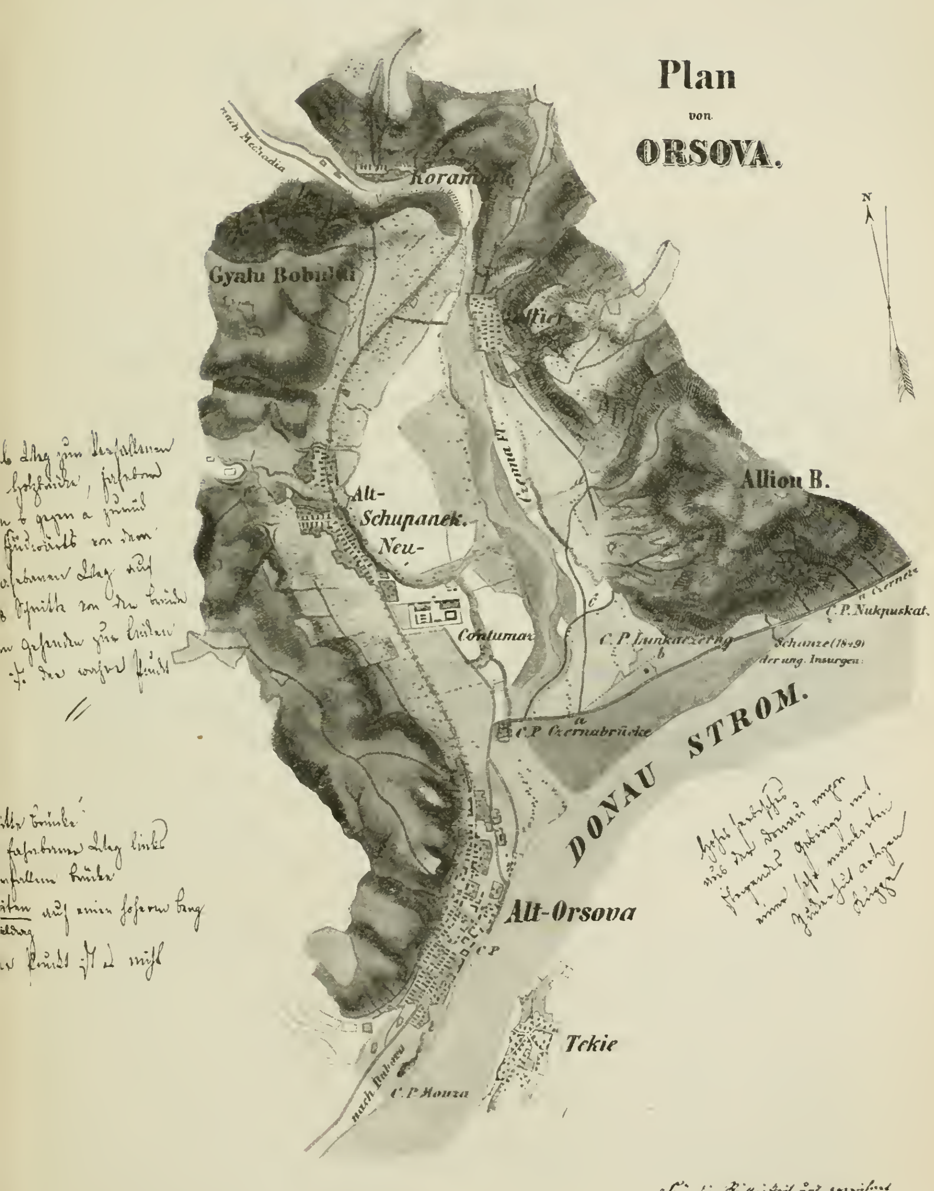
*

Dieß ist die Antwort auf die Frage vom 14. d. M. Ich wünsche gutes Wetter und dann Glück in der Bemühung.

Wien, am 22. Juny 1853.

Kempen m. p., FML.

BEILAGE VI.


Plan
von
ORSOVA.
N
nach Mehadia
Gyalu Bobului
Alt-
Schupanek.
Neu-
Allion B.
Contumaz
C.P. Nukpuskat.
C.P. Iunkaczerna
Schanze (1849) der ung. Insurgen
C.P. Czernabrücke
DONAU STROM.
Alt-Orsova
C.P.
Tekie
C.P. Houza

BEILAGE VII.

(Ad Seite 53.)

Soromp oder Sorompó bedeutet die Schranke, der Sperrbaum.

Sorompör Schnurposten, Aufpasser.

Sorompós Baumschließer.

Eines oder zwei von den auf Sorompós folgenden drei Zeichen in der Andeutung, welche nach der Devise h. s. d bedeuten und somit keinen Sinn geben, sind verschrieben.

Die Varianten, welche mit einiger Wahrscheinlichkeit angenommen werden können, u. z. mit größerer die erste, weil sie das Verschreiben nur Eines Zeichens voraussetzt, sind: Soromposhid, Brücke mit einem Sperrbaum, Soromposház eine im Lexikon nicht vorkommende Zusammensetzung, welche das Haus des Baumschließers bezeichnen würde, endlich Sorompósfát, Sperrbaum, Mauthschranke.

BEILAGE VIII.

(Ad Seite 59, Anm. 18.)

Stephan Wargha an FML. v. Kempen.

(Abschrift s. d.)

Eure Excellenz!

Das räthselhafte und mich tief schmerzende Verfahren mit mir beraubte mich des Glückes einer Audienz bei E. E., um meinem Berichte durch eine mündliche für Geheimniß sehr geeignete Eröffnung den Schlußstein aufzusetzen, theilhaftig zu werden.

Meine Beschuldigung ist mir unbekannt; aber ich fürchte nichts, denn ich fühle mich rein — und meinem Monarchen wollte ich einen Beweiß meiner bis auf das letzte Bluttropfen zu bewahrenden Treue liefern, welchen unter seinen Millionen Unterthanen keiner sich die Mühe gab, zu bringen.

Ich forschte nach der Krone Ungarns und den übrigen Insignien und hatte das Glück, den wahren Faden zu finden, den ich E. E. mündlich in hochdero Hände geben wollte; allein wie gesagt, ich kam zu keiner Audienz.

Ich, der seit Jahren mit großen Opfern mir die Mühe nahm, der hohen Regierung meines Monarchen wesentliche Dienste zu leisten und hiedurch meine unerschütterliche Treue und Anhänglichkeit an den Tag zu legen, befinde mich in dem Kerker — Gott der Allmächtige gebe, daß die Krone eben so glorreich glänzen möge auf dem heiligen Haupte meines angebeteten Monarchen, wie düstern und herzzerreißend der Raum meines Kerkers ist!

E. E. hat die Vorsehung das Glück zugedacht, ein heiliges werthvolles Kleinod seiner geheiligten Majestät aus den Klauen böser Räuber zu retten — wollen E. E. die Gnade haben, dieses Glück nicht mit Martern und unverdienten Seelenschmerzen eines Mannes, den die Vorsehung hiezu als Werkzeug erkoren, zu verdunkeln. Wollen E. E. die Gnade haben, mir die gegen mich vorliegende Anklage vorzugeben, ich stehe in paar Stunden rein da, ich hoffe zu Gott, der die Herzen kennt und der mich so glücklich machen möge, wie mein Herz und mein Leben ich rein dem Wohle meines Monarchen darbringe.

Setzen mich E. E. schon aus Rücksicht meiner zerrütteten Gesundheit auf freien Fuß, geben mir E. E. die Gelegenheit, mich gegen eine gewiß unbegründete Anklage rein zu machen, und wir wollen das großartige Werk beginnen — die Krone nebst den Reichskleinodien ist binnen 8 Tagen in den heiligen Händen des Monarchen.

Ich wollte dieses Geheimniß E. E. mündlich mittheilen; da aber E. E. es hiemit schriftlich verlangen, sei es denn — nachdem in der Zögerung Gefahr liegt.

Einer der Emigrirten Ungarns in London theilte mir das Geheimniß mit, unter der Bedingung, ihm hiefür eine Remuneration von 6000 Pfund Sterling auszuwirken. Er hat mich aber fürchterlich gebunden. Ich dachte das durchsetzen zu können durch die hohe Vermittelung E. E., und hoffe jetzt noch, daß ich bei der Eröffnung des Geheimnisses, wobei ich die versprochene Modalitäten außer acht lasse, nichts risquire. Ich bitte inständigst darum.

Die Sache hat Eile; denn Kossuth, der böse Geist der Jetztzeit, scheint schon Anstalten getroffen zu haben, das Kleinod aus dem jetzigen Verstecke wegzuräumen. Das gelinge ihm aber nicht!

Mir ist Gottes Gerechtigkeit, die Wahrheit und das Interesse meines Monarchen über Alles!

Die Sache wäre so zu veranstalten: Geben mir E. E. die Gelegenheit, mich von der gegen mich vorliegenden Anklage rein zu machen, dann wollen E. E. vermitteln, daß zwei oder drei Herren, die höhere Stellen begleiten (sic!), aber auch das Vertrauen des Monarchen besitzen, wäre es nur möglich, daß E. E. dabei wären — ausgesendet werden; ich werde das Werk vollbringen, wie gesagt binnen acht Tagen ist die Krone in den heiligen Händen der Majestät.

Ich erlaube mir unterthänigst, rücksichtlich meiner Person einige Bedingungen zu setzen, natürlich nach der Beendigung:

1. Das Honorar dem Entdecker zu überbringen, u. z. persönlich.

2. Die Gnade der allerhöchsten Majestät auf meine arme Kinder allergnädigst zu lenken, mögen E. E. (sic!)

3. Über die Auffindung der Krone das Gerücht zu verbreiten, daß man darauf bei einer Strassenbau-Arbeit gekommen ist.

4. Mir, der für meinen Monarchen den letzten Bluttropfen zu vergießen bereit bin, das hochwerthe Vertrauen nicht mehr zu entziehen.

5. Da ich das Honorar dem Entdecker persönlich übergeben muß, verspreche ich heiligst, um jedem Verdachte vorzubeugen, daß ich nur allein mit meiner Familie einen Tag zubringen will.

Ich hoffe nach Beendigung dieser hochwichtigen That, wenn auch nicht so große, dennoch wichtige Dienste noch leisten zu können.

Gott segne den Monarchen und Gott segne E. E. als den Treuesten seiner Treuen!

BEILAGE IX.

(Ad Seite 62, Anm. 20.)

Die Kommission zur Verifizirung der wiedergefundenen ungarischen Kronkleinodien bestand unter dem Präsidium S. kais. H. des durchl. H. Militär- und Civil-Gouverneur Ungarns, Erzherzog Albrecht, aus nachbenannten Mitgliedern:

Johann Scitovsky, Kardinal-Primas von Ungarn,
Paul Fürst Esterhazy,
Fidel Graf Palffy, k. k. geheimer Rath,
Gabriel und Johann Grafen von Keglevich, k. k. geheime Räthe,
Johann Graf Batthyany, k. k. Kämmerer,
Anton Fürst Palffy, k. k. Kämmerer,
Johann Ranolder, Bischof von Wesprim, und
Ignaz Fabry, Bischof von Kaschau.

Außerdem waren noch 44 Zeugen, dem Adel, geistlichen-, Militär-, Beamten- und bürgerlichen Stande angehörig, geladen, welche bei dem ganzen Akte der Verifizirung zugegen waren und das dießfällige Protokoll auch unterzeichneten.

Diese Kommission begab sich am 15. September 1853, 5 Uhr Nachmittags, im festlichen Prunke und unter entsprechenden Feierlichkeiten an Bord des bei Promontor nächst Ofen geankerten Kriegsdampfers „Albrecht", auf welchem die ungarischen Kronkleinodien sich befanden.

Die Kommissionsglieder, denen die ungarische Krone und die übrigen Kroninsignien notorisch aus früherer Zeit genau bekannt waren, wurden vorerst durch S. kais. H. den Herrn Erzherzog Albrecht auf die Wichtigkeit des vorzunehmenden Aktes aufmerksam gemacht, mit der Aufforderung, ihre Äußerung nach bestem Wissen und Gewissen an Eidesstatt abzugeben.

Hienach wurde zur Verifizirung der einzelnen Stücke geschritten, indem der Commission zuerst

die heilige ungarische Krone, dann
der St Stefans-Mantel,
das St Stefans-Schwert,

der Reichs-Apfel und endlich

der Scepter einzeln zur Prüfung vorgelegt und bei jedem Stücke die Frage gestellt wurde, ob die Identität dieses Stückes mit dem aus früherer Zeit bekannten ungarischen Kleinode anerkannt werde.

Die an Eidesstatt nach bestem Wissen und Gewissen abgegebene Erklärung lautete bei allen den vorgewiesenen Stücken ganz bestimmt bejahend.

Über diesen Verifikationsakt wurde alsbald ein Protokoll aufgenommen, solches zuerst von den Verifikatoren, dann von den Zeugen mit ihrer eigenhändigen Unterschrift gefertiget und sonach auch durch S. kais. H. den durchl. Herrn Erzherzog Albrecht mittelst der Namensfertigung bestättiget.

Hierauf wurde von Seiner Eminenz dem Herrn Kardinal-Fürstprimas ein Dankgebeth gesprochen, nach dessen Beendigung die am Bord jenes Dampfers, womit S. kais. H. Erzherzog Albrecht von Ofen nach Promontor gefahren war, befindliche Militär-Musikbande die Volkshymne anstimmte und am Kriegsdampfer „Albrecht“ die Kanonen gelöst wurden. Diese Salutschüsse wurden von den Kanonen des Blocksberges und der Ofner Festung erwiedert und gaben das Zeichen zum Läuten aller Kirchenglocken in Ofen und Pesth, was durch eine Viertelstunde fortgesetzt worden ist.

Die Verifikations-Commission, samt allen Zeugen, fuhr hierauf nach Ofen zurück, während die Kroninsignien unter entsprechender Militärbewachung am Bord des Kriegsdampfers zurückblieben.

Am 16. September 1853 früh fuhr der Kriegsdampfer „Albrecht“ nach Pesth ab, wo derselbe um 9 Uhr Vormittags am Landungsplatze gegenüber der Brückengasse anlangte.

Hier war bereits zum Empfange der Kroninsignien, unter Vortritt des Adlatus S. kais. H. des Herrn Erzherzogs-Gouverneurs, ein Theil der Verifikationskommission nebst vielen der höchsten Notabilitäten der verschiedenen Stände versammelt, während S. kais. Hoheit Selbst, so wie der Rest der Notablen in Ofen, bei der Schloßkirche die Ankunft des Zuges erwarteten.

Acht hiezu bestimmte Magnaten übertrugen die Kronkiste auf den zu deren Überführung nach Ofen vorbereiteten sechsspännigen Hofgallawagen.

Hierauf setzte der festlichst geordnete Zug unter zahlreichster Begleitung des Volkes, unter dem Donner der Kanonen und Läuten

der Glocken, sich in Bewegung durch die Brückengasse, über den Theaterplatz, die Dorotheergasse von Pesth, auf die Kettenbrücke und über solche nach Ofen durch das Burgthor in den Schloßhof.

Vor der Schloßkirche wurde die Kronkiste von den acht Magnaten vom Wagen gehoben und in die St Stefans-Kapelle getragen, worin bereits S. kais. H. der Herr Gouverneur, der Kardinal-Fürst-Primas sich befanden, und woselbst auch die höchsten und hohen Gäste ihre Plätze nahmen.

Der Klerus hob die Kroninsignien aus der Kiste und stellte dieselben auf einem Tische vor dem Altare aus.

Hierauf wurde unter dem üblichen Ceremoniale ein Te Deum abgesungen, das auf dem Georgplatz aufgestellte Infanterie-Bataillon gab eine Gewehrsalve, die von den Geschützen der Festung und des Blockberges erwiedert wurde, und hiemit fand die Ceremonie vorläufig ihr Ende.

Die Krone nebst den übrigen Insignien blieben durch drei Tage, am 16., 17. und 18. September, an letzterem Tage bis 2 Uhr Nachmittags, zur allgemeinen Besichtigung in der St Stefans-Kapelle öffentlich ausgestellt.

Zwei k. k. Offiziere mit gezogenem Säbel und zwei Unteroffiziere hielten hiebei zunächst die Wache.

Am 18. September Abends wurden die Kroninsignien von den Mitgliedern der Verifikations-Kommission, unter Beitritt der Zeugen, samt einem Pare des Verifikations-Protokolles in die Kronkiste versorgt und diese letztere verschlossen.

Am 19. September früh 7 Uhr wurde diese Kiste in feierlichster Weise auf den Pesther Eisenbahnhof überführt und in den eigens hiefür bestimmten Hofwaggon gestellt.

Nachdem S. kais. H. der Herr Erzherzog Albrecht samt der von Höchstdemselben ernannten, aus der höheren Geistlichkeit und Magnaten bestehenden Deputation; so wie auch die zur Bewachung der Kroninsignien mit diesen letzteren von Orsowa mitgekommene Compagnie des 13. Grenz-Infanterie-Regimentes, die Waggons bestiegen hatte, setzte unter Kanonendonner und dem festlichen Läuten sämtlicher Glocken der Train gegen Wien sich in Bewegung.

Um 4 Uhr Nachmittags langte der Zug in Wien an und wurde auf dem Nordbahnhofe von S. D. dem Herrn 1ten Obersthofmeister

S. M. des Kaisers, Fürst Liechtenstein, und von den betreffenden Dienstabtheilungen des k. k. Hofes empfangen.

Die Kronkiste wurde auf einen sechsspännigen offenen Gallawagen gebracht und es fuhr dieser Wagen unter pomphafter Begleitung von sechsspännigen Hofwägen. worin S. k. k. Hoheit Erzherzog Albrecht, der 1te Herr Obersthofmeister S. M. des Kaisers, Fürst Liechtenstein. dann die Mitglieder der aus höheren Geistlichen, k. k. Geheimen Räthen, k. k. Kämmerern und Magnaten bestehenden Kommission sich befanden, dann unter angemessener Militär-Begleitung, durch die mit Militär-Spalieren besetzten Hauptstraßen in die Hofburg.

Hier wurde die Kronkiste zuerst in die Hofburg-Pfarrkirche getragen. nach Abhaltung eines Gottesdienstes aber in die nächst dem Presbyterium befindliche geistliche Schatzkammer eingeschlossen und durch Aufstellung entsprechender Wachposten von der Trabanten-Leibgarde und der Linientruppe gesichert.

Inzwischen langte S. k. k. apostolische Majestät. Allerhöchstwelchem die Ankunft der Kronkleinodien in Wien telegrafisch nach Olmütz berichtet worden war. mittelst eines Separatzuges am Abende des 19. September ebenfalls in Wien an.

Am 20. September Vormittags 10 Uhr fanden die geheimen Räthe, Kämmerer und Truchsessen in Galla bei Hofe sich ein.

Ebenda versammelten sich auch S. kais. H. der Herr Gouverneur Ungarns, Erzherzog Albrecht. die ungarische Commission. die k. k. Generalität und das Offiziers-Corps.

Um 11 Uhr wurden durch die hiezu bestimmten ungarischen Commissionsmitglieder die Kroninsignien aus ihrem Depositorium in der geistlichen Schatzkammer abgeholt und einzeln auf sammtenen Pölstern in den Ceremoniensaal getragen.

Die Krone trug Fürst Paul Esterhazy. den Mantel Graf Franz Zichy sen., das Scepter Graf Fidel Palffy, das Schwert Johann Graf Keglevich.

Die Kleinodien wurden samt den Pölstern seitwärts des Thrones auf sammtbedeckte Tische gelegt.

Nunmehr wurde Seiner k. k. apostolischen Majestät die Meldung erstattet, daß Alles bereit sey, worauf Allerhöchstderselbe unter Vortritt des Hofstaates in den Ceremoniensaal auf den Thron Sich zu begeben geruhten.

S. kais. H. der durchl. Herr Erzherzog Albrecht übergab nun mittelst einer der Feierlichkeit des Aktes entsprechenden Rede die Kroninsignien Ungarns an S. k. k. apostol. M., von Allerhöchstwelchem eine gnädige Erwiederung hierauf erfolgte.

S. k. k. apostol. Majestät begaben Sich hierauf in das Oratorium.

Die Kroninsignien wurden feierlich in die Hofburg-Pfarrkirche getragen und seitwärts des Altars aufgestellt.

Nach dem vom Hofburg-Pfarrer abgehaltenen Te Deum zogen sich Seine k. k. apostolische Majestät in die inneren Gemächer zurück — die Kroninsignien aber wurden wieder wie am vorhergehenden Tage in der geistlichen Schatzkammer verwahrt.

Am folgenden Tage früh erfolgte unter entsprechendem Ceremoniale deren Rückführung nach Ofen und definitive Aufbewahrung im dortigen k. k. Schloße.

BEILAGE X.

(Ad Seite 64, Anm. 21.)

Walter (Hyacint Rónay) aus London am 18. Oktober 1853 an Franz Szilágyi in Pesth. (Interzept. Abschrift der Übersetzung aus dem Ungarischen).

Schreiber fügt seinem Artikel für die Zeitung zur Privatnotiz folgendes bei:

Auf die Nachricht der aufgefundenen ungarischen Krone zweifelten die Meisten der ung. Emigranten über die Wahrheit der Sache; als sich der Zweifel gelöst hat, hatten Einige Verdacht auf Szemere, ob nicht er aus Gehässigkeit gegen Kossuth zur Entdeckung der National-Reliquien beihilflich gewesen, welche nicht allein vor dem siegenden Monarchen, als auch vor Kossuths Ehrgeitz vergraben und im Augenblicke der Gefahr, wie man sagt, zu Folge des vom leichtsinnigen Parthei-Häuptlinge gegebenen Rathes nicht in die Theiss versenkt wurden.

Den Verdacht auf Szemere haben auch bald einerseits dessen Briefe nach London, andererseits dessen Erklärung in den Zeitungsblättern. Schreiber sagt weiter: „daß die Krone durch Verrath gefunden wurde" — schrieb mir F.[22]) aus Jersey (welcher als Nachfolger des Präsidenten Pázmandy bezeichnet war, in Debreczin). Darüber hatte ich im ersten Augenblicke keinen Zweifel. Wer der Anzeiger war, ist nicht bekannt etc. etc. etc.

Erlauben Sie mir, führt F. in seinem Brief fort, daß ich eine ernste Frage an Sie stelle, auf die man nun, da die Krone schon aufgefunden wurde, antworten kann. Sie sagen (nehmlich Rónay): „mit Ihrem Wissen hat K. bei Orsova der Krone wegen nachsuchen lassen", woraus von selbst folgt, daß Ihnen auch die Beschreibung des Ortes bekannt war, welche der Aufsuchung zur Richtschnur

[22]) „Fülepp." (Am Rande des Stückes vermerkt.)

diente. Wenn ja, so sagen Sie mir, ob die Weisung, nach welcher die Oesterreicher die Krone wirklich fanden, mit derselben übereinstimmt? Die Frage ist vom geschichtlichen Interesse. Meine Antwort, entgegnete Schreiber, war beiläufig: Zufolge der Aufforderung, welche ich vom K. in Brussa erhielt, um nach Kiutahia zu kommen, kam ich zur Kenntniß (aber nicht durch Kossuth, mit dem ich weder damals, noch später von der Krone gesprochen) des Geheimnisses, daß nemlich K. einen „mit Hundestreue begabten“ Menschen zur Ausgrabung der Krone und Vergrabung an einem anderen Orte abgeschickt hat. Später ist mir das Schreiben des hierzu Entsendeten, wo er den glücklichen Erfolg bekannt gab, vorgelesen worden, aus welchem ich nur so viel entnehmen konnte, daß der ausgegrabene Schatz nicht weit von seinem alten Platz entfernt, unter einem Baume mit ausgebreiteten Aesten vergraben wurde. Ich kann daher nicht wissen, ob die Kleinodien an einem neuen oder an ihrem alten Platze gefunden worden seyen, vorausgesetzt, daß der Emissair nicht das Herz hatte, seinen gefahrvollen Auftrag zu vollziehen, sondern den Erfolg nur lügenhafter Weise angegeben habe. Szemere scheint zwar der Meinung zu sein, daß die Kleinodien am alten (nehmlich am ersten) Vergrabungsorte gefunden wurden, was aber nicht viel beweist, weil er über das w o und w i e der Auffindung noch nicht viel wissen kann.

Wie immer sich die Sache verhalten mag, so dürfte ich nicht irren, wenn ich behaupte: einerseits haben Kossuths Bestrebungen, die Krone an einem nur ihm bekannten Orte zu bringen, andererseits Szemeres Absicht (der genau gewußt, wo die Krone sei, und dieß auch in seiner Flugschrift ausplauderte) einem Dritten die Möglichkeit zur Revelation gegeben haben (sic!).

Was den Besitz der Krone anbelangt, so ists wenn gleich nicht wahrscheinlich, dennoch möglich, daß der wieder erlangte Talisman bei einer Gefahr als — Blitzableiter benüzt werde. Ich bemerke nur noch: daß K. bisher geschwiegen über diesen Gegenstand, blos seine Gattin äußerte: wir bedürfen nicht der Krone, sondern der Freiheit, und wenn wir diese haben werden, können wir uns nöthigenfalls eine (Krone) verschaffen.

Einige der im Auslande existirenden Vornehmeren würden sich beruhigen, wenn sich der Landesfürst entschließen würde, die ungarische constitutionelle Krone zu tragen.

Was die Dinge näher betrifft, so hat K. unter den Emigranten mit meinem Wissen bisher einen Generalen, ein paar Oberste und Major in Constantinopel.

Die Uibrigen der Hauptlinge sind noch unentschlossen, ob sie sich mit K. aussöhnen oder einer westlichen Macht anschließen sollen. Etc. etc. etc.

Aus dem Briefwechsel Kaiser Franz Josephs I. mit Zar Nikolaus I.

(Zur Geschichte des Krimkrieges.)

Im Mai 1851 kam Zar Nikolaus nach Olmütz, wo ihm Kaiser Franz Joseph seinen Dank für die geleistete Waffenhilfe abstattete; im April des nächsten Jahres erfolgte auf Wunsch des Zaren eine zweite Zusammenkunft in Wien. Beide Herrscher erneuerten damals den engen Bund, den ihre Vorgänger geschlossen hatten. Kaiser Franz Joseph strebte nach Vereinigung der zersplitterten Kräfte Deutschlands; wenn die preußische Regierung, dank dem Einfluß Rußlands, diesen Plan förderte, dann hoffte der Kaiser zuversichtlich, daß es gelingen werde, „im Zentrum Europas einen starken Damm gegen die Bestrebungen des revolutionären Geistes aufzurichten.[1]) Da brach der türkisch-montenegrinische Streit aus. Franz Joseph ergriff die Partei Danilos und gleichzeitig versicherte ihn Nikolaus seines bewaffneten Beistandes, wenn es zum Kriege kommen sollte; zwei Armeekorps und die Flotte im Schwarzen Meere mußten sich kriegsbereit halten.[1a])

Der Zar erklärte seinem Alliierten, daß ihm feindselige Absichten gegen die Pforte jederzeit ferngelegen seien; sehe er doch in der Integrität und keineswegs in der Zerstückelung der Türkei den größeren Vorteil für Rußland und Österreich. Seine Handlungsweise strafte ihn Lügen.

Ursprünglich bestand Nikolaus auf Wahrung der Rechte der griechischen Geistlichkeit in Ansehung des Heiligen Grabes. Nach langwierigen Verhandlungen wurde diese Frage zur Befriedigung Rußlands, und zwar derart geregelt, daß Frankreich — wenn auch stillschweigend — einwilligte; ebenso gab die Pforte den For-

[1]) Schreiben an den Zaren, s. d. (Oktober 1851). Die Originalschreiben des Zaren und die Entwürfe der Antworten Kaiser Franz Josephs erliegen im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv.

[1a]) Vgl. H. Friedjung, Der Krimkrieg und die österreichische Politik, 14.

derungen Österreichs in der montenegrinischen Sache nach. Nun ging der Zar um einen Schritt weiter: er beanspruchte die Schutzhoheit über die stamm- und religionsverwandten Untertanen des Sultans, während er sich im Innersten seines Herzens mit weit ausgreifenden Plänen trug. Die Pforte sollte ihm die Anerkennung seiner Forderung verbürgen; im andern Fall bliebe die Entscheidung dem Schwerte anheimgestellt. Unterlag der Türke, so wollte Zar Nikolaus dem Kaiser offenbaren, was sich daraus ergeben würde, und gemeinsam mit ihm den Katastrophen vorbeugen, „die von anderen Mächten möglicherweise heraufbeschworen werden könnten".[2] Zunächst dachte er an die Besetzung der Donaufürstentümer, wobei es sich jedoch nicht um Eroberungen, sondern — um bloße Bürgschaften handeln sollte. Dies bedeutete er dem Kaiser ganz ausdrücklich und er forderte ihn zugleich auf, Serbien und die Herzegowina zu okkupieren, wenn sich die Türkei auch nach dem Einmarsch der Russen ablehnend verhielte.

Der Zar erachtete es für ausgeschlossen, daß Franz Joseph ihm die Gefolgschaft versagen werde; immerhin sparte er nicht Worte, den Ehrgeiz des jungen Monarchen anzufachen: „. . . en tout cas, toi, cher ami et moi" — so heißt es in einem seiner Briefe — „nous sommes seuls voisins de la Turquie, et par là plus en droit que d'autres à établir ce qui nous convient dans notre voisinage. Fesons de communs efforts pour faire durer ce malheureux empire, tant que c'est fesable; mais s'il vient à crouler, soyons unis d'intention et sachons par là prévenir les dangers qui pourraient nous menacer, et imposer à nos ennemis, et Dieu fera le reste."[3]

Kaiser Franz Joseph erwies dem Zaren den großen Dienst, die russische Schutzhoheit über die orthodoxen Christen anzuerkennen und der Pforte zu empfehlen, daß sie das gleiche tue.[4] Verweigerte sie es jedoch und wurden die Donaufürstentümer besetzt, so wollte der Kaiser — um eine Dazwischenkunft Englands und Frankreichs zu verhüten — beiden Mächten sowohl wie der Türkei die Überzeugung beibringen, es sei mit dem Einmarsch der Russen noch keineswegs der Kriegsfall eingetreten.[5] Er hoffte in-

---

[2] Schreiben ddo. Petersburg, 8./20. April 1853.

[3] Schreiben ddo. Tsarsko-Selo, 18./30. Mai 1853.

[4] Vgl. Friedjung, 6.

[5] Schreiben ddo. Schönbrunn, 16. Juni 1853.

dessen, daß der Zar seine eindringlichen Vorstellungen beachten und sich feindseliger Schritte gegen die Pforte um so eher enthalten werde, als diese die geistlichen Privilegien sämtlicher christlicher Genossenschaften des türkischen Reiches feierlich bestätigt und dadurch dem Verlangen Rußlands in der Sache selbst vollkommen Genüge geleistet hatte. Nikolaus jedoch, damit keineswegs zufrieden, ließ seine Truppen in die Moldau einmarschieren.[6]) Er hielt es für gewiß, daß die Westmächte die Erhebung der Balkanslawen nicht verhindern könnten und daher der Zerfall der Türkei unmittelbar bevorstehe. Im Hinblick darauf entwickelte er folgenden Plan: Unabhängigkeit der sich loßreißenden Teile, die unter Fürsten eigener Wahl gestellt werden sollten; über alle das gemeinsame Protektorat Österreichs und Rußlands; Erklärung Konstantinopels zu einer Freistadt unter der Garantie der europäischen Mächte; [7]) Schleifung der Forts der Dardanellen und des Bosporus.[8]) Während Zar Nikolaus jede Eroberungspolitik nochmals in Abrede stellte, förderte er insgeheim die Freiheitsbestrebungen der christlichen Völkerschaften.

Mag Kaiser Franz Joseph das Spiel des Zaren durchschaut haben oder nicht, er mußte nun die Möglichkeit ins Auge fassen, daß trotz Friedensbemühungen der Krieg entbrannte, die Türkei auseinanderfiel und neue Staatengebilde entstanden. „. . . Dans le cas toutefois où nos efforts communs“ — so schrieb er dem Zaren — „ne réussiraient pas à éviter la guerre et à empêcher la dissolution de l'empire ottoman et sa chûte du trône des sultans, je me range entièrement à ton avis que nous devrions agir dans la plus intime union et dans le plus parfait accord pour régler l'avenir de ces pays ainsi que leur position limitrophe de nos empires et nos rapports mutuels l'exigent.“ [9]) Gegen das gemeinsame Protektorat jedoch hegte Franz Joseph gerechte Bedenken, da es, seiner Ansicht nach, gar leicht zu Mißhelligkeiten Anlaß geben und daher das bisher so freundschaftliche Verhältnis trüben konnte; lag doch der Verdacht nahe, es wolle sich Rußland durch eine derartige Abmachung die Herrschaft über die Balkanslawen sichern. Ebenso-

---

[6]) S. Friedjung 6 ff.

[7]) Nur wollte sich Zar Nikolaus über das Schicksal Konstantinopels mit dem Kaiser allein verständigen.

[8]) Schreiben ddo. Alexandrie près Peterhof, 20. Juni/2. Juli 1853.

[9]) Schreiben vom 21. Juli 1853.

wenig billigte Franz Joseph den Plan des Zaren hinsichtlich Konstantinopels: dieses als Freistadt und die schwach regierten Provinzen „würden das Lager der südslawischen demokratischen Tendenzen, das Ziel der verbrecherischen Bestrebungen aller unserer Gegner und der gewünschte Tummelplatz ihrer Umtriebe werden. Ich sage gewünscht, weil sie, nicht mehr durch große Entfernungen von uns geschieden, in der Lage wären, denselben in die Nähe unserer Grenzen ungehindert zu verlegen. Wir mußten deshalb die Selbständigkeit Krakaus beenden, dessen Überwachung wir doch in unserer Hand hatten, und die Zustände der Schweiz dienen mir als warnende Lehre.“ [10])

Zar Nikolaus änderte seinen Vorschlag: Freistadt Konstantinopel ohne Territorium; weder Konstantinopel, noch die freigewordenen Provinzen eine Zufluchtstätte für Verbannte und Verschwörer; die Dardanellen den Österreichern, der Bosporus den Russen. Immer deutlicher offenbarte Nikolaus seine Absichten. Er war entschlossen, freigewordene Völkerschaften niemals unter türkische Herrschaft zurückführen zu lassen. Den Ausbruch des Krieges hielt er für nahe bevorstehend; lenkte der Sultan auch während des Feldzuges nicht ein, so wollte der Zar in kürzester Frist die Souveränität der Donaufürstentümer verkünden und Europa zu ihrer Anerkennung auffordern. Dies zeigte er dem Kaiser in einem Schreiben vom 6. August 1853 an und gleichzeitig teilte er ihm seinen Kriegsplan mit.

Und da wollte der Zar den Kaiser noch glauben machen, daß eine Vergrößerung Rußlands oder eine Teilung der Türkei gewiß nicht in seiner Absicht liege! Er spielte den Enthaltsamen und gefiel sich in der Rolle des Großmütigen: „Tu connais, mon bon cher ami, ma répugnance pour toute idée d'agrandissement ou de partage . . . Cependant, si tu prévois cette nécessité dans l'intérêt de ton empire, je suis prêt à t'entendre, pour nous en expliquer tout-à-fait entre nous par un franc échange d'opinions.“ [11])

Weder Franz Joseph, noch sein Kabinett hegte jedoch die geringste Lust, „abenteuerlicher Projekte halber“ die Stellung Österreichs zu gefährden. Klar vorgezeichnet war der Weg: „Erhaltung des osmanischen Reiches wegen des daran geknüpften politischen

---

[10]) Schreiben vom 21. Juli 1853. (Zum Teil eigenhändiger Entwurf des Kaisers in deutscher Sprache.)

[11]) Schreiben ddo. Alexandrie près Peterhof, 25. Juli/6. August 1853.

Gleichgewichtes und wegen des äußeren und inneren Friedens der europäischen Staaten." „Vermitteln bis zu den äußersten Grenzen und auf eine Art, in der sich die Anerkennung der früheren guten Dienste aussprechen soll." [12])

In diesem Sinne wurde auch in Olmütz und Warschau gesprochen, wo Kaiser Franz Joseph und Zar Nikolaus im September und Oktober 1853 zusammentrafen. Allein es war vorauszusehen, daß trotz Erklärung Rußlands und Österreichs, es sei noch immer kein Krieg, die Folgen des Vertragsbruches eintreten würden, als welcher die Besetzung der Donaufürstentümer erscheinen mußte. Und so geschah es. Als die von den russischen Militärbehörden getroffenen Verfügungen die regelmäßige Verwaltung der Hospodare unmöglich machten, erklärte die Pforte an Rußland den Krieg. Die Feindseligkeiten begannen gleichzeitig an der Donau und in Asien, während die Flotten der Westmächte in die Meerengen einliefen und unmittelbar vor Konstantinopel eine zuwartende Haltung beobachteten.

Kaiser Franz Joseph ließ sich durch all dies nicht umstimmen; er suchte zu vermitteln, zuerst allein, in der Folge mit Preußen und den Westmächten. Gab die Pforte dem vierfachen Drucke nach, so hing es nur von Nikolaus ab, „Europa den Frieden zu sichern". Der Kaiser gestand, daß er den Worten des Zaren, weder erobern, noch die Donau überschreiten zu wollen, unbedingten Glauben beimesse.

Anders hingegen dachten die Westmächte. Franz Joseph hatte sich zu strengster Neutralität verpflichtet; die Pariser Depeschen überzeugten ihn aber, daß Frankreich im Falle der Fortsetzung des Krieges alles aufbieten würde, um Österreich in die Reihe der offenen Gegner Rußlands zu drängen. „Daß wir dann als Avantgarde" — so äußerte sich der Monarch — „eine sehr schwierige Stellung haben werden, ist klar. Die Franzosen und die Revolution in Italien; Revolutionsversuche in Ungarn und Siebenbürgen, um sich mit den Türken in Verbindung zu setzen. Alles dieses nach kaum überstandenen schweren Kämpfen!"

Angesichts der drohenden Haltung der Westmächte zeigte sich der Zar trotz Kriegserklärung der Pforte bereit, Friedensvorschläge des Sultans entweder unmittelbar oder durch Österreichs Vermittlung anzunehmen und bis zu ihrem Einlangen in Verteidigungsstellung zu verbleiben. Da erschienen die Russen plötzlich

---

[12]) Friedjung, 7, und Fußnote.

vor Sinope und zerstörten. am 30. November 1853, die türkische Flotte.

Durch diesen „brillanten" Seesieg war, nach der Meinung Franz Josephs, der Ehre der russischen Waffen vollkommen Genüge geleistet und den Türken ein empfindlicher Schaden beigebracht worden. Der Zar könne daher Großmut üben und getrost in Wien mit einem Bevollmächtigten der Pforte verhandeln lassen; denn außer Frankreich und England würde auch Österreich den Konferenzen beiwohnen, um mit dem Zaren die Interessen Rußlands „gegenüber zu großen Forderungen der Übrigen" zu wahren. „Maintenant que la Porte a de nouveau senti la puissance de la Russie, ta position à Constantinople en ressentira les effets et il nous sera donné d'y faire prévaloir par nos efforts réunis les principes conservateurs, en renfermant dans de justes limites l'influence de la France et de l'Angleterre." [13])

Die Folgen des russischen Seesieges blieben nicht aus: die vereinigten Flotten Englands und Frankreichs liefen in das Schwarze Meer ein, um von diesem als von einem Faustpfand für die Räumung der Donaufürstentümer Besitz zu ergreifen und die russische Kriegsflotte in ihren eigenen Häfen zu blockieren. Inzwischen hatten die beiden Westmächte sowohl wie Österreich und Preußen ein Protokoll unterzeichnet, worin ausgesprochen ward, es dürfe Rußland nach Beendigung des Krieges weder die Souveränität der Pforte antasten, noch deren Gebiet schmälern.[14])

Die Erhaltung des Weltfriedens hing an einem Haar; hatte man doch der Pforte die Möglichkeit geboten, die Friedensbedingungen festzustellen. Nikolaus schmeichelte sich daher keineswegs mit der Hoffnung, daß sie seiner Ehre entsprechend lauten würden. Er hielt das Scheitern des Friedenswerkes für gewiß und Rußland in diesem Falle für verpflichtet, der bisherigen „passiven" Rolle zu entsagen — „alors je marcherai au nom de notre sainte foi! à la délivrance du Christianisme du joug musulman, et je ferais un appel à tout ce qui est Chrêtien. L'empereur Apostolique resterait-il indifférent à cet appel?" [15])

---

[13]) Schreiben vom 11. Dezember 1853.

[14]) Friedjung, 11.

[15]) Schreiben ddo. Petersburg, 12./24. Dezember 1853.

Nikolaus appellierte nicht bloß an das religiöse Gefühl Franz Josephs, er trachtete auch, ihm jede Sorge vor dem Treiben der Verschwörer und den Drohungen Frankreichs zu benehmen: mochte auch die Revolution sich der orientalischen Frage bemächtigt haben, um sie für die Zwecke des Umsturzes auszubeuten, die Erfolge der russischen Waffen verbürgten nach Ansicht des Zaren die Ruhe in Siebenbürgen und Ungarn. Den Versuchungen Frankreichs aber, Österreich aus seiner Neutralität herauszudrängen, wollte Nikolaus durch die Sendung dreier Hilfskorps in der Stärke von 180.000 Mann wirksam begegnen.[16])

Fruchtloses Bemühen, den jungen Herrscher umzustimmen: Franz Joseph blieb standhaft und wollte die freundschaftliche Neutralität einhalten, zu der er sich verpflichtet hatte: nur sah er sie nicht von den Westmächten, sondern vom Zaren bedroht. Er forderte, daß dieser die bestimmte und feierliche Zusage gebe, die Donau nicht zu überschreiten und keine Eroberungspolitik zu treiben. „Quant aux rapports politiques des provinces européennes de la Turquie“ — so schrieb Franz Joseph dem Zaren — „tu te rappelleras, cher ami, que j'ai énoncé envers toi à différentes reprises, tant verbalement, que par écrit, l'opinion que l'émancipation de ces pays porterait atteinte à nos intérêts réciproques. Aussi, je le répète, ne pourrais-je jamais y consentir pour les motifs que je t'ai développés alors. Permets-moi aussi de te rappeler que le terrain sur lequel les actes de Munchengrätz avaient placé cette épineuse question d'Orient, est le seul qui convienne à nos véritables intérêts mutuels. Ce monument de ta haute sagesse unie à celle de feu mon grand-père auquel tu avais voué une affection, dont je suis heureux d'avoir hérité, ne se résume-t-il pas dans l'engagement réciproque d'user de tous les moyens en notre pouvoir pour maintenir l'existence de l'empire ottoman sous la dynastie actuelle?“ [17])

Die Forderung Franz Josephs berührte den Zaren auf das schmerzlichste. Er lehnte sie mit der Begründung ab, daß niemand, wer es auch sei, in das Wort eines Edelmannes Zweifel setzen dürfe: auch jetzt denke er nicht an Eroberungen oder gar an die Teilung der Türkei. Ebenso entschlossen gab er aber auch diesmal seinen Willen kund, die Christen vom türkischen Joche zu befreien, wenn

[16]) Ibidem.

[17]) Schreiben vom 7. Januar 1854.

sich die Dinge verschärfen sollten, und die Schutzherrschaft über die unabhängig erklärten Gebiete mit Österreich zu teilen. Ferner stellte Nikolaus den Antrag, es mögen die Bevollmächtigten Österreichs, Rußlands und Preußens ein Protokoll unterzeichnen, kraft dessen sich die beiden Mittelmächte zu bewaffneter Neutralität verpflichteten, sobald Frankreich und England in den Kampf eingriffen. Dafür wollte Rußland ihnen seinen militärischen Beistand in ausgiebigem Maße angedeihen lassen und zugleich versprechen, es werde mit den Westmächten über das künftige Schicksal des osmanischen Reiches keine Abmachung treffen, ohne sich früher mit Österreich und Preußen verständigt zu haben. „Voudrais-tu vraiment" — so heißt es im Schreiben des Zaren — „épouser la cause des Turcs? toi, empereur Apostolique, ta conscience te le permet-elle? S'il en était ainsi, hé bien la Russie marchera seule alors, sous la sainte croix, à sa sainte prédestination ..." Der Münchengrätzer Vertrag, auf Veranlassung des Zaren zustande gebracht, war nach der Ansicht des Kaisers Nikolaus ganz anders zu deuten, als wie Franz Joseph ihn ausgelegt hatte: ..... tant que la Turquie, restait ce qu'elle fut alors, et non pas anglo-française, rien ne pouvait nous convenir mieux que de conserver son existence telle qu'elle était ... Cet acte stipulait encore, que nous, les plus intéressés comme voisins, en cas d'événements qui ameneraient la chute de l'empire ottoman, nous nous engagions à ne rien faire **sans un accord préalable entre nous deux** ... Si la marche des événements amène cette chute de l'empire ottoman, non pas seulement par les succès de nos armes, mais par le soulèvement des populations chrétiennes de la Turquie d'Europe, ce sera naturellement à l'Europe entière, et non pas à nous deux seuls, à déterminer ce qui doit remplacer ce qui ne serait plus ...; mais en tout cas ce sera à nous deux au préalable, comme seuls voisins immédiats, à dire à l'Europe, ce qu'il nous conviendra dans nos intérêts ..." Österreich täusche sich über die möglichen Folgen der vorgeschlagenen Einrichtung der benachbarten christlichen Provinzen; diese würden ja unter wechselseitiges gemeinsames Protektorat gestellt werden und Rußland biete die Bürgschaft „qu'elle saura prévenir toujours **toute tendance de ces provinces de vouloir s'étendre au dépens des possessions de l'Autriche professant le même rite et parlant la même langue** .... devrons nous rester forts, à nous trois, en face des dangers com-

muns qui nous menacent; ou bien cette antique alliance, héritage de nos prédécesseurs, qui assura le bonheur de l'Europe depuis 40 ans, doit-elle disparaître à jamais, pour faire place à la plus terrible des confusions? Que Dieu t'inspire et nous couvre de Son égide!" [18])

Die zu Beginn dieses Schreibens vom Zaren gemachten Vorschläge wurden schon deshalb abgelehnt, weil Preußen sie bereits verworfen hatte. Aber auch sonst wäre Kaiser Franz Joseph nicht zu einer Vereinbarung geneigt gewesen, die Europa in zwei Lager gespalten und Österreich die Möglichkeit benommen hätte, den Frieden zu vermitteln. Er wollte nicht „mit gebundenen Händen und ohne Garantie für die zukünftige politische Stellung der Provinzen der europäischen Türkei" Ereignissen entgegensehen, die Österreichs Interessen so nahe berührten. Die Allianz der drei Monarchen, die einzig und allein auf Erhaltung des Bestehenden gerichtet war, galt ihm als ein politischer Glaubensartikel, von dem er nicht abgehen wollte; an der Integrität der Türkei durfte daher nicht gerüttelt und ebensowenig — um nicht die eigenen Grenzprovinzen in Brand zu setzen — eine Erhebung und Befreiung der Balkanvölker zugelassen werden. Kaiser Franz Joseph traf militärische Vorkehrungen, zu deren Rechtfertigung er denselben Grund ins Treffen führte, der ihn bestimmt hatte, von Nikolaus gewisse Bürgschaften zu verlangen: „Ma démarche, cela va sans dire, n'avait point" — so heißt es in dem Schreiben Franz Josephs — „été dictée par un sentiment de méfiance qui ne saurait entrer dans mon coeur quant à la loyauté de tes intentions personelles. Mais il m'importait, comme de raison, à m'assurer si et jusqu'à quel point la marche des événements pourrait avoir modifié tes résolutions primitives, résolutions que tu avais subordonnées à des conditions qui dans ta pensée, je le vois avec regret, ont cessé d'exister." [19])

Nikolaus antwortete, daß er in den Rüstungen Österreichs gewiß keinen Akt der Feindseligkeit gegen sich sehe. „Je t'assure" — so erklärte er dem Kaiser — „que l'idée d'un désaccord entre nous, m'est déjà pénible au plus haut degré, mais que la possibilité d'h o s t i l i t é s e n t r e n o u s me paraît u n m o n s t r u e u x nonsens, quand je songes que tu viendrais attaquer **la Russie** qui, il y a

[18]) Schreiben ddo. Petersburg, 4./16. Januar 1854.

[19]) Schreiben ddo. Wien, 5. Februar 1854.

peu d'années encore, est venue t'offrir spontanément le tribut de son sang, pour te ramener tes sujets égarés!" [20])

Der Zar gab dem Drucke nach und erklärte, unter welchen Bedingungen er zum Abschluß des Friedens bereit sei. Aber auch sie waren ein Beweis dafür, daß Nikolaus die Hegemonie am Balkan anstrebte, die indes ebensowenig wie die Gefährdung der Integrität der Türkei geduldet werden konnte. Die vier Mächte sprachen sich daher einstimmig gegen die Annahme seiner Präliminarien aus. Frankreich und England verlangten, daß er in kürzester Frist die Donaufürstentümer räume; weigerte sich der Zar, es zu tun, so wollten sie dies als Kriegserklärung ansehen. Sie schlossen am 12. März 1854 ein Offensiv- und Defensivbündnis mit der Pforte.[21])

Als die Russen die Donau überschritten hatten, stand Kaiser Franz Joseph vor der Frage, ob der Zeitpunkt zu bewaffnetem Einschreiten und zu engerem Anschluß an die Westmächte schon gekommen sei, mit denen sich Österreich und Preußen über die Grundlagen zur moralischen Beurteilung des Streitfalles bereits geeinigt hatten. Friedrich Wilhelm schlug dem Kaiser eine Allianz zwischen Österreich, Preußen und dem deutschen Bunde vor, wobei er von der Voraussetzung ausging, es könnte Österreich genötigt sein, Gebiete — Serbien oder Bosnien — zu besetzen, um die Räumung der Donaufürstentümer zu erzwingen; würde dies einen Angriff Rußlands auf österreichisches Gebiet nach sich ziehen, so dürfte der Kaiserstaat den Beistand der Allianz beanspruchen. Infolge dieser Eröffnungen sandte Franz Joseph, dem es auch darum zu tun war, daß der Bund nicht bloß für die Dauer des Krieges, sondern „für immerwährende Zeiten" geschlossen werde, den Freiherrn von Heß nach Berlin.[22]) Der Kaiser wollte sich aber durch die Westmächte keineswegs bestimmen lassen, schon jetzt tätig gegen Rußland aufzutreten; denn die Rüstungen waren nicht genügend weit gediehen, um ihn zur Führung eines Krieges zu ermutigen, der seiner Meinung nach unfehlbar ausbrach, sobald österreichische Truppen in die Fürstentümer einmarschierten. Schon deshalb wollte er noch einen letzten Friedensversuch machen.

Der Zar war tief gekränkt; seine Liebe zum jungen Kaiser blieb aber trotzdem die gleiche. „J'éprouve le besoin de te dire" —

[20]) Schreiben ddo. St. Petersburg, 17./29. Februar 1854.

[21]) Friedjung, 12.

[22]) Vgl. Friedjung, 42 ff.

so schrieb er dem glücklichen Gemahl Elisabeths von Bayern — „que tous les voeux les plus ardents et les plus vrais pour ta félicité s'élèvent vers Dieu du fond du cœur de ton ami. J'espère donc que tu ne les repousseras pas si même nous ne nous entendons malheureusement sur ce. que chacun de nous considère comme son devoir . . . je t'aimerai toujours, cher bon ami, quand même d'aprés ce qui se passe, je ne dois plus croire posséder ton ancienne affection. ni ta confiance. Sois heureux . . .“ [23])

Es war das letzte Schreiben, das Kaiser Franz Joseph vom Zaren Nikolaus erhielt: am 18. Februar 1855 erlag der seit einiger Zeit kränkelnde Monarch einer Lungenentzündung; die Kunde von der Niederlage bei Eupatoria hatte sein Ende beschleunigt.[24])

---

[23]) Schreiben vom 31. März/12. April 1854.

[24]) „— — — — — — — — — — — — — — — — — — — Dans un moment où ton âme, cher ami“ — so heißt es in dem an Zar Alexander gerichteten Beileidsschreiben des Kaisers Franz Joseph vom 24. Februar 1855 — „n'est sans doute dominée que par une seule pensée, je ne me pardonnerais pas de vouloir t'entretenir des complications qui réclameront tous tes soins. Permets-moi seulement de t'offrir dès à présent l'assurance que le souvenir des liens qui m'unissaient à celui que nous pleurons, est dans mon cœur égal au désir de cultiver avec l'héritier de son trône et de ses vertus les mêmes relations et de faire tout ce qui sera compatible avec mes devoirs pour contribuer à te faciliter la tâche immense dont la Providence t'a réservé l'accomplissement.“

Zar Alexander antwortete zwar in herzlicher Weise (siehe Anhang), aber er unterließ es nicht, freimütig seine Ansicht über den Frontwechsel der österreichischen Politik zu äußern und auf die schlimmen Folgen hinzuweisen, die — wie er als sicher annahm — ein Bruch mit Rußland notwendigerweise nach sich ziehen mußte.

ANHANG.

Schreiben des Zaren Alexander an Kaiser Franz Joseph, St. Petersburg, 5./17. März 1855.

Mon cher ami!

Au milieu de la douleur profonde où je suis plongé, les bonnes paroles que Tu m'as fait parvenir par télégraphe immédiatement après la réception de la triste nouvelle, de même que Ton ordre du jour à l'armée m'ont fait un plaisir véritable. J'y ai retrouvé l'expression des sentiments que je Te connaissais pour feu mon Père, sentiments qui dataient d'une époque à jamais mémorable.

L'amitié sincère, je dirai même l'amour paternel qu'il T'avait voué, remontait à cette même époque.

Tu comprendras donc facilement ce que les événements politiques de cette dernière année ont du produire sur son cœur — il en a été navré — car au lieu de retrouver en Toi l'ami et l'allié fidèle sur lequel il comptait et qu'il aimait comme son propre fils, il T'a vu suivre une marche politique qui te rapprochait de plus en plus de nos ennemis et qui nous conduira, si elle ne change pas, infailliblement à une guerre fratricide et Tu en rendra compte à Dieu!

Pardonne-moi, cher ami, ma franchise, mais je croirais agir contre ma conscience, si je ne Te disais pas, dans ce moment solennel, ou je suis appelé par la volonté Divine à monter sur le Trône de mes ancêtres, toute la vérité. — Je croirais également offenser la mémoire de mon Père, en supposant qu'on ait pu avoir des doutes sur la loyauté de sa politique — son long et glorieux règne l'a assez hautement prouvé au monde entier. — Or — je Te repette ici solennellement que la parole de mon Père m'est sacrée, et que Tu me trouveras toujours prêt à saisir avec empressement toutes les chances de paix, que j'appelle de tous mes vœux. Mais si les conditions qu'on mettra en avant dans les conférences, qui à l'heure qu'il est sont déjà

ouvertes à Vienne, ne sont pas compatibles avec l'honneur de mon Pays — l'Europe entière fut-elle coalisée contre nous — en appelant Dieu à mon aide, je combattrais à la tête de ma fidèle nation et périrais plus-tôt, que de consentir à une paix deshonnorante. Sois persuadé que ce sentiment est partagé par la Russie entière et Dieu, qui nous sauva en 1812, ne nous abandonnera pas. Je suis sûr, cher ami, qu'à ma place Tu aurais agi de même.

Ton cousin Guillaume, pour l'envoi duquel je Te remercie bien sincèrement, pourra Te compléter tout ce que j'ai cru de mon devoir de Te dire ici. C'est ma profession de foi que je Te fais en ami véritable — reçois-la comme telle et crois-moi que les intérêts de nos deux pays sont les mêmes. Tant que nous resterons unis, l'Europe entière, j'en ai l'intime conviction, pourra encore être sauvée d'un boulversement général — si non — malheur à elle, car c'est le dernier frein à l'hydre révolutionnaire.

Avant d'achever cette lettre, laisse-moi, cher ami, Te féliciter bien sincèrement pour les heureuses couches de l'Impératrice.[25]) Ma femme s'y joint de tout son cœur. Mets-moi, je Te prie, à Ses pieds.

Que le bon Dieu Te guide et T'inspire et ne doute jamais de l'amitié sincère

avec laquelle je suis Ton bon frère et ami

Alexandre.

St Pétersbourg ce 5/17 Mars 1855.

---

[25]) Erzherzogin Sophie, geb. 5. März 1855 (gest. 29. Mai 1857).

Österreich-Ungarn und die Anfänge Rumäniens (1856—1871).

Der Pariser Friede von 1856 machte dem russischen Protektorate in den Donaufürstentümern ein Ende; sie sollten fortan unter der Oberhoheit der Pforte und unter der Garantie der Vertragsmächte im Besitze ihrer Privilegien bleiben. Es wurde ferner die Revision der Gesetze und Statuten und zu diesem Zweck die Einsetzung einer europäischen Kommission (in Bukarest) verfügt. Der Sultan aber verpflichtete sich, in jeder der beiden Provinzen einen Divan einzuberufen, um die Bevölkerung selbst über die Grundlage der Neugestaltung zu befragen; dies geschah im Jahre 1857. Beide Divans verlangten unter anderem die Vereinigung der Fürstentümer zu einem Staat Rumänien, dessen Regierung einem erblichen Fürsten aus einer europäischen Dynastie anvertraut werden solle. Nach Auflösung des Divans (Januar 1858) wurden im Mai desselben Jahres die Beratungen der Pariser Konferenz eröffnet; sie führten am 19. August zur Unterzeichnung einer Konvention, die — ähnlich wie der Berliner Vertrag für Bulgarien — die internationale Basis für die Organisation der nunmehr „vereinigten Fürstentümer Moldau und Walachei" bildete.[1]) „Sie trug die Schwächen ihres Ursprungs. Keine Macht nahm sie für lebensfähig, aber jede tat desgleichen, als dächte sie das Gegenteil." So äußerte sich der Internuntius.[2]) Die Suzeränität der Pforte blieb auch weiter in Kraft; nur beschloß man, jedes der beiden Fürstentümer von einem auf Lebenszeit erwählten einheimischen Hospodaren, einem Ministerium und einer aus getrennten Wahlen hervorgegangenen legislativen Körperschaft verwalten zu lassen und einer Zentral-

[1]) Vgl. über die Vorgeschichte: Ein Beitrag zur Geschichte der orientalischen Frage. Aus dem Nachlaß des Grafen Prokesch-Osten, herausgegeben von Graf Anton Prokesch (Deutsche Revue über das gesamte nationale Leben der Gegenwart, herausgegeben von Richard Fleischer, IV. Bd., 6 ff., 171 ff.).

[2]) Graf Prokesch-Osten: Sechzehn Jahre in Konstantinopel. Anfang 1856 bis 1872. — Manuskript, dessen Benutzung mir der Sohn des Botschafters, Graf Anton Prokesch, gütigst gestattet hat.

kommission die Abfassung der gemeinsamen Gesetze zu übertragen; diese Kommission war gleichsam als das Bindeglied zwischen beiden Ländern gedacht.

Die Fürstenwahl erfolgte in Jassy am 17. Januar, in Bukarest am 5. Februar 1859 und sie fiel einhellig hier wie dort auf den Obersten Alexander Cuza. So wurde Europa, das die Union bloß im Prinzip anerkannt hatte, vor eine vollendete Tatsache gestellt und der gemeinsame Fürst bestieg unter dem Namen Alexander Joan I. die vereinigten Throne der faktisch noch immer getrennten Donaufürstentümer; doch erklärte er sich zugleich entschlossen, einem ausländischen Fürsten den Platz zu räumen, sobald die angestrebte Realunion zustande gekommen sei.

Österreich bekämpfte den Unionsgedanken und zwar nicht bloß im Interesse der Fürstentümer, sondern auch deshalb, um die Moldau und die Walachei nicht zu einer Waffe schmieden zu lassen, die Rußland jederzeit gegen die österreichische Monarchie zücken konnte. Das Wiener Kabinett stimmte daher für die Nichtigkeitserklärung. Das gleiche tat die Pforte und beide sahen Cuzas Doppelwahl als einen Staatsstreich an, der eine Personalunion begründe und daher konventionswidrig sei. Für Napoleon III. war die Union ein Ausfluß des auflösenden Nationalitätenprinzips, das ihn auch bestimmte, ein Königreich Italien erstehen zu lassen: dieses sollte gegen Österreich gerichtet sein, Rumänien aber den Wall wider Rußland bilden. Der Kaiser setzte in der Tat den Antrag durch, daß trotz Verletzung des Übereinkommens vom 19. August 1858 dem Fürsten Cuza ausnahmsweise die Investitur erteilt werden solle.[3]) Da brach der Ausgang des italienischen Krieges den Widerstand des suzeränen Hofes, der nunmehr den Eingebungen der Westmächte folgte und daher jenem Vorschlag entsprach; nur erfolgte die Bestallung in zwei Fermanen, von denen der eine für die Moldau, der andere für die Walachei galt.

Gar bald vermehrten sich infolge getrennter Verwaltung und Legislative die inneren Schwierigkeiten[4]) und so betrieb der Fürst schon deshalb unablässig die Union, die er schließlich mit Hilfe

[3]) Protokoll der Pariser Konferenz vom 6. September 1859.

[4]) Die moldauische Versammlung votierte im Jahre 1861 die Abschaffung der getrennten Verwaltung, also die Union; ein gleicher Schritt stand vonseiten der Walachei bevor.

der von Frankreich beeinflußten Kabinette auch erwirkte: am 2. Dezember 1861 teilte die Pforte den Vertretern der Garantiemächte in Konstantinopel mit, daß sie Alexander Joan als Administrator beider Fürstentümer und die Realunion nur für die Dauer seiner Regierung anerkenne.[5] Die beiden Ministerien und Kammern machten nun einem gemeinsamen Ministerium und einer einzigen Kammer Platz; an Stelle der Zentralkommission aber sollte eine Art Senat treten und in jedem Fürstentum ein Provinzialrat das Kontrollorgan der Verwaltung bilden. Die bei der Pforte beglaubigten Gesandten[6] nahmen diese Mitteilung unter folgendem Vorbehalt entgegen: bewähre sich die Union, so habe der Sultan bei Erledigung des Fürstenthrones nur im Einverständnis mit den Garantiemächten vorzugehen, — die demnach im Grunde genommen die Union als für immer vollzogen ansahen. So war aus den durch die Pariser Konvention errichteten zwei Fürstentümern mit eigenen Hospodaren, getrennten Ministerien und Volksvertretungen allmählich ohne eigentliche Änderung der Rechtsbasis, lediglich infolge Zuwiderhandelns der Kammern und steten Nachgebens der Vertragsmächte, dem sich die Pforte anbequemte, zuerst eine Personal- und dann eine Realunion geworden und gar bald gebrauchte Cuza die Bezeichnung R o m â n i a für den neuen Staat.[7] Es erübrigte daher, um das stets einbekannte nationale Programm vollends zu verwirklichen, einzig und allein die Wahl eines erblichen, allerdings fremdländischen Fürsten.

Auch dieser Schritt wurde, und zwar ebenfalls in ungesetzlicher Weise getan.

Wohl hatte Cuza gegenüber den Mächten ein leichtes Spiel, weil er sie ihrer Uneinigkeit halber, die sich sogar in der Frage des Schutzes ihrer Untertanen äußerte,[8] nicht zu fürchten brauchte. Große Schwierigkeiten bereiteten ihm bloß seine persönlichen Widersacher und die Umsturzpartei, die eine Erhebung

---

[5]) „A la première vacance de l'hospodarat" — so hieß es im vorletzten (VI.) Artikel des Fermans vom 2. Dezember 1861 — „les dispositions ainsi modifiées temporairement de ladite convention du août (1858) reprendront de droit leur force suspendue."

[6]) Mit Ausnahme des österreichischen Internuntius.

[7]) N. Jorga: Geschichte des rumänischen Volkes II, 317.

[8]) Außer den Kapitulationen kamen noch die Klostergüter in Betracht, hinsichtlich derer das Pariser Protokoll bestimmt hatte, daß eine schiedsgerichtliche Kommission das Eigentumsrecht feststellen solle (Prokesch: Sechzehn Jahre in Konstantinopel).

der Fürstentümer plante.[9]) Die Kammer wiederum verargte es ihm, daß er die Union nicht selber proklamiert, sondern den Mächten zu verdanken hatte. Cuza erkannte daher, daß er mit der Konvention vom 19. August das Land nicht regieren könne, und so sehnte er sich aus der Abhängigkeit heraus, zu der sie ihn verdammte.

Im Ungewissen über seine eigentlichen Absichten, verdächtigte man Cuza eines Intrigenspiels zugunsten Rußlands; auch deutete man seine wiederholte Äußerung, er werde dereinst einem fremden Fürsten den Platz einräumen, in dem Sinne, daß er sich für eine erzwungene Abdankung belohnt machen wolle; ja es hieß sogar, daß er, von revolutionären Ideen geleitet, einen regen Verkehr mit Turin unterhalte.[10]) Man sah in Cuza einen ehrgeizigen Mann, der dem Beispiel des französischen „Tyrannen" folgen wolle und daher nach der Diktatur strebe.[11]) Und doch war es dem Fürsten nur um die politische und soziale Erstarkung des Landes zu tun, wie verschiedene Gesetzvorlagen und Reformpläne zeigten.[12]) Er hatte da einen schweren Stand gegenüber der Bojarenpartei, die rücksichtslos alles bekämpfte, was ihr Privilegium schmälern konnte. Als aber die Kammer das Agrargesetz verwarf, weil es dem Bauer Eigentum zusprach, machte Cuza kurzen

[9]) Einige Bojaren hatten sich für die Berufung eines fremden Fürsten ausgesprochen und den Herzog von Leuchtenberg und den Prinzen Napoleon als Kandidaten bezeichnet.

[10]) In der Tat agitierte ein italienischer Agent, namens Türr, nicht bloß für die Wahl eines Fürsten italienischer Herkunft, sondern auch für eine neuerliche Erhebung Ungarns; er hatte den Auftrag, mit Hilfe der moldowalachischen Umsturzpartei, der Presse und selbst Cuzas die Rumänen Siebenbürgens von der Beschickung des österreichischen Reichsrates abzuhalten, den ungarischen Emigranten den Aufenthalt in den Fürstentümern, die Deponierung von Waffen und Munition zu ermöglichen und vielleicht auch die Unterstützung durch Banden zu sichern, sobald Italien das Zeichen zur Erhebung gegeben habe. Türr stand mit Garibaldi, bulgarischen und serbischen Komitees und geheimen Klubs in Paris und London in Verbindung. Was die Rumänen Siebenbürgens betraf, durfte die kaiserliche Regierung unbesorgt sein: die Stimmungsberichte lauteten günstig und im übrigen untersagte die moldowalachische Regierung die Kundmachung eines Aufrufes Türrs, der also, im Juni 1863, unverrichteter Dinge nach Turin zurückkehren mußte.

[11]) Jorga II. 323.

[12]) Agrarreform im Interesse des Bauernstandes, Bezirks- und Gemeindegesetz, Vorschlag zur Errichtung eines Staatsrates, Einführung des Code Napoléon, Erbauung von Eisenbahnen, Judengesetz usw.

Prozeß: er löste sie auf und schritt entschlossen zur Diktatur. Die Pforte protestierte, vergeblich jedoch; denn der französische Botschafter billigte den Gewaltstreich des Fürsten und verurteilte schlankwegs alle Einrichtungen der Fürstentümer, obwohl sie das Werk Frankreichs waren.

Im Juni 1864 kam Cuza nach Konstantinopel. Er besprach mit Prokesch im Tone militärischer Offenherzigkeit seine Lage, die mangelhafte Verfassung, das den Demagogen günstige Wahlgesetz, den verderblichen Einfluß der Presse und die Gleichgültigkeit der Kabinette, die schließlich den Staatsstreich als den einzig möglichen Ausweg erscheinen ließ. Der Internuntius beklagte sich über die Zulassung von Flüchtlingen und Ruhestörern, die eine stete Gefahr für die Türkei und den österreichischen Nachbarstaat bildeten. Wie hätte aber Cuza Leuten gegenüber auftreten sollen, die englische, französische, italienische, ja selbst österreichische Pässe besaßen? Er mußte sie dulden und so gut wie möglich überwachen; er hatte polnische Emigranten gewaltsam ausgewiesen, als sie einen Handstreich gegen Rußland planten, und er wollte in gleicher Weise gegen Banden einschreiten, die österreichisches Gebiet bedrohten. Gewiß hätte er mehr tun können, nämlich sie entwaffnen, einsperren und verjagen, unter der Voraussetzung jedoch, bei den Mächten Unterstützung gegen die inneren Feinde zu finden. In diesem Sinne äußerte sich Cuza, der ferner den Verdacht, als wollte er sich der Suzeränität des Sultans entziehen, mit den Worten zurückwies: „Das Schutzverhältnis der Pforte ist der Schild der Selbständigkeit der Fürstentümer; ich werde ihn nicht wegwerfen, so lange ich ihn durch einen anderen nicht ersetzen kann. Die Feinde der Ordnung im Innern, die auch meine Gegner sind, zu Boden schlagen, das will ich und sonst nichts!“[13]) Der Internuntius sprach sich folgendermaßen über den Fürsten aus: „Er hat viele Entschiedenheit in der Sprache. Wenn er lügt, so muß man gestehen, daß er es mit dem Anschein der Wahrhaftigkeit tut. Es wird sich übrigens bald herausstellen; denn viele Ursachen und Vorwände der zweideutigen Haltung fallen nunmehr weg. Er hat die Macht in Händen und ist nunmehr ausschließlich verantwortlich für den Gebrauch derselben. Die Pforte glaubt, daß es klug sei, ihn auf diese Probe zu setzen. Hält er sie aus, so gereicht dies allen

[13]) Prokesch an Rechberg, ddo. Konstantinopel, 13. Juni 1864.

friedlichen Bestrebungen zum Nutzen. Hält er sie nicht aus, so ist wenigstens die Wahrscheinlichkeit da, daß Koerzitivmaßregeln, die heute noch dem Widerspruch der einen und anderen Macht begegnen würden, dann von keiner Seite mehr beanständet werden.[14])

Prokesch suchte eine unmittelbare Verständigung zwischen Cuza und der Pforte anzubahnen, weshalb er einen Verfassungsentwurf ausarbeitete, der in der Tat die Grundlage der beiderseitigen Verhandlungen bildete. Diese führten zum Abschluß einer Zusatzakte, die von sämtlichen Botschaftern der Mächte, nur vom russischen nicht, gutgeheißen wurde.[14a]) So erhielt der Fürst eine Konstitution für sein Land und durch sie die Handhabe, Gesetze in Kraft treten zu lassen, die eine Reform der sozialen Zustände ermöglichen sollten. Seine Bemühungen aber, den Staat zu konsolidieren, scheiterten durchwegs. Die Mißstimmung wuchs und schließlich triumphierten die Radikalen, die einen fremden Fürsten herbeisehnten: Verschworene drangen in der Nacht vom 23. Februar 1866 in das Schlafgemach Cuzas, der nun ohne Zögern abdankte und die Regierung einem Koalitionsministerium überließ. Zum Fürsten wurde einige Stunden darnach einstimmig Graf Philipp von Flandern gewählt, der jedoch einem Winke Napoleons III. zufolge die ihm zugedachte Krone ablehnte.

Wie stellten sich die Mächte zu dem neuen revolutionären Akt? Zunächst betonte Ali Pascha gegenüber ihren Botschaftern die Absicht des Sultans, dem Pariser Protokoll vom 6. September 1859 und dem Ferman von 1861 entsprechend vorzugehen, da beider Bestimmungen nun infolge der Sedisvakanz rechtskräftig seien. Wohl erinnerte der Franzose an den Vorbehalt der Mächte zugunsten der Union; der türkische Minister erwiderte jedoch, daß die notwendige Voraussetzung fehle: Die Union habe nichts weniger als „glückliche Resultate“ gezeitigt. Nach einem Rededuell zwischen beiden Diplomaten wurde schließlich auf Antrag des österreichischen Internuntius den Kabinetten eröffnet, daß die Pforte einen von Delegierten der Mächte begleiteten türkischen Kommissär nach Bukarest zu senden wünsche und im übrigen auf strikter Anwendung des 1859er Protokolls bestehe. Inzwischen hatte man am Hofe Napoleons III. beschlossen, eine

[14]) Prokesch an Rechberg, ddo. Konstantinopel, 23. Juni 1864.

[14a]) Anhang I und II.

Konferenz nach Paris einzuberufen, die nochmals über das Schicksal der Fürstentümer beraten sollte. Sie tagte seit dem 10. März 1866 und von neuem begann das nicht immer einwandfreie Spiel der Diplomatie. Frankreich befliß sich einer doppelzüngigen Sprache,[15]) während Rußland aus seiner Gegnerschaft gegen die Vereinigung der Fürstentümer kein Hehl machte; der Bevollmächtigte des Zaren bemerkte zu wiederholten Malen, daß es sich keineswegs um eine neue Schöpfung, sondern lediglich um die Anwendung der 1859er Konvention handle. Die Vertreter Frankreichs, Preußens und Italiens waren anderer Ansicht, denn sie rechneten mit der geänderten Sachlage und dem Vorbehalt von 1861. Der türkische Botschafter wiederum berief sich auf seinen alten Schein, dem Frankreich nochmals jede Geltung absprach; es gab zwar zu, daß die Bevölkerung seit jeher die Berufung eines fremden Fürsten wünsche, legte aber das Hauptgewicht auf die Erhaltung der Union. Diese bildete nun den eigentlichen Gegenstand der Beratungen; die türkische Verwahrung wurde lediglich zur Kenntnis genommen und der von Metternich unterstützte russische Bevollmächtigte trat für das freie Wahlrecht der moldauischen Abgeordneten ein, weil er sie als Gegner der Union ansah. Schließlich formulierte die Konferenz die verschiedenen Modalitäten, die hinsichtlich der Besetzung des Fürstenstuhles in Betracht kamen.[16]) Der türkische Botschafter durfte, einer Weisung der Pforte gemäß und ganz im Sinne der österreichischen

[15]) Drouin de Lhuys eröffnete dem Fürsten Metternich, Frankreich werde der Form halber allerdings für die ursprüngliche französische Idee der Union und der Berufung eines ausländischen Fürsten stimmen, den Gedanken dieser Berufung aber sogleich wieder fallen lassen; sollte England Jon Ghika zum Hospodaren vorschlagen, so würde er (Drouin de Lhuys) sich ebenfalls für ihn erklären, obwohl ihm Brincoveanu lieber wäre. Die Pforte hingegen sprach sich für Stirbey aus, und so schien niemand mehr ernstlich an die Berufung eines fremdländischen Fürsten gedacht zu haben.

[16]) Folgende Fragen wurden aufgeworfen: 1. Soll die Bukarester Assemblée wählen, wobei auf etwaiges Verlangen der moldauischen Abgeordneten auch über die Union oder die Trennung abzustimmen wäre? 2. Soll die Assemblée auch ohne ein derartiges Verlangen der Moldauer sich, und zwar in getrennter Abstimmung, für oder gegen die Union entscheiden? 3. Soll überhaupt die Abstimmung getrennt, also in Jassy und Bukarest, erfolgen? 4. Sollen allgemeine Wahlen zu einer einzigen Assemblée in Bukarest ausgeschrieben werden, die einen neuen Hospodar zu wählen und sich erforderlichenfalls über die Union zu äußern hätte? 5. Sollen, wie im Jahre 1857, getrennte Assemblées für Jassy und Bukarest gewählt werden?

Regierung, entweder sich für getrennte Versammlungen erklären, oder der Ausschreibung allgemeiner Wahlen zu einer einzigen Versammlung zustimmen, die in Bukarest einen neuen, jedoch einheimischen Hospodar wählen und sich nötigenfalls über die Union äußern sollte. Inzwischen hatte sich jedoch Napoleon III. durch seinen Botschafter am Wiener Hofe vertraulich für die Union und die Berufung eines fremden Fürsten ausgesprochen, während der russische Vertreter in Paris immer entschiedener gegen beides protestierte; im übrigen war die Bukarester Assemblée aufgelöst und eine neue einberufen worden, weshalb die Konferenz, am 4. April, sich bis auf weiteres vertagte, die Verantwortung aber der provisorischen Regierung überwies.

Diese empfahl dem Volke — da Europas Interessen es nicht dulden könnten, „daß die Mündungen der Donau in die Hände einer entzweiten, verstümmelten, schwachen Nation gegeben würden" — die Wahl des Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen; denn — so hieß es in der gleichzeitigen Proklamation des Ministerrates — „die politischen Zutände und unsere geographische Lage nötigen uns, entweder eine einige und starke Nation zu sein oder unterzugehen, und wir können keine Nation sein, wenn wir auf unserem Thron nicht einen Fürsten haben, der Mitglied einer der herrschenden Familien des Abendlandes ist". In der Tat fiel die von der provisorischen Regierung verfügte Volksabstimmung zugunsten des Hohenzollerschen Prinzen aus.[17]) Die Pforte forderte telegraphisch die Einberufung der Pariser Konferenz, damit diese gegen die Verletzung der Verträge protestiere. Lord Clarendon heuchelte Ärger über die „Hohenzollersche Intrige", Drouin de Lhuys suchte glauben zu machen, daß er Zweifel hege, während Graf Bismarck „Unwohlsein" vorschützte und dem türkischen Botschafter durch eine dritte Person sagen ließ, er wisse nicht, „welchen Hohenzoller man meine, und ob es etwa derselbe sei, der in der Levante reise?" Österreich schloß sich dem Protest der Pforte an. Der englische Botschafter erhielt Weisung, die Wahl eines jeden Prinzen als unzulässig hinzustellen, der einer in der Pariser Konvention vertretenen Dynastie angehöre; Bismarck mußte erklären, daß sein König die Frage nicht er-

[17]) Noch am Tage der Wahl, am 20. April 1866, wurde der Prinz von der provisorischen Regierung zum Fürsten von Rumänien proklamiert.

wägen könne, ehe sich die Konferenz geäußert habe;[18]) die Pforte aber gab neuerdings ihre Absicht kund, sich ablehnend zu verhalten, mochten England und Frankreich immerhin für den Prinzen Karl eintreten. Nach langem Zögern raffte sich die Konferenz zu der Erklärung auf, es habe die provisorische Regierung konventionswidrig gehandelt; denn die Wahl, und zwar eines einheimischen Regenten obliege der Kammer, und einige sich diese über die Unionsfrage nicht, so gebe das Votum der Majorität der gesondert beratenden Abgeordneten den Ausschlag, ob die Union oder die Trennung erfolgen solle.

Die Kammer, die am 10. Mai in Bukarest zusammentrat, schied sich nicht nach Moldauern und Walachen, sondern tagte als Vertretung der einigen rumänischen Nation; sie bestätigte das Plebiszit und proklamierte den Prinzen Karl von Hohenzollern zum erblichen Fürsten von „Rumänien". Große Verlegenheit der Konferenz und heftiges Drängen des türkischen Botschafters, die Wahl als ungesetzlich anzusehen; die Illegalitätserklärung drang durch und im übrigen beschloß man, das Ergebnis direkter Verhandlungen zwischen Konstantinopel und Bukarest abzuwarten.

Da traf, am 20. Mai, die Nachricht ein, es sei Prinz Karl am selben Tage in Turnu-Severin gelandet. Der türkische Ministerrat stimmte für die Okkupation; ebenso der russische Botschafter in Konstantinopel, der in ihr das einzige Mittel sah, „um die italienisch-preußische Intrigue — der wohl auch Frankreich nicht ferne stehe — und das Werk der geheimen Gesellschaften zu zerstören". Er riet daher der Pforte, den Mächten klipp und klar zu eröffnen, daß sie einrücken werde, um den Rechten des Suzeräns und den Beschlüssen der Konferenz Geltung zu verschaffen. Eine andere Sprache führte der preußische Vertreter: er dürfe für die Vasallentreue des Prinzen einstehen und es könne dem Sultan nur schmeicheln, einen Hospodar königlichen Geblütes zu haben. Der Franzose wiederum suchte der Pforte begreiflich zu machen, daß der von dem Prinzen getane Schritt nicht gegen sie, sondern vielmehr gegen Österreich gerichtet sei; die Annahme der Fürstenwürde durch den Hohenzoller biete der Türkei nur Vorteile, die Okkupation aber beschwöre gewiß die größten Gefahren herauf.

---

[18]) Dies entsprach allerdings der Wahrheit, nur war Bismarck der Ansicht, daß die Wahl sofort anzunehmen sei; und in diesem Sinne hatte er sich auch dem Prinzen Karl gegenüber geäußert.

In der Tat ließ sich der Sultan einschüchtern — die Okkupation wurde vertagt, d. h. eigentlich aufgehoben.

Der österreichische Internuntius befand sich in einer schwierigen Lage; denn offiziell konnte er doch nicht eine Maßregel befürworten, die die Gegner als geeignet hinstellten, einen europäischen Krieg zu entfachen. Immerhin äußerte er den türkischen Ministern gegenüber in vertraulichem Gespräche seine persönliche Ansicht: die Pforte dürfe in einer Lebensfrage, die sie begreiflicherweise gemeinsam mit den Großmächten lösen wolle, niemals zulassen, daß die Verträge selbst in Frage gestellt würden; es handle sich keineswegs um Änderung internationaler Abmachungen, sondern lediglich um deren Ausführung, und dazu sei eben die suzeräne Macht in erster Linie berufen; ein Zurückweichen angesichts offenbarer Mißachtung der Verträge und Konferenzbeschlüsse käme wohl einer Preisgabe des Grundsatzes der Integrität gleich und müßte den Glauben an die Lebensfähigkeit der Türkei gewaltig erschüttern. Die verlegene Antwort der türkischen Minister zeigte so recht, daß sie Frankreich fürchteten und ihnen daher vor jeder Verantwortlichkeit bangte. Nur bemerkte Ali Pascha, daß die Pforte im Fall des unvermeidlichen Verlustes der Donaufürstentümer diese lieber in Österreichs Händen, denn unabhängig sehen würde. Dies hätte auch den Absichten Frankreichs entsprochen, das für die Abtretung Venetiens an Italien die Monarchie durch die Moldau und Walachei entschädigen wollte. Doch lag es keineswegs in Österreichs Absicht, sich auf Kosten fremden Gutes und insbesondere für eine Provinz schadlos zu halten, die es seiner Überzeugung nach erfolgreich verteidigen konnte. Prokesch war schon deshalb ein Anhänger der Okkupationsidee, weil er die sichere, „durch offizielle Lügen nicht zu erschütternde Überzeugung“ hegte, daß der Hohenzoller ein gegen den Kaiserstaat gerichtetes Werkzeug der preußischen Politik sei. „Schon läuft das Gerücht von Bildung einer polnisch-ungarischen Legion, schon schwätzen die rumänischen Wortführer von Rechten auf die Bukowina. Ich weiß wohl, daß sie heute über eitle Wünsche nicht hinauskönnen, aber immerhin fesseln sie einen Teil unserer Kräfte; und ist erst die Unabhängigkeit erklärt — was wohl nicht lange zögern kann — so ist ein Piemont an der unteren Donau gegründet.“[19]) Das Wiener

[19]) Bericht des Freiherrn v. Prokesch an Graf Mensdorff-Pouilly, ddo. Konstantinopel, 5. Juni 1866.

Kabinett erklärte sich mit diesen Erwägungen des Internuntius „in thesi“ zwar einverstanden, würdigte jedoch zugleich die Gründe, die die Pforte in Anbetracht der allgemeinen Lage und der Haltung einiger Mächte abhielten, sich den unberechenbaren Folgen einer neuen Komplikation auszusetzen.

Rußland schürte nach wie vor in Konstantinopel und General Ignatieff ließ kein Mittel unversucht, die Pforte zum Äußersten zu treiben; so teilte er dem Minister des Äußern Ali Pascha folgende Bemerkung des serbischen Ministers Garaschanin mit: „Die Fürstentümer zeigen den Weg, der allein zum Ziele führt; vor dem fait accompli einer Handvoll Leute hat sich das in Paris tagende Europa gebeugt.“

Nur war die Verzögerung des Einmarsches nicht von dem Minister des Äußern, sondern vom Großwesir ausgegangen, weshalb sich nach dessen Sturz[20]) die Kriegspartei wieder regte. Ali Pascha wies nochmals auf die Notwendigkeit einer Okkupation hin; fruchtlos jedoch, denn die Furcht vor Frankreich und die Haltung Englands hatten die Mehrheit seiner Ministerkollegen bereits entnervt. Der englische Botschafter bestritt der Pforte allerdings nicht das Recht der Okkupation, nur riet er ihr, den Mächten zu erklären, daß sie es angesichts der Uneinigkeit der Kabinette nicht ausüben und sich lediglich darauf beschränken wolle, den Prinzen Karl nicht anzuerkennen, d. h. ihre endgültige Entschließung bis zu dem Zeitpunkt zu vertagen, wo sie seine Absichten besser zu beurteilen imstande sein werde. Die Vertreter Frankreichs, Preußens und Italiens führten den Artikel 27 des Pariser Traktats ins Treffen, wonach eine bewaffnete Intervention nicht ohne die Zustimmung der Mächte erfolgen durfte — und diese hatten sich schon ablehnend geäußert.

Die Pforte erwog daher den Gedanken, den Prinzen Karl unter gewissen Bedingungen anzuerkennen, trotz Gegenbemühungen des Internuntius, der schon im Interesse des Kaiser-

[20]) Fuad Pascha wurde am 5. Juni abgesetzt. Er teilte dem österreichischen Internuntius Baron Prokesch mit, daß ihm wenige Tage vor seiner Enthebung von einigen Pariser Bankiers der Antrag gemacht worden sei, den türkischen Finanzen mit 300 Millionen aufzuhelfen, „si la Porte voulait mettre à la disposition de l'Italie, pour le cas éventuel, la Bosnie et l'Hercégovine, offre qui malgré la pénurie financière, fut repoussé par lui“ (Prokesch an Mensdorff, Konstantinopel, 12. Juni 1866).

staates für die Okkupation eintrat. Hieß es doch, daß der Hohenzoller in Siebenbürgen einbrechen wolle. Wagte er diesen Versuch, so setzte sich Österreich, wie Prokesch vermeinte, wohl keinem Vorwurf aus, wenn es den Usurpator als Feind behandelte und auch aus der Moldau und Walachei verjagte; im Falle der Anerkennung aber sah Prokesch ein derartiges Vorgehen Österreichs wesentlich erschwert. Bismarck hatte in der Tat den rumänischen Abgesandten geraten, nicht zu zögern, wenn Ungarn sich gegen Österreich erhöbe, „sondern eine energische großrumänische Agitation in Szene zu setzen und Partei gegen Österreich zu ergreifen".[21]) Dieses führte damals bereits Krieg mit Preußen und Italien und sah sich nun außerdem auch im Osten bedroht. Während daher Österreich einzig und allein seiner Lebensinteressen halber in der rumänischen Frage für die Türkei eintrat, nahm Rußland gegenüber den Donaufürstentümern einen in jeder Hinsicht feindseligen Standpunkt ein, der durch keine schwerwiegenden Interessen gerechtfertigt erschien und nur in der niemals aufgegebenen Eroberungspolitik seine Begründung fand. Deshalb beantragte Rußland, die Pariser Konferenz solle entweder zu Gewaltmaßregeln schreiten oder sich auflösen. Sie ging in der Tat auseinander, da eine Verständigung nicht erzielt werden konnte; doch bemerkte ihr Präsident, daß die Ansicht der Konferenz über Inopportunität und Gefährlichkeit einer Okkupation noch keineswegs die Billigung der Bukarester Vorgänge bedeute.

Einige Tage darnach versprach Napoleon III. dem Agenten der Moldau und Walachei, seinen Einfluß in Konstantinopel aufzubieten, damit sich die Pforte unter günstigen Bedingungen zur Anerkennung des Prinzen Karl verstehe. Weit kräftiger jedoch als die Fürsprache des Kaisers wirkte die Hiobspost aus Böhmen: Die Österreicher bei Königgrätz geschlagen! Keine Hoffnung mehr auf ihre etwaige Hilfe! Unter dem Eindruck der Schreckenskunde wurde die Zurückziehung der mobilisierten Truppen verfügt und die Anerkennungsfrage in Fluß gebracht. Der österreichische Internuntius hatte, einer Weisung des auswärtigen Amtes gemäß, größte Zurückhaltung zu beobachten und er durfte sich weder für

---

[21]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien. Aufzeichnungen eines Augenzeugen. I, 65. Allerdings ist es schwer zu verstehen, wie Bismarck einerseits die separatistischen Aspirationen einer gewissen ungarischen Partei fördern und andererseits eine „großrumänische" Propaganda unterstützen konnte, die sich doch auch gegen Ungarn wandte.

noch gegen die Vorschläge der türkischen Minister erklären.[22]) Sein Rat wäre ohnehin überflüssig gewesen; denn die Pforte folgte dem Druck der Westmächte und hegte angesichts des Ungewitters, das sie aufsteigen sah, nur den einen Wunsch, England, Frankreich und auch Italien nicht zu verstimmen. Das Verhalten des Wiener Kabinetts mußte der französischen Diplomatie schon deshalb entsprechen, weil sie den Hohenzoller keineswegs für ein gegen Österreich zu gebrauchendes Werkzeug Bismarcks hielt;[23]) sie hegte vielmehr die sichere Überzeugung, daß der neue Fürst beflissen sein werde, mit den Nachbarstaaten, insbesondere mit der Donaumonarchie, gut auszukommen. Ihm diese Aufgabe erleichtern, damit er sich nicht etwa in die Arme Rußlands werfe, war der Rat, den der zum Minister des Äußern ernannte Botschafter Napoleons III.[24]) dem österreichischen Internuntius noch beim Abschied erteilte.

Die unter der Mitwirkung und dem Druck Englands und Frankreichs geführten Verhandlungen über die Anerkennungsfrage fanden erst im Oktober 1866 einen für Rumänien günstigen Abschluß. So hatte dieses nach vielen Schwierigkeiten und dank beiderseitigen Entgegenkommens eine gesicherte nationale Stel-

[22]) Graf Mensdorff an Prokesch, 13. Juli 1866.

[23]) An dieser Stelle sei auf das vertrauliche Schreiben hingewiesen, das Prokesch am 28. September 1866 an den Grafen Mensdorff richtete. „Die moldowalachischen Unterhändler hier heben“ — so lautet es — „die besondere Freundschaft des Kaisers (Napoleon) für den Prinzen hervor, geben auch gerne zu erraten, daß dessen Bestimmung für den rumänischen Fürstenstuhl eigentlich vom Kaiser ausgegangen, von diesem mit Herrn v. Goltz besprochen, dann erst Herrn v. Bismarck mitgeteilt worden sei, der bereitwilligst darauf einging. Ob diese Sprache wahr oder mir gegenüber nur ein Mittel ist, den Prinzen in unseren Augen des Charakters eines Bismarckschen Werkzeuges in etwas zu entlasten, lasse ich dahingestellt sein. Was mir aber auffällt, sind einige Symptome, die auf die Möglichkeit einer weiteren Bestimmung des Prinzen schließen lassen. Die Behauptung, daß er sich als ein Werkzeug zur sogenannten Lösung der orientalischen Frage, als den von Frankreich und Preußen designierten Erben von Konstantinopel betrachte, ist unter den Leuten verbreitet, die mit Bratianu und anderen Chefs der kecksten Partei in den Fürstentümern im Zusammenhang stehen. So gewagt diese Idee scheint, so ist sie doch nicht gewagter als manche andere, die Herr v. Bismarck bereits durchgeführt hat, und es kann dem französischen Kaiser schmeicheln oder aus anderen Gründen genehm sein, vor seinem Ende auch die Umwandlung der europäischen Türkei in einen christlichen Staat zu vollführen.“

[24]) Moustier.

lung und die Sanktion der Pforte sowohl wie der Garantiemächte für seine einem ausländischen Fürstengeschlechte entstammende Dynastie erlangt.

Fürst Carol nahm den Investiturferman persönlich in Konstantinopel entgegen, was die Botschafter in nicht geringe Verlegenheit setzte; denn sie wußten nicht, welche Etikette sie bei diesem Anlaß beobachten sollten. Schließlich sandten sie, durch die Pforte von der Ankunft Carols offiziell verständigt, ihre ersten Dragomane zu seiner Begrüßung, worauf der Fürst sie der Reihe nach besuchte. Nur der russische Vertreter, General Ignatieff, hatte seinen dritten Dragoman geschickt und durch diesen dem Fürsten das Bedauern ausdrücken lassen, ihn nicht in offizieller Eigenschaft begrüßen zu dürfen, da er hiezu von seiner Regierung nicht ermächtigt sei; er wollte den österreichischen Internuntius zu gleichem Vorgehen bewegen, was ihm aber nicht glückte: Prokesch erklärte, daß ihm die Investitur eines Hospodars „von der Anerkennung fremder Höfe unabhängig und als ein dem Sultan inhärierendes Recht“ erscheine.[25]) Das Wiener Kabinett billigte diese Auffassung schon deshalb, weil es nicht einsah, warum man türkischer als der Sultan sein sollte, der es doch mit der Integrität seines Reiches für vereinbar hielt, seine Beziehungen zu den Fürstentümern auf eine neue Grundlage zu stellen; es zeugte aber auch von der strengen Objektivität des österreichischen Ministers des Äußern, daß er sogar den Schritt des russischen Botschafters in gewisser Hinsicht begreiflich fand.[26])

[25]) Bericht ddo. Konstantinopel, 30. Oktober 1866.

[26]) „La conduite que vous avez tenue envers le nouveau prince de la Moldo-Valachie lors de son séjour à Constantinople a rencontré“ — so schrieb Beust an Freiherrn v. Prokesch — „toute mon approbation. — Votre collègue de Russie, afin de vous engager à faire cause commune avec lui dans cette circonstance, a pu, avec une certaine apparence de raison, s'appuyer sur les faits qui, dans l'origine, ont signalé l'avénement au pouvoir du prince Charles de Hohenzollern et qui, j'en conviens, n'étaient pas en harmonie avec les stipulations internationales. Mais dans une question comme celle dont il s'agit, question où l'intérêt du Sultan, suzerain des Principautés, prime tous les autres, c'est au Sultan qu'il appartenait en première ligne de prendre une décision. — Le but que les Puissances avaient en vue, en signant la convention du 19 août 1858, était d'entourer de garanties solides les droits du suzerain des Principautés-Unies. Or, si ce but peut être atteint dans des voies différentes, si le Sultan, qui certes est le meilleur juge de ses intérêts, a pensé pouvoir assurer ses droits au moyen de négociations directes avec celui que les événements avaient porté à la tête du gouvernement moldo-valaque et si, enfin ces négociations ont abouti à un arrangement qui, tout en

Es war und ist bekannt und wird durch die neuere Forschung immer mehr bestätigt, daß Prokesch die damalige Balkanpolitik Österreichs keineswegs billigte. In einer anonymen Denkschrift jener Tage wurde der Stab über sie gebrochen;[27]) die Ansichten, die sich da entwickelt fanden, schienen derart mit denen des Internuntius übereinzustimmen, daß man diesen als den Verfasser bezeichnete: nur Metternich habe die nationalen, konfessionellen und internationalen Verhältnisse der Balkanhalbinsel richtig beurteilt, verfehlt und vergriffen aber sei das Werk seiner Nachfolger. Der Autor führte ihre Sünden auf irrige Anschauung der anatolischen Dinge, auf persönliches Vorurteil und mangelhafte Information zurück. „Welche Früchte solche Politik trägt, hat Österreich“ — so äußerte er sich — „seither erfahren. Mittelbar oder unmittelbar entwickelten sich die Katastrophen von 1859 und 1866 aus der Haltung Österreichs während des Krimkrieges. Nur durch diese Haltung entstand seine völlige Isolierung. An den Folgen des Ikarusfluges, welchen Graf Buol damals über alle Parteien hinweg versuchte, krankt noch heute dieser vielduldende Staat. Auch was die Früchte dieser Politik sein werden, wenn die narkotisierte orientalische Frage endlich zur Lösung kommen wird, läßt sich unschwer voraussehen. Schon sind die Positionen an der unteren Donau in feste Hände gelegt . . . Somit ist im Norden des Balkans ein slawisch-rumänischer Kordon hergestellt, welcher die Grenze Österreichs umspannt und jede Verzweigung österreichischer Interessen über diese Grenze hinüber abschneidet. . . . Während im gegnerischen Leben Bewegung und Tätigkeit herrscht, legt die österreichische Diplomatie die Hände in den Schoß. Der Fatalismus des

plaçant les rapports du suzerain avec son vassal sur de nouvelles bases, laisse intact le principe de l'intégrité de l'Empire ottoman, les cours signataires du traité de Paris auraient mauvaise grâce, selon nous, à ne pas tenir compte des convenances du gouvernement de la Porte et à ne pas s'accomoder des arrangements intervenus, tant que ces arrangements ne sont pas de nature à froisser leurs propres intérêts. — C'est dans ce sens que nous nous sommes énoncés envers les autres Puissances et, comme nous avons tout lieu de présumer qu'elles n'hésiteront pas à se ranger à notre avis, nous avons cru pouvoir devancer le résultat probable de cette entente, en donnant l'ordre au baron d'Eder. . . . d'entretenir dès à présent avec le nouvel hospodar des relations amicales, telles que les réclame le soin des nombreux intérêts autrichiens engagés en Moldo-Valachie.“ (Au baron de Prokesch. Vienne le 11 novembre 1866.)

[27]) Die österreichische Politik im Orient (Augsburger Allgemeine Zeitung, 22. November 1866, Nr. 326).

Islam ist auf sie übergegangen. Planlos und widerstandslos treibt sie der Zukunft entgegen. . . . In den jüngsten Tagen hat eine neue Kraft das Steuer des Schiffes übernommen.[28]) Es ist uns unbekannt, ob dem neuen Steuermann Erfahrung und Urteil in diesen Fragen zu Gebote steht, die bisher seiner Tätigkeit so fremd gewesen. Dagegen ist es sicher, daß er vor jedem seiner Rivalen einen Vorzug besitzt: den Mangel an Präjudiz. Wenn er den forschenden Blick nach Osten richtet, und wenn es ihm gegeben ist, unter der täuschenden Oberfläche die treibenden bewegenden Kräfte zu ergründen, dann wird er auch bald ersehen haben, daß der gegenwärtige Weg nicht der richtige sei! Frischen Muts und unermüdlicher Tatkraft bedarf es, um noch zu retten, was zu retten ist. Nicht dynastische und nicht traditionelle Politik — Österreichs deutscher Beruf muß den neuen Minister gen Osten weisen. Hat man auch Österreich aus Deutschland hinausgewiesen — an der Donau und an der Adria sind deutsche und österreichische Interessen identisch. Die Tage dürften nicht fern sein, wo eine Ostmark dem Reiche not tun wird.“ [28a])

Als Prokesch den Fürsten Carol besuchte, da mag es dem in altösterreichischen Traditionen aufgewachsenen Diplomaten wohl schwer gefallen sein, seine persönlichen Anschauungen mit den Pflichten eines Vertreters des Hauses Österreich in Einklang zu bringen. Immerhin lautete seine Sprache ziemlich scharf: er erklärte dem Hohenzoller, daß die Interessen des Kaiserstaates in keiner Weise denen der Fürstentümer widerstritten, wenn die Bukarester Regierung das wahre Wohl des Landes ins Auge fasse und nicht „Schwindeleien“ sich hingebe; er sagte ihm, daß Österreich gegründete Ursache habe, mit den Fürstentümern sehr unzufrieden zu sein, „da sie sich von der europäischen Revolution

---

[28]) Beust.

[28a]) Die Donaumonarchie hätte jedoch, als Nationalitätenstaat, nur eine Mission zu erfüllen gehabt: die österreichische. Die Scheuklappenpolitik der verschiedenen Regierungen aber, das einseitige nationale Empfinden des Österreichers deutscher Zunge und der infolge nationaler Vereinsamung des Magyaren zur Tyrannei ausgeartete Herrschertrieb dieses Volksstammes vereitelten eine föderative Ausgestaltung der Donaumonarchie; nur ein schon durch historische Entwicklung gerechtfertigtes Staatsgebilde (Die Vereinigten Staaten von Österreich) hätte den Völkerfrieden herbeigeführt und den Anschluß Rumäniens und Serbiens ermöglicht.

mißbrauchen und in ein Nest der Feinde der Nachbarländer umwandeln ließen".[29]) Fürst Carol verübelte dem siebzigjährigen Mann, der trotz seiner Feldzeugmeisteruniform mehr einem Gelehrten als einem Militär gleichsah, dieses Privatissimum über seine Herrscherpflichten nicht im geringsten. Er versprach sogar, daß sich Treibereien, wie die bisherigen, nicht wiederholen würden; er habe dem Kaiser „in eigener Zuschrift die bündigsten Versicherungen gegeben und werde überdies seines deutschen Ursprungs stets eingedenk bleiben".[30])

Die von dem Hohenzoller nur tatsächlich geübte fürstliche Gewalt war durch die oberherrliche Verleihung eine gesetzliche geworden; es entfielen daher die Gründe, denen zufolge die österreichische Regierung bisher eine passive Haltung beobachtet hatte. Immerhin schloß der Pariser Traktat ein isoliertes Vorgehen der einzelnen Mächte aus, weshalb das Wiener Kabinett es als angezeigt erachtete, sich mit den übrigen Kontrahenten des Vertrages über alles weitere zu verständigen. Neuerdings langwierige Verhandlungen. Preußen zeigte keine Lust, die Initiative zu ergreifen, ebensowenig Frankreich, das vielmehr entsprechende Vorschläge der übrigen Höfe zu erwarten schien. Italien war allerdings gewillt, die neue Ordnung der Dinge in den Fürstentümern anzuerkennen; nur wollte es hinsichtlich der Form, in der von seiten der Mächte die Anerkennung zu erfolgen hätte, sich nach dem Votum der Mehrheit richten. Als aber England für einen Konferenzbeschluß eintrat, stimmte Frankreich für identische Noten, um einen etwaigen Vorbehalt des Petersburger Kabinetts zu verhüten. Dieses schien den Standpunkt zu vertreten, die Pariser Konferenz sei aufgelöst und zähle daher nicht mehr; denn Rußland ließ, ohne sich früher mit den Mächten auseinandergesetzt zu haben, in Bukarest offiziell erklären, daß es den Hohenzoller als Fürsten anerkenne. Frankreich schlug, sekundiert von England, nun eine Entente der übrigen Garantiemächte vor, um in Petersburg den Fortbestand der Konferenz zu betonen und auf dem Widerruf der russischen Notifikation sowohl wie auf der Anerkennung durch eine Konferenzakte zu bestehen.

---

29) Bericht vom 26. Oktober 1866.

30) In den „Aufzeichnungen eines Augenzeugen" (I, 144) heißt es bloß, daß sich Carol nach der Familie des Internuntius erkundigt habe; nur liegen Verwechslungen vor. Das an den Kaiser gerichtete Schreiben des Fürsten konnte nicht aufgefunden werden.

Der österreichische Minister des Äußern würdigte zwar die Gründe, denen zufolge die beiden Mächte Stellung dagegen nahmen, daß sich Rußland seiner im Jahre 1856 eingegangenen Verpflichtung begebe; guten Willens jedoch, das so notwendige Einvernehmen der Kabinette in orientalischen Angelegenheiten nach Möglichkeit zu festigen und keinen Zwiespalt entstehen zu lassen, widerriet er den von Frankreich und England geplanten Schritt.[31]) So empfahl Beust folgenden Vorgang: Österreich, Frankreich und England einigen sich über die Abfassung einer womöglich identischen Note, die ihre Agenten in Bukarest übergeben sollen, um den Fürsten Karl anzuerkennen. Der Entwurf wäre den Höfen von Berlin und Florenz mitzuteilen, die aller Wahrscheinlichkeit nach zustimmen dürften, da sie sich bereits für einen Kollektivschritt ausgesprochen haben. Der Petersburger Hof wäre gleichfalls zum Beitritt einzuladen, den man wohl eher erwirkte als einen demütigenden Widerruf der ursprünglichen Erklärung.[32]) Mochte immerhin Rußland sich auch diesmal ablehnend verhalten, die Hauptsache war, die übrigen Kabinette für den österreichischen Vorschlag zu gewinnen; denn in diesem Falle sah Beust, was die Anerkennungsfrage bedarf, den Tatbestand voller Einigung der Mehrheit der Garantiemächte gegeben. Gortschakow versicherte jedoch, daß Rußland — trotz selbständigem Vorgehen in der rumänischen Frage — keineswegs die Absicht habe, seinen traktatmäßigen Verpflichtungen entgegen zu handeln und in den orientalischen Dingen sich außerhalb des europäischen Konzerts zu stellen.[33]) Beruhigt durch diese Erklä-

[31]) „Je crains qu'en invitant directement la cour de Russie à retirer sa déclaration, on ne rende encore" — so äußerte sich Beust — „plus manquée la dissidence; car il est à présumer que le cabinet de St.-Petersbourg jugera que sa dignité exige d'opposer un refus à une demande ainsi formulée. Les Puissances ne recueilleront de la sorte qu'un échec et une constatation encore plus officielle de l'état de choses qu'elles veulent prévenir, c'est à dire que la Russie se réserve doréenavant l'entière liberté d'agir isolément. Il me semble qu'un tel résultat ne ferait qu'aggraver la situation et placerait les Puissances dans une impasse dont elles ne sortiront pas sans préjudice pour leur dignité." (Weisung nach Paris, ddo. Wien, 18. Dezember 1866.)

[32]) Weisung nach Paris, ddo. Wien, 18. Dezember 1866.

[33]) „Mr le vice-chancelier a déclaré que la Russie n'avait aucune velléité de se soustraire au concert européen et de le considérer comme dissous. Loin de là il pensait que dans le moment présent et en face de complications qui se préparaient, il serait utile de le fortifier. S'il s'était prononcé contre la réunion de la conférence, c'était par l'unique motif qu'il trouvait peu séant pour de grandes puis-

rung entsagte Frankreich nunmehr dem Konferenzgedanken und pflichtete daher der Proposition des Wiener Kabinettes bei. Am 29. Januar 1867 wurden dem türkischen Minister des Äußeren gleichlautende Noten eingehändigt, kraft deren auch Österreich, Preußen, Frankreich, England und Italien die Investitur des Prinzen Karl von Hohenzollern als Herrschers der vereinigten Donaufürstentümer anerkannten.[34]) Und so durfte sich die österreichische Diplomatie eines schönen Erfolges rühmen.

Carol dankte dem Kaiser in einem eigenhändigen Schreiben für den ihm in der Anerkennungsfrage geleisteten Beistand. „Les liens d'amitié qui unissent la Roumanie aux états de Votre Majesté ne peuvent" — beteuerte der Fürst — „que se resserrer dans l'avenir et j'ai particulièrement à cœur que les relations des deux peuples deviennent de plus en plus cordiales."[35]) Der mit der Überreichung dieses Schreibens betraute Minister des Äußern, Georg Stirbey, hatte dem Freiherrn von Beust auch einige Wünsche vorzubringen, von deren Erfüllung er sich einen noch innigeren freundnachbarlichen Verkehr der beiden Staaten erhoffte. Sie betrafen den Abschluß einiger Verträge[36]) und die Zulassung eines diplomatischen Agenten in Wien. Der österreichische Mi-

---

sances de se réunir et de prendre des décisions dont nul ne tenait compte. Etant dans cet ordre d'idées, le prince Gortschakow ne croyait pas pouvoir autoriser l'ambassadeur de Russie à Paris à participer aux travaux de la conférence dans le cas où elle s'occuperait de nouveau de la question roumaine. Il ne voulait toutefois pas par là préjuger en rien la question du concert européen dont il n'avait aucune raison de désirer la dissolution. Le prince Gortschakow a ajouté . . . qu'au demeurant la Russie ayant déjà reconnu le nouvel état de choses dans les principautés danubiennes, il n'y avait pas lieu pour elle de revenir sur ce point." Und so erklärte Moustier dem Grafen Mülinen folgendes: „L'important est que la Russie a répudié tout dessein de se considérer comme déliée des obligations imposées par le traité de Paris et d'agir dans les questions orientales en dehors du concert européen. J'ai pris acte des déclarations du prince Gortschakow à ce sujet." (Bericht Mülinens, ddo. Paris, 30. Dezember 1866.)

[34]) Bericht ddo. Konstantinopel, 1. Februar 1867. Der Text der Noten deckte sich mit dem des französischen Entwurfes.

[35]) Schreiben ddo. Bukarest, 16/28 janvier 1867. Die Antwort des Kaisers erfolgte am 14. März.

[36]) Und zwar über Auslieferung von Verbrechern, Erleichterung für Handel und Verkehr, Anschluß der Eisenbahnlinien, Regelung der Konsulargerichtsbarkeit. (Schreiben Stirbeys an Beust, ddo. Wien, 16. März 1867. Das offizielle Schreiben vom 12. März im Rotbuch I, 116 ff. Antwortschreiben Beusts vom 17. desselben Monats, ibid. I, 117 ff.)

nister zeigte sich gerne bereit, nicht bloß die einschlägigen Verhandlungen einzuleiten,[37]) sondern der Bukarester Regierung auch einige Konzessionen zu machen,[38]) die ihr zu größerer Selbständigkeit verhelfen und so die Möglichkeit bieten sollten, „den die Moldau und Walachei rings umgebenden slawischen Volksstämmen das rumänische Element als einen Vorposten gegen das Vordringen Rußlands entgegenzusetzen". Diese Absicht zeugte von dem diplomatischen Scharfblick des Reichskanzlers; denn das Zarenreich, das seinen Eroberungsgelüsten niemals entsagt hatte, erkor sich eben die durch Parteiwirren aufgewühlten Donaufürstentümer zum Tummelplatz seiner Intriguen. Es trat der österreichischen Politik, trotz ihrem passiven und konservativen Charakter, hindernd in den Weg und beschuldigte den Wiener Hof geheimer Umtriebe, die Cuzas nochmalige Erhebung auf den Fürstenstuhl bezwecken sollten.[39]) Nichts lag der kaiserlichen Regierung so ferne, wie ein derartiger Staatsstreich; wünschte sie doch dem Fürsten Karl „alles Glück" und bedauerte bloß, „daß ihm die inneren Zustände Rumäniens so wenig Sicherheit gewährten".[40]) Sie verschlimmerten sich schließlich in einer Weise, daß der Hohen-

[37]) Der Auslieferungsvertrag kam zunächst nicht zustande; er wurde erst am 27. Juni 1901 geschlossen (Bittner: Chronologisches Verzeichnis der österreichischen Staatsverträge III, 509, Nr. 4992). Der Abschluß des Handelsvertrages erfolgte am 22. Juni 1875 (ibid. III, 277, Nr. 4023), der des Eisenbahnvertrages (Anschluß der österreichischen, ungarischen und rumänischen Eisenbahnen) am 31. Mai 1874 (ibid. III, 266, Nr. 3978); ein Vertrag über den Anschluß der Eisenbahn Czernowitz—Jassy war am 22. Februar 1873 geschlossen worden (ibid. III, 256, Nr. 3935). Der gewünschte Abschluß einer Konvention über die Konsulargerichtsbarkeit erfolgte vor 1878 nicht und nach diesem Jahre wurde er durch die Unabhängigkeitserklärung Rumäniens ohnehin gegenstandslos. — Die Ernennung eines diplomatischen Agenten der Donaufürstentümer (in der Person des Herrn v. Steege) erfolgte im Januar 1869.

[38]) Wie z. B. Aufhebung der fremden Gerichtsbarkeit und der ausländischen Postanstalten. Das Nähere hatte Beust dem österreichischen Generalkonsul Baron Eder anläßlich seines Aufenthaltes in Wien auseinandergesetzt (Schreiben aus Bukarest, ddo. 21. November 1867). Am 24. Juli 1868 erfolgte der Abschluß einer Postkonvention, in welcher die rumänische Postverwaltung vollkommen selbständig erscheint (Bittner: Chronologisches Verzeichnis der österreichischen Staatsverträge III, 219, Nr. 3754). Im Dezember 1869 unterzeichneten der diplomatische Agent Steege und der russische Generalkonsul Baron Offenberg den Vertrag über Aufhebung der russischen Konsulargerichtsbarkeit.

[39]) Weisung nach Paris, ddo. Wien, 27. September 1867.

[40]) Unterredung Wimpffens mit Bismarck über Preußens und Rußlands Haltung zu Österreich (Bericht ddo. Berlin, 12. Oktober 1867).

zoller, des steten Parteizwistes überdrüssig, den Gedanken seiner Abdankung ernstlich erwog; der Zar aber hatte sich, einem Gerüchte zufolge, mit dem König von Preußen über die Nachfolge bereits verständigt: ein russischer Fürst sollte die Moldau und Walachei beherrschen.[41])

Beust hatte bereits die Gefahr erkannt, die der österreichischen Monarchie von Rußland her drohte, und deshalb als unerläßlich erachtet, daß Frankreich entschieden gegen die Zarenpolitik auftrete, oder dem Wiener Kabinett durch gemeinsame Abmachungen mit Rußland sichere Garantien gegen dessen Übergriffe gewähre; konnte aber Frankreich nicht vermocht werden, sich einer russischen Okkupation der Donaufürstentümer zu widersetzen und das etwaige Einschreiten Österreichs zu unterstützen, so mußte der Wiener Hof notgedrungen — eine Verständigung mit Preußen suchen.[42]) Es war das stärkste Mittel, dessen sich Beust, trotz allem Preußenhaß, im äußersten Fall bedienen wollte, um Napoleon III. mürbe zu machen; nur entfiel die Notwendigkeit, es anzuwenden, da in Salzburg folgendes vereinbart wurde: überschreiten die Russen den Pruth, so besetzen österreichische Truppen die Walachei.[43]) Österreich plante keineswegs eine Annexion, verabredete vielmehr mit Frankreich, daß dieses im gegebenen Fall die Zurückziehung der beiderseitigen Truppen beantragen und die Einberufung der Pariser Konferenz erwirken solle, um den traktatmäßigen Zustand wieder herzustellen.[44]) Nicht bloß der österreichischen, auch der ungarischen Regierung lag jedwede aggressive Ab-

---

[41]) Weisung nach Paris ddo. Wien, 25. August 1868. Jene Vereinbarung soll anläßlich der Schwalbacher Zusammenkunft (12. August 1868) getroffen worden sein.

[42]) Beusts „Exposée für Seine Majestät den Kaiser", 13. August 1867 (Anhang III).

[43]) Friedrich Ferdinand Graf Beust: Aus drei Vierteljahrhunderten II, 134.

[44]) Note Beusts (in Em. Olliviers „L'Empire libéral" IX, 581 ff. unvollständig abgedruckt). Siehe Anhang IV. In Rumänien war man damals — wie aus den Aufzeichnungen eines Augenzeugen (Aus dem Leben König Karls von Rumänien I, 220) erhellt — fest davon überzeugt, „daß bei der Kaiserbegegnung in Salzburg im Jahre 1867 über eine Annexion des Landes seitens Österreichs mit französischer Bewilligung unterhandelt worden sei" (N. Jorga: Geschichte des rumänischen Volkes im Rahmen seiner Staatsbildung II, 340). Prof. Jorga beruft sich auf die betreffende Eintragung, erwähnt aber mit keinem Worte des offiziellen Dementis der französischen Regierung, das sich in demselben Werk abgedruckt findet (I, 255 ff.).

sicht fern: „Wir perhorreszieren" — so äußerte sich Déak — „die Idee einer Annexion, und sollte ganz Europa uns zwingen wollen, die Donaufürstentümer zu inkorporieren, so müßten wir auf das entschiedenste gegen eine derartige Zumutung Protest einlegen."[45]) Nicht anders als der ehrwürdige Staatsmann, dessen Namen die damalige Regierungspartei auf ihre Fahne geschrieben hatte, dachte die Mehrheit der Nation: Diese erstrebte ihre Konsolidierung im Innern und nicht die Erweiterung der Monarchie nach dem Südosten Europas. Mochte auch kein Geringerer als der Hohenzoller selbst die Überzeugung aussprechen, daß all das Gerede von Annexionsgelüsten Österreich-Ungarns gänzlich unbegründet und lediglich „ein Parteimanöver" sei,[46]) der Argwohn wurde doch ins Volk getragen, wo er immer tiefere Wurzeln faßte. Hetzartikel gegen Ungarn gehörten schon damals zur Tagesordnung; nur wurden die Stimmungsberichte aus Siebenbürgen, welche die Vergewaltigung der Walachen durch die Magyaren in grellsten Farben schilderten, in Bukarest fabriziert. In dieser Hinsicht zeichneten sich das demokratische Blatt „Sentinella" und der „Romanul", das Organ Bratianus, ganz besonders aus; sie predigten Haß gegen Österreich-Ungarn, indem sie behaupteten, daß die Slawen- und Rumänenpolitik Beusts und Andrássys auf die Entnationalisierung dieser Volksstämme gerichtet sei.

Zugleich machte sich eine russophile Strömung bemerkbar. Napoleon III. hatte das Schlagwort des Nationalitätenprinzips geprägt, dem auch die Union ihre Entstehung verdankte; die Rumänen folgten daher dem Einflusse Frankreichs, so lange sie hofften, mit Hilfe dieser Macht ihren Staat in nationalem Sinne ausgestalten zu können. Gar bald aber mißtrauten sie dem Kaiser und näherten sich dem russischen Nachbar, der angeblich für die Wiedergeburt aller unterjochten und zerstückelten Nationalitäten eintreten wollte. Die daco-romanische Idee[47]) feierte nun ihre Auferstehung, sie bildete das Programm der führenden Partei und Väterchen Zar sollte ihr zum Durchbruch verhelfen. Bukowina, Siebenbürgen, Maramaros, rumänische Teile des Banats und Bul-

---

[45]) Zulauf von Pottenburg an Beust, ddo. Bukarest, 27. Februar 1869.

[46]) Bericht aus Bukarest vom 26. Februar 1869.

[47]) Ihr Urheber war der sächsische Pfarrer Roth, der in seiner im Jahre 1848 erschienenen Broschüre: „Von der Union und nebenbei ein Wort über eine mögliche daco-romanische Monarchie unter Österreichs Krone" den Sachsen den Anschluß an die Moldau-Walachei angelegentlich empfohlen hatte.

garien mit den Fürstentümern zu einem Reich vereinigt, das von der Theiß bis zum Schwarzen Meer, von den Karpathen bis ans Balkangebirge sich erstreckte! Man glaubte sogar, auch einen Teil Mazedoniens beanspruchen zu dürfen,[48]) entsagte jedoch, Griechenlands halber, zunächst jeder ernstlichen politischen Propaganda und begnügte sich bloß mit der Aufnahme einiger Zinzaren und Kutzowalachen in die rumänische literarische Gesellschaft.[49])

Die Verwirklichung des phantastischen Planes setzte nach Ansicht der führenden Partei die Ohnmacht oder die Auflösung der Türkei und der österreichischen Monarchie voraus. Bratianu und Rosetti sahen daher in den Feinden beider Reiche ihre besten Bundesgenossen: je entschiedener Preußen die Einigung Deutschlands anstrebte, die — wie man vermeinte — den Zerfall Österreichs bedingte, je mehr die russischen Intriguen den Zustand des kranken Mannes verschlimmerten, je ärger es die griechischen und serbischen Komitatschis trieben, um so besser; denn all dies konnte der großrumänischen Sache nur förderlich sein. Daraus, und keineswegs aus blinder Ergebenheit für Rußland, erklärte sich die russophile Politik der Bukarester Regierung. Exempla trahunt: Sardinien hatte die italienische Einheit mit dem Beistand Napoleons III. durchgesetzt und war nun gesonnen, sich der französischen Vormundschaft zu entziehen; Rumänien aber sollte seine Einigung mit Rußlands Hilfe vollführen, um in der Folge, territorial erstarkt und von Preußen unterstützt, die daco-romanische Schöpfung vor russischer Botmäßigkeit und russischem Einfluß zu bewahren.[50]) Ein Kabinettstück politischer Naivität! Schienen doch die Träumer einerseits dem Zarenreiche eine erstaunliche

---

[48]) Nämlich den von den Zinzaren und Kutzowalachen bewohnten Teil. Diese Stämme sprechen einen rumänischen Dialekt, der mit türkischen und griechischen Worten stark untermischt ist. Auf dasselbe Gebiet erhob auch Griechenland Anspruch.

[49]) Diese Gesellschaft war im Jahre 1866 von dem Unterrichtsminister C. A. Rosetti ins Leben gerufen worden, um die Einheit des rumänischen Volkes auf literarischem Gebiet zu verkörpern (Jorga II, 338 ff.). In Wirklichkeit aber dürfte man es mit dieser Beschränkung nicht sehr ernst genommen haben; denn allen politischen Einigungsbestrebungen am Balkan dienten literarische Zwecke als Deckmantel — eine Erscheinung, der man allüberall schon im Westen begegnet hat.

[50]) Berichte aus Bukarest vom 2. und 15. September 1868.

Selbstlosigkeit[51]) und andererseits dem Berliner Hofe ein Abrücken von Rußland zuzumuten, das er, wie sich später erwies, damals nicht im entferntesten plante. Ebensowenig wollte er den Zwist mit Österreich verschärfen; im Gegenteil: immer freundschaftlicher lautete die Sprache des preußischen Ministeriums und sie verriet den Wunsch nach Herstellung eines besseren Verhältnisses zwischen beiden Staaten.

Beust ergriff diesen günstigen Anlaß, um dem Grafen Bismarck nahe zu legen, daß er seine gute Gesinnung nun auch durch die Tat erweisen könnte: Fürst Karl möge von ihm ernstlich aufgefordert werden, die Ruhe der Nachbarn nicht zu stören. „Es versteht sich“ — so heißt es in dem an Wimpffen gerichteten Schreiben — „daß Herr Bratiano, der die dortige Politik dirigiert und an den der Fürst durch die Antecedentien gebunden zu sein scheint, offiziell den daco-rumänischen Schwindel verleugnet und die Aspirationen auf einen Staat aller Rumänen für ein Hirngespinst erklärt; allein es steht deshalb nicht minder fest, daß die Idee einer großrumänischen Krone von der Regierung im Stillen begünstigt wird, daß sie eine Versuchung für den Fürsten bildet und daß Komitees bestehen, welche mit Konnivenz der Regierung die Revolutionierung der rumänischen Bevölkerungen in den Nachbarreichen, in Siebenbürgen so gut wie in Bulgarien, betreiben.“[52])

Mochten wohlgesinnte Männer, wie Cantacuzeno und Stourdza, immerhin versichern, die rote Partei sei nur infolge innerer Zustände zeitweilig ans Ruder gelangt und Österreich dürfe daraus keinen Schluß auf feindselige Tendenzen ziehen — das Wiener Kabinett pflegte nun einmal sich weder um die Regierungsform der betreffenden Staaten, noch um die politische Farbe der leitenden Persönlichkeiten zu kümmern, sondern regelte seine internationalen Beziehungen einzig und allein nach den Interessen des Hauses Österreich; unmöglich jedoch konnte es einem Staatswesen vertrauen, dessen Ministerium mit der angeblichen Schwäche, ja sogar [53]) mit der Auflösung der Monarchie rechnete.

[51]) Nach Ansicht der führenden Partei hatten aus den Trümmern der europäischen Türkei nebst dem daco-romanischen Reich auch das serbische und griechische Reich zu erstehen.

[52]) Weisung nach Berlin vom 5. Februar 1868 (vgl. Rotbuch Nr. 2, 65 ff., und Ebeling: F. F. Graf von Beust II, 466).

[53]) Schon damals!

Beust hielt darüber seinen Bukarester Gästen ein kleines, aber eindringliches Privatissimum, das er seinerseits mit der Versicherung schloß, „que tout projet préjudiciable à leur pays était bien loin de notre pensée et que, tout au contraire, nous faisions des vœux pour voir assurer son indépendance, mais une indépendance égale dans toutes les directions".[54])

Noch andere Gründe nötigten das Wiener Kabinett zu einer Stellungnahme gegen Rumänien: die Judenhetzen, die ein Einschreiten schon deshalb erheischten, weil viele der verfolgten Israeliten österreichische und ungarische Staatsangehörige waren und als solche unter dem Schutze der Konsularbehörden standen; die Verleumdungen, denen sich bei diesem Anlaß das Generalkonsulat Jassy ausgesetzt sah; die preußisch-russische Waffenzufuhr nach Rumänien; die Organisierung und das Auftauchen rumänischer Banden in Bulgarien usw.

Österreich-Ungarn konnte sich daher gegenüber dem „neuen Kurs" im benachbarten Fürstentum nicht anders als „ablehnend" verhalten; ungerechtfertigt ist der Vorwurf, man habe am Ballplatz mangels verläßlicher Berichte und diplomatischen Augenmaßes die der Monarchie feindliche Bewegung überschätzt und höheren Stellen zugeschrieben, während sie doch das Machwerk „unlegitimierter Zeitungsschreiber" gewesen sei.[55])

Der Unabhängigkeitsgedanke trieb immer tiefere Wurzeln: schon wurde dem Fürsten der Titel „Souverain" selbst in Zuschriften gegeben, die die moldo-walachische Regierung an die Pforte richtete,[56]) und so hatte es den Anschein, als sollte in Bälde die Unabhängigkeitserklärung erfolgen. Die Rüstungen und Anmaßungen der von Bratianu geleiteten Fürstentümer fanden den lauten Beifall der europäischen Presse, während sich einzelne Kabinette in Schweigen hüllten. Nur Wien und London blieben nicht stumm: der englische Botschafter machte die Pforte, namens seiner Regierung, für die Ruhe am Balkan verantwortlich und er riet daher dem Großwesir, eine ernste Mahnung an den

[54]) Schreiben Beusts nach Bukarest, ddo. Wien, 5. April 1868 (Rotbuch Nr. 2, S. 70).

[55]) Jorga II, 340.

[56]) „On ne saurait supposer au prince une arrogance sans but, et ce but ne peut être autre que de rompre les liens du vasselage et déclarer, aussitôt que les armenens lui paraîtront suffisamment avancés, l'indépendance de la Roumanie." (Prokesch an Beust, Konstantinopel, 27. Oktober 1868.)

Hohenzoller zu richten; da aber der Vertrag von 1856 die Türkei in ihrer Aktionsfreiheit hinderte, so bemühte sich Beust um die Aufhebung der einschlägigen Bestimmungen[57]) — die Pforte sollte demnach nicht dort Unterstützung suchen, wo sie keine finden konnte, sondern sich selber helfen. Das war dem Großwesir aus dem Herzen gesprochen und er zeigte sich fest entschlossen, der Unabhängigkeitserklärung — wie auch Beust es wünschte[58]) — zuvorzukommen und ein Ultimatum an den Fürsten zu richten: entweder entsprach dieser den ihm durch internationale Beschlüsse auferlegten Verpflichtungen oder es überschritten türkische Truppen die Donau.[59]) Die Absicht der suzeränen Macht, sich auf diese gewaltsame Weise Geltung zu verschaffen, erregte aber den lebhaftesten Widerspruch Englands und Frankreichs; denn weder in London noch in Paris wollte man einem bewaffneten Einschreiten der Pforte zustimmen und das englische Kabinett verdächtigte sogar den Wiener Hof, daß er die kriegerischen Gelüste des Großwesirs nähre. Der Reichskanzler ließ sich in der Tat einschüchtern; er änderte seine Sprache, indem er der großherrlichen Regierung dieselbe Mäßigung empfahl, die der Monarchie angesichts der rumänischen Umtriebe in Siebenbürgen und der herausfordernden Truppenkonzentrierungen an den Grenzen als Richtschnur ihres Verhaltens diente.[60])

Beust erkannte in den Donaufürstentümern das stärkste Bollwerk gegen den panslawistischen Ansturm und wollte sie daher der russischen Einwirkung entziehen.[61]) Der ungarische Mi-

[57]) Weisung an die Botschafter in London und Paris, ddo. Wien, 3. November 1868. Marquis Moustier, beziehungsweise Lord Stanley, sollte nochmals gefragt werden, „s'il ne jugerait pas opportun que la Porte prît l'initiative d'un appel aux grandes Puissances, tendant à la dégager des entraves que les stipulations du traité de 1856 apportent à une action éventuelle de sa part".

[58]) Privatschreiben Beusts an Prokesch, Ofen, 19. November 1868.

[59]) Privatschreiben des Freiherrn v. Prokesch an Beust, ddo. Konstantinopel, 13. November 1868.

[60]) Weisung an Prokesch, ddo. Wien, 23. November 1868. „Nous comprenons" — heißt es in dieser Zuschrift — „ce qu'il doit en coûter à la cour suzeraine de garder son impassibilité, dans la prévision d'un acte déloyal médité par son vassal; mais puisque la France et l'Angleterre pensent qu'il vaut mieux que la Turquie s'abstienne de toute initiative armée, nous croirions manquer à un devoir si nous l'engagions avec instance à déférer à la voix de ceux dans lesquels, après tout, elle doit voir ses uniques alliés."

[61]) So war der Leitartikel der „Presse" vom 10. April 1868 wohl von Beust inspiriert.

nisterpräsident, Graf Andrássy, dachte und erstrebte dasselbe, wobei ihn auch die Absicht leitete, gegenüber dem russischen Rivalen, der den Südosten Europas als seine ureigene Domäne behandelte, den Einfluß Österreich-Ungarns am Balkan zu stärken; nur unterschied sich seine Orientpolitik von der des österreichischen Ministers darin, daß er den Balkan als ein für die Monarchie erstrebenswertes Ziel und nicht bloß als ein Mittel ansah, um Preußen zu erniedrigen.[62]) Beide Staatsmänner begegneten sich aber in dem Wunsch nach Enthebung Bratianus, dessen agitatorische und russophile Politik den Frieden Europas und die Beziehungen zu den Ländern der Stephanskrone gefährdete; er und seine Genossen hatten das Land in Schulden gestürzt, Verwaltung und Justiz vernachlässigt, die Rechtsverhältnisse umgestoßen und den ehrlichen fleißigen Bauer unverantwortlicherweise einer Horde von Ausbeutern geopfert. Königskrone und Eroberungen galten den gelehrigen Schülern Mazzinis und Ledru-Rollins als das einzige zu erstrebende Ziel und wenig kümmerten sie sich um die Protokolle der Garantiemächte. Auf Drängen Andrássys setzte sich Bismarck für die Entlassung des Ministeriums und die Beseitigung der Herrschaft „seiner roten Bande" ein. Der italienische Gesandte am Wiener Hof, Marchese Pepoli, suchte den Fürsten Karl gleichfalls von der Notwendigkeit eines solchen Schrittes und einer Annäherung an Österreich-Ungarn zu überzeugen: Karls Politik wolle den Fürsten in Gegensatz zu dem ungarischen Kabinett bringen! Das sei ihr Hauptfehler, während Ungarn nur das eine Interesse habe, „Schutzdämme zu errichten gegen die slawische Überschwemmung, die den Orient bedrohe". Rumänien

[62]) Vgl. Ed. Wertheimer: Graf Julius Andrássy. Sein Leben und seine Zeit I. 457. Prokesch meinte (1869), daß Graf Andrássy „noch nicht aus den zur Zeit des ungarischen Aufstandes herrschenden Ideen herausgekommen" sei. Der ungarische Ministerpräsident schien ihm insbesondere die Gefahr nicht zu erkennen, die der Monarchie aus der Losreißung Rumäniens und Serbiens drohte. „Ich möchte vor der Illusion warnen, die mir in Pest" — so schrieb er an Beust — „verbreitet scheint, daß wir Rumänien und Serbien zu uns herüberziehen können. Beide Länder, wenn zur Unabhängigkeit gelangt, haben das Interesse, auf unsere Kosten zu wachsen; nicht sie neigen sich zu uns, sondern unsere Rumänen und Südslawen neigen sich heute bereits und würden sich dann noch entschiedener zu ihnen neigen. Erst, nachdem sie den Umfang, den sie alsdann ihre natürlichen Grenzen nennen werden, erreicht, könnten Rumänien und Serbien an dem, was dann noch Österreich heißen würde, eine Stütze suchen gegen die Freunde, mit deren Hilfe sie den Raub an uns begangen hätten". (Privat-

sei kein slawisches Land, „habe also alles zu gewinnen und nichts zu verlieren, wenn es das Vordringen der slawischen Rasse verhindere; im entgegengesetzten Fall würde es von dem Schicksale Polens befallen werden". Ungarn sei in derselben Lage. „La force de l'un est la force de l'autre. Acceptez" — rief der italienische Freund dem Hohenzoller zu — „la main que le cabinet hongrois vous offre franchement et loyalement!"[63])

Das Ministerium Golesko-Bratianu wich gemäßigteren Männern,[64]) die sich in ihrem Programm zu vollster Loyalität gegenüber der Pforte und den Garantiemächten verpflichteten. Nur meinte Cogalniceanu, der neue Minister des Äußern, daß ihm die ungarische Regierung diese Aufgabe durch das eine und andere Zugeständnis an die Rumänen Siebenbürgens erleichtern sollte, die sich vielfach der Gefahr der Entnationalisierung ausgesetzt wähnten. Die Bukarester Hetzpresse, die eigentliche Urheberin der Beunruhigung, ließ er allerdings unerwähnt, wie er auch die im internationalen Verkehr gezogene Grenzlinie übersah, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates nicht gestattete.[65]) Anders lautete die Sprache des Minister-

---

schreiben an Beust, ddo. Konstantinopel, 27. Oktober 1868.) Prokesch vertrat sonach die Ansicht, daß die Erhaltung der Türkei im Interesse der Monarchie liege. Er fand, daß sich Andrássy in der Folge zu dieser Auffassung bekehrt und es als unerläßlich angesehen habe, den christlichen Völkerschaften am Balkan nur eine Behandlung zuteil werden zu lassen, die sie nicht in das russische Lager triebe. Damit war Prokesch durchaus einverstanden, aber nicht mit dem Vorschlag voller Berücksichtigung ihrer nationalen Wünsche. (Graf Prokesch-Osten: Sechzehn Jahre in Konstantinopel.)

[63]) Schreiben des Marchese Pepoli an den Fürsten Karl, ddo. Wien, 24. November 1868 (Aus dem Leben König Karls von Rumänien I, 307 ff.).

Goldene Worte! Denn das Ziel der russischen Politik war bis zum Zusammenbruch das gleiche geblieben; es wies nach Byzanz, und der Weg dahin führte, wenn nicht über vernichtete Nationen, so doch über russische Vasallenstaaten — einem solchen Schicksal wäre auch Rumänien verfallen, wenn die Revolution dem Imperialismus der Romanows nicht den Todesstoß versetzt hätte.

[64]) Ministerium Demeter Ghika.

[65]) Der österreichisch-ungarische Generalkonsul in Bukarest, Baron Eder, konnte nicht umhin, bei diesem Anlaß einen etwas belehrenden Ton anzuschlagen, der aber durchaus berechtigt war: „Befassen wir uns" — so sagte er dem Minister — „mit der Moldo-Walachei, wo das Ministerium eine große Aufgabe und ein weites Feld lohnender Tätigkeit finden wird. Je weniger Sie sich mit den Interessen der ungarischen Krone und mit der Beunruhigung in Siebenbürgen beschäftigen, desto mehr werden Sie moldo-walachische Interessen fördern

präsidenten Demeter Ghika, der dem österreichisch-ungarischen Generalkonsul in Bukarest unumwunden gestand, „es sei die Unzufriedenheit unter den Rumänen Siebenbürgens künstlich von außen erzeugt und es könnten die Moldo-Walachen ihren Stammesgenossen keinen besseren Dienst leisten, als sich möglichst wenig mit ihnen zu beschäftigen“.[66])

Die Monarchie verspürte nicht viel von guten Wirkungen des eingetretenen Kabinettwechsels; denn trotz freundschaftlichen Beteuerungen des Fürsten und seiner Räte nahmen die Waffenzufuhren und Rüstungen ebenso ihren unbehinderten Fortgang, wie die Wühlereien unter den rumänischen Bevölkerungen Siebenbürgens und Ungarns. Dies paßte gar übel zu Beusts leitendem Grundsatz, den Status quo überhaupt aufrecht zu erhalten; er wollte daher auch gegen die suzeräne Macht gerichtete Tendenzen der Fürstentümer, und zwar um so weniger dulden, als er sich selber von jeder Absicht frei wußte, die Monarchie auf Kosten der Moldau und Walachei zu bereichern. Allerdings wollte der Reichskanzler nicht jeder Nachricht über rumänische Umtriebe auf österreichisch-ungarischem Gebiete leichthin Glauben schenken; andererseits war er, durch die Erfahrung gewitzigt, mißtrauisch geworden, so daß er auch gewisse Beteuerungen der Bukarester Regierung nicht ohne weiters für bare Münze nahm.[67]) Bratianu, nunmehr Präsident der Kammer und Führer der Opposition, spielte seine Rolle als Cavour Rumäniens weiter und propagierte die Eroberung Siebenbürgens; Cogalniceanu versicherte, daß dies lediglich „ein Wahlmanöver“ sei: in der Moldau rufe jener: „Nieder mit den Juden!“, in der Walachei aber:

---

und jeden Grund der Besorgnis beseitigen, daß sie von Ungarn aus beunruhigt werden könnten.“ (Bericht ddo. Bukarest, 7. Dezember 1868.)

[66]) Bericht Eders vom 8. Dezember 1868 (Prokesch an Beust, ddo. Konstantinopel, 18. Dezember 1868).

[67]) „Eine Warnung aber, welche durch mehrfache Erfahrungen gerechtfertigt wird, mögen Sie sich“ — so schrieb Beust dem österreichisch-ungarischen Agenten Zulauf — „beständig vor Augen halten: daß es nämlich in der Moldowalachei, wie wohl kaum in einem andern Lande, not tut, bei Einholung von Informationen die äußerste Vorsicht walten zu lassen und die Beteuerungen, mit denen man dortlands allzu verschwenderisch umzugehen pflegt, nur unter sehr guter Gewähr und nach sorgfältiger Prüfung seinen Urteilen und seinem Vorgehen zugrunde zu legen.“ (Instruktion für den zum k. u. k. Agenten und Generalkonsul in den Fürstentümern der Moldau und Walachei ernannten Nikolaus Ritter v. Zulauf, ddo. Wien, 5. Februar 1869.)

„Hoch Siebenbürgen!“[68]) Und doch mußte die demagogische Presse die größten Bedenken erregen.[69]) Bratianu arbeitete für die Republik und trieb es schließlich derart, daß man sagen konnte: „Seine Partei muß ihr annexionistisches Programm durchführen, „coûte que coûte — au risque de jouer va banque“.[70]) Der Wiener Besuch des Fürsten versetzte daher die Radikalen in Bestürzung und Wut; sie bezeichneten ihn als „Hochverrat“. Denn Karl hatte sich in seinen Gesprächen mit Beust entschieden gegen den Vorwurf verwahrt, als habe seine Regierung jemals die Umtriebe in Siebenbürgen begünstigt.

* * *

Der Fürst richtete einen Brief an Kaiser Franz Josef, worin er dankbar der herzlichen Aufnahme in Wien gedachte und dem befreundeten Herrscher zugleich seine Verlobung mitteilte.

Das Antwortschreiben des Monarchen trug die Adresse: „A Son Altesse Sérénissime le prince Charles de Moldo-Valachie.“ Dies bot der Bukarester Regierung einen günstigen Anlaß, die schon früher angeregte Titelfrage nochmals zur Sprache zu bringen.[71])

Die europäische Presse, selbst die in Konstantinopel erscheinende offiziöse „Turquie“ nannte den Hohenzoller kurzweg „Fürst von Rumänien“ und die Fremdmächte, England und Frankreich inbegriffen, schlossen sich in amtlichen Zuschriften und

---

[68]) Bericht ddo. Bukarest, 12. März 1869.

[69]) Es sei da auf den im „Etoile d'Orient“ vom 20. Februar (4. März) 1869 erschienenen Artikel aufrührerischen Inhaltes verwiesen.

[70]) Bericht ddo. Bukarest, 9. März 1869.

[71]) Als es sich (im Juni 1868) um den Abschluß einer Postkonvention mit der Moldo-Walachei handelte, ersuchte der fürstliche Kommissär Falcojano den österreichisch-ungarischen Bevollmächtigten, die Bezeichnung „Roumanie“ zu wählen. Das Wiener Kabinett sprach sich jedoch dagegen aus und so hieß Fürst Karl in der Konvention nicht anders als: „Prince régnant des Principautés Unies“. Der Titel „Charles Prince des Roumains“ gab im April 1869 zu Bedenken Anlaß, da ihn die Bukarester Regierung als Legende auf die neuen Münzen setzen wollte (Bericht aus Bukarest vom 29. April 1869 und aus Konstantinopel vom 4. Mai 1869). Immerhin wollte das Wiener Auswärtige Amt nicht protestieren, ehe es über die Haltung der übrigen Kabinette im klaren war; auch lag noch keine Notifikation der Bukarester Regierung vor, und ferner hatte es Karl zunächst mit einem Suzerän zu tun, der ihn laut Investiturferman nur als Fürsten der vereinigten Fürstentümer anerkannte (Note De Pouts vom 16. Juni 1869 ad Bericht ddo. Bukarest, 29. April 1869).

Instruktionen dem allgemeinen Sprachgebrauch an, desgleichen die österreichischen Behörden. Nur das Wiener Kabinett machte, und zwar aus rein formalistischen Gründen, eine Ausnahme, was in Bukarest gar übel vermerkt wurde.[72] Der Ministerrat beschloß nun, den Schutzmächten und der Pforte die Änderung der am 19. August 1858 festgesetzten Titulatur in aller Form zu notifizieren; [73] die Botschafter Frankreichs und Englands verbürgten die Zustimmung ihrer Regierungen und hiemit entfielen die letzten Bedenken für Beust und Andrássy, die beide gewiß nicht gesonnen waren, sich die Rumänen zu entfremden.[74] Das Wiener Kabinett rechnete ferner mit der natürlichen Entwicklung der Dinge, die sich nicht hemmen ließ; es hatte auch das Beispiel Serbiens vor Augen und hoffte zugleich, daß durch rechtzeitige Erfüllung eines nationalen Wunsches jede weitere Aspiration — wie etwa die nach Erhebung Rumäniens zum Königreich — wenn nicht beseitigt, so doch mindestens vertagt werden könnte.[75] Beust zögerte daher keinen Augenblick, die Sache des Fürsten bei den übrigen Höfen zu vertreten; er tat es mit solcher Wärme, daß man in London und Konstantinopel den Verdacht hegte, er habe die Titelfrage in Bukarest selbst angeregt.[76]

Der Großwesir verhielt sich ablehnend; er deutete den Schritt der Botschafter Englands, Frankreichs und Österreich-Ungarns als einen Versuch, in den Pariser Vertrag, in dieses ohnehin schwache Bollwerk der Unverletzbarkeit türkischen Gebietes, eine neue Bresche zu schlagen,[77] und er wunderte sich nur, daß die österreichisch-ungarische Grenzmacht trotz ihren drei Millionen rumänischen Untertanen vor einem derartigen

[72]) Bericht ddo. Bukarest, 7. November 1869.

[73]) Bericht ddo. Bukarest, 9. Dezember 1869. Die Bezeichnung „Fürstentum Rumänien“ galt seit 1861.

[74]) Graf Andrássy soll sich geäußert haben, „es existiere ebenso ein Rumänien und eine rumänische Nationalität, so wie ein Ungarn existiere“. (Aus einer Rede des Abgeordneten Cogalniceanu in der Sitzung der Deputiertenkammer vom 21. Februar [4. März] 1872. [Bericht Nr. 29, ddo. Bukarest, 6. März 1872.])

[75]) Weisung Beusts an Prokesch, ddo. Wien, 16. Dezember 1869, am 18. desselben Monats den österreichisch-ungarischen Vertretern in Paris, London und Florenz mitgeteilt.

[76]) Privatschreiben Apponys an Beust, ddo. London, 21. Dezember 1869; Bericht ddo. Konstantinopel, 14. Januar 1870.

[77]) Bericht ddo. Konstantinopel, 31. Dezember 1869.

Wagnis nicht zurückschreckte. Nicht anders dachte Prokesch, der auch die rumänische Politik des Reichskanzlers auf ungarische Einflüsse zurückführte.[78]) Immerhin brachte er die Titelfrage nochmals zur Sprache. Er legte dem Growesir nahe, daß es sich um eine Forderung handle, die früher oder später bewilligt werden müßte; die Klugheit erheische daher, beizeiten aus Gefälligkeit, statt in der Folge gezwungen nachzugeben. Der Internuntius besprach auch den möglichen Fall, daß der Fürst sogar das Äußerste wagte und sich unabhängig erklärte: die Pforte hätte dann Rumänien zum Freund, der nur e i n e n Nachbar — Rußland — zu fürchten brauchte und sich schon deshalb auf Österreich-Ungarn und die vormals suzeräne Macht stützen müßte. „La condescendance dans la petite question d'aujourd'hui" — mit diesem Hinweis auf die Zukunft schloß Prokesch seine Ausführungen — „vous faciliterait donc de vous faire un jour de la Roumanie un bouclier et affaiblirait dès aujourd'hui l'ascendant de la Russie dans ce pays dû en grande partie au rôle de protectrice des aspirations nationales."[79])

Der Großwesir aber vertrat die entgegengesetzte Ansicht, denn er glaubte nicht, daß der russische Einfluß durch die der Pforte abgerungenen Zugeständnisse irgendwelche Einbuße erfahren habe; er war vielmehr vom Gegenteil und auch davon überzeugt, daß ein unabhängiges Rumänien Schutz und Schirm niemals bei der Pforte und dem Haus Österreich suchen werde: „Le foyer du sentiment national roumain est à Bucarest, vous apprendrez sa force et l'usage que plus d'une Puissance en saura faire à votre détriment et au nôtre. La Roumanie indépendante sera un brandon jeté dans vos pays et dans les nôtres." [80])

Schild und Feuerbrand — zwei Auffassungen standen sich da schroff gegenüber; nur hatte Prokesch als gehorsamer Diener seiner Regierung im Sinne des ungarischen Ministerpräsidenten gesprochen, in seinem Innersten aber dem Großwesir Recht gegeben. Er mißbilligte die Balkanpolitik des Wiener Kabinetts;

[78]) Er schloß seine Betrachtungen hierüber mit folgendem Ausspruch: „Wenn die Lebensinteressen eines Staates nicht mehr aus einem und demselben Mittelpunkt, nicht mehr als ein Ganzes behandelt werden können, so gleicht der Staat einem Schiff, dessen Segel in sich gegenseitig lähmenden Richtungen gestellt sind." (Graf Prokesch-Osten: Sechzehn Jahre in Konstantinopel.)

[79]) Bericht ddo. Konstantinopel, 14. Januar 1870.

[80]) Bericht ddo. Konstantinopel, 14. Januar 1870.

denn sie förderte die Losreißung Rumäniens und Serbiens als ein Mittel, den russischen Einfluß zu bekämpfen; sie traute den ungarischen Serben und Rumänen die Besonnenheit zu, lieber im Verbande der Monarchie zu bleiben, als sich ihren unabhängig gewordenen Stammesgenossen anzuschließen, und sie hielt es sogar für möglich, daß diese ihren politischen Schwerpunkt in Österreich-Ungarn suchen würden. Der Internuntius sah weder die Erwartungen des auswärtigen Amtes gerechtfertigt, noch Maßnahmen ergriffen, um Bukarest und Belgrad ihrer Stellung als nationale Mittelpunkte zu entkleiden und durch solche innerhalb der ungarischen Grenze zu ersetzen. Wohl lag der Gedanke nahe, dem russischen Ansturm das Selbstgefühl der serbischen und rumänischen Nationalität entgegenzustellen; auf daß es sich aber bewähre, mußten beide Volksstämme vorher ihr Einigungswerk zum Abschluß gebracht haben, damit sie des ferneren Beistandes Rußlands nicht mehr bedürften. Glaubte Graf Andrássy denn wirklich, es könnte der russische Einfluß an Boden verlieren, solange ein Teil der Serben und Rumänen unter ungarischer Herrschaft lebte? Prokesch bezweifelte es, wie er auch das ungarische Regime für die nach voller Unabhängigkeit strebenden Rumänen und Serben, die noch unter türkischer Oberherrlichkeit standen, für keineswegs so verlockend hielt, daß sie jemals entweder freiwillig, oder im Falle kriegerischer Verwicklungen nur halb gezwungen übertreten könnten. Er meinte vielmehr, daß sie ihrer tatsächlich bestehenden Unabhängigkeit gewiß nicht leichthin entsagen, sondern Rußland zu ihrem Schutze auffordern würden. Auch der von Kossuth ersehnte Verband der Donaustaaten, mit Ungarn an der Spitze, konnte nach der Ansicht des Internuntius nur durch den Verzicht auf die Serben und Rumänen Österreich-Ungarns verwirklicht werden, ohne jedoch eine sichere Gewähr gegen die Einmischung Rußlands zu bieten.[81])

Dieses schloß damals mit der rumänischen Regierung eine Konvention, die die Stellung seiner Untertanen in den Fürstentümern regelte.[82]) Wohl verletzte es dadurch den Pariser Vertrag, die Westmächte aber waren keineswegs berechtigt, ihm daraus einen Vorwurf zu machen; denn Rußland krönte nur ihr Werk, indem es die Moldo-Walachei als einen unabhängigen Staat an-

[81]) Graf Prokesch-Osten: Sechzehn Jahre in Konstantinopel.

[82]) Jurisdiktions-Konvention ddo. Bukarest, 29. November 1869.

erkannte[83]) und dem Hohenzoller den Titel eines Fürsten von Rumänien beilegte. Und da wollte Gortschakow dem Wiener Kabinett glauben machen, daß er nur dem Drucke der Monarchie, und zwar sehr ungern nachgegeben habe![84]) Er schien zu vergessen, daß Beust, trotz warmer Befürwortung des Wunsches der Bukarester Regierung, vertragstreu handelte und eben deshalb die Zustimmung der Pforte für unerläßlich hielt.

Allerdings hätte diese Vertragstreue des Wiener Auswärtigen Amtes als zu schroff und pedantisch gedeutet werden können, da ja die Moldo-Walachei im politischen Kalkul der Türkei nicht gar hoch bewertet wurde; für die Monarchie aber bildeten die Fürstentümer einen wichtigen Faktor, hauptsächlich im Hinblick auf Ungarn, dessen geographische Lage schon die Pflege gutnachbarlicher Beziehungen gebot. Und wenn auch der Reichskanzler in der Titelfrage im Einvernehmen mit der suzeränen Macht vorgehen wollte, so lag ihm doch die Absicht fern, lediglich einer Formalität halber die Reibungsflächen zwischen der Monarchie und dem rumänischen Nachbarstaat zu erweitern, der, trotz ihm traktatmäßig eingeräumter Ausnahmsstellung, nichts weniger als Genügsamkeit bekundete. Beust wandte sich daher nicht an den Großwesir, sondern, wie er deutlich hervorhob, an Ali Pascha: „Si le gouvernement du Sultan trouvait pour sa part“ — so schrieb er ihm — „des obstacles insurmontables à donner aux soi-disant descendants des anciens Romains le nom qui résonne si mélodieusement à leur oreille, ayez au moins la bonté de me faire savoir sous main que Vous nous donnez licence de condescendre à leur plus cher désir et de ne plus leur infliger une dénomination qui leur fait l'effet d'un sobriquet. Vous nous débarrassez ainsi d'une gêne journalière et nous Vous en saurons une gré infini.“[85])

Ali Pascha führte auch diesmal alle Verlegenheiten auf die Politik der Konzessionen zurück; er sah diese als Schwäche gedeutet, die Ansprüche der Fürstentümer nur noch gesteigert und

[83]) Rußland entsprach überdies einem allgemeinen Bedürfnis, indem es die Regelung der Konsularjurisdiktion anbahnte; denn die Aufhebung oder zum mindesten die wesentliche Änderung der Kapitulationen war schon längst von allen Mächten, selbst von der Pforte, als notwendig erachtet worden.

[84]) Bericht ddo. Petersburg, 20./8. Januar 1870. Weisung an Chotek vom 16. und an Prokesch vom 17. Februar desselben Jahres.

[85]) Graf Beust an den Großwesir, ddo. Wien, 27. Januar 1870.

außerdem einen Herd revolutionärer Umtriebe geschaffen, wie es ihm der Umstand bewies, daß das bulgarische Komitee seinen Sitz in Bukarest aufgeschlagen hatte. Er glaubte daher nicht, daß die Rumänen jemals Enthaltsamkeit üben könnten: je mehr man sie zu fürchten und sich ihren Launen zu unterwerfen schien, je mehr man sie in dem Wahne bestärkte, daß der europäische Friede nur von ihnen abhängig sei, desto weniger durfte man — nach der Ansicht des Großwesirs — hoffen, „diese kleinen Herren“ gefügig zu machen.[86])

Die Pforte spielte die undankbare Rolle einer Kassandra; sie predigte tauben Ohren und so mußte Ali Pascha zu der Überzeugung gelangen, daß die Garantiemächte absichtlich den Abfall der Fürstentümer vorbereiteten. „Rumänien an sich ist kein Verlust für uns“ — sagte er eines Tages dem Internuntius — „und wenn es heute an Österreich fiele, würden wir es für einen Gewinn ansehen. Was aber unter den bestehenden Verhältnissen diesen Verlust zu einer Gefahr macht, ist, daß Serbien unfehlbar dem Beispiele Rumäniens folgen wird. Rumänien hat keinen Verband mit Bulgarien. Die Loßreißung Serbiens aber stellt uns die schlimmste Zukunft vor Augen.[87]) Immerhin wollte sich der Großwesir dem Wiener Hofe gefällig erweisen; nur verlangte er, daß die diplomatische Form gewahrt: die Titeländerung durch ein in Paris oder Konstantinopel zu unterzeichnendes Protokoll geregelt werde.[88])

In einem gewissen Zusammenhange mit der Titelfrage stand das Verlangen des Fürsten, Münzen ohne Vasallitätszeichen prägen zu dürfen — nach der Ansicht des Großwesirs ein weiterer Schritt zum Abfall der Moldo-Walachei. Berief sich nun die

[86]) Ali Pascha an Beust, ddo. 2. März 1870.

[87]) Privatschreiben des Internuntius an den Reichskanzler Grafen Beust, ddo. Konstantinopel. 4. Februar 1870.

[88]) Privatschreiben des Internuntius an den Reichskanzler Grafen Beust, ddo. Konstantinopel, 4. Februar 1870, und Berichte aus Konstantinopel vom 4. und 11. Februar 1870. Am 15. desselben Monats teilte der österreichisch-ungarische Generalkonsul dem rumänischen Minister des Äußern mit, „que le gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique ne voit pas d'inconvénients pour sa part à l'introduction du nom de ‚Roumanie‘ dans les relations internationales et que, conformément au désir du Gouvernement princier, Son Excellence Mr l'ambassadeur de l'Empereur à Constantinople a été chargé d'appuyer auprès de la sublime Porte de concours avec ses collègues la démarche à faire dans ce but par l'agent princier“. Beusts Weisung war vom 8. Februar datiert.

Pforte auf die Vereinbarung vom Herbste 1866,[89]) so konnte es gar leicht geschehen, daß dieser Hinweis unbeachtet blieb und sämtliche Garantiemächte Partei für den Hohenzoller ergriffen. Einer solchen Demütigung wollte sich Ali Pascha nicht aussetzen, weshalb er die Forderung der Bukarester Regierung zunächst ignorierte.[90])

Fürst Karl hielt daran fest, daß Rumänien nie von der Türkei erobert worden sei, sondern stets nur freie Schutzverträge mit ihr abgeschlossen habe;[91]) er war daher gesonnen, die Münzen ohne das Vasallitätszeichen prägen zu lassen und den Tribut an die Pforte in dieser Währung oder, im Falle der Ablehnung, gar nicht zu entrichten. Also äußerte er sich gegenüber Napoleon III.[92])

Die neuen Münzen trugen in der Tat kein Zeichen der Oberherrlichkeit des Sultans, wohl aber das Brustbild des Fürsten und die Umschrift: „Karl, Fürst der Rumänen". Das Wiener Kabinett konnte sich mit dieser im Sinne der Nationalitätsidee lautenden Bezeichnung um so weniger einverstanden erklären, als sie auch die Hoheit über die Rumänen Österreich-Ungarns voraussetzte und sonach gegen die Monarchie gerichtet war.[93]) Graf Beust, der sich die günstige Wendung in der Titelfrage als sein Verdienst zuschreiben durfte, sah nun seine Bemühungen so gut wie gescheitert, denn Frankreich erklärte ausdrücklich, daß es ein

---

[89]) Den Fürstentümern war damals das Recht eingeräumt worden, eigene Münzen zu prägen, die jedoch ein Vasallitätszeichen aufweisen sollten, und Fürst Karl hatte diese Bedingung ausdrücklich angenommen. (Aus dem Leben König Karls von Rumänien I, 132, 134.) Unter dem Ministerium Bratianu wurde im April 1867 ein Gesetz publiziert, wonach die Münzen bloß das Landeswappen, die Wertangabe und die Jahreszahl der Prägung aufweisen sollten (Bericht aus Bukarest vom 9. Mai 1867); mit Berufung auf dieses Gesetz ersuchte das Ministerium Cogalniceanu im Jahre 1869 die Pforte, jene Klausel fallen zu lassen.

[90]) Bericht ddo. Konstantinopel, 2. April 1869.

[91]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 19 ff.

[92]) Der Fürst hatte dem österreichisch-ungarischen Generalkonsul Zulauf v. Pottenburg folgendes Zwiegespräch mitgeteilt: „Comment Vous arrangerez-Vous avec la Porte?" „Je lui payerai le tribut en cette monnaie." „Et si elle ne l'acceptait pas?" „Je ne payerai pas le tribut." (Bericht ddo. Bukarest, 12. Februar 1870.)

[93]) Prokesch schrieb dem Generalkonsul in Bukarest, daß er es sehr bedauern müßte, „wenn die Anmaßung, die in dem erwähnten Titel liegt und die eigentlich gegen uns gerichtet ist, von den Mächten zugegeben würde". (Bericht ddo. Konstantinopel, 4. Mai 1869.)

Fürstentum „Rumänien" nicht anerkennen wolle, ehe die Münzfrage ordnungsgemäß gelöst worden sei.[94]) Das vertragstreue Wiener Kabinett konnte diesen Standpunkt nur billigen und es folgte daher dem Beispiele Frankreichs; es ließ jedoch, auch des gedeihlichen Fortganges wichtiger Verhandlungen halber, dem Ministerium des Fürsten vertraulich den Wink geben, noch rechtzeitig einzulenken.[95])

Der rumänische Agent in Konstantinopel, Demeter Sturdza, bezeichnete die Prägung mit Recht als eine „Albernheit und Überstürzung";[96]) trotzdem legte die Pforte auch diesmal eine versöhnliche Haltung an den Tag; sie wendete nichts gegen den Vollzug des unter dem Ministerium Bratianu kundgemachten Gesetzes ein, wonach die Landesmünzen kein Suzeränitätszeichen tragen sollten; im Fall der Beibehaltung des fürstlichen Bildnisses und Titels [97]) aber verlangte sie, daß man in irgendeiner Weise den Verpflichtungen genüge, die der Hohenzoller anläßlich seiner Investitur übernommen habe; nur erklärte die Pforte die Legende „Fürst der Rumänen" als unzulässig und sie bestand zugleich auf der Einziehung der schon in Umlauf gesetzten Münzen.[98]) Die Bukarester Regierung verschloß sich nicht der Einsicht, daß man die Pforte verletzt habe, und suchte den Fehler dadurch wieder gut zu machen, daß sie die Prägung auf ein Mißverständnis zurückführte.[99]) Beust sah nun die Möglichkeit eines Ausgleiches gegeben, ebenso Andrássy, der dem moldo-walachischen Agenten seine Unterstützung zusagte.[100]) Fürst Karl jedoch blieb unbeugsam, trotz freundschaftlichem Rat des ungarischen Ministerpräsidenten, ein aufklärendes Schreiben an den Sultan zu richten. „Die Prägung der Münze war eine unabweisliche Not-

[94]) Weisung nach Konstantinopel, ddo. Wien, 27. März 1870, und Bericht ddo. Paris, 1. April 1870.

[95]) Weisungen nach Bukarest, ddo. Wien, 29. März und 24. April 1870. Es handelte sich unter anderem um die Eisenbahnanschlüsse und den beiderseitigen Vollzug gerichtlicher Erkenntnisse.

[96]) Bericht aus Konstantinopel vom 12. April 1870.

[97]) „Karl I., Fürst von Rumänien."

[98]) Ali Pascha an den Fürsten Karl, 10. April 1870 (Beilage eines Berichtes aus Konstantinopel vom 19. desselben Monates.)

[99]) Bericht aus Bukarest vom 26. April 1870.

[100]) Weisung nach Konstantinopel vom 8. Mai 1870; Unterredung des Grafen Andrássy mit Demeter Sturdza. (Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 89).

wendigkeit und ich kann nunmehr unmöglich zurück" — so äußerte er sich gegenüber dem österreichisch-ungarischen Vertreter.[101]) Der Großwesir bestand nach wie vor auf Einziehung der Münzen und er war es satt, die Pforte als „Registraturbureau für vollendete Tatsachen" behandeln zu lassen, die sie hinnehmen sollte, um dem Fürsten keine Unannehmlichkeiten zu bereiten.[102]) Es bot sich also keine Aussicht, ohne Dazwischentreten der Mächte die Münz- und mit ihr die Titelfrage jemals in befriedigender Weise zu lösen.[103]) Wohl schrieb der Fürst dem Großwesir, daß es ihn peinlich berühre, das Vorgehen der rumänischen Regierung falsch gedeutet zu sehen; denn man habe nicht im entferntesten daran gedacht, die Rechte des Sultans zu verletzen, sondern dem Texte der Vereinbarung lediglich „einen weniger engen Sinn gegeben". Aber er erklärte zugleich, daß die Regierung, nachdem die Münze schon eingeweiht sei, von diesem Rechte nicht mehr zurücktreten könne, ohne die Parteileidenschaft neu zu entfachen.[104])

Auch in der Frage der Vertretung des türkischen Vasallenstaates zeigte sich Beust den nationalen Wünschen geneigt. Die Pforte bestritt den Fürstentümern das Recht, politische Agenten bei den Höfen zu beglaubigen.[105]) Trotz ihrem ausdrücklichen

[101]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 97. — Bericht ddo. Bukarest, 25. Mai 1870.

[102]) Bericht ddo. Konstantinopel, 27. Mai 1870.

[103]) „Erklärten die Mächte dem Fürsten, daß sie die natürlichste Lösung in der Zusage seinerseits an die Pforte fänden, keine weitere Emission der verpönten Münze zu machen, sondern fortan nach Gesetz und Übereinkommen zu münzen, so würde der Fürst, nicht dem Verlangen der Pforte, sondern dem der befreundeten Mächte nachgebend, diesen Schritt vor seinem Lande wohl ohne Gefahr tun können, und auch die Pforte würde, wie ich glaube, das Geschehene fallen lassen. Der englische Botschafter ist gleichfalls der Ansicht, daß eine entsprechende Zusage für die Zukunft der Pforte möglich machen würde, über das Geschehene wegzusehen." (Prokesch an Beust, ddo. Konstantinopel, 30. Mai 1870.)

[104]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 105 ff.

[105]) Zirkularerlaß des türkischen Ministers des Äußern vom 3. Februar 1869. „Des personnes, se donnant le titre d'agent diplomatique des Principautés-Unies, commencant déjà" — so klagte Ali Pascha — „à s'installer dans quelques unes des capitales de l'Europe, et même, l'une de ces personnes a cru pouvoir faire poser sur la porte d'entrée de sa résidence un écusson portant les anciennes armes Moldo-Valaques, avec celles de la famille Hohenzollern, surmontés d'une couronne royale et de l'inscription suivante: Agence diplomatique de Roumanie." (Ali Pascha an Hayder Effendi, türkischen Botschafter in Wien, ddo. Konstantinopel,

Hinweis auf den Vertrag von 1858[106]) schrieb ihr der Reichskanzler aggressive Absichten zu; denn seiner Überzeugung nach strebte man, ermutigt durch den günstigen Ausgang des griechischen Streites, nichts Geringeres an, als die in den letzten Jahren allmählich emanzipierten Gebiete wieder in größere Abhängigkeit von der ottomanischen Herrschaft zu bringen. Österreich-Ungarn hatte die Pforte jederzeit in der Verteidigung legitimer Rechte unterstützt; aber so weit wollte Beust nicht gehen, daß er auch eine Politik förderte, die, wie er vermeinte, — unter dem Vorwand der Kräftigung des türkischen Prestiges — Verwicklungen in den Vasallenstaaten heraufzubeschwören und den Frieden zu gefährden drohte. Ebensowenig beabsichtigte er, der Türkei zuliebe auf die Mittelsperson eines, wenn auch nur offiziösen Agenten der Fürstentümer zu verzichten,[107]) denn die Mannigfaltigkeit der beiderseitigen Beziehungen und die Rücksicht auf die zahlreichen in der Moldo-Walachei lebenden österreichischen Staatsangehörigen erheischte einen direkten Verkehr mit der Bukarester Regierung. Er schädigte in keiner Weise die Rechte der suzeränen Macht, da er nur Angelegenheiten betraf, die in den Rahmen der den Fürstentümern eingeräumten Autonomie fielen.[108]) Aus denselben Gründen hatte die Monarchie administrative Vereinbarungen mit der Moldau und Walachei schon zu einer Zeit geschlossen, wo diese Autonomie noch nicht durch Beschluß der Großmächte festgesetzt war.[109])

* * *

25. August 1869. Beilage einer an den Grafen Hoyos nach Paris gerichteten Weisung vom 7. September desselben Jahres.)

[106]) Der Artikel IX des Vertrages vom 19. August 1858 räumte der fürstlichen Regierung nur das Recht ein, sich in Konstantinopel vertreten zu lassen.

[107]) Der moldo-walachische Vertreter in Wien (Steege) wurde lediglich als ein offiziöser Agent angesehen, der als solcher dem diplomatischen Korps nicht angehörte. Ebenso verhielt es sich mit den Agenten in Paris und St. Petersburg (Weisung nach St. Petersburg vom 3. März 1869; Bericht aus St. Petersburg vom 10. März/26. Februar 1869). „L'envoi de ces agents“ — so hatte Fürst Gortschakow dem türkischen Botschafter sarkastisch zu verstehen gegeben — „est la conséquence naturelle de cette indépendance des Principautés dont la France a pris l'initiative et que la Porte s'est laissé imposer.“ (Bericht aus St. Petersburg vom 24./12. Februar 1869.)

[108]) Weisung nach Paris vom 7. September und nach London vom 14. Oktober 1869.

[109]) So am 26. Juni 1862 und 22. Mai 1865 einen Telegraphenvertrag, am 6. Juni 1865 ein Kartell über Auslieferung von Deserteuren, am 3./15. Dezember

Die Verhältnisse im Innern rechtfertigten in keiner Weise die Sucht nach rein äußerlichen Errungenschaften. Eine nationalpolitische Bewegung hatte damals die christlichen Balkanvölker und so auch die Fürstentümer erfaßt, in denen es zwei Parteien gab: die revolutionären Roten mit Bratianu und Rosetti an der Spitze und die mehr konservativen Bojaren. Beide Parteien erstrebten dasselbe: Unabhängigkeit und Gebietserweiterung; sie unterschieden sich bloß in der Wahl der Mittel. Denn während die Bojaren, allerdings nur zum Schein, jede revolutionäre Bewegung verurteilten und auf Stärkung der Militärmacht bedacht waren,[110]) agitierten die Roten gegen das Ministerium und den Fürsten. Die Pläne dieser Partei standen in ursächlichem Zusammenhang mit der republikanischen Propaganda im übrigen Europa [111]) und so waren Kossuth und Mazzini, unzufriedene Ru-

---

1866 einen Vertrag über die Schiffahrt auf dem Pruth und am 24. Juli 1868 einen Postvertrag (Bittner, Chronologisches Verzeichnis der österreichischen Staatsverträge III, S. 136, Nr. 3377; S. 170, Nr. 3528; S. 173, Nr. 3536; S. 196, Nr. 3656; S. 219, Nr. 3754). Schon damals war es völkerrechtlich begründet, daß auch halb souveräne Staaten selbständig Verträge abschließen durften; und doch ließ England in Wien anfragen, ob die österreichisch-ungarische Regierung in Betreff der mit den Fürstentümern zu schließenden Verträge sich an die Pforte gewandt und deren Zustimmung verlangt habe. Die Antwort war verneinend. „Nous sommes d'ailleurs bien loin et toute notre attitude le confirme, de vouloir de quelque manière que ce soit, porter un préjudice aux droits suzerains de la Porte. Nous avons, au contraire, toujours eu soin de ménager dans la forme de ces arrangemens, les susceptibilités qu'elle aurait pu en concevoir. On a toujours évité de leur donner le caractère de véritables translations internationales, ils ne sont jamais soumis à la ratification du souverain et ils sont publiés de simples actes d'administration qu'ils sont en effet . . .“ (Weisung nach London vom 14. Oktober 1869.) An dieser Stelle sei auch auf die nach London expedierte Weisung vom 16. Januar hingewiesen, welche die Haltung der österreichischen Regierung anläßlich der Verhandlungen über die Pruthschiffahrt betrifft. Andererseits wurden bei Verträgen völkerrechtlicher Natur die Vertreter halbsouveräner Fürstentümer nur mit Bewilligung der Pforte zur Unterzeichnung zugelassen (vgl. Donauschiffahrtsakte vom 7. November 1857, Bittner, Chronologisches Verzeichnis usw., S. 100, Nr. 3206).

[110]) Waffen- und Munitionssendungen, hauptsächlich aus Preußen, fanden wiederholt statt, ebenso Pferdeeinkäufe. Ferner gelangte im Jahre 1869 das vom 11./23. Juni 1868 datierte Gesetz zur Ausführung, das die Organisierung der Landwehr betraf. In derselben Weise wurden das reguläre Militär und die Nationalgarde ausgestaltet, wobei preußische und russische Offiziere als Instruktoren wirkten.

[111]) Vgl. das Gespräch Andrássys mit Sturdza (Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 88 ff.). Italienische Emissäre waren beauftragt, „die

mänen Ungarns [112]) und tschechischradikale Elemente in Böhmen [113]) die Verbündeten Rosettis und Bratianus, die beide auch Kossuths Idee einer Donaukonföderation zu verwirklichen trachteten.

Die Lage gestaltete sich immer ernster und ließ auf den baldigen Eintritt einer Katastrophe schließen. Es gab keine Partei, auf die sich der Fürst hätte stützen können, und selbst in der Armee zählte er nur wenig Getreue. Die Truppen boten überhaupt einen traurigen Anblick: schlecht ausgerüstet, ohne Manneszucht und bar jeder Loyalität, nur von republikanischen Ideen erfüllt. Auch in der Bevölkerung fand der Fürst keinen Anhang; hervorragende und ehrenhafte Notabeln sogar besprachen unverhohlen die Möglichkeit seiner Beseitigung und bloß aus Furcht vor Anarchie und republikanischen Umtrieben hielt ihn noch eine kleine Gruppe angesehener Männer. Die Mißwirtschaft in den Finanzen ließ sich nicht länger mehr bemänteln; das Defizit wuchs und niemand wußte, wie die Strousbergschen Annuitäten und andere Verpflichtungen gedeckt werden sollten. Die Konservativen begegneten dem Fürsten mit Geringschätzung: schwach, unfähig und unverläßlich, ein willenloses Werkzeug seiner Umgebung und stets nur von augenblicklichen Einflüssen geleitet — also charakterisierten sie ihn.

Es kamen daher folgende Möglichkeiten in Betracht: der einheimische oder der fremde Fürst, die Union oder die frühere Zweiteilung, die autonome Regierung, ein Kollektivprotektorat oder der vorherrschende Einfluß einer einzigen Macht, ein provisorisches Regime monarchischer oder republikanischer Richtung.

„Dies ist das heutige Bild und ich kann versichern“ — schrieb der österreichisch-ungariche Agent nach Wien — „das getreue Bild der Situation. So sieht die Bühne aus; wer morgen

Länder an der unteren Donau in Brand zu setzen“. In London und in anderen Städten gab es Filialen der rumänischen Propaganda, als deren Organ die von Mazzini inspirierte und in Genf erscheinende Zeitschrift „La confédération orientale“ angesehen wurde. Eine von B. Maucin verfaßte Broschüre „La mission de l'occident latin dans l'orient de l'Europe“ dachte den Rumänen die Aufgabe zu, die Kultur im Orient zu verbreiten, und sie predigte zugleich die Vernichtung der Magyaren als politischer Nation.

[112]) Den Verkehr vermittelten die in Bukarest und Krajowa eingesetzten Komitees.

[113]) So stand der Eigentümer der Prager „Politik“ (Skrejšowsky) in Verbindung mit Bratianu.

die Schauspieler sein werden, läßt sich heute selbst annäherungsweise nicht vorhersagen — aber man muß auf alles gefaßt sein".[114])

Die Roten harrten nur eines Winkes aus Paris, um im selben Augenblick, wo dort die Republik proklamiert werden sollte, den Hohenzoller zu verjagen und mit Rußlands Genehmigung Bratianu an die Spitze einer provisorischen Regierung zu stellen; die Konservativen wiederum planten eine antirussische Gegenrevolution und erwogen den Gedanken, die Fürstentümer durch Personalunion mit Österreich-Ungarn zu vereinigen.[115])

Wie stellten sich nun die Mächte zu dieser neuen Wendung der Dinge?

England brachte den Fürstentümern, schon der Behandlung der Israeliten halber, nichts weniger als Sympathie entgegen [116]) und verurteilte ihre Unabhängigkeitsgelüste. Lord Clarendon haßte die Rumänen und schalt sie „Barbaren", die sich skrupellos über die Verträge hinwegsetzten und der Mächte spotteten; er sah daher keinen Grund, sich in der Titelfrage besonders zu erwärmen, wollte jedoch gegen die Bezeichnung „Rumänien" nichts einwenden, wenn die Pforte sie genehmigte.[117]) Im übrigen beurteilte die englische Diplomatie die Lage Rumäniens äußerst pessimistisch; denn sie hielt es für keineswegs ausgeschlossen, daß Bratianu wieder ans Ruder gelangen und der Fürst in diesem

---

[114]) Bericht des Generalkonsuls Zulauf v. Pottenburg, ddo. Bukarest, 24. November 1869. „Ich wünsche," — so lautete eine eigenhändige Apostille des Kaisers Franz Josef — „daß Graf Beust über den Inhalt dieses Berichtes mir mündlich seine Ansichten ausspreche."

[115]) Telegramm und Bericht ddo. Bukarest, 24. Januar 1870.

[116]) „La conduite de ces hommes qui ont toujours ces grands mensonges de la civilisation à la bouche" — so äußerte sich Lord Clarendon dem österreichisch-ungarischen Botschafter gegenüber — „est indigne. On n'est pas plus hypocrite et plus barbare à la fois. La manière honteuse dont ils procèdent envers la population juive, le prouve bien et à toute occasion on peut voir que le sens moral est inconnu dans ce pays. Avec toutes leurs institutions copiées des Etats civilisés, c'est l'intrigue et la cupidité qui régissent tout le monde depuis le premier ministre jusqu'au dernier employé. Ils ne manquent jamais à faire appel à nos sympathies quand ils ont besoin de nous, et en revanche ils ne songent qu'à exploiter les étrangers qui habitent ces pays par des taxes et contributions iniques et intolérables." (Graf Kálnoky an Beust, London, 3. Februar 1870.)

[117]) Bericht ddo. London, 23. Februar 1870, und Privatschreiben Kálnokys an Beust vom 3. März desselben Jahres.

Falle sehr bald abgetan sein werde;[118]) Preußen schien das Land und den hohenzollerschen Prinzen aufgegeben zu haben; Frankreich war von seinen Angelegenheiten derart in Anspruch genommen, daß es sich nur wenig um die „Schwesternation" kümmern konnte, und Italiens Interessen geboten damals noch nicht eine Einflußnahme auf die Politik der Fürstentümer. So kamen als unmittelbar an den Ereignissen interessiert bloß Österreich-Ungarn und Rußland in Betracht. Dieses war die einzige Macht, die in der Moldo-Walachei über einen politischen Operationsapparat verfügte, ihn mit Geschick zu handhaben wußte und zugleich eine große Partei, namentlich in der Moldau, besaß: der griechische Klerus arbeitete für das glaubensverwandte Moskowitertum, dem auch die bulgarischen und griechischen Geheimbündler dienten, und ein mit den Landesverhältnissen sehr vertrauter Agent in der Person des russischen Generalkonsuls [119]) leitete die Politik der Roten, die Spionage in den turko-slawischen Provinzen und die bulgarischen Komitees,[120]) denen vornehmlich die Organisierung von Banden zugedacht war.

Die Bukarester Regierung hütete sich wohl, die bulgarischen Umtriebe zu fördern und durch ein gewagtes Abenteuer die österreichisch-ungarische Monarchie und die Westmächte zu reizen, so lange sie deren guter Dienste gewiß sein durfte. Es hatte daher den Anschein, als brauchte Österreich-Ungarn nur wie bisher die natürliche Entwicklung der Fürstentümer zu fördern und demgemäß auf die Pforte einzuwirken, um den rückhaltlosen Anschluß Rumäniens an Rußland zu verhüten; das Wiener Kabinett ließ es fürwahr, trotz türkenfreundlicher Politik, an gutem Willen nicht fehlen, dem Fürsten und dem Lande begreiflich zu machen, daß beider Stütze nicht Rußland, sondern nur das Haus Österreich sein könne.

Fürst Karl verschloß sich dieser Überzeugung nicht; er fühlte zugleich, daß seine Stellung eine verzweifelte sei und daher im äußersten Fall entweder die Berufung eines streng konstitutionellen Ministeriums [121]) oder die Revision der Verfassung er-

---

[118]) Bericht ddo. London, 17. März 1870. Weisung nach Konstantinopel, Wien, 24. März 1870.

[119]) Baron Offenberg.

[120]) Die wichtigsten hatten ihren Sitz in Bukarest, Ibraila und Galatz.

[121]) Jon Ghika.

folgen müßte.[122]) Es mag dahingestellt bleiben, ob er als letztes, noch mögliches Auskunftsmittel nebst der Unabhängigkeitserklärung auch das russische Protektorat in Erwägung gezogen habe — vorderhand war das Zarenreich diejenige Macht, welche auf seinen Sturz hinarbeitete. Denn seitdem Rußland erkannt hatte, daß der Hohenzoller russischen Einflüssen unzugänglich sei und nur rumänische Politik treiben wolle, unterstützte es insgeheim seine Widersacher, um schließlich — wie behauptet wurde — nach dem Eintritt einer Katastrophe die Okkupation der Moldo-Walachei zu erzwingen.[123]) Gortschakow bedeutete ferner den Vertretern Frankreichs und Österreich-Ungarns, daß weder die Union von Dauer sein, noch eine fremde Dynastie sich in den Fürstentümern behaupten könne.[124]) Beust schenkte dem Gerüchte über die geheimen Absichten Rußlands vollen Glauben und er wandte sich mit dem Hinweis auf die Salzburger Abmachungen an Frankreich.[125]) Dieses hielt zwar eine russische Okkupation für ausgeschlossen, versprach aber nötigenfalls dem Wiener Kabinett seine moralische Unterstützung; die Folge war, daß der Reichskanzler, dem übrigens die Lage des Fürsten keineswegs hoffnungslos erschien, seine Anschauungen in einem Rundschreiben noch näher entwickelte.[126]) Nicht in den Institutionen des

---

[122]) Berichte ddo. Bukarest, 26. April 1870.

[123]) Berichte ddo. Bukarest, 25. und 26. April 1870. In der Folge stellte sich heraus, daß Baron Offenberg den Vertretern der übrigen Garantiemächte erklärt habe, „que la maladresse du gouvernement des Principautés-Unies dans l'affaire des juifs, ainsi que dans d'autres questions où il faisait tout pour se déconsidérer soi-même lui faisait perdre patience et que si l'on continuait de cette manière à Bucarest, la dernière conséquence d'une si mauvaise politique pourrait bien être selon lui, la chûte du régime actuel et la nécessité d'une occupation étrangère". Gortschakow versicherte dem preußischen und dem österreichisch-ungarischen Botschafter, daß diese Anschauung gewiß nicht die des Petersburger Kabinettes sei. Beust gab sich mit der Erklärung des russischen Reichskanzlers zufrieden. (Weisung nach Bukarest vom 5. Juni 1870.) — Die russischen Intriguen aber wurden trotzdem weiter gesponnen. Graf Chotek führte die Haltung Rußlands auch darauf zurück, daß die beabsichtigte Vermählung des Hohenzollers mit der Prinzessin Marie Alexandrowna nicht zustande gekommen war: „Supposant au prince Charles un sentiment d'amour propre irrémédiablement blessé, on s'est plutôt arrêté ici à abandonner pour toujours le prince de Roumanie." (Bericht ddo. Petersburg, 18./6. Mai 1870.)

[124]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 88.

[125]) Weisungen nach Paris vom 27. April und 6. Mai 1870.

[126]) Rotbuch Nr. 4 (August 1869 bis November 1870), p. 79 ff; Nr. 98.

Landes, sondern in den plötzlichen Wandlungen der letzten Jahre sah er die eigentliche Ursache der herrschenden Wirren, denen er daher nur eine kurze Dauer beimaß. Eine tatsächliche Gefahr schien ihm nur gegeben, wenn äußere Einflüsse störend einwirkten. Blieb aber der schon anerkannte Grundsatz der Nichteinmischung in Kraft, der den Fürstentümern und dem Frieden der Nachbarstaaten den sichersten Schutz gewährte, rüttelten die Garantiemächte nicht an den Bestimmungen des Vertrages von 1856, so mußte in Bukarest, nach der Überzeugung des Reichskanzlers, auch ohne fremde Hilfe ein günstiger Umschwung der Dinge erfolgen.[127])

„En effet! si une intervention étrangère ne vient pas compliquer la situation, les querelles domestiques des Moldo-Valaques" — so schrieb Ali Pascha dem Internuntius — „ne sauront nullement revêtir le caractère d'une question de la haute politique."[128]) Die Pforte wollte daher selber Ruhe und Ordnung schaffen, um den möglichen Verwicklungen einer fremden Dazwischenkunft vorzubeugen.[129]) Was jedoch die Institutionen des Landes betraf, glaubte der Großwesir nicht, daß sie den Fürstentümern jemals zum Heil gereichen könnten, denn er hielt sie im Gegensatz zu Beust für die Hauptursache der um sich greifenden Anarchie. Der Hohenzoller brauchte bloß weniger ehrgeizig, um so mehr aber seiner vertragsmäßigen Pflichten eingedenk zu sein, dann ersparte er den Fürstentümern die Drangsale einer militärischen Okkupation und sich selber den demütigenden Schritt, das Land verlassen zu müssen. Also beurteilte Ali Pascha die Dinge.[130])

Fürst Karl suchte vergebens den Ariadnefaden, der ihn aus dem Labyrinth von Schwierigkeiten führen konnte, und er sah, da ihm die Verfassung den nötigen Rückhalt nicht gewährte, keinen anderen Ausweg als den, sich schließlich doch, und zwar mit Umgehung Rußlands, an die Mächte zu wenden:[131]) er ließ ihnen

[127]) Sämtliche Garantiemächte erklärten sich mit Beusts Ausführungen einverstanden — selbst Gortschakow pflichtete dem Reichskanzler bei. (Berichte aus Petersburg vom 18. Mai 1870, aus London vom 18. Mai 1870, aus Berlin vom 14. Mai 1870 und aus Florenz vom 19. Mai 1870.)

[128]) Ali Pascha an Prokesch, 20. Mai 1870 (Beilage des Berichtes vom selben Tage).

[129]) Bericht ddo. Konstantinopel, 17. Mai 1870.

[130]) Schreiben an Prokesch, ddo. 20. Mai 1870.

[131]) „Seine Hoheit" — so schrieb Baron Pottenburg nach Wien — „ließen Herrn Mellinet und mich auf geheimen Wegen sondieren; wir waren beide in

durch ihre Agenten bedeuten, daß sie die Lage in geheimen Konferenzen erörtern, eine Entscheidung über den künftigen Zustand der Fürstentümer treffen, den russischen Umtrieben ein Ende machen und ihm durch Hebung seines persönlichen Ansehens die Möglichkeit bieten sollten, der Bevölkerung „zu imponieren".[132]) Der österreichisch-ungarische Generalkonsul teilte diese Wünsche des Hohenzollers auch dem Internuntius mit, den sie vollends in seiner üblen Meinung über die Union bestärkten. Prokesch war da eines Sinnes mit dem russischen Botschafter, General Ignatiew, dem eifrigsten Anwalt der Trennung: „Ich glaube" — so schrieb er nach Wien — „daß, wenn man die Schwindler und Roten ausnimmt, die Bevölkerung aller Klassen und Stände in beiden Fürstentümern den Tag segnen würde, an dem sie in ihre natürliche Lage zurücktreten könnte."[133]) Der Großwesir deutete den Wunsch des Fürsten nach Hebung seines Prestiges als versteckte Absicht, dereinst die Unabhängigkeit und die Königskrone zu erlangen. Dafür sprach allerdings die Erklärung Karls, „so weit gehen zu wollen, daß er der Pforte seine Truppen zur Verfügung stelle".[134]) Denn diese Verpflichtung war bereits vertragsmäßig festgesetzt und konnte daher nur im Falle anerkannter Unabhängigkeit den Gegenstand neuer Verhandlungen bilden.

Trotz Mißbilligung der Union, ließ sich weder der Internuntius, noch der Großwesir zu einer Intrigue gegen den von Europa eingesetzten Fürsten verleiten; vergebens suchte ihnen die französische Diplomatie begreiflich zu machen, „mit wie wenig Geld" sie seinen Sturz — dieses so „wünschenswerte" Ereignis — herbeiführen könnten. Nun lag es an den Mächten, eine Einrichtung zu beseitigen, durch die sie das Land dem russischen Einfluß mitnichten entzogen, sondern erst recht preisgegeben hatten; ein fremder Fürst in Bukarest war lediglich „eine Aufforderung an die Schwindler und subversiven Gesellschaften, ein Hebel für Rußland, eine drohende Gefahr für Österreich und ein Ruin für

unseren Äußerungen sehr vorsichtig. Ich sagte dem Vertrauensmanne des Fürsten, er möge mir die zunächstliegenden Symptome einer imminenten Gefahr sowie die Wünsche des Fürsten genau bezeichnen; ich würde mich sodann mit meinem französischen Kollegen verständigen und wir würden mündlich unseren Regierungen Bericht erstatten . . ." (Bericht ddo. Bukarest, 20. Juni 1870.)

[132]) Bericht ddo. Bukarest, 25. Juni 1870.

[133]) Prokesch an Beust, Konstantinopel, 4. Juli 1870.

[134]) Berichte ddo. Bukarest, 25. Juni, und Konstantinopel, 6. Juli 1870.

das Land". Frankreich hatte die Union ins Leben gerufen, um Rußland durch ein stärkeres Bollwerk in Schach zu halten, dabei aber weder den Widerstreit der Interessen, noch den Umstand berücksichtigt, daß die Vereinigung der Moldau und Walachei den Ehrgeiz wachrufen müsse, „ein Königreich zu bilden und Teile der Nachbarländer zu erstreben". Daher schadete das Bestreben Frankreichs, der Pforte zu nützen, dieser weit mehr, als die offenkundige und berechnende Feindschaft Rußlands. So dachten beide, Prokesch[135]) und Ali Pascha, der übrigens die Zumutung Frankreichs, den Fürsten zu entfernen, mit dem gut gemeinten Rate von sich wies, man solle lieber zu den Abmachungen der fünfziger Jahre zurückkehren, den zwei Fürstentümern die Freiheit der Selbstbestimmung wieder geben, ihnen gestatten, sich mit ihren wahren Interessen zu beschäftigen, und sie erlösen von dem Drucke der Revolutionäre und Intriganten, „deren Sprache Europa unglücklicherweise für die der Länder gehalten habe".[136])

Da entfesselte die Nachricht von Frankreichs Kriegserklärung an Preußen vollends die Leidenschaften: man kehrte bei jedem Anlaß die „lateinischen" Sympathien für die „Schwesternation" hervor[137]) und nicht am wenigsten taten es die Minister.[138]) So erklärte Carp in der Kammer: „wo Frankreichs

[135]) „Mir scheint dieser Mißgriff Frankreichs" — schrieb der Internuntius nach Wien — „daher zu kommen, daß im Kaiser die politische Einsicht im Streite mit seinen humanitären Wünschen lag. Er wußte nicht, daß die Türken der moralisch beste Teil der Bevölkerung des ottomanischen Reiches sind, weit vorzuziehen den Griechen, Armeniern, Slawen. Hätte er dies im Auge gehalten, so würde er ohne Zweifel leicht gefunden haben, wie seine humanitären Wünsche mit seinen politischen in Einklang zu bringen sind." (Prokesch an Beust, Konstantinopel, 18. Juli 1870.) Prokesch entdeckte sonach in Napoleon III. sentimentale Züge, die jedoch dieser spekulativen Natur gänzlich ferne lagen.

[136]) Prokesch an Beust, Konstantinopel, 18. Juli 1870.

[137]) Vgl. Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 104, 106.

[138]) Baron Hengelmüller, österreichisch-ungarischer Vizekonsul in Bukarest, führte das Verhalten der Minister auf folgende Erwägungen zurück: „Siegt Frankreich, wie nach hier herrschender Ansicht wahrscheinlich, desto besser für uns, die wir unsere Ergebung zur Schau getragen; siegt Preußen, dann haben wir den Fürsten, den wir gehalten und für den man alle Rücksichten haben wird." (Bericht ddo. Bukarest, 19. Juli 1870.) „In ihrem Herzen" — so heißt es in demselben Bericht — „scheinen mir die heutigen Minister eher preußisch gesinnt; der Kriegsminister Mano hat aus seinen Sympathien für Preußen nie ein Hehl gemacht. Carp studierte in Bonn und ist der intime Freund des Herrn v. Radovitz, wo er beinahe jeden Abend zubringt, und auch Epureano soll seine Sympathien für Preußen haben. Dies ist wenigstens die Ansicht des Herrn Patri-

Fahnen wehen, da sind unsere Sympathien",[139]) und Österreich-Ungarn werde das Werkzeug sein, „um Rumänien als unabhängiges Reich aus der heutigen Krise hervorgehen zu lassen".[140]) Fürst Karl jedoch teilte die Begeisterung des Staates, dem er durch Geburt und Abstammung angehörte; er versicherte daher dem Preußenkönig, daß er „mit Herz und Gemüt" sich den Getreuen anschließe, denen es vergönnt sei, „ihrem teuren König auf ruhmvollem Pfade zu folgen".[141]) Sein eifrigster Anwalt war Beust, obwohl dieser revanchebegierig im gegnerischen Lager stand: als Napoleon III. in seinem ersten Zorn über die spanische Thronkandidatur des Erbprinzen von Hohenzollern eine Erhebung in Rumänien zum Zweck der Beseitigung Karls begünstigen wollte, hatte Beust dagegen Vorstellungen erhoben; denn nicht in dem Verbleiben, sondern in der etwaigen Entfernung des Fürsten sah der Reichskanzler eine Quelle von Gefahren für die Ruhe Europas.[142]) Das Bukarester Ministerium war im Vertrauen auf die eigenen Kräfte entschlossen und bereit, den Revolutionären das Handwerk zu legen, und rechnete zugleich mit der Möglichkeit einer Bedrohung durch Rußland: entweder blieb man allein und mußte das Äußerste wagen,[143]) oder es besetzten österreichische und türkische Truppen die Moldo-Walachei, in welchem Falle eine gemeinschaftliche Aktion gegen die Russen vorgenommen werden sollte. Frankreich hatte bereits seine Zustimmung gegeben — dank der raschen und entschiedenen Dazwischenkunft des Wiener

---

monio. Aber man glaubt hier, ob mit Recht oder Unrecht, daß Frankreich größere Chancen zum Siege habe, und richtet seine Sprache danach ein; daher sagte auch Herr v. Radovitz zu einem der Minister: Sie reden ja, als ob wir schon geschlagen wären."

[139]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 104.

[140]) Der russische Botschafter in Konstantinopel, General Ignatiew, bezeichnete diesen Ausspruch als „Anmaßung und Albernheit", da die Unabhängigkeit Rumäniens nur auf Kosten der habsburgischen Monarchie erfolgen könnte. (Prokesch an Beust, Konstantinopel, 5. August 1870.) Der frühere Justizminister Boëresco veröffentlichte damals ein Programm, worin er erklärte, daß der günstige Augenblick gekommen sei, Rumänien in ein unabhängiges, von den Mächten als neutral anzuerkennendes Königreich umzuwandeln.

[141]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 105.

[142]) Weisung an Prokesch, Wien, 25. Juli 1870.

[143]) „. . . si nous restons seuls, nous nous ferons écraser" — versicherte Carp dem österreichisch-ungarischen Generalkonsul, der ihm folgendes erwiderte: „Tâchez de vous faire blesser deux hommes et ça fera exactement le même effet." (Bericht Pottenburgs, ddo. Bukarest, 29. Juli 1870.)

Kabinetts,[144]) das sich auch unter den geänderten politischen Verhältnissen die Integrität rumänischen Gebietes angelegen sein ließ, während Rußland die Okkupation erzwingen wollte, die sein Agent in Bukarest sogar mit dem Hinweis auf „kriegerische Gelüste Ungarns" als wünschenswert hinstellte.[145])

Trotz ihrem loyalen Verhalten beschuldigte man die österreichisch-ungarische Regierung auch in der Folge, daß sie dem Hohenzoller feindlich gesinnt sei, seine Widersacher unterstütze[146]) und den Umtrieben Demeter Bratianus, der sich damals in Wien befand, nicht ferne stehe.[147]) Allerdings hatte Beust den rumänischen Gast empfangen, aber von ihm keine einzige tadelnswerte Äußerung vernommen; [148]) er lehnte daher das Begehren des Fürsten ab, den Agitator verhaften zu lassen, und bekundete im ge-

---

[144]) Telegramm und Bericht ddo. Bukarest, 27. Juli 1870. „Der französische Gerent, Herr Patrimonio, hat sich" — so schrieb Pottenburg nach Wien — „während der ganzen Zeit mit vielem Takt benommen. Er hat zwar Jon Bratiano und Rosetti gesehen, aber jegliche Demonstration sowohl zugunsten Frankreichs als gegen den Fürsten entschieden abgelehnt; in jüngster Zeit hat er auch, infolge erhaltener Instruktionen, dem Fürsten persönlich sowie dem Kabinett die beruhigendsten Zusicherungen über die Gesinnungen und Absichten seines Suverains erteilt."

[145]) Bericht ddo. Bukarest, 19. Juli 1870.

[146]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 107.

[147]) Der Ministerpräsident Epureano berief sich gegenüber dem österreichisch-ungarischen Generalkonsul auf ein Privatschreiben aus Wien, worin es hieß, daß Demeter Bratianu auch vom Erzherzog Albrecht empfangen worden sei; es werde „unter den Augen der kaiserlichen Regierung" beim Fürsten Couza gegen den Fürsten Karl konspiriert und Nikolas Bibesco sowohl wie Bratianu habe sich „an diesen Machinationen" beteiligt. „Nun, Herr Minister," — so lautete die Entgegnung Pottenburgs — „Sie sind ja auch Chef des Polizei-Departements, lassen Sie gefälligst in den Kartons der Polizei nachforschen, ob ich seit meinem Eintreffen in Bukarest auch nur mit einem einzigen Mitglied der roten Partei verkehrt habe — ob ich auch nur einen ‚Roten' persönlich kenne. Halten Sie mich denn für so kurzsichtig, um zu glauben, daß wir uns je mit den Roten verständigen könnten? Sind wir Ihnen denn nicht bei jeder Gelegenheit in der freundlichsten Weise entgegengekommen? Haben wir Sie nicht in Konstantinopel zu wiederholten Malen nachdrücklichst unterstützt? Und wem glauben Sie denn die Versicherung des Kaisers Napoleon zu verdanken, die Ihnen heute Mellinet überbracht und auf die Sie ein so großes Gewicht legen? Dem Grafen Beust verdanken Sie sie vor allem — — —. Wie können Sie, Herr Minister, auch nur einen Augenblick glauben, daß drei Elemente wie Couza, Bibesco und Bratiano sich fusionieren würden! . . ." (Bericht ddo. Bukarest, 1. August 1870.)

[148]) Weisung nach Bukarest, 25. Juli 1870.

gebenen Fall seine Freundschaft gegenüber dem Nachbarstaat durch eine strenge Überwachung Bratianus.[149])

Die Bukarester Regierung hatte damals einen in Plojeschti ausgebrochenen Aufstand im Keime erstickt,[150]) zur lebhaften Freude Beusts, der sich davon die Stärkung der fürstlichen Autorität erwartete; [151]) nur nahmen die Dinge zunächst einen Verlauf, der diese Hoffnung des Reichskanzlers als wenig begründet erscheinen ließ: während die öffentliche Meinung den Putsch hauptsächlich aus Furcht vor einer fremden Intervention verurteilte, schmiedete die rote Partei neue Anklagen gegen das herrschende Regime.[152]) Der Fürst kennzeichnete die in Plojeschti erfolgte Erklärung der Republik als eine „verbrecherische Tat“,[153])

---

[149]) Telegramm Pottenburgs vom 22. und Weisung an ihn vom 26. August 1870. An dieser Stelle sei auch des Umstandes Erwähnung getan, daß Carp zwischen Beust und Andrássy unterschied, von denen jeder eine andere Politik befolge. Der Reichskanzler bedauerte diese „irrige Ansicht“ um so mehr, als sie den Vertreter der Monarchie bloßstellte. „Sie können“ — schrieb er an Pottenburg — „nicht oft genug wiederholen, daß ich mich mit Ihnen und Mellinet über die Notwendigkeit geeinigt habe, den Fürsten zu unterstützen, und daß wir Frankreichs wohlwollende Aktion als eine u n s gemachte Konzession erlangt haben.“ (Weisung nach Bukarest vom 25. Juli 1870.) Auch in Konstantinopel war man längere Zeit der Überzeugung, es herrsche, und zwar in der serbischen Frage, Uneinigkeit zwischen beiden Regierungen. Prokesch hatte diesen Verdacht mit der Erklärung zu entkräften versucht, „daß es die leitenden Männer in Ungarn tief unterschätzen hieße, wenn man sie der Verleugnung der Reichspolitik und eines Ganges fähig hielte, der — man möge ihn verkleistern, wie man wolle — Handlangerarbeit für Rußland wäre. Solch einen Schwindel könne man allenfalls einem Kossuth zutrauen, der in der Einverleibung Bosniens in Serbien und in der Loßreißung dieses vergrößerten Serbiens von der Pforte die Vorarbeiten zur Öffnung der Straße sehen könne, auf welcher sodann Ungarn triumphierend in Serbien einzöge. Die besonnenen Leute, die aber heute an der Spitze von Ungarn stehen, vergessen sicher nicht, daß sie Preußen und Rußland im Rücken und Millionen Slawen im Lande haben.“ (Prokesch an Beust, Konstantinopel, 26. März 1869.)

[150]) Vgl. Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 115 ff. — N. Jorga: Geschichte des rumänischen Volkes II, 353 ff.

[151]) „Vous voudrez bien, Monsieur le baron“ — so schrieb der Reichskanzler an Pottenburg — „vous faire auprès de M. le président du conseil l'organe de nos sincères félicitations à l'occasion d'un succès qui, en décourageant les tentatives des ennemis de l'ordre public, servira, nous en avons l'espoir, à fortifier l'autorité et le prestige de S. A. le Prince Charles, ainsi que la position de ses conseillers.“ (Weisung nach Bukarest, ddo. Wien, 26. August 1870.)

[152]) Berichte ddo. Bukarest, 21. August und 3. September 1870.

[153]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 129.

worauf man ihm die Antwort nicht schuldig blieb: das Schwurgericht sprach die Rebellen frei. „C'est la condamnation de nos institutions!“ rief der Hohenzoller aus.[154]) Seine Geduld war zu Ende und der Ausgang des Hochverratsprozesses bestärkte ihn vollends in dem schon längst gefaßten Entchluß, den Schutzmächten nun selber die Schwierigkeiten zu schildern, welche die Widergeburt Rumäniens hemmten und ihn zur Abdankung nötigen müßten, wenn nicht entsprechende Änderungen der Verfassung und des staatsrechtlichen Verhältnisses zur Pforte erfolgten.[155]) Dem Parteigetriebe nicht gewachsen und doch gewillt, seinem Lande eine ähnliche Stellung im europäischen Staatenkonzert zu erringen, wie Belgien sie besaß, beantragte Fürst Karl, die rumänische Frage dem Londoner Kongreß vorzulegen, der sich mit der von Rußland geforderten Revision des Pariser Traktats beschäftigen sollte.[156])

Das Petersburger Kabinett hatte diese Konvention mit dem Hinweis auf die vielfachen vertragswidrigen Geschehnisse gekündigt, zu denen es auch die Union und die Berufung eines fremden Fürsten zählte; in Wirklichkeit aber war es der russischen Diplomatie lediglich um die Aufhebung des Verbotes zu tun, im Schwarzen Meer eine Kriegsflotte zu halten.[157]) Dieses Auftreten Ruß-

---

[154]) Bericht ddo. Bukarest, 31. Oktober 1870.

[155]) Fürst Karl hatte seine Lage auch mit Pottenburg besprochen, der darüber am 31. Oktober folgendes referierte: „In Betreff seines persönlichen Verhältnisses zur Pforte glaube ich nicht, daß meine und ebensowenig die englische Regierung die Initiative zur Änderung desselben ergreifen würde, da unser Verhältnis zur Türkei es kaum zuließe, daß wir die Empfindlichkeit der Pforte in einer so delikaten Frage wachriefen. Verschiedene Äußerungen des Herrn v. Radowitz ließen mich jedoch annehmen, daß ein derartiger Schritt durch den König von Preußen gemacht werden dürfte. Ich gab dem Fürsten überhaupt so deutlich als möglich zu verstehen, daß er bezüglich Territorialveränderungen und Modifikationen in seiner persönlichen Stellung auf A n t r ä g e unsererseits nicht rechnen möge . . .“ Ungehalten über diese Äußerungen des Generalkonsuls, schrieb Kaiser Franz Josef sofort auf den Bericht: „Die Sprache des Baron Pottenburg scheint mir nichts weniger als taktvoll.“

[156]) Bericht ddo. Bukarest, 31. Oktober 1870, und Schreiben des Fürsten an Kaiser Franz Joseph vom 27. November desselben Jahres (Anhang V). Der Zar, die Königin von England und die Könige von Preußen und Italien erhielten gleichlautende Schreiben. (Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 135.)

[157]) Circulaire du prince Gortchakow, en date de Tzarskoé-Sélo, le 19 octobre 1870. (Rotbuch IV, 135 ff., Nr. 157. Vgl. Ed. v. Wertheimer: Graf Julius Andrássy, sein Leben und seine Zeit I., 617.) Rußland kündigte zugleich seine mit der Pforte geschlossene Konvention (Beilage II des Hauptvertrages).

lands gab zu den gewagtesten Vermutungen Anlaß; so wurde behauptet, daß sich der Fürst durch Abtretung des rumänischen Teiles Bessarabiens die Hilfe des Zaren zur Festigung seiner Herrschaft im Lande sichern wolle.[158]) Die Pforte war überzeugt, daß Rußland trotz der Versicherung, an der orientalischen Frage nicht rühren zu wollen, sich keineswegs mit der Aufhebung der ihm lästigen Stipulationen begnügen, sondern vielmehr die Unabhängigkeitsgelüste der Moldo-Walachen und die nationalen Aspirationen der Balkanslawen fördern werde, um so die Bildung souveräner und doch dem Zarenreiche untertäniger Fürstentümer vorzubereiten.[159]) Es mag wohl kein bloßer Zufall gewesen sein, daß in Bukarest unmittelbar nach dem Bekanntwerden der russischen Aktion die alten Wünsche wieder auflebten: das konservative Blatt „Pressa" brachte einen von dem früheren Justiz-

[158]) „Im allgemeinen glaubt man" — so heißt es in einem Berichte des Internuntius vom 11. November 1870 — „an die Verbindlichkeit, die Preußen gegenüber Rußland eingegangen sei, es in seinen Interessen im Orient nicht zu beirren. Unter diesen Interessen mochte die Entlastung von den gehaßten Stipulationen des Pariser Vertrages verstanden sein. Eine dieser Stipulationen ist aber auch diejenige, welche Rußland verpflichtete, ein Stück Bessarabiens an die Moldau abzutreten. Man könnte Herrn v. Bismarck eben nicht geneigt voraussetzen, dem Fürsten Karl dieses Opfer auferlegen zu lassen (!!!). Anderseits werden Eure Exzellenz in einem Berichte unseres Konsuls in Galatz vom 1. Oktober an Freiherrn v. Pottenburg die Stelle bemerkt haben: ‚In patriotischen Kreisen der Moldauer wird mit Bestimmtheit angenommen, daß der Fürst den rumänischen Teil Bessarabiens (den Zuwachs vom Jahre 1857) gegen dem opfern würde, daß er sich sodann durch Rußlands Stütze in Rumänien behaupten könne.' Hätte der Fürst Anlaß gegeben zu einer solchen Annahme, so würde dies allerdings ein Verständnis zwischen Preußen und Rußland darüber voraussetzen."

Graf Bismarck hatte jedoch telegraphiert: „Das Vorgehen Rußlands sei ihm eine peinliche Überraschung; es berühre ihn unangenehm, daß Rußland die augenblickliche Lage so ausnützen wolle." (Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 130.) Im übrigen ging Prokesch von einer falschen Voraussetzung aus: Rußland hatte im Jahre 1857 ein Stück Bessarabiens an die Moldau abgetreten. (Neumann, N. S. I, 268.) Von einer Ungültigkeitserklärung der Artikel 20 und 21 des Pariser Vertrages von 1856 (Neumann, Recueil des traités d'Autriche VI, 282) konnte daher keine Rede sein.

[159]) Telegramm und Bericht ddo. Konstantinopel, 12. und 15. November 1870. „C'est à l'Autriche" — so äußerte sich der Großwesir gegenüber dem Internuntius — „à se rendre compte, si en travaillant à la décomposition de l'Empire ottoman, la Russie ne mine pas de même l'Empire d'Autriche. Elle y serait secondée par les aspirations déjà existantes en Roumanie et en Servie et Vous vous en apercevriez bientôt en Boucovine et Transylvanie comme en Croatie et en Dalmatie."

minister Basile Boërescu verfaßten Leitartikel, worin ein gleich Belgien unabhängiges, neutrales Königreich Rumänien als glorreiches Ziel nationalen Ehrgeizes und als dankbare Aufgabe der europäischen Diplomatie bezeichnet wurde.[160]) Dies war das „politische Programm" des Ministerkandidaten Boërescu, der es dereinst, allerdings nur im Einverständnisse mit den Großmächten, verwirklichen wollte; so wenigstens äußerte er sich gegenüber dem österreichisch-ungarichen Generalkonsul.[161]) Seine Ausführungen erregten den lebhaften Widerspruch des noch am Ruder befindlichen Ministeriums, weshalb Carp dem Wiener Kabinett eiligst melden ließ, er mißbillige sie entschieden und „verfolge eine konservative antirussische Politik, welche das innigste Einvernehmen mit Österreich-Ungarn bedeute".[162]) Den gleichen Ton schlugen Zeitungen an, die früher die gehässigsten Artikel über den österreichischen „Erbfeind" gebracht hatten;[163]) denn jetzt sahen sie in Österreich-Ungarn den wohlwollenden, uneigennützigen Nachbar, der sich in die inneren Angelegenheiten des Landes nicht einmische und keine feindseligen Absichten hege. Insgesamt machten sie Front gegen Rußland, an dessen Aufrichtigkeit niemand glauben wollte, so lange es nicht ganz Bessarabien zurückgegeben habe. Das Wort: „timeo Danaos et dona ferentes" wurde des öfteren zitiert, denn die „unzeitgemäße und nachteilige Unabhängigkeitstheorie" galt für eine von der russischen Diplomatie den Rumänen gelegte Falle.[164]) Der Agent der Bukarester Regierung ver-

---

[160]) „Rumänien angesichts Europas." (Pressa vom 3./15. November 1870. Beilage eines Berichtes ddo. Bukarest, 17. November 1870.)

[161]) Bericht ddo. Bukarest, 21. November 1870. „Der Eintritt der Herren Costaforo (Präsidenten der Kammer) und Boërescu bedeutet" — so schrieb Pottenburg in demselben Bericht an Beust — „die Unabhängigkeitserklärung Rumäniens in Form eines Königreiches unter Karl I. von Hohenzollern. Dies haben mir beide Herren selbst erklärt, und was sie mir nicht erklärt haben, füge ich bei, nämlich, daß sie es ohne Skrupel aus jedweder Hand annehmen würden."

[162]) Bericht ddo. Bukarest, 18. November 1870.

[163]) So das Blatt der Roten, „Romanul", ferner die „Trompetta Carpatiloru", die „Informatiunile Bucurescene" u. a.

[164]) „Offenbar suchen jetzt" — so schrieb die „Trompetta Carpatiloru" — „der Pangermanismus und der Panslawismus den Panlatinismus zu bekämpfen. Der Pangermanismus ist etwas entfernt; hingegen klopft der Panslawismus an unsere Tore. Wir müssen daher mit den antipanslawistischen Mächten Hand in Hand gehen, und diese sind: die Türkei, England, Österreich und Italien." (Bericht ddo. Bukarest, 24. November 1870.)

sicherte dem Großwesir, daß Boërescus Programm lediglich „der Traum eines Privaten" sei. Ali Pascha nahm diese Erklärung nicht etwa deshalb mit kühlem Gleichmut entgegen, weil er den Zeitungsartikel für unverfänglich hielt, sondern er tat es aus Fatalismus: seiner Überzeugung nach war der früher oder später eintretende Abfall Rumäniens unausweichlich und eine logische Folge der Union und aller weiteren Zugeständnisse.[165]) Der Brief des Fürsten an die Souveräne war ihm nur ein neuer Beweis für die Richtigkeit seiner Anschauung: der Hinweis auf die Notwendigkeit, die Staatsgewalt von gewissen inneren und äußeren Hemmnissen zu befreien, offenbarte ihm deutlich genug den Drang nach voller politischer Emanzipation Rumäniens.[166]) Das innige Verhältnis Boërescus zum Hohenzoller, dessen Sprache und Ideen man in dem Artikel der „Pressa" zu erkennen glaubte,[167]) ließ

[165]) Bericht ddo. Konstantinopel, 2. Dezember 1870. Prokesch hatte sich eines Tages dem moldowalachischen Agenten D. Sturdza gegenüber geäußert, die Pforte habe Rumänien bereits verloren und es handle sich für sie bloß darum, den unaufhaltsamen Lauf der Dinge „wenigstens nicht selbst zu beschleunigen". Niemand werde gegen die Unabhängigkeitserklärung etwas einwenden und der Protest der Pforte „kaum hörbar" verhallen; denn die Unabhängigkeit Rumäniens „sei schon eine Folge des Pariser Vertrages". (Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 54.) Über Boërescus Artikel äußerte sich Prokesch in der folgenden Weise: „Es liegt ohne Zweifel etwas Wahres in diesem Programm, aber leider kann man Rumänien nicht für sich allein betrachten. Serbien würde folgen, und was in Belgrad und Neusatz nur noch ein Traum oder ein Geschwätz ist — die Einverleibung Bosniens —, würde als ein berechtigtes (hier machte Beust ein Fragezeichen) Verlangen auftreten." Die Wiener „Presse" brachte am 18. November die Nachricht, es habe in Sissek eine Zusammenkunft hervorragender Parteimänner nicht nur aus Kroatien, sondern auch aus Slawonien, der Militärgrenze, Dalmatien, Südungarn, Krain und Südsteiermark stattgefunden, um die föderative Vereinigung aller dieser Länder zu einem Staatskörper zu besprechen. Hiezu bemerkte Prokesch: „Wenn diese Angabe wahr ist und die Südslawen sich als ein Zusammengehöriges und Ganzes zu fühlen beginnen, so wächst für den Kaiserstaat und insbesondere für Ungarn eine große Gefahr heran." (Bericht vom 2. Dezember 1870.)

[166]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 136. Die einschlägige Stelle in dem Briefe des Fürsten war durch Indiskretion zur Kenntnis des Großwesirs gelangt.

[167]) „Ich fand in diesem Artikel nicht nur die Reproduktion der Ideen des Fürsten, sondern seine höchsteigenen Worte und Phrasen, welche ich zu wiederholten Malen und stets mit steigender Präzision Eurer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen in der Lage war." (Bericht Pottenburgs, ddo. Bukarest, 4. Dezember 1870.

allerdings die Annahme als gerechtfertigt erscheinen, daß es sich eigentlich um das Programm des Fürsten handle.

Inzwischen war das Schreiben Karls in die Hände der Souveräne gelangt. Das Wiener Kabinett nahm es nichts weniger als beifällig auf. Vier Jahre lang hatte der Hohenzoller den Parteien standgehalten und nun sollten die Verhältnisse derart unerträglich geworden sein, daß die Abwehr regierungsfeindlicher Strömungen eine völlige Umgestaltung der Institutionen bedingte? Beust verneinte es. „Vorerst will mir doch scheinen" — so äußerte er sich — „als vermöchte der Fürst in seiner durch europäische Vereinbarungen gewährleisteten Machtstellung und in den Ratschlägen der ihn umgebenden Vertreter der garantierenden Regierungen eine ausreichende Stütze zu finden, um den Schwierigkeiten der inneren Situation wirksam zu begegnen."[168]) „Die zarte Anspielung" auf den Wunsch nach Unabhängigkeit entging auch dem Reichskanzler nicht, der es — schon wegen des ähnlichen staatsrechtlichen Verhältnisses Serbiens — für gänzlich ausgeschlossen erachtete, daß die Pforte jemals ihrer Suzeränität über die Moldo-Walachei leichthin entsagen und so den Grundsatz der Gebietsintegrität des osmanischen Reiches selber aufgeben könnte. Aber diese Erwägung gab keineswegs den Ausschlag; Beust führte viel schwerer wiegende Gründe gegen den Unabhängigkeitsgedanken ins Treffen, vor allem das Bedenken, es würden sich alle Hoffnungen, die man an die Selbständigkeit knüpfe, als trügerisch erweisen:

Der Vertrag von 1856 bildete den festen Wall wider auswärtige Herrschgelüste; denn jeder Eingriff in die den Fürstentümern verbürgten Vorrechte sowohl wie jeder Versuch einseitiger Intervention irgendeiner Schutzmacht wäre von den übrigen Garanten als eine schreiende Versündigung am europäischen Völkerrecht entschieden zurückgewiesen worden. Selbst Rußland, das gewisse ihm lästige Punkte jenes Traktats für aufgehoben erklärt hatte, verwahrte sich gegen die Zumutung, als sollten hiedurch die übrigen, insbesondere die Moldo-Walachei betreffenden Stipulationen eine Abschwächung erfahren.[169]) Rumänien konnte nur verlieren, wenn es aus dem Verband des osmanischen Reiches

---

[168]) Weisung nach Bukarest, ddo. Wien. 30. Dezember 1870.

[169]) So erklärte sich Rußland gegen die Neutralität der Fürstentümer und gegen die Aufrollung der rumänischen Frage in der Londoner Konferenz.

ausschied: Einbuße seiner gesicherten Stellung, Hinwegfallen der Rücksichten, die den Schutzmächten noch Zwang auferlegten, und das neue Königreich ein Spielball fremder Eroberungspolitik — diese schlimmen Folgen drohte die Lösung des Suzeränitätsverhältnisses nach sich zu ziehen, das im übrigen die Fürstentümer keineswegs beschwerte. Andererseits hätte der Glanz der neuen Krone wohl schwerlich die Popularität ihres Trägers derart erhöht, daß dem Treiben der Agitatoren dadurch ein Ende gemacht worden wäre; im Gegenteil! Mit dem Verschwinden der moralischen Stütze, die dem Fürsten aus der vereinten Macht der Pforte und der Garanten erwuchs, hätte sich die Kühnheit der Opposition nur noch gesteigert.[170]) Also dachte Beust, der daher dem Fürsten „in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse“ dringend empfehlen ließ, dem Unabhängigkeitsgedanken zu entsagen.[171])

Ehe die Antwort nach Bukarest erfolgte, setzte sich das Wiener Kabinett mit den in Beurteilung der Balkanverhältnisse ihm näher stehenden Höfen von London und Florenz in Verbindung; die Depesche wurde am 22. Dezember 1870 abgeschickt und es erhellte aus ihr die Absicht des Reichskanzlers, auch dem nunmehr eingetretenen Zwischenfall gegenüber im wesentlichen an dem bisher vertretenen Standpunkt festzuhalten.[172]) Das italienische Ministerium teilte die Anschauungen des Wiener Kabinetts, ebenso England; dieses jedoch mit dem Unterschied, daß es die auf Reform der Verfassung gerichteten Pläne des Fürsten, gegen die man in Wien nichts einzuwenden fand, als von absolutistischen Ideen getragen und daher als gefährlich hinstellte.[173]) Da sich

[170]) Weisung nach Bukarest, ddo. Wien, 30. Dezember 1870.

[171]) Prokesch stimmte in dieser Hinsicht mit dem Reichskanzler überein: er sah in einem unabhängigen Rumänien „le centre de gravité für alle Rumänen“: es würde sich auf Kosten Österreich-Ungarns vergrößern, Rußland nähme an den Wirrnissen teil, würde aber Rumänien „für seine überstürzte Politik sehr teuer zahlen lassen“. (Gespräch des Internuntius mit D. Sturdza im Januar 1870; Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 54.) Prokesch gab den Rumänen den Rat, „sich noch fünfzig Jahre lang, was auch immer geschehen möge, nur ihrer inneren Entwicklung zu widmen, um die geistigen und materiellen Hilfsquellen des Landes nutzbar zu machen“.

[172]) Die Weisung nach London und Florenz. ddo. Wien, 22. Dezember 1870, war im Sinne des Rundschreibens vom 11. Mai desselben Jahres abgefaßt. (Vgl. S. 148.)

[173]) Bericht ddo. London, 2. Januar 1871. Weisung nach Petersburg vom 4. Januar 1871.

also England und Italien gleichfalls gegen jede Intervention ausgesprochen hatten, antwortete Kaiser Franz Josef dem Fürsten im Sinne der bereits gefaßten Beschlüsse;[174]) gebunden durch die Verträge, konnte sich der Monarch nur auf die Versicherung persönlicher Sympathie und auf die Erteilung guter Ratschläge beschränken. Immerhin wollte der Wiener Hof mögliche Verwicklungen hintangehalten und schon deshalb den Rücktritt Karls verhindert sehen. Anders dachte der Großwesir, trotz Loyalitätsbeteuerungen des rumänischen Agenten;[175]) er ersehnte nun einmal die Abdankung des Hohenzollers als das einzige Mittel, die Trennung der Fürstentümer durchzusetzen und so den Brand an der Grenze zu ersticken. Verfassungsänderungen sollten Abhilfe schaffen? Ali Pascha bezweifelte es und er hielt sich mehr an die Vertreter Englands, Rußlands und Preußens, die ihm sagten, daß die Lage des Fürsten hoffnungslos sei. „Um nicht hinausgeworfen zu werden, wird er gehen,"[176]) meinte der Türke, der die republikanische Gefahr nur durch eine militärische Okkupation des Landes bannen wollte, ob nun die Mächte sich dagegen stellten oder nicht. Er baute auf Rußland, das seiner Überzeugung nach den türkischen Einmarsch schon deshalb wünschte, um nicht selbst einrücken zu müssen. „Avant tout" — soll der Zar ausgerufen haben — „pas d'intervention armée de notre part, elle provoquerait nécessairement l'intervention de l'Autriche et je n'en veux pas!"[177]) Beust gestand, daß im äußersten Fall der Widerruf der Union auch den österreichisch-ungarischen Interessen wohl am besten entspräche, wenn er nicht unter dem Druck einer Fremdmacht erfolgte, sondern die Bevölkerung selbst ihn wünschte.[178]) Da

---

[174]) Schreiben an den Fürsten Karl, ddo. Wien, 29. Januar 1871. (Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 157 ff.)

[175]) Der Fürst hatte — wohl unter dem Drucke der öffentlichen Meinung — die ihm zugeschriebenen Losreißungsgelüste desavouieren lassen. (Telegramm ddo. Bukarest, 28. Dezember 1870, und Privatschreiben Pottenburgs an Prokesch vom 21. Januar 1871, Beilage eines Berichtes vom 22. desselben Monates.)

[176]) Graf Prokesch-Osten: Sechzehn Jahre in Konstantinopel. Anfang 1856 bis Anfang 1872.

[177]) Bericht aus Konstantinopel vom 20. Januar 1871.

[178]) Weisung nach London und Florenz vom 1. Februar 1871. Da dürften wohl folgende Ausführungen des Internuntius Eindruck auf den Reichskanzler gemacht haben: „. . . In mir . . . besteht kein Zweifel, daß die Rückkehr zum Pariser Vertrag, dessen Abweichungen wir stets bekämpft haben, das Heilsamste wäre, was für uns geschehen könnte; verfehlt der heutige Schritt des Fürsten

aber die günstige Lösung großenteils von dem Verhalten der großherrlichen Regierung abhing, so ließ Graf Beust den Großwesir ziemlich deutlich an gewisse Verpflichtungen der Türkei erinnern.[179]) Ali Pascha blieb seiner ursprünglichen Ansicht treu und wollte es nicht darauf ankommen lassen, daß mutwillige Verschwörer Europa vor eine vollendete Tatsache stellten, welche die Mächte dann neuerdings durch ein Protokoll guthießen. Die englische Diplomatie erregte ohnehin seinen Argwohn, da Lord Granville — entgegen allen Abmachungen — es als das gute Recht der Fürstentümer bezeichnete, sich selber die Regierung zu geben, die ihnen eben paßte.[180])

Der österreichisch-ungarische Internuntius sah die trostlosen Schilderungen der moldo-walachischen Zustände keineswegs durch die Berichte widerlegt, die auch ihm aus Bukarest zukamen; dennoch war er der eifrigste Anwalt des Hohenzollers bei der Pforte, nicht bloß aus schuldigem Gehorsam gegenüber seinem Minister, sondern auch in Erwägung der Folgen, die der Sieg der deutschen Waffen auf die künftige Gestaltung der Dinge nehmen mußte.[181]) Der Großwesir beurteilte das Strafgericht, das Napoleon III. ereilt hatte, ebenso realpolitisch, wie Prokesch: er glaubte nicht, daß

---

sein Ziel und ergibt sich daraus, daß er sich nicht mehr halten kann und das Land verläßt, so wäre der Augenblick gekommen, um den Brandstoff an unserer Südgrenze abzuschütteln und die gesicherte Stellung wieder zu gewinnen, die uns die Wiedereinsetzung der Pforte in ihre alten Rechte gewährt . . .“ (Bericht ddo. Konstantinopel, 30. Dezember 1870.)

[179]) „Les articles 27 du traité de Paris et 8 de la convention du 19 août 1858 ont prévu le cas où l'ordre intérieur serait menacé ou compromis dans les Principautés. Aux termes de ces stipulations, le gouvernement du Sultan est appelé à s'entendre avec les autres Puissances contractantes sur les mesures à prendre en pareil cas, et une intervention armée ne peut avoir lieu sans un accord préalable avec ces Puissances.“ (Weisung nach Konstantinopel vom 16. Februar 1871.)

[180]) Berichte ddo. Konstantinopel, 17. März und 7. April 1871.

[181]) „Wie viel auf guten Gründen Ruhendes sich“ — so hatte Prokesch bereits im Juli 1870 an Beust geschrieben — „ohne jeden Zweifel für die Rückkehr zur Konvention vom Jahre 1858 sagen läßt, die auch mir als im Interesse der Fürstentümer und Österreich-Ungarns gelegen erscheint, so habe ich gegenüber der Pforte den Satz vertreten und aufrecht gehalten, daß diese Frage in einer späteren Zeit vielleicht mit Erfolg vorgebracht werden könne, unter den heutigen Verhältnissen aber in der Person des Fürsten Karl die Schutzwehr gegen das Treiben der roten Partei liegt, das unfehlbar zu den gefährlichsten politischen Verwicklungen führen müßte. (Bericht ddo. Konstantinopel, 29. Juli 1870.) Wie übel war daher Fürst Karl beraten, der in dem Internuntius seinen erbittertsten Gegner sah! (Vgl. Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 141, 164 usw.)

den türkischen Interessen, wenigstens zunächst, irgendwelche Gefahr drohe, schätzte sich vielmehr glücklich, „der zweideutigen Freundschaft ledig zu sein“.[182]) Der völlige Umschwung seiner Gesinnung erfolgte aber erst nach dem Einlangen der Nachricht, der Preußenkönig habe die deutsche Kaiserkrone angenommen: „Nun halte ich den Fürsten Karl!“ rief Ali Pascha aus. Hoffte er doch, daß einerseits die neue deutsche Großmacht weder die Moldo-Walachei noch Österreich-Ungarn dem russischen Einfluß preisgeben, sondern in der hohenzollerschen Dynastie zu Bukarest ein Bollwerk gegen Rußland sehen und andererseits die Türkei in einem Bündnis des deutschen Reiches mit der österreichisch-ungarischen Monarchie ihre sicherste Stütze finden werde.

Es gelang dem Fürsten, aus eigener Machtvollkommenheit ein Ministerium zu ernennen[183]) und so seine Stellung zu festigen; die Hauptsache war, daß er sie behauptete und das Heft, das er nun in Händen hielt, auch richtig zu gebrauchen wußte. In diesem Sinne richtete Prokesch ein Schreiben an den österreichisch-ungarischen Generalkonsul in Bukarest,[184]) der außerdem im Auftrage Beusts dem Fürsten nahe legte, daß er seine Mission unter den gegebenen Verhältnissen als Ehrensache ansehen und daher ausharren solle.[185]) Karl bot in der Tat den Demagogen die Stirne: er löste die Kammer auf, die dem neuen Ministerium ihr Mißtrauen ausgesprochen hatte; der Senat erklärte sich für den Fürsten, der nun dem Gedanken entsagte, das Land zu verlassen. Als ihm aber der Großwesir die Absicht der Pforte kund tat, weiteren Unruhen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln

---

[182]) „Er gefiel sich darin,“ — so erzählt uns Prokesch — „mir zu entwickeln, wie seit Franz I. diese Freundschaft über das Reich des Sultans Übel auf Übel gehäuft habe. Dessen angebliche Dienste seien schon zur Zeit der ungarischen Kriege nie etwas anderes gewesen als Mittel, sich der Pforte für Frankreichs Machterweiterung zu bedienen. Jeder Aufstand in den Ländern der Pforte habe in Frankreich Unterstützung gefunden. Dessen Einmischung in die inneren Verhältnisse der Türkei habe stets im Sinne der Zersetzung gewirkt und die Verschmelzung der Völkerschaften, das ruhige Zusammenleben trotz verschiedenen Glaubensmeinungen gehindert. Frankreich sei der Wegmacher für Rußland gewesen. (Graf Prokesch-Osten: Sechzehn Jahre in Konstantinopel.)

[183]) Ministerium L. Catargiu.

[184]) Privatschreiben an Freiherrn v. Pottenburg, ddo. Konstantinopel, 28. März 1871 (Beilage des Berichtes ddo. Konstantinopel, 31. März 1871).

[185]) Bericht aus Bukarest vom 31. März 1871.

entgegenzutreten,[186]) da antwortete die Bukarester Regierung, daß der Fürst keiner fremden Hilfe mehr bedürfe; denn ihr Programm laute: im Inneren Ordnung und strenges Walten von Gesetz und Recht, nach außen gewissenhafte Beobachtung der Verträge.[187])

„Si le prince Charles parvient“ — so äußerte sich Prokesch gegenüber dem rumänischen Agenten in Konstantinopel — „à se tirer d'affaire avec ses propres forces, et à rendre la Roumanie gouvernable, c'est le plus grand tour de force que j'aurai vu dans ma carrière diplomatique de plus d'un demi-siècle. Ce sera tout simplement de la prestidigitation! [188]) Der Fürst bestand diese „Kraftprobe“, dank der Unterstützung des Wiener Kabinetts, das unter voller Wahrung der suzeränen Rechte neuerdings zur Konsolidierung der Fürstentümer beigetragen hatte. „Wir sind noch heute der Ansicht“ — so schrieb Beust im August 1871 nach Berlin — „daß das Verbleiben des Fürsten Karl in Bukarest als das erfreulichste Ergebnis der gegenwärtigen Verwicklungen betrachtet werden müßte, und glauben von diesem Standpunkte Schritte vermeiden zu sollen, die seine Stellung im Lande unleugbar erschweren würden . . . und Österreich-Ungarn vor allem kann es nur erwünscht sein, wenn dem Grenzlande neue herbe Prüfungen, Europa die Lasten neuer verantwortungsvoller Entscheidungen aus diesem Anlasse erspart blieben.“[189]) Beust dachte dabei an

---

[186]) Am 22. März 1871 hatten die in Bukarest lebenden Deutschen eine Siegesfeier veranstaltet, die die „lateinischen“ Liberalen als eine Beleidigung des französisch fühlenden Landes ansahen; unter den Rufen: „Es lebe die Republik!“ wurden die Fenster des Bankettsaales zertrümmert (Jorga II, 354). Diese Störung des Festes veranlaßte den deutschen Reichskanzler, eine Depesche an Keyserling zu richten, worin er die Pforte für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den Fürstentümern verantwortlich machte. Am 2. April telegraphierte der Großwesir daher dem Fürsten, „que la Sublime Porte . . . ne saurait regarder avec indifférence toute entreprise tendante à compromettre la paix et la sécurité publique. Elle sera en conséquence obligé d'aviser aux moyens que les traités lui réservent pour des cas analogues.“ (Bericht ddo. Konstantinopel, 7. April 1871.)

[187]) Instruction de Mr Costa-Foro à Mr Strat, agent des Principautés-Unies à Constantinople (Beilage eines Berichtes ddo. Konstantinopel, 21. April 1871).

[188]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 192.

[189]) Weisung an Freiherrn v. Münch in Berlin, ddo. Gastein, 9. August 1871.

die Strousbergsche Angelegenheit,[190]) die er ihres politischen Charakters entkleiden und auf das engere Gebiet einer bloßen Finanzfrage zurückdämmen wollte. Diesmal waren es nicht türkische, sondern preußische Interessen, die ebenfalls in Betracht kamen und Berücksichtigung erheischten.[191]) Es galt, den Fürsten Karl zu halten und zu stützen und doch jeden Schritt zu vermeiden, der ein Zusammengehen des Wiener Kabinetts mit der deutschen Regierung in Frage stellte. Ein diplomatischer Eiertanz, der dem Reichskanzler schließlich glückte.[192]) Dankbaren Herzens hob der Hohenzoller hervor, daß Österreich-Ungarn in einem kritischen Augenblick die Rechte Rumäniens gewahrt habe, „die andere verletzen wollten".[193]) Nun schied Beust aus dem Amte, nachdem er den Fürstentümern noch einen letzten guten Dienst erwiesen hatte, und er hinterließ das von ihm angebahnte freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Nachbarstaaten dem neuen Minister des Äußern, Grafen Julius Andrássy, als wertvolles Vermächtnis.

---

[190]) Strousberg hatte seinen Aktionären den Kupon vom 1. Januar 1871 nicht ausbezahlt, sondern die Sorge dafür dem rumänischen Staate überlassen, der die Zinszahlung garantiert hatte (Jorga II, 353).

[191]) Sehr viele von Strousberg geschädigte Aktionäre waren preußische Staatsangehörige, weshalb Bismarck eine Berufung an die Pforte als an die suzeräne Macht veranlaßt hatte.

[192]) Die fürstliche Regierung hatte die Vermittlung des Wiener Hofes dankbar angenommen und so erfolgte die Bildung eines Gläubigersyndikates, mit dem sie in direkte Verhandlungen trat.

[193]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien II, 229.

ANHANG I

(zu Seite 110, Beilage des Berichts ddo. Konstantinopel 13. Juni 1864, Nr. 41 B).

INTRODUCTION.

En octobre 1863 le prince Couza a fait communiquer par l'entremise de Mr. Bordéano à la Sublime Porte et aux représentants un projet de constitution et une loi électorale réformée.

Le prince annonçait l'intention de faire un dernier essai pour se concilier l'assemblée et, en cas de non réussite, de la dissoudre, d'en convoquer une autre sur la base de la loi électorale réformée et de présenter à cette nouvelle assemblée le projet de constitution.

Ce qui résulterait de l'accord entre l'assemblée et le prince serait alors communiqué officiellement aux puissances afin d'en solliciter l'approbation et la sanction.

S. A., Aali Pascha, par sa lettre au prince du 2 novembre s'est démontré prêt à provoquer une entente entre les puissances sur les modifications proposées par le prince, mais en reconnaissant d'un côté la défectuosité de la constitution, S. A. a averti, de l'autre, le prince que la constitution ne saurait être modifiée qu'en vertu d'un accord préalable entre les puissances.

Aussi en date du 12 novembre S. A. a fait communiquer aux puissances garantes le projet de constitution du prince Couza, les priant de munir les représentants à Constantinople des instructions qui les autorisent à concourir à l'établissement d'une entente sur cet important sujet.

La Porte devait s'attendre d'être informée par le prince du résultat de „son dernier essai". Cependant la démarche confidentielle du prince du mois d'octobre n'a été suivie d'aucune autre jusqu'au 14 mai où le prince a agi sans recours préalable aux puissances. Le droit et le devoir du prince était de soumettre à la cour suzeraine et aux puissances les modifications qu'il jugeait nécessaires dans la constitution et dans la loi électorale. Il a préféré d'agir arbitrairement.

La Sublime Porte a dû blamer le prince de cette précipitation injustifiable et lui déclarer que les modifications apportées par lui aux lois fondamentales du pays dépassaient le cercle de ses droits et ne pouvaient être considérées que comme non avenues.

Par cette déclaration la Sublime Porte a eu soin de garantir son propre droit et celui des puissances consignataires de la convention de 1858; cependant le prince la trouvera toujours prête à l'aider dans la voie conforme aux traités, de sortir des difficultés si imprudemment créées par lui. Reconnaissant elle-même la nécessité d'une revision de la constitution de l'an 1858, et admettant que les modifications projetées par le prince sont en partie le résultat de l'expérience d'un homme à l'œuvre, elle est disposée de les prendre en considération.

Le point de départ de son action lui est fourni par la constitution de 1858 elle-même. C'est la base légale de son examen.

Elle a donc pris à tâche de s'éclairer sur la question, quelles des modifications projetées par le prince pourront être utilement introduites dans la dite constitution, déjà modifiée par les dispositions de 1861. De ce travail est sortie la constitution amendée ci-jointe qui, à ses yeux, se présente comme le projet le plus propre pour servir à un examen approfondi et à une entente mutuelle.

Constitution de l'année 1858 modifiée.

Art. 1. Les principautés de Moldavie et de Valachie constitués désormais sous la dénomination des principautés unies de Moldavie et de Valachie demeurent placés sous la suzeraineté de S. M. le Sultan.

Art. 2. Les principautés continueront de jouir, sous la garantie collective des puissances contractantes des privilèges et immunités dont elles sont en possession. En conséquence les principautés s'administreront librement et en dehors de toute ingérence de la Sublime Porte dans les limites stipulées par l'accord des puissances garantes avec la cour suzeraine.

Art. 3. Les pouvoirs publics sont confiés au prince, à une assemblée pondératrice (sénat) et à l'assemblée élective.

Art. 4. Le pouvoir exécutif sera exercé par le prince.

Art. 5. Le pouvoir législatif sera exercé collectivement par le prince, le sénat et l'assemblée élective.

Art. 6. Le prince a l'initiative des lois. Il les prépare avec le concours du conseil d'état et les soumet à l'assemblée élective et au sénat pour être discutées et votées. L'assemblée et le sénat ont également le droit de proposer des lois. La proposition pour pouvoir être soumise au prince doit être votée dans les deux assemblées. Le prince donne ou refuse sa sanction. Toute loi exige l'accord des trois pouvoirs. Si le gouvernement est forcé de prendre d'urgence des mesures qui exigent le concours de l'assemblée élective et du sénat, pendant que ces assemblées ne siègent pas, le ministère est tenu de leur soumettre à leur prochaine convocation les motifs et les résultats de ces mesures.

Art. 7. Le pouvoir judiciaire exercé au nom du prince, sera confié à des magistrats nommés par lui, sans que nul puisse être distrait de ses juges naturels.

Une loi déterminera les conditions d'admission et d'avancement dans la magistrature, en prenant pour base l'application progressive du principe de l'inamovibilité.

Art. 8. Les principautés serviront à la cour suzeraine un tribut annuel, dont le montant demeure fixé à la somme d'un million cinq cent mille piastres pour la Moldavie, et à la somme de deux millions cinq cent mille piastres pour la Valachie. L'investiture sera comme par le passé conférée au prince par S. M. le Sultan. La cour suzeraine combinera avec les principautés les mesures de défendre leur territoire en cas d'agression extérieure, et il lui appartiendra de provoquer, par une entente avec les cours garantes, les mesures nécessaires pour le rétablissement de l'ordre s'il venait à être compromis. Comme par le passé les traités internationaux, conclus par la cour suzeraine avec les puissances étrangères, seront applicables aux principautés.

Art. 9. En cas de violation des immunités des principautés, le prince adressera un recours à la puissance suzeraine, et s'il n'est pas fait droit à sa réclamation, il pourra la faire parvenir par son agent aux représentants des puissances garantes à Constantinople. Le prince se fera représenter auprès de la cour suzeraine par un agent (Kapou-Kiaya) né moldave ou valaque, ne relevant d'aucune juridiction étrangère et agréé par la Porte.

La Porte aura le droit d'envoyer de son côté également un agent auprès du prince.

Art. 10. Le prince sera élu a vie par les deux assemblées réunies ad hoc en une seule.

Art. 11. En cas de vacance et jusqu'à l'installation du nouveau prince, l'administration sera dévolue au conseil des ministres qui entrera de plein droit en exercice. Ses attributions purement administratives seront limitées à l'expédition des affaires, sans qu'il puisse révoquer les fonctionnaires autrement que pour délit constaté judiciairement. Dans ce cas il ne pourvoira à leur remplacement qu'à titre provisoire.

Art. 12. Lorsque la vacance se produira, l'assemblée réunie ad hoc, ou immédiatement à réunir ad hoc, devra avoir procédé dans les 8 jours à l'élection du prince. La présence des trois quarts du nombre des membres inscrits sera exigé pour qu'il soit procédé à l'élection. Dans le cas où pendant les huit jours l'élection n'aurait pas eu lieu, le neuvième jour à midi l'assemblée procédera à l'élection, quelque soit le nombre des membres présents. L'investiture sera demandée comme par le passée; elle sera donnée sans délai dans un mois au plus.

Art. 13. Sera éligible à la dignité de prince quiconque, âgé de 35 ans et fils d'un père né moldave ou valaque peut justifier d'un revenu foncier de trois mille ducats, pourvu qu'il ait rempli des fonctions publiques pendant dix ans ou fait partie des assemblées.

Art. 14. Le prince gouverne avec le concours des ministres nommés par lui. Il sanctionne et promulgue les lois; il peut refuser sa sanction. Il a le droit de grâce et celui de commuer les peines en matière criminelle; sans pouvoir intervenir autrement dans l'administration de la justice.

Il nomme à tous les emplois d'administration publique et fait les réglements nécessaires pour l'exécution des lois. La liste civile de chaque prince sera votée par l'assemblée une fois pour toutes lors de son avènement.

Art. 15. Tout acte émané du prince doit être contresigné par les ministres compétents. Les ministres seront responsables de la violation des lois et particulièrement de toute dissipation des deniers publics. Ils seront justiciables de la haute-cour de justice et de cassation. Les poursuites pourront être provoquées par le prince ou par le vote concordant des deux assemblées. La mise en accusation des ministres ne pourra être prononcée qu'à la majorité des deux tiers des membres présents.

Art. 16. Les députés à l'assemblée élective sont élus pour sept ans, conformément aux dispositions électorales ci-annexées.

Art. 17. L'assemblée sera convoquée par le prince et devra être réunie chaque année, le premier dimanche de décembre. La durée de chaque session ordinaire sera de trois mois. Le prince pourra, s'il y a lieu, prolonger la session. Il peut convoquer l'assemblée extraordinairement et la dissoudre. Dans ce dernier cas il est tenu de convoquer une nouvelle assemblée qui devra être réunie dans le délai de trois mois.

Art. 18. Le président de l'assemblée est nommé chaque année par le prince. Il est pris dans le sein de l'assemblée. Les vice-présidents, les secrétaires et les questeurs sont élus par l'assemblée.

Art. 19. Le président fixe les conditions auxquelles le public sera admis aux séances, sauf les cas d'exception qui seront prévus par le règlement intérieur.

Il sera dressé par les soins du président un procès-verbal sommaire de chaque séance, qui sera inséré dans la „Gazette officielle“.

Art. 20. L'assemblée élective discute et vote les projets de loi. Les projets présentés par le gouvernement seront soutenus dans l'assemblée par les ministres ou par les membres du conseil d'état qui seront délégués par le prince à cet effet.

Ils seront entendus toutes les fois qu'ils demanderont la parole.

Art. 21. Si les ministres ne sont pas membres des assemblées, ils n'y auront pas moins entrée et pourront prendre part à la discussion des lois sans participer au vote.

Art. 22. Le budget des dépenses et des recettes, préparé chaque année par les soins du pouvoir exécutif et soumis à l'assemblée élective, qui pourra l'amender, ne sera définitif qu'après avoir été voté par elle, et le vote approuvé par le sénat. Si le budget n'était pas voté en temps opportun, le pouvoir exécutif pourvoirait aux services publics conformément au dernier budget voté.

Art. 23. Les différents fonds provenant jusqu'à présent des caisses spéciales et dont le gouvernement dispose à divers titres. devront être compris au budget général des recettes.

Art. 24. Le règlement définitiv des comptes devra être présenté à l'assemblée au plus tard dans un délai de deux ans, à partir de la clôture de chaque exercice.

Art. 25. Aucun impôt ne pourra être établi ou perçu, s'il n'a été consenti par les assemblées.

Art. 26. Comme toutes les lois d'intérêt commun ou spécial et les règlements d'administration publique, les lois de finances seront insérées dans la „Gazette officielle".

Art. 27. Le sénat se compose des métropolitains du pays, des évêques diocésains, des anciens hospodars ou fils d'hospodars, du premier président de la cour de cassation, du plus ancien des généraux del'armée en activité, et en outre de 64 membres qui seront nommés par le prince, moitié d'entre des grands propriétaires ou des personnes recommandables par leur mérite et leur expérience: et l'autre moitié sur une liste présentée par l'assemblée élective.

Les membres du sénat jouissent de l'inviolabilité garantie aux députés par l'art. 36 des dispositions électorales ci-annexées.

Art. 28. Les membres du sénat se renouvellent de deux ans en deux ans par tiers, mais seulement en ce qui touche ceux qui sont nommés par le prince.

Les membres sortants pourront être nommés de nouveau. Leurs fonctions ne cesseront qu'à l'installation des nouveaux membres.

Art. 29. La durée des sessions du sénat, leur prolongation et la convocation de ce corps sont soumises aux règles prescrites par l'article 17 de la convention touchant l'assemblée élective.

Art. 30. Le poste de sénateur sera honoraire.

Art. 31. Le métropolitain, primat des principautés unies est de droit président du sénat. Un des vice-présidents, pris dans ce corps sera nommé par le prince. L'autre vice-président et le bureau seront élus par l'assemblée.

En cas de partage égal des votes, le vote du président est prépondérant.

Les séances du sénat sont publiques, à moins que le contraire ne soit demandé par le tiers des membres présents.

Les ministres, même s'ils ne font pas partie du sénat, ont le droit d'assister et de prendre part à toutes les délibérations. Ils seront entendus les fois qu'ils demanderont la parole.

Art. 32. Les dispositions constitutives de la nouvelle organisation des principautés-unies sont mises sous la sauvegarde du sénat qui à la fin de chaque session proposera au prince les améliorations qu'il croira nécessaires dans les différentes branches de l'administration.

Art. 33. Tout projet voté par l'assemblée élective est soumis au sénat qui donnera son vote.

Art. 34. Le sénat adopte le projet tel qu'il a été voté par l'assemblée, ou il l'amende, ou il le repousse tout à fait.

Si le projet de loi est adopté sans modifications par le sénat, il est soumis à la sanction du prince.

Si le projet de loi est amendé par le sénat, il retourné à l'assemblée élective.

Si l'assemblée approuve les amendements du sénat, le projet amendé est soumis à la sanction princière.

Si le sénat repousse un projet de loi sorti de l'initiative du gouvernement et voté par l'assemblée, ce projet est envoyé au conseil d'état pour être étudié de nouveau. Un pareil projet ne peut être présenté à l'assemblée élective que dans une autre session. De même un projet de loi, sorti de l'initiative de l'assemblée et repoussé par le sénat, ne peut plus être discuté dans la même session.

Art. 35. L'assemblée élective et le sénat ont l'une et l'autre le droit de recevoir de pétitions et de les discuter si besoin est.

Art. 36. Les règlements intérieurs de l'assemblée élective et du sénat sont préparés par les soins du gouvernement.

Art. 37. Il sera institué une haute-cour de justice et de cassation commune aux deux principautés. Il sera pourvu par une loi à sa constitution. Les membres seront inamovibles.

Art. 38. Les arrêts rendus par les cours et les jugements prononcés par les tribunaux dans l'une et l'autre principauté seront portés exclusivement devant cette cour en cassation.

Art. 39. Elle exercera un droit de censure et de discipline sur les cours d'appel et les tribunaux. Elle aura droit de juridiction exclusive sur ses propres membres en matière pénale.

Art. 40. Comme haute cour de justice, elle connaîtra des poursuites qui auront été provoquées contre les ministres par le prince ou par l'assemblée et jugera sans appel.

Art. 41. Les milices régulières recevront une organisation identique, pour pouvoir se réunir et former une armée unique. Il sera procédé annuellement à l'inspection des milices. Les inspecteurs seront chargés de veiller à l'entière exécution des dispositions destinées à conserver aux milices le caractère de corps composant une même armée. Le chiffre des milices régulières fixé par le règlement organique ne pourra être augmenté de plus d'un tiers, sans une entente préalable avec la cour suzeraine.

Art. 42. Les milices devront être réunies toutes les fois que la sûreté de l'intérieur ou celle des frontières serait menacée. La

réunion pourra être provoquée par le prince et il en sera donné avis à la cour suzeraine.

Art. 43. Le commandant en chef sera désigné par le prince lorsqu'il y aura lieu de réunir les milices. Il devra être ou moldave ou valaque de naissance. Il pourra être révoqué par le prince.

Art. 44. Les milices valaques et moldaves conserveront leurs drapeaux actuels; mais ces drapeaux porteront à l'avenir une banderole de couleur bleue conforme au modèle annexé à la présente convention.

Art. 45. Les moldaves et les valaques seront tout égaux devant la loi, devant l'impôt et également admissibles aux emplois publics dans l'une et l'autre principauté. Leur liberté individuelle sera garantie. Personne ne pourra être retenu, arrêté ni poursuivi que conformément à la loi. Personne ne pourra être exproprié que légalement pour cause d'intérêt public et moyennant indemnité. Les moldaves et les valaques de tous les rites chrétiens jouiront également des droits politiques. La jouissance de ces droits pourra être étendue aux autres cultes par des dispositions législatives. Tous les privilèges, exemptions ou monopoles dont jouissent encore certaines classes, seront abolis, et il sera procédé sans retard à la revision de la loi qui règle les rapports des propriétaires du sol avec les cultivateurs, en vue d'améliorer l'état des paysans. Les institutions municipales tant urbaines que rurales, recevront tous les développements que comportent les stipulations de la présente convention.

Art. 46. Jusqu'à revision ultérieure la législation actuellement en vigueur dans les principautés est maintenue dans les dispositions qui ne sont pas contraires aux stipulations de la présente convention.

Art. 47. A l'effet de satisfaire à l'article 25 du traité du 30 mars 1856, un hatti-shérif, textuellement conforme aux stipulations de la présente convention, promulguera les dispositions qui précèdent, dans un délai de quinze jours au plus tard à partir de l'échange des ratifications.

Art. 48. Tous les fonctionnaires publics sans exception, à leur entrée en fonctions, seront obligés de jurer soumission à la constitution et aux lois du pays et fidélité au prince.

Art. 49. Le présent statut et les dispositions électorales ci-annexées auront force de loi du jour de leur approbation par la cour suzeraine.

La nouvelle assemblée élective et le sénat seront constitués et réunis dans le terme prevu par l'article 16 de la convention.

Art. 50. Les décrets qui, jusqu'à la convocation de la nouvelle assemblée, seront donnés par le prince, sur la proposition du conseil des ministres et du conseil d'état, auront force de loi.

Sur les dispositions électorales.

La loi électorale du 19 août 1859 distingue entre les collèges des villes et les collèges des districts.

Est électeur primaire dans les districts quiconque justifie d'un revenu foncier de 100 ducats.

Est électeur direct dans les districts quiconque justifie d'un revenu foncier de 1000 ducats, dans les villes quiconque justifie d'un capital foncier, industriel ou commercial de 6000 ducats. Est éligible quiconque, âgé de 30 ans, justifie d'un revenu de 400 ducats.

De ces dispositions il résulte une assemblée composée de riches propriétaires ou, du moins, de propriétaires aisés.

La loi du 14 mai 1864 supprime la distinction entre les colléges des villes et des districts.

Est électeur primaire tout roumain qui peut être électeur des conseils communaux;

est électeur direct 1° tout roumain, âgé de 25 ans, sachant lire et écrire et payant 4 ducats de contribution directe par an; 2° sans justifier du paiement de 4 ducats, les prêtres de paroisse, les professeurs, les docteurs et licenciés, les avocats, ingénieurs, architectes, instituteurs d'écoles et fonctionnaires civils et militaires en retraite qui justifient d'une pension de 3000 piastres.

Est éligible à l'assemblée quiconque est roumain, électeur dans une commune, âgé de 30 ans, sait lire et écrire.

La grande majorité des paysans payant 4 ducats de contribution et aucun cens n'étant fixé pour l'éligible, la nouvelle assemblée sera composée de paysans, petits employés, avocats etc. etc.

Je pense qu'il faudra établir un cens pour l'éligible, soit un revenu de 400 ducats.

ANHANG II

(zu Seite 110, Beilage des Berichtes ddo. Konstantinopel 30. Juni 1864, Nr. 46).

ACTE ADDITIONNEL A LA CONVENTION DU 19 AOÛT 1858.

La Convention conclue à Paris le 19 août 1858 entre la Cour suzeraine et les Puissances garantes est et demeure la loi fondamentale des Principautés Unies.

Quoique les Principautés Unies puissent désormais modifier ou changer les lois qui régissent leur administration intérieure avec le concours légal de tous les pouvoirs établis et sans aucune intervention, il est néanmoins bien entendu que cette faculté ne saurait s'étrendre aux liens qui unissent les Principautés à l'Empire ottoman ni aux traités en vigueur entre la Sublime Porte et les autres Puissances qui sont et demeurent également obligatoires pour les dites Principautés.

Toutefois les événements qui se sont succédés depuis la conclusion de la Convention de Paris ayant rendu nécessaire la modification de quelques-unes des dispositions de cette Convention, la Sublime Porte vient de s'entendre avec Son Altesse le Prince des Principautés Unies et de se mettre d'accord avec Leurs Excellences MM. les Représentants des Puissances signataires du traité de Paris sur le présent acte additionnel à la dite Convention arrêté et convenu comme suit:

Art. 1. Les pouvoirs publics sont confiés au Prince, à un Sénat et à une Assemblée élective.

Art. 2. Le pouvoir législatif sera collectivement exercé par le Prince, le Sénat et l'Assemblée élective.

Art. 3. Le Prince a l'initiative des lois. Il les prépare avec le concours du Conseil d'Etat et les soumet à l'Assemblée élective et au Sénat pour être discutées et votées.

Aucune loi ne peut être soumise à la sanction du Prince qu'après avoir été discutée et votée par l'Assemblée élective et le Sénat.

Le Prince accorde ou refuse sa sanction.

Toute loi exige l'accord des trois pouvoirs.

Dans le cas où le Gouvernement serait forcé à prendre des mesures d'urgence qui exigent le concours de l'Assemblée élective et du Sénat pendant que ces Assemblées ne siégent pas, le Ministère sera tenu de leur soumettre à leur prochaine convocation les motifs et les résultats de ces mesures.

Art. 4. Les députés à l'Assemblée élective sont élus conformément aux principes énoncés dans la pièce annexée, et qui doivent servir de base à la nouvelle loi électorale.

Le Président de l'Assemblée élective est nommé chaque année par le Prince. Il est choisi dans le sein de l'Assemblée. Les Vice-Présidents, les secrétaires et les questeurs sont nommés par l'Assemblée.

Art. 5. L'Assemblée élective discute et vote les projets de loi. Les projets présentés par le Prince sont soutenus dans l'Assemblée par les Ministres ou par les membres du Conseil d'Etat qui seront délégués par le Prince à cet effet. Ils seront entendus toutes les fois qu'ils demanderont la parole.

Art. 6. Le budget des recettes et des dépenses préparé chaque année par les soins du pouvoir exécutif et soumis à l'Assemblée qui pourra l'amender, ne sera définitiv qu'après avoir été voté par elle, et le vote approuvé par le Sénat. Si le budget n'est pas voté en temps opportun, le pouvoir exécutif pourvoira au service public conformément au dernier budget voté.

Art. 7. Le Sénat sera composé des Métropolitains du pays, des évêques diocésains, du Premier Président de la Cour de cassation, du plus ancien des généraux de l'armée en activité et en outre de 64 membres, dont les 32 seront choisis et nommés par le Prince d'entre les personnes qui ont exercé les plus hautes fonctions dans le pays ou qui peuvent justifier d'un revenu annuel de huit cents ducats.

Quant aux 32 autres membres, ils seront élus d'entre les membres des Conseils Généraux de chaque district et nommés par le Prince sur la présentation de trois candidats.

Les membres du Sénat jouissent de l'inviolabilité garantie aux députés.

Art. 8. Les 64 membres du Sénat choisis conformément aux dispositions de l'article précédent se renouvelleront de trois ans en trois ans par moitié.

Les membres sortants pourront être nommés de nouveau. Leurs fonctions ne cesseront qu'à l'installation des nouveaux membres.

Art. 9. La durée des sessions du Sénat, leur prolongation et la convocation de ce corps sont soumises aux règles prescrites par l'article 17 de la Convention de 1858 touchant l'Assemblée élective.

Art. 10. Les membres du Sénat seront rétribués durant toute la session.

Art. 11. Le Métropolitain, primat, est de droit Président du Sénat. Un des Vice-Présidents, pris dans ce corps, est nommé par le Prince, l'autre Vice-Président et le bureau sont élus par l'Assemblée.

En cas de partage égal des votes, le vote du Président est prépondérant.

Les séances du Sénat sont publiques, à moins que le contraire ne soit demandé par le tiers des membres présents.

Les Ministres, même s'ils ne font pas partie du Sénat, ont le droit d'assister et de prendre part à toutes les délibérations. Ils seront entendus toutes les fois qu'ils demanderont la parole.

Art. 12. Les dispositions constitutives de la nouvelle organisation des Principautés Unies sont mises sous la sauvegarde du Sénat.

A la fin de chaque session le Sénat et l'Assemblée élective nommeront chacun un comité dont les membres seront choisis dans leur sein. Les deux comités se réuniront en commission mixte pour faire un rapport au Prince sur les travaux de la dernière session, et lui suggérer les améliorations qu'ils croiraient nécessaires dans les différentes branches de l'administration.

Ces propositions pourront être recommandées par le Prince au Conseil d'Etat pour être transformées en projets de lois.

Art. 13. Tout projet de loi voté par l'Assemblée élective en dehors du budget des revenus et des dépenses est soumis au Sénat pour être discuté et voté par lui.

Art. 14. Le Sénat adopte le projet de loi tel qu'il a été voté par l'Assemblée, ou il l'amende, ou il le repousse tout à fait.

Si le projet de loi est adopté sans modification par le Sénat, il est soumis à la sanction du Prince.

Si le projet de loi est amendé par le Sénat, il retourne à l'Assemblée élective.

Si l'Assemblée approuve les amendements du Sénat, le projet est soumis à la sanction Princière.

Si au contraire l'Assemblée élective repousse ces amendements, le projet est renvoyé au Conseil d'Etat pour y être de nouveau étudié.

Le Gouvernement peut ensuite présenter à la Chambre dans la session courante ou la suivante le projet revu par le Conseil d'Etat.

Si le Sénat repousse tout-à-fait le projet voté par l'Assemblée élective, ce projet est renvoyé au Conseil d'Etat pour y être de nouveau étudié.

Un pareil projet ne peut être présenté à l'Assemblée élective que dans une autre session.

Art. 15. Le Sénat a le droit de recevoir des pétitions. Ces pétitions seront examinées par une Commission *ad hoc.* Le Sénat, sur le rapport de celle-ci, pourra, s'il y a lieu, les renvoyer au Gouvernement.

Art. 16. Les réglements intérieurs de l'Assemblée élective et du Sénat sont préparés par les soins du Gouvernement.

Art. 17. Tous les fonctionnaires publics sans exception, à leur entrée en fonction, sont obligés de jurer soumission à la Constitution, aux lois du pays et fidélité au Prince.

Art. 18. Le présent acte et la loi électorale préparée conformément aux principes de l'annexe susmentionné, auront force de loi à partir du jour de leur sanction par la Cour suzeraine.

La nouvelle Assemblée élective et le Sénat seront constitués et réunis dans les termes prévus par l'Article 17 de la Convention de 1858.

Art. 19. Le Prince formera un Conseil d'Etat composé des personnes les plus compétentes par leur mérite et leur expérience. Ce Conseil n'aura aucun pouvoir par lui-même, mais il aura pour mission d'étudier et de préparer les projets de loi que le Prince lui déférera.

Ses membres seront admis, comme délégués du Prince, au sein des deux Assemblées pour expliquer et défendre les projets de loi par lui présentés.

Art. 20. Toutes les dispositions de la Convention de Paris qui ne sont pas modifiées par le présent acte, sont confirmées de nouveau et demeureront en pleine et entière vigueur.

PRINCIPES

DESTINÉS A SERVIR DE BASE A LA RÉDACTION D'UNE NOUVELLE LOI ÉLECTORALE.

1° Les électeurs des communes et des municipalités éliront les électeurs directs. Il y aura un électeur direct pour un certain nombre d'électeurs du premier degré. Ce nombre sera fixé provisoirement par le pouvoir exécutif.

2° Dans les villes où il n'y aura pas cent électeurs, on adjoindra les électeurs des communes voisines, qui se trouveront ainsi distraits des autres électeurs du district.

3° Chaque électeur direct devra justifier de cent ducats de revenu; il pourra faire la justification de ce revenu soit par la production de sa cote d'imposition, soit de toute autre manière suffisante. Les salaires privés et les traitements affectés aux fonctions publiques ne seront pas compris dans l'estimation du revenu.

Peuvent être électeurs, sans justifier d'un revenu de cent ducats, les personnes des catégories suivantes: les prêtres de paroisses, les professeurs, les docteurs et licenciés des différentes facultés, les avocats, les ingenieurs et les architectes ayant des diplômes délivrés ou reconnus par le Gouvernement, les instituteurs des écoles publiques, les pensionnaires civiles et militaires recevant une pension d'au moins trois mille piastres par an.

4° Les députés seront nommés par les villes et les districts dans une proportion répondant à l'importance de ces villes et districts. — Cette proportion sera fixée dans la prochaine session. — Provisoirement chaque district élira deux Députés, la ville de Bucarest *six,* la ville de Jassy *quatre,* les villes du second ordre *deux,* et les villes de districts *un.*

5° Pour-être député il faut être électeur et payer en outre un certain cens d'éligibilité qui sera provisoirement de deux cents ducats, lesquels pourront être justifiés au moyen de la production

des cotes d'imposition. Ce cens sera définitivement déterminé dans la prochaine session.

Pourront être quant à présent élus députés, sans justifier d'aucun cens, ceux qui ont exercé de hautes fonctions dans le service de l'Etat, les officiers supérieurs de l'armée et les professeurs de l'université.

Les électeurs doivent avoir vingt-cinq ans et les éligibles trente.

Le prince décrétera une loi basée sur ces principes.

ANHANG III

(zu Seite 125).

EXPOSÉ FÜR S. M. DEN KAISER (VARIA DE FRANCE DE 1867).

Die zu Salzburg in Aussicht stehenden Besprechungen erfolgen mit vollkommener Freiheit nicht allein des Entschlusses, sondern auch des Urtheiles. Zwischen Wien und Paris ist keine Verabredung, ja nicht einmal eine Sondirung vorausgegangen. Ebensowenig hat zwischen Wien und Berlin irgend eine Vernehmung stattgefunden, auf welche die kais. Regierung Rücksicht zu nehmen hätte.

Ob Eröffnungen und welcher Art in Salzburg zu erwarten seien, darüber ist aus den Berichten des Fürsten Metternich etwas verläßliches nicht zu entnehmen gewesen und es ist sehr möglich, daß Kaiser Napoleon selbst nur mit Fühlern, nicht aber mit bestimmten Vorschlägen hervortreten wird.

Die Frage, ob oesterreichischerseits ein Beruf vorwaltet, in diesem Falle weiter zu gehen, glaube ich im allgemeinen verneinen zu müssen, und zwar mit Rücksicht auf den zweifellosen Umstand, daß Österreich noch auf längere Zeit des Friedens unbedingt bedarf und für den Fall, daß derselbe dennoch bedroht würde, keine Regierung in Österreich diesseits und jenseits der Leitha auf die Unterstützung der Bevölkerung und ihrer Vertretungen zu rechnen hätte, welchen der Vorwurf gemacht werden könnte, den Krieg heraufbeschworen zu haben.

Inzwischen ist es doch sehr denkbar, daß in Bezug auf konkrete Fragen präzise Explikationen stattfinden können, welche nach Befinden späterhin in Paris zu formulirten Aufzeichnungen führen und welche im Gegentheile das Ziel verfolgen würden, solche Combinationen zu schaffen, die am besten geeignet wären, den Krieg hintanzuhalten.

Es dürfte daher zweckmäßig sein, diese Fragen scharf ins Auge zu fassen, zumal sie theilweise im wechselseitigen Zusammenhange stehen.

Was zunächst die deutsche Frage betrifft, so scheint es mir für den Fall, daß der Gedanke eines rein französisch-preußischen Krieges und einer zu diesem Ende in Aussicht genommenen Allianz auftauchen sollte, angezeigt, den Standpunkt im wesentlichen festzuhalten, welcher in der an Fürst Metternich anläßlich der Luxemburger Frage gerichteten . . . Depesche dargelegt wurde.[194]) Ich gehe dabei von der ziemlich zweifellosen Voraussetzung aus, daß solchen Falls die Erwerbung deutschen Gebietes für Frankreich als ausgesprochener Zweck mit in das Bündniß ausdrücklich aufzunehmen beabsichtigt sein sollte. Nach den letzten Mittheilungen des Fürsten Metternich erscheint diese Eventualität nicht wahrscheinlich; sie bleibt aber möglich. Meines Erachtens wird es in diesem Falle wesentlich darauf ankommen, in einer die französischen Instinkte nicht verletzenden Weise den großen Unterschied hervorzuheben, welcher in Beziehung auf Deutschland für Oesterreich zwischen einem Agressivkrieg und einem Defensivkrieg besteht. Österreich hat nach den Ereignissen des vorigen Jahres keinen Beruf, ja sogar, um es aufrichtig zu sagen, kein Interesse, Deutschland zu vertheidigen, nachdem Deutschland in der Wesenheit ein vergrößertes und noch größerer Erweiterung zustrebendes Preußen geworden ist. Dagegen hat es bei einem Offensivkrieg die Simpathien seiner deutschen Bevölkerung auf das Spiel zu setzen und im günstigsten Falle eine Stellung in Deutschland wieder zu gewinnen, die von Haus aus für die Monarchie in ihrer Gesamtheit vielleicht noch größere Schwierigkeiten im Gefolge haben würde, als die jetzige Ausschließung Österreichs, da eben diese Stellung ihr Dasein einer französischen Invasion und einer Verminderung deutschen Gebietes verdanken würde.

Hieraus darf aber keineswegs folgen, daß eine solche scharfe Auffasung jede Verständigung zwischen Frankreich und Österreich ausschließen müßte. Ohne daß es zu einem entschiedenen Bündniß oder gar zu einer Offensiv- und Defensiv-Allianz kommt, kann sehr wohl über die Haltung gesprochen werden, welche Österreich einnimmt, wenn Frankreich einer Verletzung des Prager Friedens entschieden Widerstand leisten will. Daß die Bestim-

[194]) ddo. Wien, 8. April 1867 (vgl. A. Matschoss, Die Kriegsgefahr von 1867, Die Luxemburger Frage. Dissertation, Breslau 1902.).

mungen wegen der Mainlinie und Nordschleswigs auf der französischen Intervention hauptsächlich beruhten, kann nicht, und daher auch nicht eine Berechtigung Frankreichs, auf deren Innehaltung zu bestehen, in Abrede gestellt werden.

So wenig es Österreichs Beruf ist, Frankreich zu einem Vorgehen aufzuhetzen, so wenig kann es sich der Frage entziehen, ob dieses Vorgehen seinem Interesse entspricht oder nicht. Diese Frage aber scheint mir a priori bejaht werden zu müssen. Was zunächst die schleswigische Frage betrifft, so ist zwar Österreich an sich dabei unbetheiligt; allein seinem Interesse ist es zusagend, wenn die preußische Überhebung und die preußische Geringschätzung der bestehenden Verträge, die sich in der anticipirten Verletzung des Prager Friedens durch die süddeutschen Militärverträge so glänzend dokumentirt hat, in Zaum gehalten und zurückgedrängt wird. Eine Frankreich freundliche Haltung in dieser Frage ist ferner deshalb dem österreichischen Interesse entsprechend, weil wir immerhin die Möglichkeit einer späteren Conflagration, in welche Österreich an der Seite Frankreichs hineingezogen werden kann, ins Auge fassen und für diesen Fall wünschen müssen, daß Frankreich über Dänemark verfügen könne. Dabei ist es dann nur naturgemäß, wenn Österreich die Bestimmungen eines von ihm unterzeichneten Friedens aufrecht hält, anstatt sie zu ignoriren. Was dagegen die süddeutsche Frage betrifft, so liegt es auf der Hand, daß Österreichs entschiedenes Interesse dahin geht, die Ausbreitung des norddeutschen Bundes über Süddeutschland zu verhindern, da, wenn dieselbe gelingt und somit in dieser oder jener Form den preußischen Ring von Oderberg bis Salzburg und Bregenz zieht, die Stellung der kaiserlichen Regierung in den deutschen Provinzen einer unausgesetzten Beunruhigung entgegen zu sehen hat. Österreich kann daher nicht darauf angewiesen sein, durch eine rein passive Haltung das preußische Vorgehen zu stützen und den französischen Widerstand dagegen abzuschwächen. Es kann sich vielmehr nicht der Nothwendigkeit entziehen, in einer Weise vermittelnd einzutreten, welche Preußen sowohl als den süddeutschen Staaten darüber keinen Zweifel lasse, daß Österreich sich die vollste Freiheit der Aktion im Falle kriegerischer Eventualitäten offen halten werde.

Eine solche Frankreich freundliche Haltung ist aber wesentlich dadurch bedingt, daß Frankreich in den die österreichische Monarchie noch viel näher und tiefer berührenden Interessen sich

nicht allein wohlwollend, sondern auch thatkräftig eingreifend zeige. Die nächste Gefahr droht Österreich von Rußland her und die Verständigung über die orientalische Frage oder richtiger gesagt, über die gesammte östliche Frage dominirt alles übrige. Frankreich muß entweder entschieden gegen die russische Politik der Türkei und Österreich gegenüber auftreten oder uns sichere Garantien gegen die russischen Übergriffe durch ein gemeinsames Abkommen mit Rußland gewähren. Können wir nicht erreichen, daß Frankreich durch ein entschiedenes Einlenken in der kandiotischen Frage das russische Prestige unter den christlichen Bevölkerungen der Türkei brechen hilft, daß es einer russischen Okkupation der Donaufürstenthümer entschieden widersteht und das eventuelle Einschreiten Österreichs unterstüzt, so legt es uns den Gedanken nahe, eine Verständigung mit Preußen zu suchen.

In diesen Richtungen scheint es mir gerathen, sich gegen Kaiser Napoleon in vollster Offenheit und Entschiedenheit auszusprechen, selbst wenn derselbe nur mit reservirten Äußerungen entgegenkommen sollte. Der Gang der Besprechung dürfte übrigens noch manche andere Betrachtungen an die Hand geben.

Auf einen Gegenstand sehr delikater Natur kann ich nicht umhin, zuletzt noch meine Aufmerksamkeit zu richten. Es betrifft die römische Frage. Mir scheint es wichtig, darüber Klarheit zu erlangen, wohin gegenwärtig in dieser Frage die Gedanken des Kaisers Napoleon sich bewegen. Einerseits ist offenbar die Absicht, sich Italiens für einen Krieg mit Preußen zu versichern; andrerseits scheint der Gedanke einer schützenden Aktion für Rom neues Leben zu gewinnen. In beiden Beziehungen ist Österreich in hohem Grade betheiligt und ich kann nicht umhin, bei diesem Anlasse von neuem mich der Betrachtung zuzuwenden, daß Österreich seinem Berufe, als katholische Macht zum Schutze der Kirche und namentlich auch der weltlichen Herrschaft des Pabstes einzutreten, zu genügen, dann erst volle Freiheit haben wird, wenn die Erfüllung dieses Berufes ihm nicht durch die innere kirchliche Frage unmöglich gemacht wird. Kann daher ein Mittel gefunden werden, dem päbstlichen Stuhl eine entschiedene Compensation für die Erleichterungen zu bieten, deren die kaiserliche Regierung im Innern bedarf und die ihr nur die Aufhebung des Concordats und eine Verhandlung auf neuer Basis gewähren kann, so ist es gewiß rathsam, die Gelegenheit mit rascher Hand zu ergreifen.

ANHANG IV

(zu Seite 125).

L'échange d'idées qui a eu lieu pendant l'entrevue de Salzbourg a constaté une entente parfaite et cordiale dans les questions du jour.

Il importe que les stipulations du traité de Prague ne soient pas transgressées. Cependant il faut non seulement éviter tout ce qui pourrait être interprété et exploité par la Prusse comme une menace ou une provocation; mais il faut encore s'abstenir de toute intervention qui serait de nature à éveiller les susceptibilités de l'esprit allemand.

Pour arriver au but ci-dessus indiqué, il faut employer d'autres moyens. Il faut agir moralement sur les états du midi, afin qu'ils s'en tiennent au statu quo et n'en sortent pas.

Le système que le gouvernement autrichien pratique aujourd'hui à l'intérieur servira de plus en plus à réchauffer les anciennes sympathies des populations. Une politique ouvertement pacifique du gouvérnement français enlèvera tout prétexte à de nouveaux engagements qui seraient proposés et acceptés dans la prévision d'une guerre et dans un intérêt de sécurité. En même temps, l'entente et l'union de la France et de l'Autriche devront se manifester de manièra à faire réflechir les gouvernements du Midi de l'Allemagne, et à leur faire sentir la nécessité d'une attitude à la fois indépendante et réservée.

Ce dernier résultat sera hâté si les symptômes de cet accord ne tardent pas à se montrer dans les affaires de l'Orient.[195])

La aussi il s'agit de maintenir le statu quo et d'arrêter le mouvement qui le menace par une action diplomatique commune et

---

[195]) Ollivier schließt hier mit einem Satze, der sich aber in Beusts Note nicht findet. Die Stelle lautet: „Cet accord devrait se manifester par des efforts communs pour maintenir le statu quo, pacifier la révolte de Candie et arrêter les velléités propagandistes de la Roumanie.“ Es dürfte sich hier lediglich um einen Auszug handeln, den Ollivier irrtümlich in das Zitat aufgenommen hat.

persévérante sans que l'on prenne une attitude hostile à la Russie. La question de Candie doit être reprise en sous-œuvre aujourd'hui que les circonstances ont changé. Une intervention diplomatique en faveur de la cession à la Grèce devient de plus à plus difficile. Obtenir une pacification prompte du pays en amenant la cessation des hostilités et le commencement de l'enquête dans le but de donner satisfaction à tous les vœux des populations compatibles avec la dignité de l'empire ottoman, voilà ce que les gouvernements de France et d'Autriche doivent tâcher de réaliser. A cet effet on fera une démarche auprès du gouvernement de S[t] Petersbourg pour lui demander un avis sur les moyens les plus propres à amener la solution de l'affaire de Candie. Les deux gouvernements de France et d'Autriche s'adresseront ensuite au gouvernement britannique afin de l'engager à unir ses efforts aux leurs pour faire entrer résolument le gouvernement ottoman dans la voie indiquée.

En même temps on tiendra un langage conforme à Athènes pour amener le gouvernement hellénique à une appréciation plus sage de la situation.

Malgré les nombreux griefs qu'il aurait à faire valoir, le gouvernement autrichien s'abstiendra à moins d'y être forcé par des circonstances impérieuses de soulever des différends avec le gouvernement des principautés-unies. Il s'impose cette réserve dans la prévision d'une intervention peut-être armée d'une autre puissance. Si, ce cas échéant, le gouvernement autrichien se voyait dans la nécessité d'occuper une partie des principautés contigue à son territoire, le gouvernement français interposerait ses bons offices pour que de part et d'autre les troupes fussent rétirées et que la conférence de Paris rentrât aussitôt en activité pour aviser aux moyens les plus propres à rétablir et à consolider un ordre de choses conforme aux traités.

ANHANG V

(zu Seite 155, Anm. 156.)

Schreiben des Fürsten Karl an Kaiser Franz Joseph,

ddo. Bukarest, 27. November 1870.

(Ad Bericht aus Bukarest vom 9. Dezember 1870.)

Sire!

L'intérêt bienveillant que Votre Majesté Impériale a témoigné en plus d'une occasion à ma personne comme à la Roumanie me fait espérer qu'Elle ne me refusera pas Son puissant concours dans une question d'une importance vitale pour ce pays, ainsi que d'une certaine gravité pour l'Europe entière. Votre Majesté se rappelle peut-être dans quelles circonstances difficiles j'osai me mettre à la tête de la Roumanie qui venait de se débarrasser par une révolution d'un régime devenu impossible. A cette époque les hommes les plus influents de tous les partis me prièrent instamment de sauver leur patrie de l'anarchie par l'acceptation de la couronne princière. Ces mêmes hommes se réunirent ensuite pour l'établissement d'une constitution qui, sous la pression des dangers du moment, je crus devoir accepter aussi, afin de gagner une base sur laquelle je puisse fonder mon règne. Dès le commencement toutefois le pouvoir exécutif rencontra de grands obstacles dans l'application de cette nouvelle loi fondamentale qui ne se trouvait en rapport ni avec l'état du développement intérieur, ni avec l'esprit et les traditions du pays, que je ne connaissais pas encore suffisamment. Mais quatre années se sont écoulées depuis et j'ai eu tout le temps de me convaincre, par une rude expérience, que le manque de moyens légaux pour assurer le respect de l'autorité et l'action du gouvernement, dans les données de la constitution 1866, paralyse malheureusement ce dernier et l'empêche ainsi de procurer au pays les précieux avantages d'une organisation rationnelle et d'une administration régulière. Pel est aujourd-hui le jugement

de tous les hommes de sens que leur position met à même d'observer le mouvement des passions et le cours des choses en Roumanie. Les rapports de Mr le baron de Pottenburg ont pu en témoigner. Le jeu des institutions tournant dans le cercle vicieux d'agitations subversives, de rivalités d'ambition et d'intrigues politiques sans fin, demeure entièrement stérile et ne favorise que le désordre et l'anarchie. — Lié par mon serment, désarmé vis-à-vis des progrès du mal, je n'en ai pas moins cru devoir rester à mon poste, pour ne pas empirer la situation; mais il pourrait y avoir d'un jour à l'autre, dans un pays miné aussi profondément par la division des partis et par les plus perfides menées démagogiques, une aggravation de difficultés telle que, ne me sentant plus en mesure d'y répondre du maintien de l'ordre, je me verrais obligé de prendre une résolution qui dégageât entièrement ma responsabilité. Comme de pareilles complications en Roumanie ne sont pas seulement funestes pour le pays, devenu un foyer d'agitation perpétuelle, mais aussi très préjudiciables aux intérêts des grands Empires voisins et de l'Europe entière, je n'hésite pas à faire appel aux puissances garantes et en particulier aux sentiments généreux que Votre Majesté Impériale a de tout temps professés pour la Roumanie, en La priant d'aviser avec les autres hautes cours aux moyens de mettre fin à un état de choses aussi dangereux que nuisible. — Il est triste de voir un aussi beau pays se perdre par l'abus constant d'institutions pour lesquelles il n'est pas mûr et qui, loin de faciliter sa marche dans les voies du progrès réel, ne peuvent que le faire rétrograder. — Le remède que je ne puis attendre du patriotisme roumain seul, dans les conditions déplorables du régime actuel, je crois pouvoir l'espérer de l'appui et de la sollicitude des grandes puissances. Il s'agirait d'établir en Roumanie d'un commun accord un gouvernement stable, juste et fort, délivré des entraves qui gênent le régime actuel, à l'intérieur comme à l'extérieur, et nuisent à sa considération sans profit pour aucune des parties intéressées. Il deviendrait possible ainsi de réprimer la licence effrénée d'une presse qui, sûre de l'impunité, s'attaque tous les jours à ce qu'il y a de plus inviolable, de plus sacré et de plus intime. Mon gouvernement pourrait alors travailler d'une manière plus sérieuse au développement de la prospérité du pays et offrir à l'Europe toutes les garanties désirables pour ces intérêts multiples qui ne lui permettent pas de rester indifférente à la grande question de l'avenir des principautés. — Cette question d'ailleurs semble de-

voir se présenter naturellement dans la conférence dont la réunion pour le règlement des affaires d'Orient est aujourd'hui proposée.

Dans l'espoir que cet appel sera entendu et plein de confiance dans la magnanimité de Votre Majesté Impériale, je demeure avec le plus profond respect, Sire, de Votre Majesté Impériale

les très reconnaissant et le très dévoué cousin et serviteur

Charles.

Bucarest, 27 novembre 1870.

Inhaltsverzeichnis.

Berichtigung.

Seite 21, Zeile 2 von unten:

31. desselben Monats statt 1. desselben Monats.

Seite 23, Zeile 12 von oben:

— soweit sie eine weitgehende Mitwirkung des Laienelements an der Staatsverwaltung betrafen — nie zur Durchführung gelangten.

